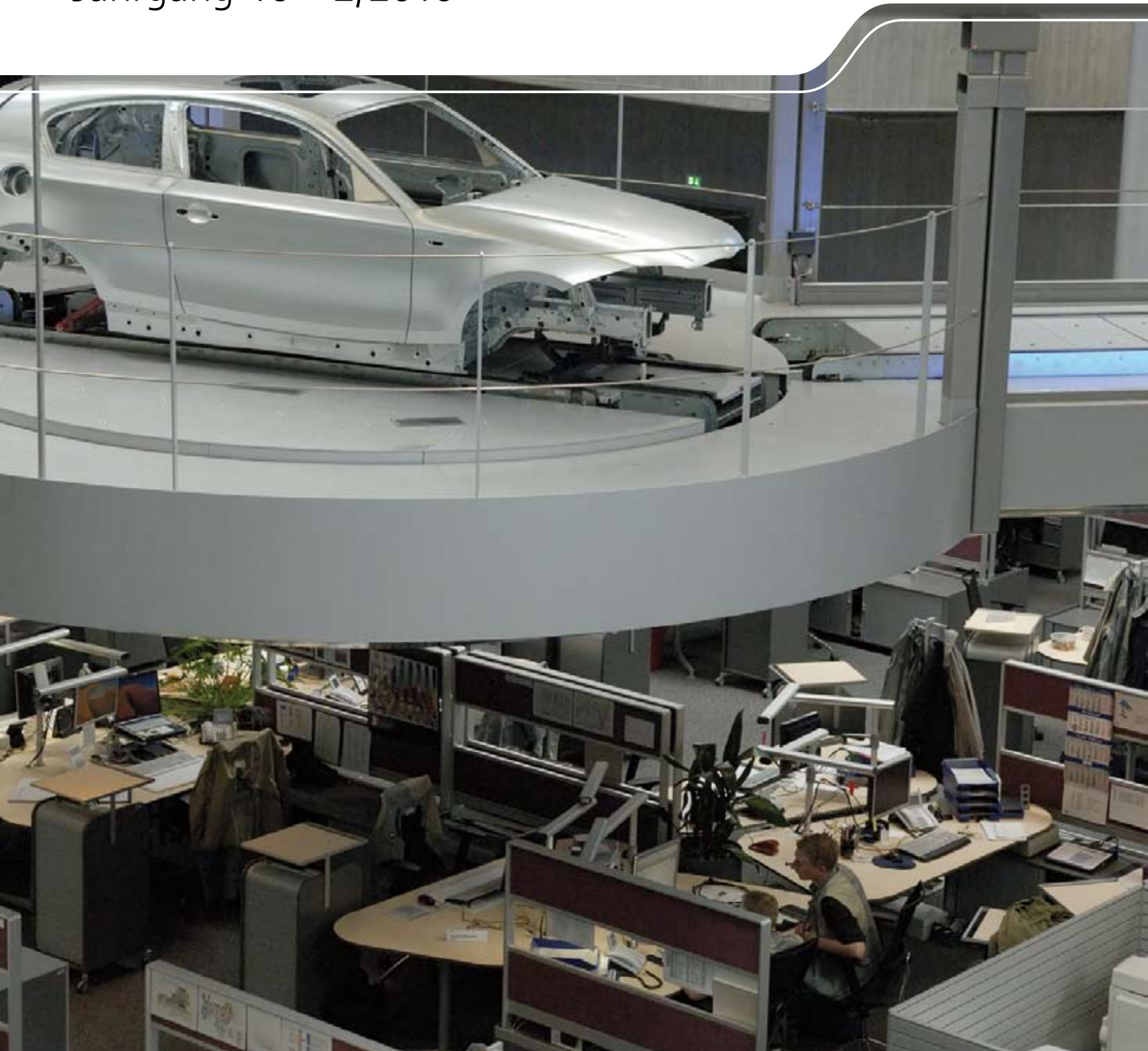


# Statistik in Sachsen

Jahrgang 16 - 2/2010



# Inhaltsverzeichnis

<b>Amtliche Konjunkturdaten und ifo Geschäftsklimaindex für Sachsen 2008 und 2009 – Wie gestalten sich die Zusammenhänge?</b>	<b>2</b>
Roman Straube, Gerit Vogt	
<b>Das Baugewerbe in Sachsen 2009</b>	<b>11</b>
Dr. Andreas Oettel	
<b>Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens im Jahr 2008</b>	<b>17</b>
Jürgen Stelzner, Brigitta Töpfer	
<b>Berichtsmodul Verkehr und Umwelt – Verkehrsbetrieb und –infrastruktur; Entwicklung des Verkehrsaufkommens in Sachsen</b>	<b>22</b>
Tibor Toth	
<b>Zur Berechnung der Ausgaben der privaten Krankenversicherung in Sachsen</b> <i>Erste Ergebnisse der Zusammenarbeit des Statistischen Landesamtes mit dem Gesundheitsökonomischen Zentrum der TU Dresden auf dem Gebiet der Gesundheitsausgabenrechnung</i>	<b>27</b>
Bernd Richter, Kati Schulze, Andreas Werblow	
<b>Indikatorensysteme in der amtlichen Statistik – Bestandsaufnahme und zukünftige Herausforderungen</b>	<b>31</b>
<i>Teil 1: Bestandsaufnahme</i> Hans-Dieter Kretschmann, Birgit Scheibe, Regine Fiedler	
<b>Arbeits- und Schulwege in Sachsen 1991 und 2008 – Ergebnisse der Zusatzerhebung des Mikrozensus</b>	<b>41</b>
Anke Puschmann	
<b>Entwicklung der Verbraucherpreise 2009 im Freistaat Sachsen</b>	<b>46</b>
Franziska Hacker	
<b>Zum kommunalen Finanzausgleich in Sachsen (SächsFAG)</b>	<b>51</b>
Dieter Beier	
<b>Die nichtöffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Sachsen 2007</b>	<b>57</b>
Susanne Stoll	
<b>Das neue Steuerstatistische Gesamtsystem</b>	<b>62</b>
Sabine Gosch, Ulrike Trautmann	
<b>Neues aus Sachsen</b>	<b>65</b>
<b>Sächsischer Zahlenspiegel</b>	<b>67</b>

# Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

# Vorwort



Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher, Präsidentin des Statistischen Landesamtes

Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser,

das zweite Heft unserer Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ in diesem Jahr bietet wieder zahlreiche Beiträge aus vielen Gebieten der amtlichen Statistik.

Auch in diesem Heft stehen Ausführungen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen am Beginn der Zeitschrift. Im ersten Beitrag wird die Analyse ausgewählter konjunkturstatistischer Kennzahlen für die Jahre 2008 und 2009 fortgesetzt, die bereits im vorigen Heft der Zeitschrift begonnen wurde. Nunmehr kann das gesamte Jahr 2009 betrachtet werden. In einem weiteren Schritt werden ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo-Konjunkturtest analysiert und die Zusammenhänge zu den Daten der amtlichen Statistik herausgearbeitet. In einem zweiten Beitrag wird die Entwicklung des Baugewerbes in Sachsen 2009 aufgezeigt. Interessant ist, dass dieses weit weniger von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen war als zum Beispiel das Verarbeitende Gewerbe. Im folgenden Beitrag werden die Investitionen in der sächsischen Industrie im Jahr 2008 dargestellt. Dabei stellt sich heraus, dass nach einem Anstieg der Investitionstätigkeit in den Jahren zuvor 2008 der Umfang der Investitionen wieder rückläufig war.

Der nächste Artikel setzt die Darstellung der Wechselwirkungen zwischen Verkehr und Umwelt fort. Auf Grund der zunehmenden Bedeutung der Umweltwirkungen des Verkehrs und des damit verbundenen Informationsbedarfs erarbeitete das Statistische Landesamt ein regionales Berichtsmodul „Verkehr und Umwelt“, aus dem in dieser Zeitschrift die Bestände an Kraftfahrzeugen und das Verkehrsaufkommen analysiert werden.

Ein Beispiel für die Zusammenarbeit des Statistischen Landesamtes mit anderen Einrichtungen zeigt der nächste Aufsatz. Dabei geht es um verschiedene Ansätze der Berechnung der Ausgaben der privaten Krankenversicherung in Sachsen, die in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsökonomischen Zentrum der Technischen Universität Dresden erarbeitet wurde.

Weitere Themen sind die Entwicklung der Verbraucherpreise im Jahr 2009, die Darstellung von Ergebnissen der Zusatzerhebung im Mikrozensus über die Veränderung der Arbeits- und Schulwege in Sachsen zwischen 1991 und 2008 hinsichtlich der Entfernung, dem Zeitaufwand und dem überwiegend benutzten Verkehrsmittel und der Stand der nichtöffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Sachsen.

Die Zeitschrift wird vervollständigt durch drei methodische Ausführungen. Diese berichten über die Systematisierung und ausgewählte Beispiele von Indikatorenssystemen in der amtlichen Statistik, die Neukonzeption des Systems der Steuerstatistiken und Fragen der Berechnung des kommunalen Finanzausgleichs.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Heft wiederum interessante Informationen aus unserer Arbeit zu liefern. Über die Themen dieser Zeitschrift hinaus stehen Ihnen zahlreiche andere Publikationen mit detaillierten statistischen Informationen zur Verfügung. Außerdem finden Sie uns im Internet unter [www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de). Datenanfragen beantwortet Ihnen auch unser Auskunftsdienst (Tel. 03578 33 1913).

Ihre Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher

# Amtliche Konjunkturdaten und ifo Geschäftsklimaindex für Sachsen 2008 und 2009 – Wie gestalten sich die Zusammenhänge?

## Vorbemerkungen

Für die Ableitung geeigneter Handlungsstrategien durch Politik und Wirtschaft ist eine frühzeitige Vorhersage der bevorstehenden wirtschaftlichen Entwicklung hochbedeutend. Hierzu dient seit geraumer Zeit auch der vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung monatlich durchgeführte Konjunkturtest, in dessen Rahmen Unternehmen diverser Wirtschaftszweige u. a. zur gegenwärtigen Geschäftslage sowie zu den Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate befragt werden. [1]

In dem Aufsatz „Analysen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen 2008/2009 anhand ausgewählter konjunkturstatistischer Kennzahlen“ [2] wurden zunächst die sächsische Industrie<sup>1)</sup> sowie einige ausgewählte Branchen des Verarbeitenden Gewerbes (WZ-2-Steller-Ebene) beleuchtet. Im vorliegenden Beitrag werden die umsatzstärksten Industriezweige anhand von amtlichen Konjunkturdaten nun detaillierter untersucht; außerdem das Baugewerbe sowie der Binnenhandel. In einem weiteren Schritt werden dann ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest analysiert, um die Zusammenhänge zu den Daten der amtlichen Statistik für die Jahre 2008 und 2009 herauszuarbeiten.<sup>2)</sup>

## Zur Wirtschaftsentwicklung in umsatzstarken Branchen der sächsischen Industrie<sup>3)</sup>

Die im Folgenden beschriebenen Entwicklungsvergleiche beziehen sich allesamt auf den Betrachtungszeitraum 2009 gegenüber 2008. Im **Fahrzeugbau (29)**<sup>3)</sup>, bei dem bereits ab Anfang des 2. Quartals 2008 rückläufige Umsätze zu verzeichnen waren, wurde die wirtschaftliche Entwicklung in erster Linie durch die „Herstellung von Kraftwagen und -motoren“ (29.1) bestimmt. Dem Auslandsgeschäft kam in diesem Zweig eine höhere

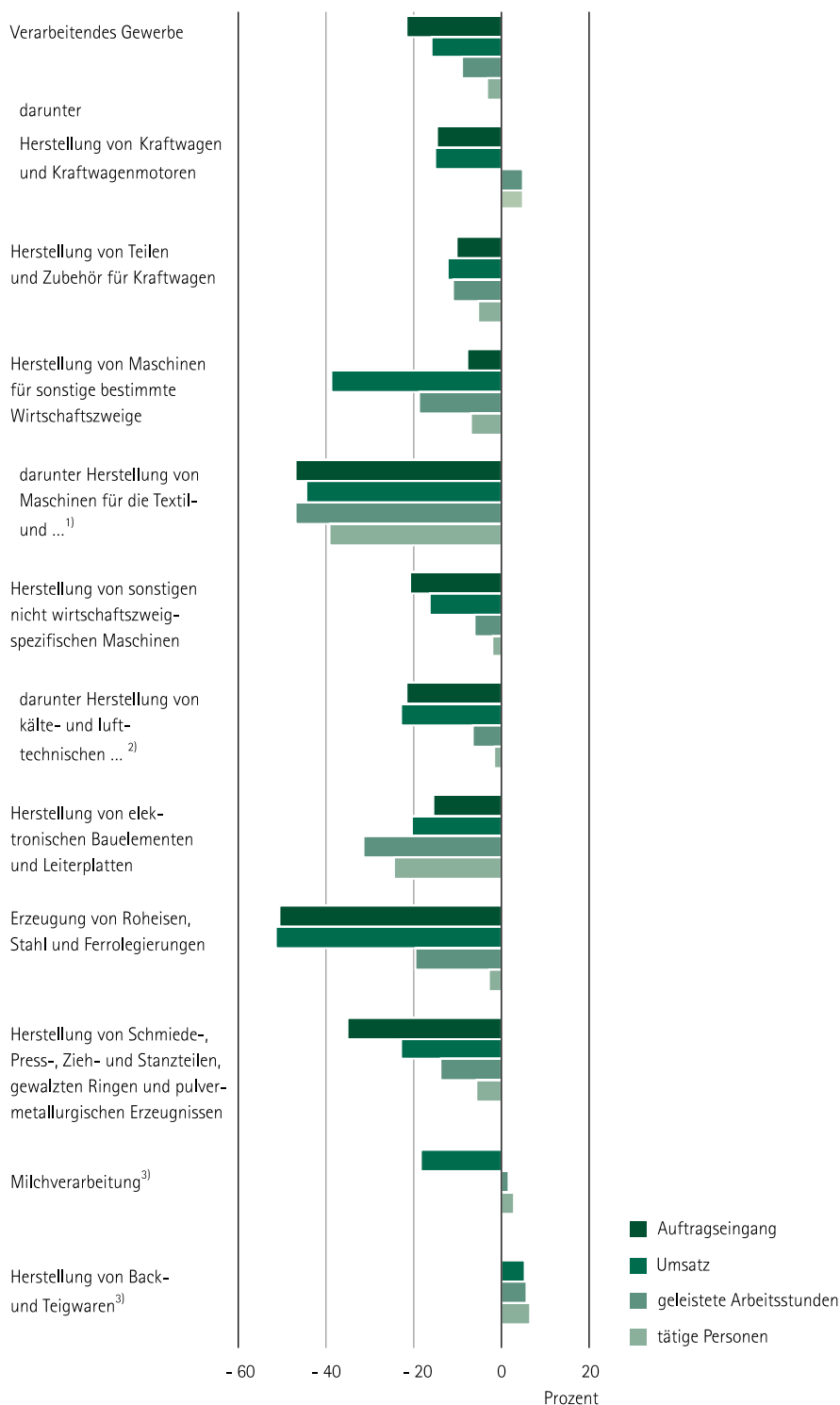
Bedeutung als im Branchendurchschnitt zu. Während der Umsatz in vergleichbarer Intensität wie im Fahrzeugbau insgesamt zurückging, war bei den geleisteten Arbeitsstunden eine positive Entwicklung festzustellen, die maßgeblich auf die bis zuletzt nahezu kontinuierlichen Beschäftigtenzuwächse seit Jahresmitte 2007 zurückzuführen ist (vgl. Abb. 1). Bei der „Herstellung von Teilen und Zubehör für Kraftwagen“ (29.3) verringerte sich das Volumen der geleisteten Arbeitsstunden u. a. aufgrund der über das Jahr 2009 spürbar abnehmenden Zahl an tätigen Personen tendenziell stärker als im Branchendurchschnitt. Gleiches galt für die „Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern“ (29.2), wobei hier auch die Umsätze überdurchschnittlich stark einbrachen und die abwärtsgerichtete Entwicklung erst um den Jahreswechsel 2008/2009 einsetzte. Insofern geht die seit einigen Monaten positive Umsatzentwicklung im Fahrzeugbau (29) ausschließlich auf Impulse aus den beiden zuvor genannten Zweigen (29.1 und 29.3) zurück. Die Entwicklung im **Maschinenbau (28)**, wo die im In- und Ausland realisierten Umsätze ab Beginn des 4. Quartals 2008 zurückgingen, ist zu etwa gleichen Teilen durch die „Herstellung von nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen“ (28.1)<sup>4)</sup>, die „Herstellung von sonstigen nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen“ (28.2)<sup>5)</sup> und die „Herstellung von Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige“ (28.9)<sup>6)</sup> bestimmt. Bei Ersterem verlief die Umsatzentwicklung deutlich weniger negativ als im Branchendurchschnitt, wobei mildernde Einflüsse mehr vom Auslandsgeschäft ausgingen; die geleisteten Arbeitsstunden nahmen in ähnlichem Umfang ab. Dabei dämpfte die vergleichsweise günstige Entwicklung bei der „Herstellung von Verbrennungsmotoren und Turbinen“ (28.11) die Rückgänge ab. Bei der „Herstellung von sonstigen nicht wirt-

schaftszweigspezifischen Maschinen“ gingen sowohl die Umsätze als auch geleisteten Arbeitsstunden deutlich weniger stark zurück als im Maschinenbau insgesamt. Dies ist u. a. auf die weitestgehende Stagnation über das Jahr 2009 zurückzuführen, wie sie sich auch bei der „Herstellung von kälte- und lufttechnischen Erzeugnissen“ (28.25) zeigte. Verstärkend negativ zur Gesamtentwicklung im Maschinenbau trug – nicht zuletzt aufgrund der überdurchschnittlichen Auslandsorientierung – die „Herstellung von Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige“ und hierunter insbesondere die „Herstellung von Maschinen für die Textil- und Bekleidungsherstellung und die Lederverarbeitung“ (28.94) bei (vgl. Abb. 1). Die Zahl der tätigen Personen verringerte sich ab Jahresbeginn 2009 bis zuletzt ebenfalls entsprechend deutlich.

Die Entwicklungen bei der **„Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln“ (10)**, die etwa ab Jahresmitte 2008 rückläufig waren, wurden am stärksten durch die „Milchverarbeitung“ (10.5) beeinflusst. Während die Umsätze rund ein Quartal eher und stärker als im Branchendurchschnitt zurückgingen, stieg die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden

- 1) Hier: Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 50 und mehr tätigen Personen (BVG). Datenbasis: Monatsbericht für Betriebe.
- 2) Der Zusammenhang zwischen ausgewählten Konjunkturdaten der amtlichen Statistik und den ifo Konjunkturindikatoren wird zudem in einem Beitrag untersucht, dem ein erweitertes Untersuchungskonzept zugrunde liegt und der demnächst in der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“ erscheint. Vgl. [11].
- 3) WZ-Code der Abteilungen bzw. Gruppen gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
- 4) z. B. Verbrennungsmotoren und Turbinen, hydraulische und pneumatische Elemente, Pumpen und Kompressoren, Getriebe usw.
- 5) z. B. Öfen und Brenner, Büromaschinen, handgeführte Werkzeuge mit Motorantrieb, kälte- und lufttechnische Erzeugnisse usw.
- 6) z. B. Maschinen für Metallerzeugung, Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen sowie Maschinen für die Nahrungs- und Genussmittel-, Textil-, Leder-, Papier- und Kunststoffindustrie

**Abb. 1 Auftragseingang, Umsatz, geleistete Arbeitsstunden und tätige Personen im Verarbeitenden Gewerbe sowie ausgewählten Wirtschaftszweigen in Sachsen Veränderung 2009 gegenüber 2008**



1) Herstellung von Maschinen für die Textil- und Bekleidungsherstellung und die Lederverarbeitung (28.94)  
 2) Herstellung von kälte- und lufttechnischen Erzeugnissen, nicht für den Haushalt (28.25)  
 3) In den Wirtschaftszweigen "Herstellung von Back- und Teigwaren" sowie "Milchverarbeitung" werden Daten zum Merkmal "Auftragseingang" nicht erhoben.

moderat an. Die „Obst- und Gemüseverarbeitung“ (10.3) trug bei beiden Merkmalen und den Beschäftigten negativ zur Gesamtentwicklung bei. Dagegen verlief die Umsatzentwicklung im Zweig „Schlachten und Fleischverarbeitung“ (10.1) bis zum Höchststand am

Jahresende 2008 tendenziell aufwärts und seither eher verhalten abwärts, sodass von hier mildernde Impulse auf die Gesamtentwicklung der Nahrungsmittelbranche ausgingen. In den Zweigen „Herstellung von sonstigen Nahrungsmitteln“ (10.8) wie Süßwaren,

Kaffee, Würzmittel, u. Ä. und „Herstellung von Back- und Teigwaren“ (10.7) waren sowohl für die Umsätze als auch für die geleisteten Arbeitsstunden und in Letzterem auch für die Zahl der tätigen Personen im Untersuchungszeitraum positive Entwicklungen zu verzeichnen (vgl. Abb. 1). Da auf beide Zweige zusammen rund 15 Prozent des Umsatzes und knapp die Hälfte der geleisteten Arbeitszeit in der gesamten Nahrungsmittelbranche entfielen, wurden die dortigen Entwicklungen – speziell die Beschäftigungssituation – dadurch begünstigend beeinflusst.

Bei der „Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen“ (26), wo seit Jahresende 2007 – nicht zuletzt aufgrund der seit geraumer Zeit erheblich abnehmenden Erzeugerpreise im Elektronikbereich [3] – sinkende Umsätze festzustellen sind, werden die Entwicklungen maßgeblich durch die Situation im Zweig „Herstellung von elektronischen Bauelementen und Leiterplatten“ (26.1) beeinflusst. So gehen hierauf knapp 80 Prozent der Umsätze, die gut zur Hälfte im Ausland realisiert werden, und rund zwei Drittel der in der Branche insgesamt geleisteten Arbeitsstunden zurück. Demnach wog das wirtschaftliche Ausscheiden bedeutender Produzenten aus diesem Zweig besonders schwer (vgl. Abb. 1). In der „Herstellung von Geräten und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik“ (26.3) gingen die überwiegend auf dem Inlandsmarkt anfallenden Umsätze etwas eher und stärker als im Branchendurchschnitt zurück, die geleisteten Arbeitsstunden dagegen deutlich moderater. Bei der „Herstellung von Uhren sowie Mess-, Kontroll-, Navigations-, u. ä. Instrumenten und Vorrichtungen“ (26.5) setzte die rückläufige Entwicklung beim Umsatz erst zum Jahreswechsel 2008/2009 ein, bei den geleisteten Arbeitsstunden noch einige Monate später. Insofern trug dieser Zweig 2008 mildernd zur Entwicklung in der Branche insgesamt bei, bevor er sie 2009 zusätzlich belastete. Daran konnte auch das im Untersuchungszeitraum signifikant gestiegene Umsatzniveau bei der „Herstellung von Geräten der Unterhaltungselektronik“ (26.4) wegen des sehr geringen Anteils am Gesamtumsatz der Branche nichts ändern.

Die „Metallerzeugung und -bearbeitung“ (24), in der die Umsätze mit Beginn des 4. Quartals 2008 innerhalb der sächsischen Industrie am deutlichsten einbrachen,<sup>7)</sup> wird am stärksten durch die Entwicklung bei den „Gießereien“ (24.5) geprägt. So gehen hierauf gut ein Drittel aller Umsätze und fast zwei Drittel der in der Branche insgesamt geleiste-

7) Zu einem gewissen Teil sind die massiven Umsatzeinbrüche auch hier auf die seit Jahresmitte 2008 tendenziell rückläufigen Erzeugerpreise für Metalle zurückzuführen. Vgl. hierzu [3], „GP Nr. 24-25“

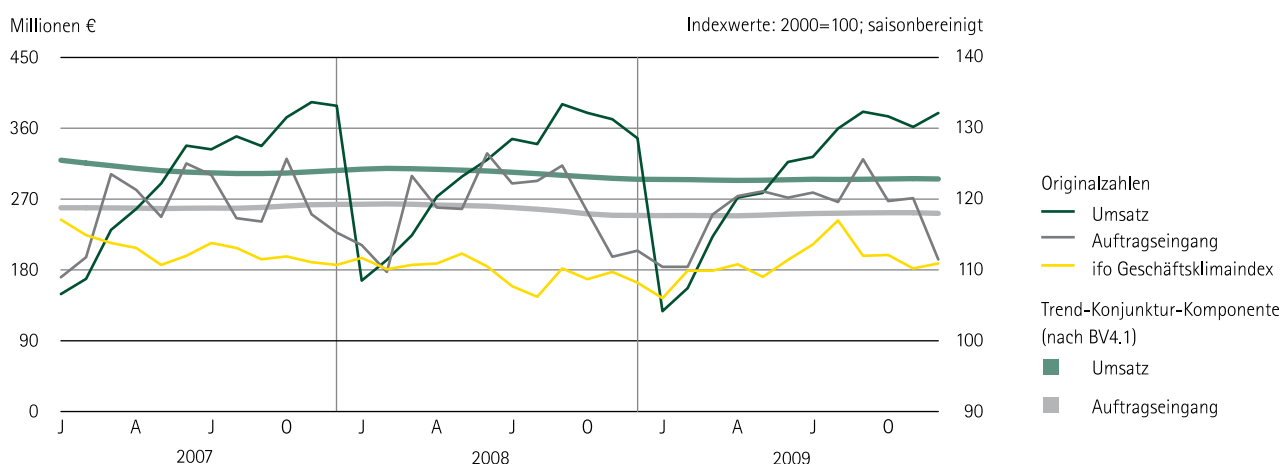


ten Arbeitsstunden zurück. Bei beiden Merkmalen fielen die Rückgänge etwas weniger negativ aus als im Branchendurchschnitt. Krisenverschärfend wirkte sich dagegen auf den Umsatz und die Beschäftigungssituation in der Metallindustrie die Entwicklung bei der „Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen“ (24.1) aus. So ging das kumulierte Umsatzvolumen im Laufe des Jahres 2009 auf rund die Hälfte des Vorjahreswertes zurück, die Zahl der tätigen Personen verringerte sich ab Jahresbeginn 2009 bis zuletzt ebenfalls deutlich (vgl. Abb. 1). Bei der „Erzeugung und ersten Bearbeitung von NE-Metallen“ (24.4) setzten die rückläufigen Entwicklungen bei Umsatz und Arbeitsvolumen rund ein halbes Jahr eher ein als im Branchendurchschnitt, fielen aber deutlich moderater aus. Dies war nicht zuletzt auf die sich seit Mitte des Jahres 2009 abzeichnenden Erholungstendenzen zurückzuführen. Insofern wurde die in der Metallherzeugung und -bearbeitung (24) bei allen Merkmalen bis zuletzt tendenziell abwärtsgerichtete Entwicklung erheblich gedämpft. Die Entwicklung bei der „Herstellung von Metallerzeugnissen“ (25), die beim Umsatz ab Jahresende 2008 abwärts wies, wird von mehreren – ähnlich bedeutsamen – Wirtschaftszweigen getragen. Im „Stahl- und Leichtmetallbau“ (25.1), auf den jeweils rund ein Viertel der in der Metallbranche insgesamt generierten Umsätze bzw. der geleisteten Arbeitsstunden zurückgehen, setzte der Rückgang bei beiden Merkmalen etwas später und weniger intensiv als im Branchendurchschnitt ein. Die Zahl der tätigen Personen nahm nach signifikanten Zuwächsen 2008 über das Jahr 2009 moderat ab. Dagegen gingen bei der „Herstellung von Schmiede-, Zieh-, Press- und Stanzteilen, gewalzten Ringen und pulvermetallurgischen Erzeugnissen“ (25.5) sowohl die Umsätze als auch das Arbeitsvolumen infolge eines spürbaren Beschäftigtenabbaus ab dem

4. Quartal 2008 rund zwei Monate eher und deutlich stärker als in der Branche insgesamt zurück (vgl. Abb. 1). Bei der „Herstellung von sonstigen Metallwaren“ (25.9) verringerte sich der Umsatz ebenfalls erheblich dynamischer als im Branchendurchschnitt; das Niveau der geleisteten Arbeitsstunden nahm dagegen – wie auch in der „Oberflächenveredlung und Wärmebehandlung; Mechanik a. n. g.“ (25.6) – in vergleichbarem Umfang ab. Die Umsatzentwicklung in diesem Zweig verlief weniger ungünstig als in den meisten anderen Bereichen der Metallbranche, wofür neben den dynamischen Zuwächsen im Auslandsgeschäft auch die sich etwa seit Jahresmitte 2009 abzeichnende Erholungstendenz verantwortlich ist. Darüber hinaus brachte das bei der „Herstellung von Dampfkesseln (ohne Zentralheizungskessel)“ (25.3) im Untersuchungszeitraum signifikant gestiegene Umsatzniveau zusätzliche – wenn auch minimale – positive Impulse. Die deutlichen Zuwächse beim Umsatz bzw. bei der Zahl der tätigen Personen und der durch sie erbrachten Arbeitszeit bei der „Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen“ (21) gehen nahezu ausschließlich auf die Entwicklung im Zweig „Herstellung pharmazeutischer Spezialitäten und sonstiger pharmazeutischer Erzeugnisse“ (21.2) zurück. Dennoch zeigte sich auch bei der „Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen“ (21.1) im Untersuchungszeitraum eine moderat aufwärtsgerichtete Entwicklung. Im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens war 2009 gegenüber 2008 beim Umsatz ein Rückgang um 15,8 Prozent festzustellen gewesen, nachdem sich mit gewissem zeitlichen Vorlauf der Wert der Auftragseingänge um 21,7 Prozent verringert hatte. Infolge dessen ging das Niveau der geleisteten Arbeitsstunden um insgesamt 8,9 Prozent zurück, die durchschnittliche Zahl an tätigen

Personen sank um 3,3 Prozent. [2, S. 03 ff.] Während bei der „Herstellung von sonstigen nicht wirtschaftszweigspezifischen Maschinen“ (28.2) und hierunter insbesondere bei der „Herstellung kälte- und lufttechnischer Erzeugnisse“ (28.25) – abgesehen von signifikant stärkeren Umsatzeinbrüchen – weitestgehend vergleichbare Rückgänge zu verzeichnen waren, verlief die Entwicklung vor allem bei der „Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen“ (21.2), aber auch bei der „Herstellung von Back- und Teigwaren“ (10.7) sowie der „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenmotoren“ (29.1) durchweg günstiger. In zuletzt genannter Branche dürfte dies maßgeblich auf die stimulierenden Impulse durch die „Abwrackprämie“ zurückzuführen sein. [2, S. 08.] Entsprechend entwickelten sich auch bei der „Herstellung von Teilen und Zubehör für Kraftwagen“ (29.3) Auftragsingänge und Umsätze weniger negativ als in der sächsischen Industrie insgesamt, die Zahl der tätigen Personen und die von ihnen erbrachte Arbeitsleistung nahm dagegen stärker ab. In der „Milchverarbeitung“ (10.5) waren für letztere beiden Merkmale im Untersuchungszeitraum wiederum Zuwächse zu verzeichnen, die zu einer Entspannung der Beschäftigungssituation im Verarbeitenden Gewerbe beitrugen. Die im Vergleich hierzu in der Regel erheblich dynamischer rückläufigen Entwicklungen bei der „Herstellung von elektronischen Bauelementen und Leiterplatten“ (26.1) sowie der „Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen“ (24.1) belasteten die wirtschaftliche Situation in der sächsischen Industrie hingegen zusätzlich (vgl. Abb. 1). Gleiches galt bei sämtlichen Merkmalen auch für die „Herstellung von Schmiede-, Zieh-, Press- und Stanzteilen, gewalzten Ringen und pulvermetallurgischen Erzeugnissen“ (25.5) sowie die „Herstellung von Maschinen

Abb. 2 Auftragseingang, Umsatz und ifo Geschäftsklimaindex im Bauhauptgewerbe<sup>1)</sup> in Sachsen Januar 2007 bis Dezember 2009



1) Die Abgrenzung des Bauhauptgewerbes erfolgte bei Auftragseingang und Umsatz nach WZ 2008, beim ifo Geschäftsklimaindex dagegen (noch) nach WZ 2003. Quelle zu ifo Daten: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Konjunkturtest Bauhauptgewerbe (Regionalauswertung Sachsen).

für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige" (28.9) und hierunter insbesondere für die „Herstellung von Maschinen für die Textil- und Bekleidungsherstellung sowie die Lederverarbeitung (28.94).

### Zur Wirtschaftsentwicklung im Baugewerbe und den Binnenhandelsbereichen

#### Bauhauptgewerbe

**Auftragseingänge** und **Umsätze** zeigen im Bauhauptgewerbe einen ähnlichen Verlauf. Im Jahr 2008 gingen beide Merkmale eher und stärker als saisonüblich unter ihr Vorjahresniveau zurück; die Auftragseingänge ab Oktober, die Umsätze ab November. Insofern zeigt sich auch hier ein gewisser zeitlicher Vorlauf bei den Auftragseingängen (vgl. Abb. 2). Nachdem die Entwicklung nur bis Jahresanfang 2009 verstärkt abwärtsgerichtet verlief, erreichten beide Merkmale im übrigen Jahresverlauf – entgegen der weiterhin angespannten Wirtschaftslage in der Industrie – in etwa wieder die Vorjahresstände. Die von Januar bis Dezember erzielten Umsätze lagen 2009 bei 3,6 Milliarden € und damit 2,6 Prozent unter denen von 2008. Das Auftragseingangsvolumen verringerte sich mit 1,4 Prozent sogar noch etwas schwächer.

Bei den **geleisteten Arbeitsstunden** betrug der Rückgang im obigen Zeitraum 1,9 Prozent. Nachdem sie über weite Teile des Jahres 2008 und – vorrangig witterungsbedingt – im ersten Drittel 2009 das Vorjahresergebnis z. T. deutlich verfehlten, wurde dieses ab Jahresmitte 2009 in der Regel wieder übertroffen. Diese Entwicklung resultierte maßgeblich aus einem tendenziellen Beschäftigtenabbau in den Jahren 2007 und 2008, bevor die Zahl der **tätigen Personen** 2009 – abgesehen vom saisonbedingten Einbruch zu Jahresbeginn – ein weitgehend stabiles Niveau erreichte. So lag die durchschnittliche Beschäftigtenzahl 2009 bei 29 132 Personen und damit nur geringfügig unter ihrem Stand von 2008. In-

sofern sind auch im Bau(haupt)gewerbe die prinzipiell stärkeren aber zumeist zeitgleichen Rückgänge bei den geleisteten Arbeitsstunden auf die erhöhte Inanspruchnahme von Kurzarbeit zurückzuführen.<sup>8)</sup>

Die Zusammenhänge bleiben grundsätzlich auch bei einer nach Bauarten differenzierten Betrachtung bestehen, obwohl z. T. gegensätzliche Entwicklungen zu verzeichnen waren. Im **Hochbau** verfehlten die Konjunkturindikatoren ab Jahresende 2008 in nahezu jedem Monat den Vorjahresstand. Entsprechend ging der von Januar bis Dezember aufsummierte Wert 2009 gegenüber 2008 beim Auftragseingang um 5,9 Prozent, beim Umsatz um 6,9 Prozent und bei den geleisteten Arbeitsstunden um 3,4 Prozent zurück. Verstärkend hierzu trugen die deutlich rückläufigen Entwicklungen im Wirtschaftshochbau sowie im Wohnungsbau bei. Im **Tiefbau**, dem im Bauhauptgewerbe ein etwas höheres Gewicht als dem Hochbau zukommt, waren im obigen Zeitraum Steigerungen beim Auftragseingang um 1,5 Prozent und beim Umsatz um 1,2 Prozent zu verzeichnen, während das erbrachte Arbeitsvolumen um 0,9 Prozent abnahm. Mildernde Impulse für die Baubranche entfaltete überdies der **Öffentliche Bau einschließlich Straßenbau**, bei dem sowohl Auftragseingänge und Umsatz als auch die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden 2009 gegenüber 2008 gesteigert werden konnte. Hier wird dies vorrangig auf die stimulierenden Wirkungen der staatlichen Investitionsförderung für Baumaßnahmen im Infrastruktur- und Bildungsbereich zurückzuführen sein. [4] Im Wirtschaftsbau waren bei den Konjunkturindikatoren grundsätzlich stärkere Rückgänge als im Bauhauptgewerbe festzustellen. Dabei dürften für die anhaltend negative Entwicklung in jener Sparte u. a. die zurückhaltende Nachfrage nach entsprechenden Bauobjekten infolge der allgemein angespannten wirtschaftlichen Lage sowie ein unsicheres Finanzierungsumfeld aufgrund von verschärften Kreditveraberegelungen verantwortlich sein. [5]

Zusammenfassend war das Bauhauptgewerbe in Sachsen mit Beginn der im Vorjahresmonatsvergleich verstärkt zurückgehenden Auftragseingänge bis zum Jahresende 2009 also weit weniger stark von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise betroffen als die sächsische Industrie.

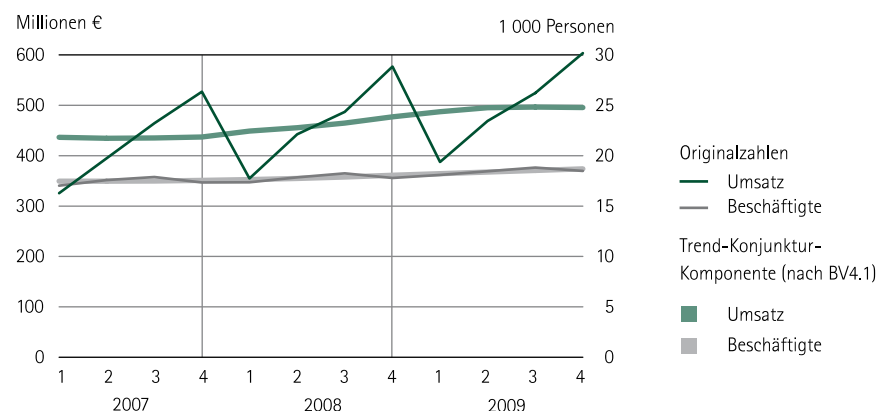
#### Ausbaugewerbe

Die im Ausbaugewerbe realisierten **Umsätze** beliefen sich 2009 auf rund 2,0 Milliarden €. Dies entspricht – trotz einer lediglich moderaten Erhöhung der Baupreise – einer Steigerung um 6,6 Prozent gegenüber 2008. Der Wert der **geleisteten Arbeitsstunden** erhöhte sich im obigen Zeitraum um 2,4 Prozent. Diese positive Entwicklung wurde durch den Aufschwung bei den **Beschäftigten** bestimmt, deren Zahl 2009 bei durchschnittlich 18 463 Personen lag und damit 3,7 Prozent höher als 2008 ausfiel. Insofern verlief die seit Jahresende 2007 kontinuierlich aufwärtsgerichtete Entwicklung der Konjunkturindikatoren im Ausbaugewerbe – entgegen der deutlichen Rückgänge in der Industrie und anderen Wirtschaftsbereichen – auch 2008 und 2009 weiter positiv (vgl. Abb. 3). Wie die differenziertere Betrachtung zeigt, stammten die Impulse hierfür ausschließlich vom Bereich „Bauinstallation“, zu dem u. a. „Gas-, Wasser-, Heizungs- und Elektroinstallation“ sowie „Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung“ zählen. Hier wird die positive Entwicklung zum Großteil auf die Wirkung des staatlich geförderten „energetischen Gebäudesanierungs- und -modernisierungsprogramms“ zurückzuführen sein. [6] Dagegen entwickelten sich die Konjunkturindikatoren im Bereich „Sonstiger Ausbau“, worunter u. a. Tischler- und Schlossertätigkeiten sowie Maler- und Glasarbeiten fallen, 2009 gegenüber 2008 allesamt rückläufig.

#### Großhandel, Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel

Betrachtet man den Zeitraum von Januar bis Dezember 2009 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode, war im **Großhandel** ein nominaler Umsatzrückgang um 11,9 Prozent festzustellen. Die Zahl der Beschäftigten sank – bedingt durch die deutliche Abnahme bei den Vollbeschäftigten – um 3,2 Prozent. Im **Einzelhandel** fielen die Umsatzeinbußen um nominal 1,6 Prozent und der Beschäftigtenabbau um 1,0 Prozent weitaus moderater aus. Während hierunter im „Einzelhandel mit

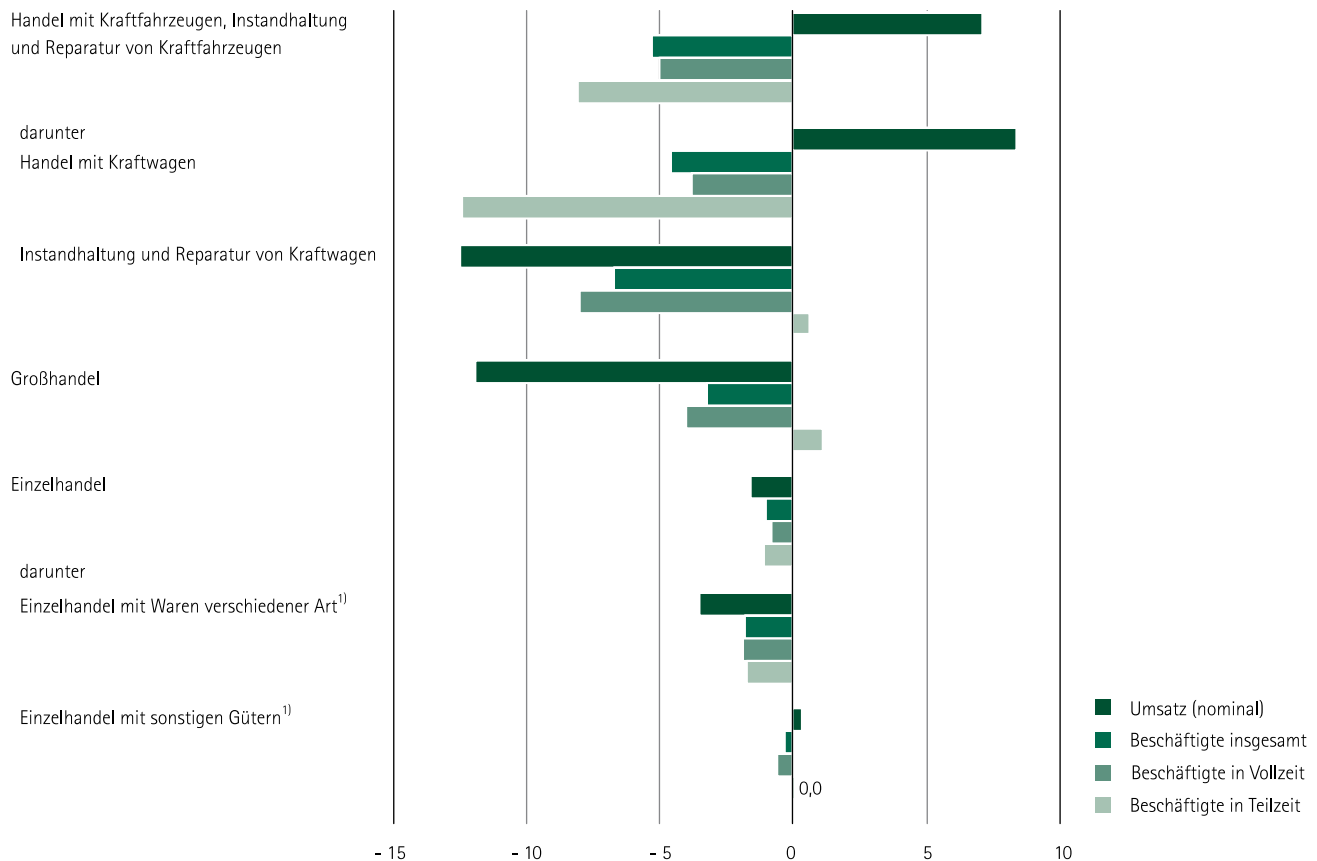
Abb. 3 Umsatz und Beschäftigte im Ausbaugewerbe Sachsens  
1. Quartal 2007 bis 4. Quartal 2009



8) So waren im Jahresdurchschnitt 2009 im sächsischen Baugewerbe 2 358 Kurzarbeiter (nach § 170 SGB III) zu verzeichnen, was der vierfachen Personenzahl gegenüber 2008 entspricht, darunter im Bauhauptgewerbe 1 160 Kurzarbeiter und damit fast dreimal soviel wie noch 2008. Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA), Nürnberg, Erstelltdatum: 11. März 2010.



**Abb. 4 Umsatz und Beschäftigte im Kraftfahrzeug-, Groß- und Einzelhandel in Sachsen  
Veränderung 2009 gegenüber 2008**



1) in Verkaufsräumen

Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)", zu denen hauptsächlich ein Großteil der Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren zählen, stärkere Rückgänge um 3,5 bzw. 1,8 Prozent zu verzeichnen waren, zeigte sich im „Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)", worunter insbesondere solche von Apotheken fallen, bei den Beschäftigten nur ein moderater Rückgang um 0,3 Prozent. Für die Umsätze war sogar ein leichter Zuwachs um nominal 0,3 Prozent festzustellen. So dürfte die vergleichsweise moderate Entwicklung im Einzelhandel u. a. auf die bislang nur wenig gebremste Konsumbereitschaft der Bevölkerung zurückzuführen sein. [7] Nicht zuletzt zeigte sich dies auch anhand des Umsatzwachstums beim **Handel mit Kraftfahrzeugen, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen** in Höhe von 7,1 Prozent, wenngleich die Entwicklung innerhalb dieses Zweiges – im Wesentlichen bedingt durch die „Abwrackprämie" – höchst unterschiedlich verlief (vgl. Abb. 4). Im Vergleich zur Situation in der Industrie [2, S. 03 ff.] wirkte sich die Wirtschaftskrise auf die Binnenhandelsbereiche im Untersuchungszeitraum deutlich weniger negativ aus.

### Zu ausgewählten Ergebnissen aus dem ifo Konjunkturtest

Der ifo Konjunkturtest ist eine monatlich vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung durchgeführte Umfrage, an der sich auch Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und des Bauhauptgewerbes in Sachsen beteiligen. Die Unternehmen werden u. a. zu der aktuellen Geschäftslage und zu den Geschäfts- und Beschäftigungsaussichten für die kommenden sechs bzw. drei Monate befragt. Ihre aktuelle Geschäftslage können sie mit „gut", „befriedigend" bzw. „saisonüblich" oder mit „schlecht" bewerten. Zur Beurteilung der Geschäftsperspektiven stehen die Kategorien „günstiger", „gleichbleibend" oder „ungünstiger" zur Verfügung. Der Beschäftigtenbestand kann dem Fragekatalog zufolge entweder „zunehmen", „etwa gleichbleiben" oder „abnehmen". Die Einzelmeldungen werden dann – gewichtet anhand der Größe der Erhebungseinheit nach Beschäftigtenanzahl – zu Produktgruppen und weiter über Bruttowertschöpfungsanteile zu Industriebranchen bzw. zum Verarbeitenden Gewerbe insgesamt und im Bauhauptgewerbe nach der Art der Bauten zusammengeführt. [1] Aus den Prozentanteilen der „gut"- und „schlecht"-Meldungen zur Geschäftslage sowie den „günstiger"- und

„ungünstiger"-Meldungen zu den Geschäftserwartungen werden schließlich Saldenwerte berechnet, die für die vorliegende Analyse mittels des Berliner Verfahrens (BV4.1) saisonbereinigt wurden.<sup>9)</sup> Das ifo Geschäftsklima ergibt sich als Mittelwert aus dem Saldo von Geschäftslage- und Geschäftserwartungen.<sup>10)</sup> Eine Darstellung der jeweiligen Saldenwerte als Index mit Basis 2000 = 100 ermöglicht dann langjährige Entwicklungsbetrachtungen und Niveauvergleiche zum Jahresdurchschnitt des Jahres 2000. [8] Dabei ist bei der Gegenüberstellung der Ergebnisse mit denen aus der amtlichen Statistik neben dem eingangs gegebenen methodischen Hinweis<sup>2)</sup> die unterschiedliche WZ-Abgrenzung zu berücksichtigen, die in Letzterer nach WZ 2008, im Rahmen der ifo Konjunkturtestbefragungen hingegen (noch) nach WZ 2003 erfolgt.<sup>11)</sup>

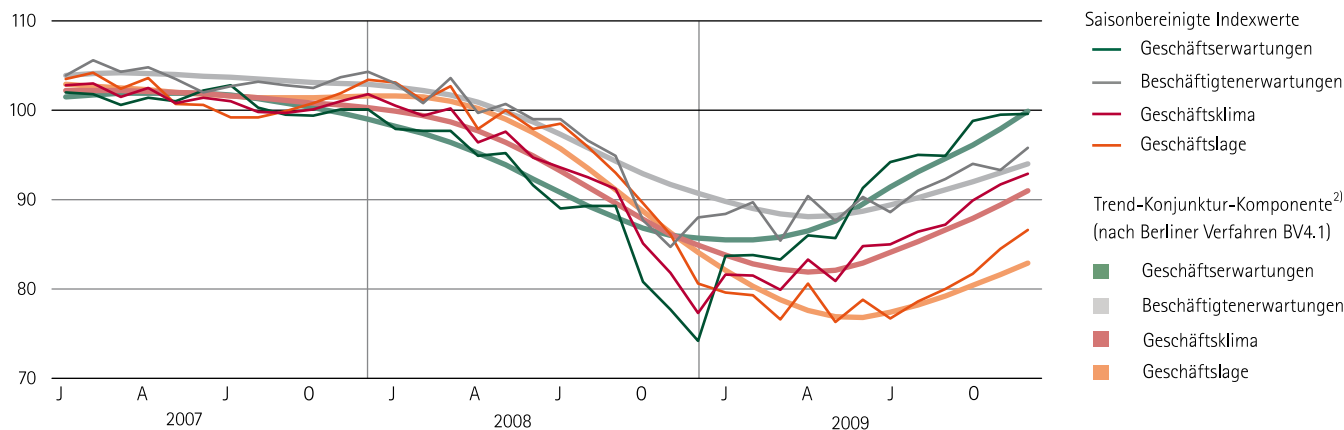
9) Üblicherweise werden die Konjunkturtestdaten mittels des ifo-Standardverfahrens zur Zeitreihenanalyse, dem ASA II – Verfahren, saisonbereinigt. Da zur Bereinigung von Konjunkturindikatoren gemäß amtlicher Statistik im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen aber grundsätzlich das Berliner Verfahren (BV4.1) zur Anwendung kommt, wurde dieses aus Gründen der formalen Konsistenz auch auf die ifo Konjunkturtestdaten angewendet.

10) Geschäftsklima =  $GK = \frac{[(GL+200)(GE+200)]^{1/2} - 200}{100}$

11) Aufgrund fehlender Daten für bestimmte Industriebranchen bzw. Ergebnisänderungen im Nachkommastellenbereich wurde von einer Umrechnung der Befragungsergebnisse auf den ifo Konjunkturtest auf die WZ 2008 abgesehen.

**Abb. 5 Geschäftslage, Geschäftserwartungen, Geschäftsklima und Beschäftigtererwartungen im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup> in Sachsen Januar 2007 bis Dezember 2009**

Indexwerte: 2000=100; saisonbereinigt



1) Die Abgrenzung des Verarbeitenden Gewerbes erfolgte hier (noch) nach WZ 2003.  
 2) oder "glatte Komponente" (Originärwerte der ifo Indikatoren ohne saisonalen Verlauf und ohne irreguläre Komponente).  
 Quelle zu ifo Daten: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Konjunkturtest Verarbeitendes Gewerbe (Regionalauswertung Sachsen).

### Verarbeitendes Gewerbe

Mit Beginn des 2. Quartals 2008 wurde die aktuelle **Geschäftslage** von den befragten sächsischen Unternehmen insgesamt zunehmend schlechter eingeschätzt. Ab August verstärkte sich dieser Abwärtstrend dann deutlich und hielt bis über den Jahreswechsel 2008/2009 an. Auch in der 1. Jahreshälfte 2009 beurteilten die Unternehmen ihre Situation per saldo schlechter als im Jahr zuvor. Erst seit November 2009 stieg der Indexwert wieder über das Vorjahresniveau. Infolge dessen lag er im Jahresdurchschnitt 2009 mit 79,9 um rund ein Sechstel unter jenem von 2008 mit 95,5 (vgl. Abb. 5).

In den Angaben zu den **Geschäftserwartungen** zeigte sich bereits ab Jahresbeginn 2008 eine zunehmende Eintrübung. Zum Jahresende 2008 hatte der Index dann seinen Tiefpunkt erreicht, bevor er in der ersten Hälfte des Jahres 2009 wieder anstieg und im Dezember annähernd dem Niveau vom Jahresende 2007 entsprach. Jahresdurchschnittlich übertraf der Indexwert 2009 mit 91,3 jenen von 2008 mit 89,6 um 1,9 Prozent. Beim Geschäftserwartungsindex setzte eine signifikante Trendwende nach unten bzw. oben somit jeweils schon um einige Monate eher ein als beim Geschäftslageindex (vgl. Abb. 5).

Das **Geschäftsklima** trübte sich ab Jahresbeginn 2008 zunächst moderat, mit Ende des 2. Quartals 2008 dann deutlicher ein, bevor der Geschäftsklimaindex im Dezember 2008 ein lokales Minimum erreichte (vgl. Abb. 5 und 6). Bis einschließlich September 2009 lag er dann unter den Werten des Vorjahres, so dass der jahresdurchschnittliche Indexwert 2009 mit 85,4 um knapp ein Zehntel niedriger als 2008 mit 92,5 ausfiel.

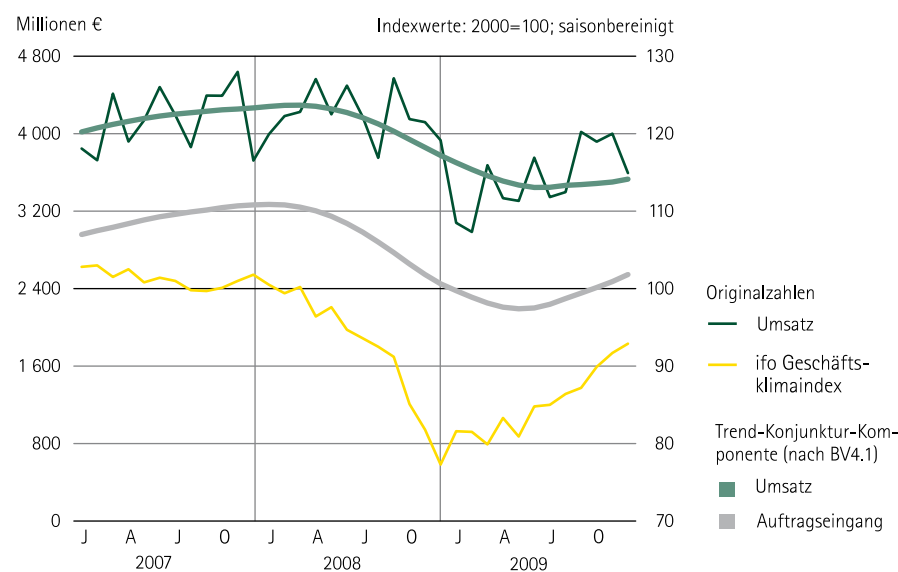
Insofern bestätigen sich für Sachsen abgesehen von den in der 1. Jahreshälfte 2008 tendenziell gegensätzlichen Entwicklungen die Zusammenhänge zwischen diesem – seiner Konzeption nach der wirtschaftlichen Entwicklung vorlaufenden – Indikator und den Resultaten aus der amtlichen Statistik. Hiernach gingen die Umsätze – neben den Auftragseingängen eine wichtige Kennzahl für Betriebe zur Beurteilung der aktuellen und zukünftigen Geschäftssituation – in der Industrie<sup>12)</sup> beständig ab Ende des 3. Quartals 2008 zurück. [2, S. 03.] Die zeitliche Vorlaufseigenschaft des Geschäftsklimas um etwa ein Quartal zeigt sich auch daran, dass sowohl das lokale Minimum als auch die im

Laufe des Jahres 2009 erkennbare Erholung eher einsetzte als bei den Auftragseingängen und den Umsätzen gemäß amtlicher Statistik (vgl. Abb. 6).

Die **Erwartungen hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten** trübten sich mit Jahresbeginn 2008 tendenziell ein, obwohl sich die Angaben der Unternehmen, die eine Erhöhung ihres Personalbestandes vorsahen und die Angaben solcher, die eine Verminderung der Beschäftigtenzahl planten noch in etwa die Waage hielten. Ab August 2008 ver-

12) Dabei gelten die in [2, S. 03 ff.] für die Industrie dargestellten Zusammenhänge und Entwicklungen analog für das Verarbeitende Gewerbe allein, da dem „Bergbau“ eine vernachlässigbare Bedeutung zukommt.

**Abb. 6 Auftragseingang, Umsatz und ifo Geschäftsklimaindex im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup> in Sachsen Januar 2007 bis Dezember 2009**



1) Die Abgrenzung des Verarbeitenden Gewerbes erfolgte bei Auftragseingang und Umsatz nach WZ 2008, beim ifo Geschäftsklimaindex dagegen (noch) nach WZ 2003.  
 Quelle zu ifo Daten: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Konjunkturtest Verarbeitendes Gewerbe (Regionalauswertung Sachsen).

schlechterten sich die Beschäftigungsperspektiven bis zum Tiefpunkt im November 2008 immer weiter (vgl. Abb. 5); die Planungen der Unternehmen waren mehr und mehr auf Personalkürzungen ausgerichtet. In der 1. Jahreshälfte 2009 blieben die Erwartungen grundsätzlich negativ, man rechnete aber per saldo nicht mehr so häufig mit einer weiteren Verschlechterung. Ab dem 3. Quartal 2009 wurden die Beschäftigungsperspektiven insgesamt wieder weniger pessimistisch beurteilt, wenngleich bis zuletzt die negativen Einschätzungen überwogen. Folglich lag der Index im Jahresdurchschnitt 2009 mit 90,6 um 6,1 Prozent unter jenem von 2008 mit 96,5.

Die Indizes zu Geschäftsklima und Beschäftigtererwartungen zeigen einen weitestgehend gleichen Verlauf (vgl. Abb. 5). Dies wird u. a. auf den ähnlich gearteten zukunftsorientierten Charakter beider Indikatoren zurückzuführen sein. Die auf niedrigem Niveau zu verzeichnenden monatlichen Schwankungen in der ersten Jahreshälfte 2009 beruhen wohl auf der Unsicherheit der Befragten über die weitere Entwicklung nach den historischen Einbrüchen der Wirtschaftsleistung in den Monaten zuvor. Wie Abbildung 5 zeigt, lag der Geschäftsklimaindex 2008 und 2009 stets unter dem Index der Beschäftigtererwartungen. Dazu fiel die Stimmungseintrübung bei Ersterem im Untersuchungszeitraum etwas stärker aus. Auch diese Umstände spiegeln sich in den Daten der amtlichen Statistik wider, wonach die Zahl der tätigen Personen in der Industrie<sup>12)</sup> zwar ab dem 4. Quartal 2008 abnahm, aber noch bis Ende des 1. Quartals 2009 – nicht zuletzt wegen der verstärkten Nutzung von Kurzarbeit – das Vorjahresniveau übertraf und somit deutlich weniger stark zurückging als Auftragseingänge und Umsätze. [2, S. 05 f.] Die Beschäftigtererwartungen laufen der tatsächlichen Entwicklung der Zahl der tätigen Personen also um rund ein halbes Jahr vor, was für die Beschäftigtersituation im Verarbeitenden Gewerbe eine baldige Entspannung am aktuellen Rand erwarten lässt. Gewisse Entwicklungsunterschiede zwischen den Resultaten der ifo Konjunkturtestbefragungen und den Daten aus der amtlichen Statistik (vgl. Abb. 6) dürften neben der ungleichen WZ-Abgrenzung wohl auch auf den unterschiedlichen Kreis an Auskunftgebenden zurückzuführen sein.<sup>13)</sup>

Um zu überprüfen, inwieweit die dargestellten Zusammenhänge auch für bedeutende Branchen innerhalb der sächsischen Industrie gelten, werden die Untersuchungen im Folgenden noch exemplarisch auf den Maschinenbau ausgeweitet.

## Maschinenbau

In den ersten Monaten des Jahres 2008 wurde die **aktuelle Geschäftslage** vom Großteil der Befragungsteilnehmer in Sachsen mehrheitlich positiv und per saldo besser als im Jahresdurchschnitt 2007 bewertet. Nachdem sich die Einschätzungen mit Beginn der 2. Jahreshälfte 2008 etwas eingetrübt hatten, wurde die Lage ab Oktober 2008 insgesamt deutlich schlechter als im Vorjahr beurteilt, wenngleich die positiven Meldungen bis über den Jahreswechsel hinaus überwogen. Im Laufe des Jahres 2009 nahmen die pessimistischen Lageeinschätzungen per saldo immer weiter zu, bevor sich im 4. Quartal eine Stabilisierung auf historisch niedrigem Niveau abzeichnete. Entsprechend lag der durchschnittliche Indexwert 2009 bei 79,3 und damit gut ein Drittel niedriger als 2008 mit 123,1.

Hinsichtlich der **Geschäftserwartungen**, die in der 1. Jahreshälfte 2008 noch überwiegend positiv ausfielen, war mit Beginn des 3. Quartals 2008 eine merkliche Eintrübung zu verzeichnen. Zwischen Jahresende 2008 und Jahresmitte 2009 blieben die Einschätzungen etwa gleichbleibend schlecht und lagen insgesamt deutlich unter denen des Vorjahres. Ab dem 3. Quartal 2009 beurteilten die befragten Unternehmen ihre Geschäftserwartungen per saldo wieder weniger ungünstig, bevor zum Jahresende hin die positiven Meldungen deutlich überwogen. Der mittlere Indexwert lag 2009 mit 92,7 um 2,0 Prozent unter dem von 2008 mit 94,6.

Insofern bleiben die oben dargestellten Zusammenhänge zwischen Geschäftslage und Geschäftserwartungen auch für den Maschinenbau bestehen. Daneben zeigt sich hier die hohe Deckungsgleichheit zwischen der Einschätzung der vom ifo Institut befragten Unternehmen und der in der amtlichen Statistik dokumentierten Entwicklung für Sachsen, wonach die signifikante Trendwende nach unten bei Auftragseingang und Umsatz ab September bzw. Oktober 2008 einsetzte. [2, S. 08.] Während sich die aktuell beurteilte Geschäftslage ab diesem Zeitpunkt stärker eintrübte, setzte der Pessimismus in den Geschäftsaussichten bereits einige Monate früher ein.

Der **Geschäftsklimaindex** verlief bis zum 2. Quartal 2008 auf einem seit Jahresmitte 2006 weitgehend unveränderten Niveau, bevor mit Anfang des 3. Quartals 2008 ein deutlicher Abwärtstrend einsetzte, der bis zur Jahresmitte 2009 anhielt. Nachdem das Geschäftsklima zu Beginn des Jahres 2009 stark eingetrübt war, zeichnete sich gegen Jahresende eine leichte Aufhellungstendenz ab. Dennoch verfehlte der Indexwert bis zuletzt

die Stände des Vorjahres deutlich und lag im Jahresdurchschnitt 2009 mit 85,3 um mehr als ein Fünftel niedriger als 2008 mit 107,9 (vgl. Abb. 7).

Neben der zeitlichen Vorlaufseigenschaft des Indexes vor der tatsächlichen (Umsatz-)Entwicklung um wenige Monate waren für das Geschäftsklima im Maschinenbau – wie auch anhand der Daten aus der amtlichen Statistik ersichtlich – also länger anhaltende Auswirkungen der Wirtschaftskrise und ein grundsätzlich stärker negatives Verlaufsbild als im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt festzustellen. So ging 2009 gegenüber 2008 sowohl der Wert der Auftragseingänge als auch der Umsätze im Maschinenbau um einiges deutlicher zurück. [2, S. 08.] Darüber hinaus blieb in dieser Branche bei beiden Merkmalen eine nachhaltige Trendwende nach oben bis zuletzt aus (vgl. Abb. 7).

Hinsichtlich der **Beschäftigtererwartungen** bewegten sich die Einschätzungen der befragten Unternehmen in den ersten Monaten des Jahres 2008 insgesamt in etwa auf dem Niveau von 2007 und blieben bis in die 2. Jahreshälfte 2008 mehrheitlich positiv. Ab dem 3. Quartal 2008 trübten sie sich dann aber bis zur Jahresmitte 2009 zusehends ein; die Planungen der Unternehmen waren ab diesem Zeitpunkt mehrheitlich auf eine Reduzierung des Beschäftigtenbestandes ausgerichtet. Seither fallen die Meldungen zu den Beschäftigtererwartungen tendenziell zwar wieder etwas weniger negativ aus, liegen in der Regel aber noch immer unter denen des Vorjahres. Entsprechend war der durchschnittliche Indexwert 2009 mit 88,2 um rund ein Sechstel niedriger als 2008 mit 105,6.

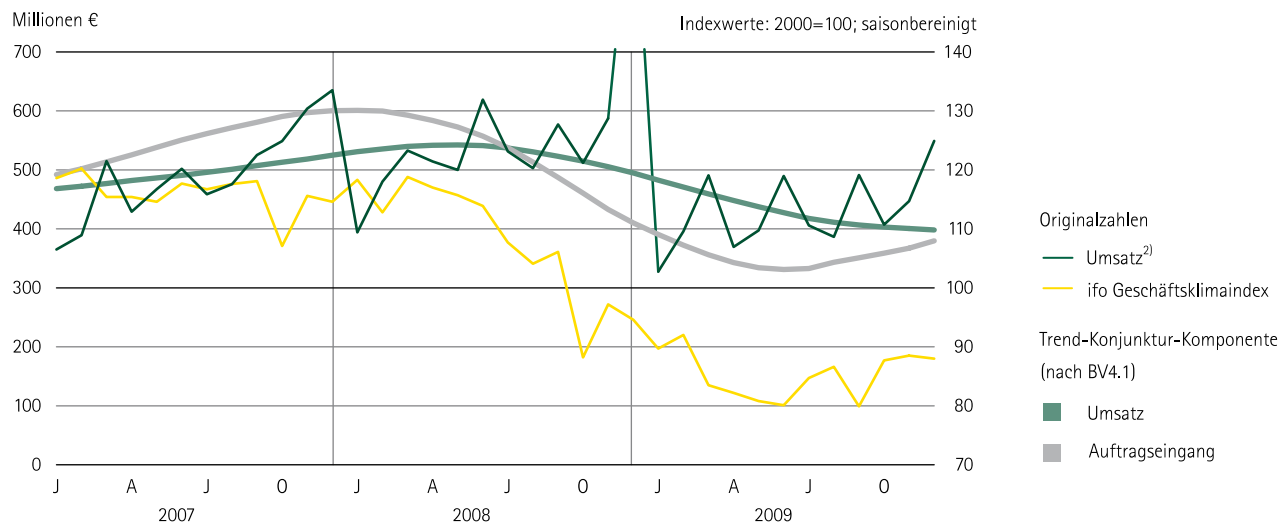
Im sächsischen Maschinenbau stellt sich die Situation im Hinblick auf die Zusammenhänge und Entwicklungsverläufe zwischen Beschäftigtererwartungen und Geschäftsklima und den Ergebnissen der amtlichen Statistik [2, S. 08 ff.] also grundsätzlich ähnlich dar, wie zuvor beim Verarbeitenden Gewerbe ausgeführt.

## Bauhauptgewerbe

Sowohl 2008 als auch 2009 wurde die **Geschäftslage** von den Befragten mehrheitlich negativ beurteilt. Nachdem die Unternehmensangaben in den Anfangsmonaten 2008 insgesamt etwas weniger pessimistisch als zu Jahresende 2007 ausfielen, verschlechterten

13) So enthält die Konjunkturstatistik Angaben sämtlicher Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 50 und mehr tätigen Personen (im Bauhauptgewerbe 20 und mehr tätige Personen), während dem Konjunkturtest „Verarbeitendes Gewerbe“ eine Zufallsstichprobe von derzeit rund 310 Erhebungseinheiten („Bauhauptgewerbe“: etwa 80 Erhebungseinheiten) verschiedenster Größe zugrunde liegt.

Abb. 7 Auftragseingang, Umsatz und ifo Geschäftsklimaindex im Maschinenbau<sup>1)</sup> in Sachsen Januar 2007 bis Dezember 2009



1) Die Abgrenzung des Maschinenbaus erfolgte bei Auftragseingang und Umsatz nach WZ 2008, beim ifo Geschäftsklimaindex dagegen (noch) nach WZ 2003.  
 2) Beim Dezemberwert 2008 handelt es sich um einen extremen statistischen Ausreißer, der außerhalb des hier dargestellten Wertebereichs liegt.  
 Quelle zu ifo Daten: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Konjunkturtest Verarbeitendes Gewerbe (Regionalauswertung Sachsen).

sich diese in der 2. Jahreshälfte 2008 wieder unter ihre „Vorjahreswerte“. Im Laufe des Jahres 2009 wurde die aktuelle Situation tendenziell immer weniger skeptisch bewertet. Insofern lag der durchschnittliche Indexwert 2009 mit 117,0 um 2,1 Prozent höher als jener von 2008 mit 114,6.

Die **zukünftigen Geschäftserwartungen** der Befragten, die 2008 wie 2009 relativ starken monatlichen Schwankungen unterworfen waren, wurden im Laufe des Jahres 2008 bis zum Jahresanfang 2009 von den Firmen per saldo zunehmend ungünstiger beurteilt. Mit Beginn des 2. Quartals 2009 war dann eine leichte Aufhellungstendenz zu erkennen. Der jahresdurchschnittliche Wert des Index fiel 2009 mit 105,5 um 0,4 Prozent höher aus als der von 2008 mit 105,1.

Entsprechend trübte sich das **Geschäftsklima** in den Anfangsmonaten des Jahres 2008 nur minimal ein, bevor es ab Mitte des Jahres zu einer stärkeren Klimaverschlechterung kam. Nachdem der Geschäftsklimaindex bis über den Jahreswechsel 2008/2009 etwa gleichbleibend negativ war, setzte noch im 2. Quartal 2009 wieder eine deutliche Aufhellung ein (vgl. Abb. 2). So erreichte der durchschnittliche Index 2009 mit 111,1 gegenüber 2008 mit 109,7 einen um 1,3 Prozent höheren Wert.

Unter Einbeziehung der Ausführungen zur Wirtschaftsentwicklung im Bauhauptgewerbe (vgl. oben) bestätigen sich anhand der Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest für diesen Bereich in Sachsen sowohl die zeitliche Vorlaufseigenschaft des Geschäftsklimaindikatoren als auch die kürzer anhaltenden und somit deutlich geringeren negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen, etwa dem

Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Abb. 2 und 6). Darüber hinaus zeigte sich in den Einschätzungen der Befragten auch die oben beschriebene Ungleichentwicklung in den Sparten Hoch- und Tiefbau. Während sich der Geschäftsklimaindex im Tiefbau nach weitestgehender Stagnation 2008 im Jahr 2009 nahezu kontinuierlich erhöhte, verharrte er im Hochbau 2009 auf dem nach steten Rückgängen im Vorjahr erreichten niedrigen Niveau.

In der 1. Jahreshälfte 2008 trübten sich die **Beschäftigtererwartungen** zunächst allmählich ein, bevor sie mit Beginn des 3. Quartals 2008 per saldo deutlich negativer als im Vorjahr beurteilt wurden. Allerdings revidierten die Unternehmen schon um den Jahreswechsel 2008/2009 und in den Anfangsmonaten 2009 ihre Personalpläne wieder nach oben. Der durchschnittliche Indexwert lag 2009 bei 111,5 und damit 1,9 Prozent niedriger als jener von 2008 mit 113,7.

Auch diese Befragungsergebnisse decken sich also mit der in der amtlichen Statistik dokumentierten Entwicklung der tätigen Personen im sächsischen Bauhauptgewerbe, die 2007 und 2008 kontinuierlich abwärtsgerichtet verlief, 2009 dagegen weitgehend auf dem Vorjahresniveau verharrte (vgl. oben). Darüber hinaus zeigt sich hieran einmal mehr der vorlaufende Charakter des Indikatoren.

### Zusammenfassung

Innerhalb der Branchen der sächsischen Industrie verlief die wirtschaftliche Entwicklung über die Jahre 2008 und 2009 – wie schon auf WZ-2-Steller-Ebene – unterschiedlich. Während einzelne – häufig umsatzstarke – Zweige wie z. B. die „Erzeugung von Roheisen, Stahl

und Ferrolegierungen“ (24.1), die „Herstellung von Schmiede-, Zieh-, Press- und Stanzteilen, gewalzten Ringen und pulvermetallurgischen Erzeugnissen“ (25.5) sowie die „Herstellung von Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige“ (28.9) in der Regel verstärkend negativ zur Gesamtentwicklung in den Branchen sowie im Verarbeitenden Gewerbe beitrugen, gingen von anderen mildernde Impulse aus. Exemplarisch seien hier die „Herstellung von Back- und Teigwaren“ (10.7) und vor allem die „Herstellung von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen“ (21.2) aufgeführt. Ein ähnliches Bild zeigte sich im Baugewerbe, das von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise weit weniger stark betroffen war, als die Industrie. So gingen die wirtschaftlichen Indikatoren im Bauhauptgewerbe bei z. T. gegensätzlichen Entwicklungen in den einzelnen Sparten im Untersuchungszeitraum vergleichsweise moderat zurück. Das Ausbaugewerbe entwickelte sich 2009 im Vergleich zu 2008 sogar positiv, was nicht zuletzt auf die stimulierenden Impulse durch die staatlichen Konjunkturprogramme zurückzuführen war. Der Kraftfahrzeughandel profitierte von derartigen Unterstützungsmaßnahmen („Abwrackprämie“) ebenfalls. Insofern fielen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auch auf den gesamten Handel bislang weniger negativ aus als jene auf die Industrie.

Für Sachsen spiegeln sich die Eckpunkte und Tendenzwenden in der konjunkturellen Entwicklung sowohl in den Befragungsergebnissen aus dem ifo Konjunkturtest als auch in den Daten der amtlichen Statistik wider. Folglich sollte stets eine kombinierte Betrachtung erfolgen, da sich beides – trotz der bestehenden Unterschiede in der Abgrenzung

nach WZ 2003 bzw. WZ 2008 – gut ergänzt. Während die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage häufig nahe an der tatsächlichen Entwicklungsrichtung liegt, setzt bei den Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate die entsprechende Tendenzende schon einige Monate früher ein. Insofern ist auch das aus beiden Merkmalen resultierende Geschäftsklima durch eine gewisse zeitliche Vorlaufseigenschaft vor der in der amtlichen Statistik dokumentierten Wirtschaftsentwicklung charakterisiert (vgl. Abb. 6). [9] Bei den Beschäftigtenerwartungen für das kommende Quartal ist der Time-lag in der Regel noch etwas länger. Letztlich liegt in den subjektiven Einschätzungen der befragten Unternehmen also ein zuverlässiger Indikator, um die bevorstehende wirtschaftliche Entwicklung sowohl in ihrer Richtung als grundsätzlich auch in ihrer Intensität zu charakterisieren.<sup>14)</sup>

Den Indikatoren zufolge dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Lage 2010 im Vergleich zum Vorjahr in Sachsen wieder verbessern. Dies steht im Einklang mit der aktuellen Konjunkturprognose des ifo Instituts, die für das Jahr 2010 – bei einer eher schwachen konjunkturellen Dynamik – eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung erwarten lässt. [10]

Roman Straube, Dipl.-Volkswirt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Gesamtwirtschaftliche Analysen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen

Dr. Gerit Vogt, Dipl.-Volkswirt, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts

<sup>14)</sup> An dieser Stelle sei noch einmal auf die eingangs erwähnte vertiefte Untersuchung in [11] verwiesen.

#### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Für den Bereich „Verarbeitendes Gewerbe“ vgl. Ruppert, W.: Konjunkturtest Verarbeitendes Gewerbe, in: Goldrian, G. (Hrsg.): ifo-Beiträge zur Wirtschaftsforschung – Handbuch der umfragebasierten Konjunkturforschung, München 2004, S. 17 ff. Für das Bauhauptgewerbe vgl. Ruppert, W.: Konjunkturtest Bauhauptgewerbe, in: ebenda, S. 29 ff.
- [2] Vgl. Straube, R.: Analysen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen 2008/2009 anhand ausgewählter konjunkturstatistischer Kennzahlen, in: Statistik in Sachsen, Heft 1/2010, S. 02-13
- [3] Vgl. Statistisches Bundesamt: Preise – Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz), Wiesbaden, Dezember 2009, Tabellenblatt „GP Nr. 26-27“.
- [4] Vgl. <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Konjunktur/konjunkturpaket-2, did=285854.html> [Aufruf am 4. Februar 2010].
- [5] Vgl. Hessisches Statistisches Landesamt: Konjunkturprognose Hessen 2010, Wiesbaden 2009, S. 29.
- [6] Vgl. <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Konjunktur/konjunkturpaket-1, did=278908.html> [Aufruf am 4. Februar 2010].
- [7] Vgl. Pressemitteilung der GfK-Gruppe „Konsum in der Krise – Krise beim Konsum“ vom 2. Februar 2009 sowie [http://www.gfk.com/group/press\\_information/press\\_releases/005226/index.de.html](http://www.gfk.com/group/press_information/press_releases/005226/index.de.html) [Aufruf am 23. Februar 2010]

- [8] Zur Berechnung und Eignung des „ifo Geschäftsklimaindex“ als Konjunkturindikator vgl. Nerb, G.: Bedeutung von repräsentativen Unternehmensumfragen für die empirische Konjunkturforschung, in: Goldrian, G. (Hrsg.): ifo-Beiträge zur Wirtschaftsforschung – Handbuch der umfragebasierten Konjunkturforschung, München 2004, S. 5 ff. sowie [http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/a-httpfo/d1index/10indexgsk/indexgsk?item\\_link=erlaeut\\_gk.htm&lang=de](http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/a-httpfo/d1index/10indexgsk/indexgsk?item_link=erlaeut_gk.htm&lang=de) [Aufruf am 8. Februar 2010].
- [9] Die Eigenschaft des ifo Geschäftsklimas als konjunktureller Frühindikator bestätigte sich auch in anderen Untersuchungen. Vgl. hierzu etwa Abberger, K. und W. Nierhaus: Das ifo Geschäftsklima – Ein zuverlässiger Frühindikator der Konjunktur, in: ifo Schnelldienst 5/2007, S. 25-30 sowie Vogt, G.: Analyse der Prognoseeigenschaften von ifo Konjunkturindikatoren unter Echtzeitbedingungen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Jahrgang 227 Heft 1, 2007, S. 87-101.
- [10] Vgl. Arent, S., B. Schirwitz und G. Vogt: Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2009/2010: Wirtschaft erholt sich langsam von der Rezession, in: ifo Dresden berichtet 1/2010, S. 13-22.
- [11] Lehmann, R., Speich, W.-D., Straube, R. und G. Vogt: Funktioniert der ifo Konjunkturtest auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten? Eine Analyse der Zusammenhänge zwischen ifo Geschäftsklima und amtlichen Konjunkturdaten für Sachsen, in: ifo Dresden berichtet 3/2010 (im Druck).



# Das Baugewerbe in Sachsen 2009\*

## Vorbemerkungen

Das Berichtsjahr 2009 war das erste, in dem die Baugewerbestatistik nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), durchgeführt wurde. Die Umstellung auf die WZ 2008 führte zu einer Reihe von Veränderungen, sowohl in der Abgrenzung des Baugewerbes nach außen als auch in seiner inneren Gliederung.

In der Abgrenzung nach außen werden die Erschließung von unbebauten Grundstücken sowie die Bauträger für Wohnbauten und Nichtwohnbauten neu zum Baugewerbe gezählt. Der Wirtschaftsabschnitt F – Baugewerbe – ist in drei Wirtschaftsabteilungen (WZ-2-Steller) gegliedert. Zwischen der WZ 2003 und der WZ 2008 gibt es größere Unterschiede in der Zuordnung von Bautätigkeiten zu einer Wirtschaftsabteilung (WZ-2-Steller) bzw. Wirtschaftsgruppe (WZ-3-Steller). Auf der Ebene der Wirtschaftsklassen (WZ-4-Steller) sind die Änderungen nicht bedeutend, außer dass die Unterordnung sich unterscheidet.

Da das einzelstatistische Gesetz in Deutschland (Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe) [2] wiederum nicht grundsätzlich geändert worden ist, ordnet man die Tätigkeiten den „Statistiken im Bauhauptgewerbe“ und den „Statistiken im Ausbaugewerbe“ so zu, dass die Abgrenzung weitgehend der der WZ 2003 entspricht. Begrifflich kehrte man wieder zu den Termini **Bauhauptgewerbe** und **Ausbaugewerbe** zur Bezeichnung der zwei Statistikbefragungsbereiche zurück.

Für Zeitreihenbetrachtungen gelten die Daten nach WZ 2003 und WZ 2008 für die Gruppierung „Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitende Baustellenarbeiten = Bauhauptgewerbe“ und „Bauinstallation und Sonstiges Ausbaugewerbe = Ausbaugewerbe“ als vergleichbar.<sup>1)</sup>

## Zur gesamtwirtschaftlichen Stellung des Baugewerbes in Sachsen

Im Jahr 2005 lag der Anteil der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) des Baugewerbes in Sachsen mit 5,9 Prozent auf dem tiefsten Wert. Seither ist dieser Anteil wieder gestiegen und erreichte 2009 einen Wert von 7,0 Prozent. Zum Vergleich: In den neuen Ländern (ohne Berlin) erreichte der Anteil des Baugewerbes im gleichen Jahr 6,3 Prozent, im deutschen Mittel 4,6 Prozent.

Während das Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) in Sachsen 2009 gegenüber dem Vorjahr um 3,8 Prozent zurückgegangen ist, erhöhte sich die Bruttowertschöpfung (preisbereinigt, verkettet) im Baugewerbe um 1,1 Prozent. Damit ist im vierten Jahr in Folge die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe nicht zurückgegangen. Diese positive Entwicklung führte in Kombination mit dem starken Rückgang der Bruttowertschöpfung (preisbereinigt, verkettet) im Verarbeitenden Gewerbe von 18,0 Prozent zu der Erhöhung des Anteils der Bruttowertschöpfung des Baugewerbes an der Wirtschaft insgesamt.<sup>2)</sup> Bei den Erwerbstätigen hatte der Anteil des Baugewerbes an der Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen insgesamt seinen tiefsten Stand 2008 mit 8,0 Prozent. 2009 lag er mit 8,1 Prozent wieder geringfügig höher. 2009 betrug die Zahl der Erwerbstätigen im Baugewerbe Sachsens 156 700 Personen. Das waren rund 1 300 Personen bzw. 0,8 Prozent mehr als im Vorjahr.<sup>3)</sup>

## Bauhauptgewerbe

### Betriebe und Beschäftigte

Im Juni 2009 waren in der **Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe** 6 562 Betriebe erfasst, 24 Betriebe oder 0,3 Prozent weniger als im Vorjahr (vgl. Tab. 1). Reichlich 91 Prozent der Betriebe waren bereits 2008 in diese

Erhebung einbezogen. Das heißt, der Anteil der Zugänge und Abgänge lag in diesem Jahr bei jeweils knapp neun Prozent. Der seit einigen Jahren zu beobachtende Prozess, dass die Zahl der Abgänge aus dieser Statistik in Sachsen zurückgeht, setzte sich in den letzten beiden Jahren nicht fort.

Auf die Größenklasse der Betriebe mit weniger als 10 tätigen Personen entfielen 2009 rund 89 Prozent der erloschenen Betriebe sowie knapp 93 Prozent der Neuzugänge. Somit weist die Betriebszahl dieser Größenklasse die höchste Fluktuation auf (vgl. Tab. 2).

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Bauhauptgewerbe ist 2009 wieder gestiegen. Insgesamt waren es 187 Fälle, 18 Fälle oder reichlich zehn Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Größenstruktur der Betriebe im Bauhauptgewerbe hat sich 2009 gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert. Der Anteil der Kleinbetriebe mit weniger als 10 tätigen Personen erreichte über 81 Prozent wie schon 2008. Der Anteil der Betriebe mit 10 bis 19 tätigen Personen ist geringfügig auf 11,3 Prozent gestiegen, der der Betriebe mit 20 bis 49 tätigen Personen auf 5,0 Prozent gesunken. Die Anteile der größeren Betriebe blieben unverändert (vgl. Tab. 2).

Die Zahl der tätigen Personen lag am 30. Juni 2009 bei 55 765, das waren 0,5 Prozent weniger als im Jahr davor. Der Rückgang hat sich damit wieder verringert. 2008 hatte er im Vergleich zu 2007 bei 2,6 Prozent gelegen. Der

\*) Ausführlichere Informationen zur Entwicklung der Bauwirtschaft und des Baugewerbes im Zeitraum von 1990 bis 2009 bietet das Sonderheft „Branchenreport Baugewerbe in Sachsen 1990 bis 2009“, SH 2/2010, Kamenz 2010. [1]

1) Die Differenzen sind in Sachsen minimal. Für die neu dem Baugewerbe zugeordneten Betriebe/Unternehmen (Bauträger) liegen auch keine vergleichbaren Angaben zu den Umsätzen oder tätigen Personen für die Jahre vor 2009 vor. Deshalb ist eine Rückrechnung der nach WZ 2003 erhobenen Ergebnisse auf die WZ 2008 unterblieben.

2) Datenquelle: AK VGR der Länder; Berechnungsstand: Februar 2010 (VGR des Bundes)

3) Datenquelle: AK Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, Berechnungsstand Februar 2010.

Tab. 1 Eckdaten zum Bauhauptgewerbe 2005, 2008 und 2009

Merkmal	2005	2008	2009	Veränderung 2009 zu 2008 in %
<b>Alle Betriebe</b>				
Betriebe	6 254	6 584	6 562	-0,3
Tätige Personen	57 526	56 019	55 765	-0,5
Bruttoentgeltsumme in 1 000 €	103 107	101 919	107 140	5,1
Vorjahresumsatz in 1 000 €	5 663 412	5 649 172	6 025 534	6,7
Gesamtumsatz im Juni in 1 000 €	481 352	500 414	514 453	2,8
<b>Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen</b>				
Betriebe	618	534	515	-3,6
Tätige Personen	31 224	29 179	29 132	-0,2
Bruttoentgeltsumme in 1 000 €	769 077	761 180	783 643	3,0
Gesamtumsatz in 1 000 €	3 464 107	3 650 506	3 554 689	-2,6
Baugewerblicher Umsatz in 1 000 €	3 420 237	3 609 286	3 521 095	-2,4
davon Hochbau	1 358 271	1 618 187	1 506 417	-6,9
Tiefbau	2 061 966	1 991 099	2 014 678	1,2
Umsatz Volumenindex 2005 = 100	100	95,7	92,7	-3,1
davon Hochbau	100	108,5	101,2	-6,8
Tiefbau	100	87,2	87,1	-0,1
Auftragseingang Wertindex 2005 = 100	100	102,7	101,3	-1,4
davon Hochbau	100	99,9	94,1	-5,8
Tiefbau	100	104,6	106,2	1,5
Auftragseingang Volumenindex 2005 = 100	100	93,3	91,1	-2,4
davon Hochbau	100	91,3	85,9	-5,9
Tiefbau	100	94,6	94,7	0,1
Auftragsbestand am Jahresende in 1 000 €	1 039 447	1 234 084	1 247 008	1,0
davon Hochbau	461 665	527 563	528 552	0,2
Tiefbau	577 782	706 527	718 456	1,7
Auftragsbestand <sup>1)</sup> Wertindex 2005 = 100	100	119,7	116,7	-2,5
davon Hochbau	100	129,3	110,0	-14,9
Tiefbau	100	113,0	121,3	7,3
Auftragsbestand <sup>1)</sup> Volumenindex 2005 = 100	100	109,1	105,1	-3,7
davon Hochbau	100	118,4	100,2	-15,4
Tiefbau	100	102,6	108,5	5,8

1) gewichtetes Jahresmittel der vier Quartalswerte

Tab. 2 Betriebe und tätige Personen im Bauhauptgewerbe 2005, 2008 und 2009 nach Beschäftigtengrößenklassen (in Prozent)

Betriebe mit ... bis ... tätigen Personen	2005	2008	2009
<b>Betriebe</b>			
1 - 9	78,8	81,2	81,1
10 - 19	12,4	11,1	11,3
20 - 49	6,1	5,2	5,0
50 - 99	1,7	1,6	1,6
100 und mehr	1,0	1,0	1,0
<b>Tätige Personen</b>			
1 - 9	27,8	28,8	28,3
10 - 19	18,0	17,6	17,8
20 - 49	19,8	18,3	17,6
50 - 99	12,3	12,5	12,5
100 und mehr	22,1	22,9	23,8

Datenbasis: Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe

Millionen €, 3,4 Prozent unter dem Vorjahresergebnis.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf den Monatsberichtsreis – Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen. Das ermöglicht auch den Vergleich des Umsatzes mit dem Auftragseingang und Auftragsbestand. Der Gesamtumsatz lag hier im Jahr 2009 bei 3 555 Millionen €, 2,6 Prozent unter dem Vorjahreswert. Den Verlauf der monatlichen Umsatzwerte zeigt Abbildung 1.

Dieser Rückgang ist das Resultat gegenläufiger Entwicklungen im Hoch- und Tiefbau. Im Hochbau lag der baugewerbliche Umsatz bei 1 506 Millionen € und damit um 6,9 Prozent niedriger als 2008 mit 1 618 Millionen €. Im Tiefbau dagegen lag er bei 2 015 Millionen €, 1,2 Prozent über dem Vorjahresergebnis von 1 991 Millionen €.

Innerhalb des Hochbaus verzeichnete der Wohnungsbau einen Rückgang von 13,3 Prozent und der Wirtschaftshochbau von 10,7 Prozent. Im öffentlichen Hochbau ist der Umsatz dagegen um 12,1 Prozent gestiegen. Aufgrund seines Gewichtes im Hochbau (Anteil von rund 60 Prozent) wurde die negative Gesamtentwicklung wesentlich durch den Umsatzrückgang von 112 Millionen € im Wirtschaftshochbau hervorgerufen. Der Umsatzrückgang von rund 42 Millionen € im Wohnungsbau wird in der Größenordnung durch den Umsatzanstieg von rund 37 Millionen € im öffentlichen Hochbau nahezu kompensiert.

Betrachtet man die Umsatzentwicklung nach den drei Auftraggebergruppen, so ist 2009 im Vergleich zum Vorjahr lediglich im öffent-

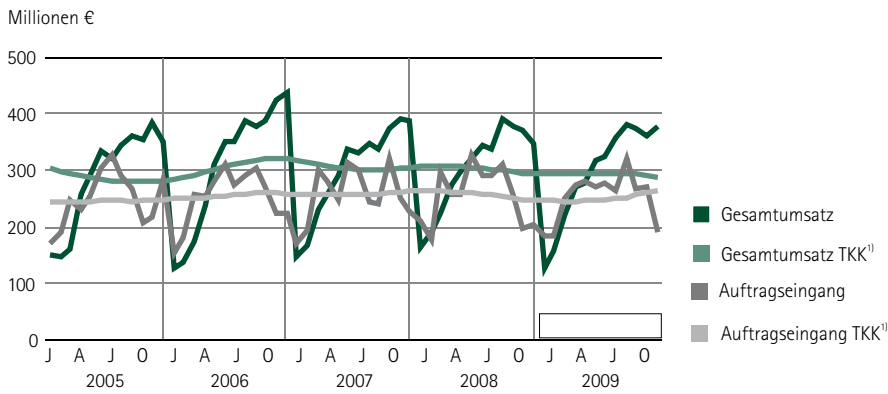
längerfristig rückläufige Trend bei den tätigen Personen setzte sich somit auch 2009 fort. Die drei Gruppierungen der tätigen Personen (gewerbliche Arbeitskräfte; Angestellte; Inhaber und Mitinhaber) entwickelten sich unterschiedlich. Die Zahl der gewerblichen Arbeitskräfte (Arbeiter) verringerte sich um 1,4 Prozent, die der tätigen Inhaber, Mitinhaber einschließlich der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen um 0,9 Prozent. Die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten stieg dagegen um 3,4 Prozent. Auf die Arbeiter entfielen 2009 71,3 Prozent aller tätigen Personen, auf die Angestellten 19,2 Prozent und auf die Selbstständigen 9,5 Prozent. Facharbeiter und Meister machten allein 53,4 Prozent aller im Bauhauptgewerbe tätigen Personen aus.

Die statistische mittlere Betriebsgröße lag 2009 bei 8,5 tätigen Personen je Betrieb und damit faktisch auf dem Vorjahresstand von 8,6 tätigen Personen je Betrieb. (Zum Vergleich: 2005: 9,2; 2000: 14,2 und 1995 31,1).

#### Umsatz

Im Bauhauptgewerbe wurde 2008 (als Ergebnis der Ergänzungserhebung 2009) ein Gesamtumsatz von 6 025 Millionen € erwirtschaftet. Die Hochrechnung der Umsätze des Monatsberichtsreises auf alle Betriebe erbrachte für 2008 einen Wert von 5 646 Millionen €. Beide Werte weichen methodisch bedingt in gewissem Maße voneinander ab, hier um rund sechs Prozent. 2009 lag der auf alle Betriebe hochgerechnete Gesamtumsatz der Betriebe des Monatsberichtsreises bei 5 453

**Abb. 1 Gesamtumsatz und Auftragseingang im Bauhauptgewerbe 2005 bis 2009**



1) TKK: Trend-Konjunkturkomponente nach BV 4.1

zuführen. Hier lag der Auftragseingang real um 5,6 Prozent über dem Vorjahreswert, im Straßenbau dagegen um 8,6 Prozent darunter. Diese Entwicklung ist offensichtlich eine Auswirkung der staatlichen Förderungen im Rahmen des Konjunkturpaketes II. Innerhalb des Hochbaus sind die realen Auftragseingänge im Wohnungsbau um 11,2 Prozent und im Wirtschafts- und öffentlichen Hochbau zusammen um 4,5 Prozent zurückgegangen.

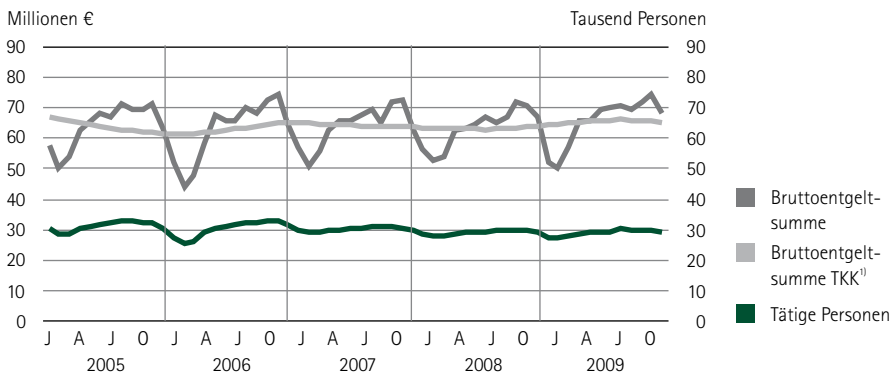
**Auftragsbestand**

Das Jahr 2009 schloss mit einem nominalen Auftragsbestand von 1 247 Millionen €, 1,0 Prozent mehr als Ende 2008. Ende des zweiten und dritten Quartals wurden die jeweiligen Vorjahreswerte nicht erreicht. Im Hochbau erhöhte sich der Auftragsbestand Ende 2009 im Vergleich zum Jahresende 2008 um 0,2 Prozent, faktisch lag er damit auf Vorjahresniveau. Im Tiefbau waren es im gleichen Zeitabstand 1,7 Prozent mehr.

Der Volumenindex des Auftragsbestandes im Bauhauptgewerbe (gewichtetes Jahresmittel aus den vier Quartalswerten) lag mit 105,1 im Jahresdurchschnitt 2009 um 3,7 Prozent unter dem Vorjahreswert. Dies ist das Resultat gegenläufiger Entwicklungen in Hoch- und Tiefbau. Im Hochbau ging er um 15,4 Prozent zurück, im Tiefbau stieg er um 5,8 Prozent. Im Hochbau war damit die Reichweite der Aufträge 2009 geringer als im Vorjahr, während sich die Situation im Tiefbau günstiger gestaltete als 2008.

Für den Ausblick auf das Jahr 2010 sind die Auftragsbestände am Jahresende 2009 maßgeblich. Am Ende des Jahres 2009 lag der Volumenindex des Auftragsbestandes im Bauhauptgewerbe bei 97,7, gut einen Prozentpunkt über dem entsprechenden Vorjahreswert von 96,6. Das entspricht einer Zunahme um 1,2 Prozent. Der Volumenindex des Auftragsbestandes im Hochbau erreichte Ende 2009 einen Wert von 102,9 und damit 1,3 Prozentpunkte mehr als Ende 2008 mit 101,6. Dies entspricht auch einem Wachstum

**Abb. 2 Tätige Personen und Bruttoentgeltsumme im Bauhauptgewerbe 2005 bis 2009**



1) TKK: Trend-Konjunkturkomponente nach BV 4.1

lichen und Straßenbau der Umsatz gestiegen, und zwar um 2,7 Prozent. Im Wirtschaftsbau ist er um 5,1 Prozent und im Wohnungsbau um 13,3 Prozent gesunken.

Bei diesen Veränderungsdaten handelt es sich um **nominale** Angaben, ohne Berücksichtigung der Preisveränderungen. 2009 lagen die (Netto-)Baupreisindizes für Wohngebäude sowie Büro- und Betriebsgebäude im Jahresmittel faktisch auf Vorjahresniveau. Dadurch entsprechen sich der nominale und reale Umsatzrückgang im Hochbau mit jeweils knapp sieben Prozent nahezu. Im Tiefbau haben sich die Baupreise 2009 im Vergleich zu 2008 jedoch erhöht. Dadurch wird die nominale Umsatzsteigerung im Tiefbau von reichlich einem Prozent durch die Preiserhöhungen wieder kompensiert, faktisch bleibt eine „rote Null“.

**Auftragseingang**

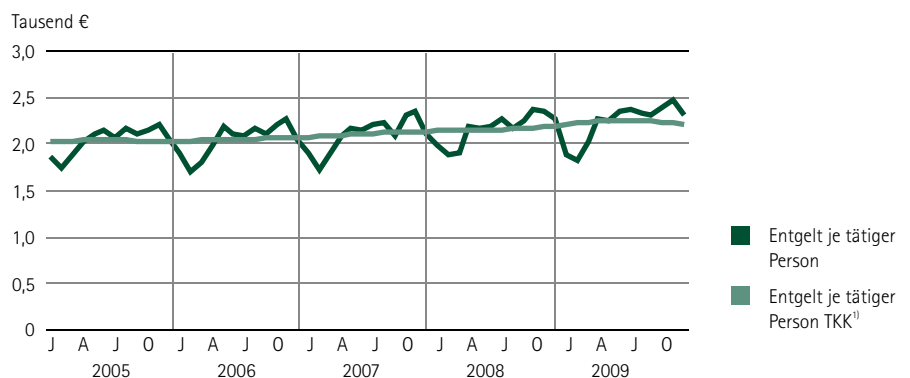
Die **Summe der Auftragseingänge** (bzw. der Wertindex des Auftragseinganges) lag 2009 nominal um 1,4 Prozent unter dem Vorjahreswert. Hochbau und Tiefbau zeigten dabei eine gegenläufige Entwicklung. Im Hochbau lag sie um 5,9 Prozent unter dem Vorjahreswert, im Tiefbau 1,5 Prozent darüber. Der Wertindex des Auftragseinganges (nominale Angaben) im Bauhauptgewerbe insgesamt lag im Jahresmittel 2009 bei 101,3. Der Wert über 100

signalisiert, dass das Ergebnis „besser“ ist als im Basisjahr 2005.

Der Volumenindex des Auftragseinganges (reale Angaben) im Bauhauptgewerbe lag 2009 bei 91,1 und damit um 2,4 Prozent unter dem Vorjahreswert. Im Hochbau erreichte er einen Betrag von 85,9, das waren 5,9 Prozent weniger als im Vorjahr. Im Tiefbau lag der reale Auftragseingang 2009 faktisch auf Vorjahresniveau. Der Volumenindex des Auftragseinganges lag hier bei 94,7, im Vorjahr dagegen bei 94,6.

Die vergleichsweise günstige Entwicklung der Auftragseingänge im Tiefbau ist auf den öffentlichen und Wirtschaftstiefbau zurück-

**Abb. 3 Bruttoentgelt je tätiger Person im Bauhauptgewerbe 2005 bis 2009**



1) TKK: Trend-Konjunkturkomponente nach BV 4.1

von 1,3 Prozent. Der Volumenindex des Auftragsbestandes im Tiefbau lag Ende 2009 bei 94,2 und damit 1,1 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert von 93,1. Das waren auch 1,1 Prozent Zunahme.

Während sich im Hochbau die Auftragslage im Verlaufe des Jahres 2009 meistens weniger günstig gestaltet hatte als in den entsprechenden Vorjahresquartalen, schließt der Hochbau das Jahr 2009 jedoch leicht positiver ab als das Jahr 2008. Im Tiefbau war der Auftragsbestand in den drei letzten Quartalen 2009 höher als in den jeweiligen Vorjahresquartalen. Innerhalb des Tiefbaus hat es jedoch Verschiebungen zwischen den Branchen gegeben. Der Auftragsbestand im Straßenbau war 2009 meist niedriger als im Vorjahr, im Wirtschaftstiefbau und öffentlichen Tiefbau lagen die Volumenindizes des Auftragsbestandes dagegen deutlich über den entsprechenden Vorjahreswerten.

### Bruttoentgelte

Für die Betriebe des Monatsberichtsgebietes im Bauhauptgewerbe lag die Bruttoentgeltsumme im Jahr 2009 bei 783,6 Millionen € und damit um 3,0 Prozent über dem Vorjahreswert. Da im gleichen Zeitraum die Zahl der

tätigen Personen um 0,2 Prozent leicht gesunken ist, erhöhte sich das durchschnittliche monatliche Bruttoentgelt je tätiger Person um 3,1 Prozent auf 2 242 €.

Das Bruttoentgelt je tätiger Person im Juni für alle Betriebe des Bauhauptgewerbes lag 2009 bei 1 921 €. Setzt man diesen Betrag gleich 100, dann liegt der entsprechende Betrag des Monatsberichtsgebietes um 16,7 Prozent höher. Das heißt, in den größeren Betrieben ist das mittlere Entgelt höher als in den kleineren.

### Ausbaugewerbe

#### Betriebe und Beschäftigte

In die **Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe** waren im Jahr 2009 insgesamt 1 143 Betriebe einbezogen. Im Vergleich zu 2008 ist die Betriebszahl per Saldo um 16 Betriebe oder 1,4 Prozent gestiegen. Unter den aus dieser Statistik ausscheidenden Betrieben sind sowohl Betriebe, die ihre wirtschaftliche Tätigkeit eingestellt haben, als auch Betriebe, die unter die Abschneidegrenze von 10 tätigen Personen gefallen sind.

Nach Größenklassen zeigt sich, dass sich

die Struktur der Betriebe 2009 nur wenig im Vergleich zum Vorjahr geändert hat. Die Anteile schwanken in der Größenordnung von wenigen Zehntel-Prozentpunkten. Die Größenklasse mit 100 und mehr tätigen Personen war 2009 wie auch schon im Vorjahr mit 17 Betrieben besetzt. Der Anteil der Betriebe von Mehrbetriebs- und Mehrländerunternehmen mit weniger als 10 tätigen Personen ist 2009 leicht gesunken (drei Betriebe weniger). Alle anderen Größenklassen verzeichneten geringe absolute Zunahmen.

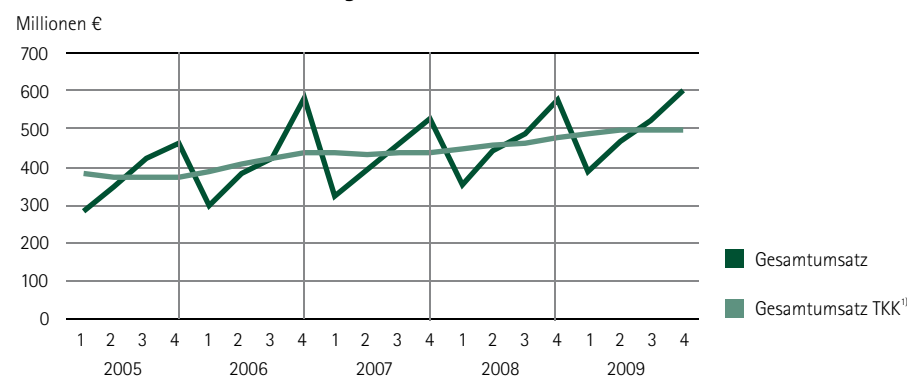
Ende Juni 2009 wurden in der **Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe** 27 756 Personen erfasst, 2,0 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit ist im dritten Jahr in Folge diese Zahl gestiegen. Von 2006 bis 2009 waren das 6,8 Prozent bzw. 1 768 Personen. Der Zuwachs an tätigen Personen verteilt sich auf alle Größenklassen, mit Ausnahme der Betriebe von Mehrbetriebs- und Mehrländerunternehmen mit weniger als 10 tätigen Personen. Das heißt, zum Beschäftigtenzuwachs im Ausbaugewerbe Sachsens insgesamt trugen 2009 faktisch alle Betriebsgrößenklassen bei.

Die Beziehungszahl „tätige Personen je Betrieb der in der Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe erfassten Betriebe“ lag 2009 bei 24,3 (zum Vergleich 2008: 24,1; 2007: 24,2; 2006: 23,9; 2005: 22,7; 2000: 24,2; 1995: 27,6).

### Umsatz

Die 1 143 im Rahmen der Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe im Jahr 2009 auskunftspflichtigen Betriebe meldeten für 2008 einen Gesamtumsatz von 2 690 Millionen €.

Abb. 4 Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe 2005 bis 2009



1) TKK: Trend-Konjunkturkomponente nach BV 4.1

Tab. 3 Eckdaten zum Ausbaugewerbe 2005, 2008 und 2009

Merkmal	2005	2008	2009	Veränderung 2009 zu 2008 in %
<b>Betriebe mit 10 und mehr tätigen Personen</b>				
Betriebe	1 176	1 127	1 143	1,4
Tätige Personen am 30. Juni	26 723	27 204	27 756	2,0
Bruttoentgeltsumme in 1 000 €	134 595	146 051	149 386	2,3
Vorjahresumsatz in 1 000 €	2 259 260	2 492 876	2 689 893	7,9
Gesamtumsatz im Juni in 1 000 €	500 097	627 522	647 405	3,2
<b>Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen</b>				
Betriebe (Jahresdurchschnitt)	494	457	471	3,1
Tätige Personen (Jahresdurchschnitt)	17 708	17 808	18 463	3,7
Bruttoentgeltsumme in 1 000 €	374 725	408 224	424 109	3,9
Gesamtumsatz in 1 000 €	1 519 252	1 861 241	1 984 098	6,6

Tab. 4 Betriebe und tätige Personen im Ausbaugewerbe 2005, 2008 und 2009 nach Beschäftigtengrößenklassen (in Prozent)

Betriebe mit ... bis ... tätigen Personen	2005	2008	2009
<b>Betriebe</b>			
1 - 9 <sup>1)</sup>	4,3	2,8	2,5
10 - 19	59,9	57,9	58,1
20 - 49	27,7	30,8	30,7
50 - 99	7,1	7,0	7,2
100 und mehr	1,5	1,5	1,5
<b>Tätige Personen</b>			
1 - 9 <sup>1)</sup>	1,3	0,8	0,7
10 - 19	35,6	32,6	32,6
20 - 49	35,8	37,2	37,0
50 - 99	20,8	20,0	20,3
100 und mehr	6,5	9,4	9,3

Datenbasis: Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe sowie Erschließung von Grundstücken; Bauträger  
1) nur Betriebe von Mehrbetriebs- und Mehrländerunternehmen

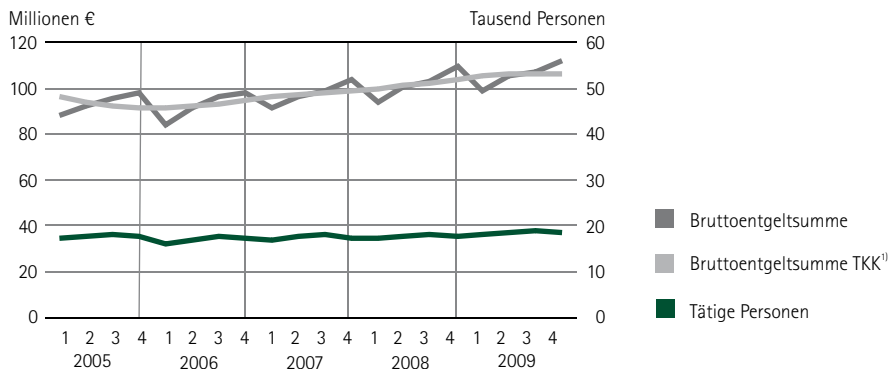
Tab. 5 Betriebe, tätige Personen und Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe 2008 und 2009 nach Wirtschaftszweigen<sup>1)</sup>

WZ-Nr.	Wirtschaftszweig	Betriebe			Tätige Personen			Gesamtumsatz		
		2008	2009	Veränderung 2009 zu 2008	2008	2009	Veränderung 2009 zu 2008	2008	2009	Veränderung 2009 zu 2008
				%			%			1 000 €
	<b>Bauhauptgewerbe</b>	<b>534</b>	<b>515</b>	<b>-3,6</b>	<b>29 179</b>	<b>29 132</b>	<b>-0,2</b>	<b>3 650 506</b>	<b>3 554 689</b>	<b>-2,6</b>
41.2	Bau von Gebäuden	193	164	-15,0	9 788	8 102	-17,2	1 424 148	1 184 272	-16,8
42	Tiefbau	158	181	14,6	10 319	12 205	18,3	1 286 754	1 483 007	15,3
42.1	Bau von Straßen, Bahnverkehrsstrecken	101	103	2,0	7 596	7 779	2,4	1 005 585	1 042 614	3,7
42.2	Leitungstiefbau und Kläranlagenbau	51	56	9,8	2 208	2 595	17,5	233 498	297 534	27,4
42.9	Sonstiger Tiefbau	6	22	266,7	515	1 831	255,5	47 671	142 859	199,7
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten und sonstige spezialisierte Bautätigkeiten	183	170	-7,1	9 072	8 825	-2,7	939 610	887 411	-5,6
43.1	Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten	23	21	-8,7	2 449	1 980	-19,2	210 890	162 525	-22,9
43.9	Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten	160	150	-6,3	6 624	6 845	3,3	728 720	724 886	-0,5

Datenquelle: Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen

1) WZ 2008

Abb. 5 Tätige Personen und Bruttoentgeltsumme im Ausbaugewerbe 2005 bis 2009



1) TKK: Trend-Konjunkturkomponente nach BV 4.1

Gegenüber 2007 mit 2 493 Millionen € ist das ein Anstieg um 7,9 Prozent. Der nominale Gesamtumsatz erreichte damit einen Wert, der über den Umsätzen der sechs davorliegenden Jahre liegt. Die Beurteilung der Veränderungsraten dieser Umsatzwerte aus der Jährlichen Erhebung ist insofern schwierig, als die jeweils dahinter stehende Zahl der meldepflichtigen Betriebe zu sehen ist. Die Zuwachsraten der Jahre 2007 bis 2009 liegen jedoch höher als diejenigen der Betriebe oder tätigen Personen. Das zeigt schon an, dass sich die wirtschaftliche Situation in diesem Wirtschaftsbereich innerhalb dieses Zeitraumes verbessert hat.

Der Gesamtumsatz der Betriebe mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen erreichte 2009 einen Betrag von 1 984 Millionen €, 6,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Er war somit nominal höher als in den Jahren bis 2002

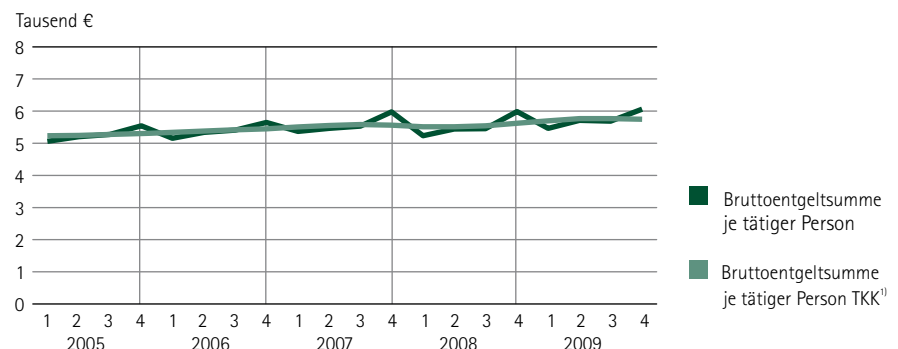
zurück. Der ausbaugewerbliche Umsatz verteilte 96,7 Prozent des Gesamtumsatzes auf sich. Er stieg 2009 mit 7,5 Prozent etwas stärker als der Gesamtumsatz. Die Baupreisindizes für Ausbauarbeiten für den Neubau von Wohngebäuden, Bürogebäuden und ge-

werblichen Betriebsgebäuden lagen 2009 im Mittel rund zwei Prozent über dem Vorjahresdurchschnitt. Unter Berücksichtigung dieser Preissteigerung ist davon auszugehen, dass der Umsatz im Ausbaugewerbe 2009 nicht nur nominal, sondern auch real gegenüber 2008 gestiegen ist.

### Bruttoentgelte

Für die Betriebe des Vierteljährlichen Berichtskreises im Ausbaugewerbe lag die Bruttoentgeltsumme im Jahr 2009 bei 424,1 Millionen €, 3,9 Prozent über dem Vorjahreswert. Damit ist dieses Merkmal bereits das dritte Jahr in Folge gestiegen. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der tätigen Personen um 3,7 Prozent gestiegen. Dadurch hat sich das durchschnittliche Bruttoentgelt je tätiger Person lediglich um 0,2 Prozent erhöht. Der durchschnittliche Monatsbetrag lag bei 1 914 €. Im Vergleich zum Bauhauptgewerbe mit 2 242 €, sind das im Ausbaugewerbe 14,6 Prozent weniger.

Abb. 6 Bruttoentgeltsumme je tätiger Person im Ausbaugewerbe 2005 bis 2009



1) TKK: Trend-Konjunkturkomponente nach BV 4.1



Tab. 6 Betriebe, tätige Personen und Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe 2008 und 2009 nach Wirtschaftszweigen<sup>1)</sup>

WZ-Nr.	Wirtschaftszweig	Betriebe			Tätige Personen			Gesamtumsatz		
		2008	2009	Veränderung 2009 zu 2008	2008	2009	Veränderung 2009 zu 2008	2008	2009	Veränderung 2009 zu 2008
				%			%	1 000 €		%
	Ausbaugewerbe	457	471	3,1	17 808	18 463	3,7	1 861 241	1 984 098	6,6
43.2	Bauinstallation	324	345	6,5	13 247	14 030	5,9	1 477 432	1 620 641	9,7
43.21	Elektroinstalation	149	159	6,7	6 787	7 202	6,1	682 911	729 933	6,9
43.22	Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimaanlageninstallation	137	138	0,7	4 818	5 031	4,4	591 832	632 601	6,9
43.29	Sonstige Bauinstalation	39	48	23,1	1 642	1 796	9,4	202 689	258 108	27,3
43.3	Sonstiger Ausbau	133	126	-5,3	4 560	4 434	-2,8	383 809	363 457	-5,3
43.31	Anbringen von Stuckaturen, Gipserei, Verputzerei	11	12	9,1	431	478	10,9	26 623	28 347	6,5
43.32	Bautischlerei und Bauschlosserei	22	25	13,6	675	757	12,1	59 207	70 159	18,5
43.33	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Tapeziererei	29	22	-24,1	926	868	-6,3	90 281	79 362	-12,1
43.34	Maler- und Glaseri	56	58	3,6	1 922	1 940	0,9	141 324	142 699	1,0
43.39	Sonstiger Ausbau a. n. g.	16	10	-37,5	606	391	-35,5	66 374	42 891	-35,4

Datenquelle: Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen  
1) WZ 2008

Das rechnerisch ermittelte Bruttoentgelt je tätiger Person im Juni für die Betriebe mit 10 und mehr tätigen Personen lag 2009 bei 1 794 €. Setzt man diesen Betrag gleich 100, dann liegt der entsprechende Betrag des vierteljährlichen Berichtskreises um 6,7 Prozent höher.

#### Wirtschaftszweigliche Gliederung

Im Bauhauptgewerbe in der Abgrenzung nach WZ 2003 wich die Entwicklung innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige in der Regel nicht wesentlich voneinander ab. Die Wirtschaftsgruppe 45.2 (Hoch- und Tiefbau) und darunter wiederum die Wirtschaftsklasse 45.21 (Hochbau, Brücken- und Tunnelbau) bestimmt außerdem aufgrund ihres Gewichtes die Gesamtentwicklung wesentlich. In der Abgrenzung nach WZ 2008 ist die Aufteilung des Bauhauptgewerbes auf die drei größeren Bestandteile 41.2 (Bau von Gebäuden) 42 (Tiefbau) sowie 43.1 und 43.9 (Vorbereitende Baustellenarbeiten und sonstige spezialisierte Bautätigkeiten) ausgeglichener. Insofern können abweichende Veränderungs-raten auch inhaltlich interpretiert werden. Zwischen den Ergebnissen von 2008 und 2009 zeigen sich Verschiebungen vom Hochbau (Bau von Gebäuden) zum Tiefbau. Dies ist einerseits Ausdruck der gewachsenen Bedeutung des Tiefbaus im Vergleich zum Hochbau und andererseits die methodisch bedingte Folge der Wirtschaftszweiggliederung nach der

WZ 2008, wo im Hinblick auf den wirtschaftlichen Schwerpunkt der Betriebe/Unternehmen deutlich zwischen Hochbau (Bau von Gebäuden) und Tiefbau unterschieden wird (vgl. Tab. 5). Die Ergebnisse für 2008 sind rückgerechnet, die für 2009 original nach WZ 2008 erhoben. Im Ausbaugewerbe haben sich in der WZ 2008 (Wirtschaftsgruppen 43.2 und 43.3) zwar die Codes verändert, teilweise auch die Bezeichnungen der Wirtschaftszweige, da es zu Zusammenlegungen gekommen ist, inhaltlich haben sich die Wirtschaftsklassen in Sachsen im Vergleich zur WZ 2003 jedoch nur in geringerem Maße verändert. Dadurch können bei Zeitreihenbetrachtungen die Ergebnisse der Wirtschaftsklassen (WZ-4-Steller) nach WZ 2003 und WZ 2008 durchaus miteinander verglichen werden (vgl. Tab. 6). Die Wirtschaftsgruppe 43.2 – Bauinstallation – umfasst die sogenannten „großen“ Ausbaubereiche. 2009 entfielen 81,7 Prozent des Gesamtumsatzes und 76,0 Prozent der tätigen Personen im Ausbaugewerbe (Betriebe mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen) auf die Bauinstallation. Das Umsatzwachstum im Ausbaugewerbe von 6,6 Prozent (2009 zu 2008) wurde ganz überwiegend durch die Bauinstallation erbracht (9,7 Prozent Umsatzwachstum). Im Sonstigen Ausbau (43.3) ging der Umsatz um gleichen Zeitraum um 5,3 Prozent zurück. Innerhalb dieses Wirtschaftszweiges verlief die Umsatzentwicklung jedoch unterschiedlich.

#### Bauhandwerk

Zum Stand Ende Juni 2009 waren im Bauhauptgewerbe 75,0 Prozent der Betriebe Handwerksbetriebe. Sie vereinten 70,2 Prozent der tätigen Personen auf sich und erbrachten im Juni 63,5 Prozent des Gesamtumsatzes. Vom Gesamtumsatz des Vorjahres (2008) entfielen 59,4 Prozent auf die Handwerksbetriebe. Von den in der Jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe 2009 erfassten 1 143 Betrieben waren 83,8 Prozent Handwerksbetriebe. Auf sie entfielen 83,6 Prozent der tätigen Personen und 81,2 Prozent des Gesamtumsatzes des Vorjahres.

Dr. Andreas Oettel, Referent Gesamtwirtschaftliche Analysen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Branchenreport Baugewerbe in Sachsen 1990 bis 2009. Sonderheft 2/2010, Kamenz 2010.
- [2] Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002, BGBl. I S. 1181, zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. März 2009, BGBl. I S. 550.

# Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup> Sachsens im Jahr 2008

## Vorbemerkungen

Im Blickpunkt dieser Betrachtungen zu den Investitionen steht der Teil der sächsischen Wirtschaft, der die Abschnitte C – Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden und D – Verarbeitendes Gewerbe der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) umfasst. [1] Die Erhebung für das Berichtsjahr 2008 wurde letztmalig auf der Grundlage der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) durchgeführt. Die Umstellung auf die neue Wirtschaftszweigklassifikation (WZ 2008) erfolgte mit Beginn des Berichtsjahres 2009.

Rechtsgrundlagen der jährlich durchgeführten Erhebung sind das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) [2] sowie das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (Prod-GewStatG). [3] In die Befragung einbezogen werden Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen sowie Betriebe der genannten Branchen mit 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen außerhalb dieses Wirtschaftssektors. [4]

Die Ergebnisse der Investitionserhebung liefern wichtige Informationen zur Beurteilung der sich mittel- und langfristig vollziehenden strukturellen Veränderungen im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens (regional sowie sektoral).

## Industrie investierte verhaltener

Im Rahmen der **Investitionserhebung** für das Jahr 2008 wurden sachsenweit 2 297 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden befragt, davon 1 905 Einbetriebsunternehmen und 392 Mehrbetriebs-

betriebs- bzw. Mehrländerunternehmen. Die Zahl der in Sachsen ansässigen Betriebe belief sich auf 2 860. Hierzu zählen die bereits aufgeführten 1 905 Einbetriebsunternehmen, des Weiteren 289 Betriebe von Mehrbetriebsunternehmen sowie 666 sächsische Betriebe von Mehrländerunternehmen. 14,0 Prozent der in die Befragung einbezogenen Betriebe tätigten im Jahr 2008 keine Investitionen.

Im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens wurden im Jahr 2008 Investitionen in einem Wert von rund 3,31 Milliarden € getätigt. Damit flossen 5,5 Prozent der im gesamten Bundesgebiet von der Industrie in Sachanlagen investierten Mittel in sächsische Betriebe. Die Größenordnung der bundesweit in den einzelnen Wirtschaftszweigen getätigten Investitionen so-

wie der auf Sachsen entfallende Anteil daran wurden in einer Übersicht zusammengefasst dargestellt (vgl. Tab. 1).

In den **sächsischen Industriebetrieben** wurde verhaltener investiert als in den beiden Jahren zuvor. Nach einer Belebung der Investitionstätigkeit in den Jahren 2006 (+8,5 Prozent) und 2007 (+1,4 Prozent) wurden 2008 rund 60 Millionen € bzw. 1,8 Prozent weniger für die Anschaffung von Sachanlagen ausgegeben als im Jahr 2007. Von den 3,31 Milliarden € an Investitionen entfielen 85,6 Prozent auf

1) Wenn nicht ausdrücklich zwischen den Abschnitten „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ und „Verarbeitendes Gewerbe“ unterschieden wird, schließt der Gebrauch der Bezeichnung „Verarbeitendes Gewerbe“ den Sektor „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ mit ein.

**Tab. 1 Bruttozugänge an Sachanlagen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden Deutschlands und Anteile Sachsens am Bundesergebnis 2008 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen**

WZ 2003	Abschnitt Unterabschnitt	Bundes-	Anteil
		gebiet insgesamt	Sachsens am Bundes-
		Mill. €	%
C	Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	1 408	10,2
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	4 282	3,2
DB	Textil- u. Bekleidungsgewerbe	501	12,2
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	3 053	5,4
DG	Herst. v. chemischen Erzeugnissen	7 054	4,1
DH	Herst. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	2 814	4,0
DI	Glasgewerbe, Herst. v. Keramik, Verarbeitung v. Steinen u. Erden	1 872	4,8
DJ	Metallerzeugung u. -bearbeitung; Herst. v. Metallerzeugnissen	8 068	6,4
DK	Maschinenbau	7 491	4,9
DL	Herst. v. Büromaschinen, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	6 568	12,9
DM	Fahrzeugbau	13 997	3,2
DN	Herst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren; Recycling	1 065	5,9
D	Verarbeitendes Gewerbe	58 822	5,4
	<b>Insgesamt</b>	<b>60 230</b>	<b>5,5</b>

**Tab. 2 Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2008 nach Anlageart**

Anlageart	Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Anteil an Sachsen insgesamt
	Mill. €	%	
Bebaute Grundstücke und Bauten	460	5,3	13,9
Grundstücke ohne Bauten	18	28,8	0,5
Maschinen und maschinelle Anlagen	2 833	-3,0	85,6
<b>Insgesamt</b>	<b>3 311</b>	<b>-1,8</b>	<b>100</b>

Maschinen, maschinelle Anlagen sowie auf Güter für die Betriebs- und Geschäftsausstattung, 13,9 Prozent auf bebaute Grundstücke und Bauten und lediglich 0,5 Prozent auf Grundstücke ohne Bauten (vgl. Tab. 2). Die Investitionsintensität (Bruttozugänge an Sachanlagen je tätiger Person) ging von 13 938 € im Jahr 2007 auf 13 164 € im Jahr 2008 zurück. Die verhaltenere Investitionstätigkeit bewirkte darüber hinaus, dass auch die Investitionsquote (Verhältnis der Investitionen zum Gesamtumsatz) im Vergleich zu 2007 um 0,2 Prozentpunkte nachgab. Sie lag im Jahr 2008 bei 5,7 Prozent. (vgl. Tab. 3)

**Bereich Herstellung von Büromaschinen, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik auch im Jahr 2008 stärkster Investor im Verarbeitenden Gewerbe**

Trotz einer gegenüber 2007 spürbar zurückgefahrenen Investitionstätigkeit um 31,8 Prozent wurde im Bereich Herstellung von Büromaschinen, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik auch im Jahr 2008 am umfangreichsten investiert. Die Sachanlageinvestitionen der Branche beliefen sich auf rund 845 Millionen €, was einem Anteil von gut einem Viertel der gesamten Investitionen der sächsischen Industrie entspricht. Der Bereich

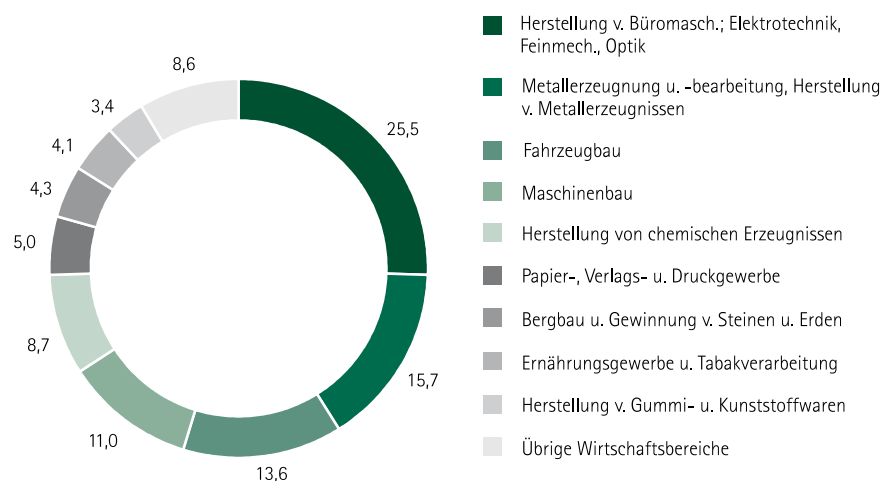
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen verzeichnete bei den investiven Ausgaben gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 31,0 Prozent und ist mit rund 520 Millionen € (Anteil von 15,7 Prozent) zweitstärkster Investor im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens. Der Fahrzeugbau mit rund 451 Millionen € (Zuwachs: 12,7 Prozent/Anteil: 13,6 Prozent), der Maschinenbau mit rund 364 Millionen € (Zuwachs: 32,5 Prozent/Anteil: 11,0 Prozent) sowie der Bereich Herstellung von chemischen Erzeugnissen mit rund 287 Millionen € (Zuwachs: 10,3 Prozent/ Anteil: 8,7 Prozent) komplettieren das Spitzenfeld der Branchen mit den monetär höchsten Investitionsausgaben. In diesen fünf Bereichen wurden nahezu drei Viertel der 2008 in der sächsischen Industrie getätigten Investitionen realisiert. Ein deutlicher Rückgang bei den investiven Ausgaben gegenüber 2007 wurde dagegen im Bereich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung (24,7 Prozent) sowie im Textil- und Bekleidungsgewerbe (24,5 Prozent) registriert.

Die höchste **Investitionsintensität**, gemessen am Umfang der Investitionen je tätiger Person, weist im Jahr 2008 mit 44 706 € der

**Tab. 3 Bruttozugänge an Sachanlagen in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens 2008 nach Wirtschaftszweigen und Hauptgruppen**

WZ 2003	Wirtschaftszweig Hauptgruppe	Bruttozugänge an Sachanlagen			
		Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	je Beschäftigten	im Verhältnis zum Umsatz
		1 000 €	%	€	%
C	<b>Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden</b>	143 193	56,2	44 706	21,7
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	137 270	-24,5	7 246	1,7
DB	Textil- u. Bekleidungsgewerbe	60 926	-24,7	5 341	5,3
DC	Ledergewerbe	.	.	.	.
DD	Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln)	69 218	7,3	16 426	7,3
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	165 967	5,6	11 584	6,4
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H. u. Verarb. v. Spalt-, Brutstoffen	.	.	.	.
DG	Herst. v. chemischen Erzeugnissen	286 607	10,3	25 834	8,7
DH	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	113 009	21,7	9 661	6,9
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	90 386	28,8	7 938	4,9
DJ	Metallerzeugung u. -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen	519 907	31,0	11 352	6,6
DK	Maschinenbau	363 860	32,5	8 754	4,8
DL	H. v. Büromaschinen; Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	844 850	-31,8	22 741	10,9
DM	Fahrzeugbau	451 256	12,7	14 494	3,4
DN	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinst., Sportgeräten, Spielwaren; Recycling	63 008	13,3	7 262	4,1
<b>D</b>	<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>3 167 778</b>	<b>-3,4</b>	<b>12 757</b>	<b>5,5</b>
	<b>Insgesamt</b>	<b>3 310 972</b>	<b>-1,8</b>	<b>13 164</b>	<b>5,7</b>
	davon				
A	Vorleistungsgüterproduzenten	1 991 902	-7,3	18 509	9,2
B	Investitionsgüterproduzenten	968 411	21,1	10 136	4,0
GG	Gebrauchsgüterproduzenten	49 724	29,0	5 776	3,5
VG	Verbrauchsgüterproduzenten	300 935	-21,7	7 572	2,8

**Abb. 1 Bruttozugänge an Sachanlagen in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens 2008 nach Wirtschaftszweigen (Anteil in Prozent)**



Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden aus. Sowohl der augenfällige Zuwachs bei den investiven Ausgaben gegenüber 2007 (56,2 Prozent) als auch die außergewöhnlich hohe Investitionsquote (Investitionen im Verhältnis zum Umsatz) von 21,7 Prozent weisen bezüglich der Größ-

Benordnung der Kennzahl jedoch auf einen Einmal-Effekt hin. Den zweiten Platz belegte mit 25 834 € der Bereich Herstellung von chemischen Erzeugnissen. Bedingt durch die verhaltene Investitionstätigkeit konnte der Bereich Herstellung von Büromaschinen, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik

mit 22 741 € seine Spitzenposition aus dem Jahr 2007 nicht verteidigen und rutschte auf Rang drei bei dieser Betrachtung ab. Die geringste Investitionsintensität wurde im Jahr 2008 mit 5 341 € für das Textil- und Bekleidungsgerber ermittelt (vgl. Abb. 1 u. Tab. 3).

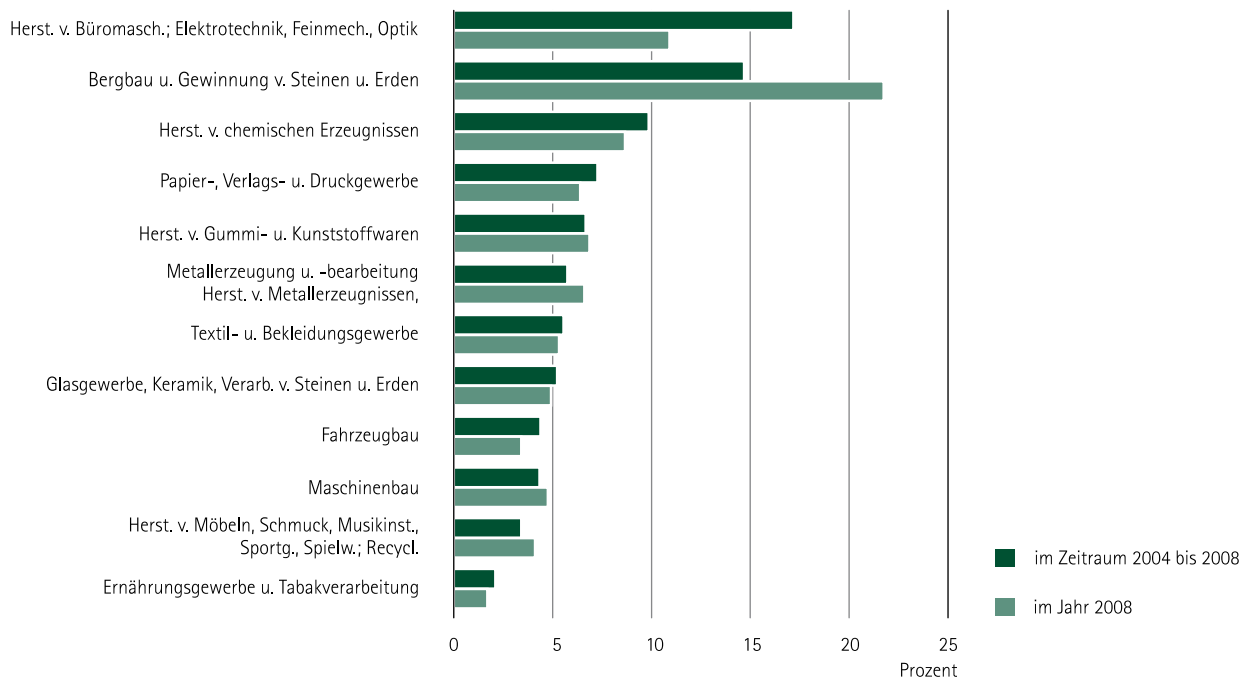
Die höchste **Investitionsquote** im Jahr 2008 hatte, wie bereits zuvor erwähnt, mit 21,7 Prozent der Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Es folgten die Bereiche Herstellung von Büromaschinen, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik mit 10,9 Prozent sowie die Hersteller chemischer Erzeugnisse mit 8,7 Prozent. Die niedrigste Investitionsquote von 1,7 Prozent wurde 2008 für den Bereich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung ermittelt (vgl. Tab. 2).

Bei der Beurteilung der Investitionstätigkeit ist zu berücksichtigen, dass Investitionen im Konjunkturverlauf stärker schwanken als andere volkswirtschaftliche Größen. Deshalb wurden den Jahreswerten 2008 zur besseren Einordnung darüber hinaus auch Ergebnisdaten für den fünfjährigen Betrachtungszeitraum 2004 bis 2008 gegenübergestellt (vgl. Abb. 2 / Tab. 4).

**Tab. 4 Bruttozugänge an Sachanlagen in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens im Zeitraum 2004 bis 2008 nach Wirtschaftszweigen und Hauptgruppen**

WZ 2003	Wirtschaftszweig Hauptgruppe	Bruttozugänge an Sachanlagen		
		Insgesamt	Anteil an Sachsen	im Verhältnis zum Umsatz
		Mill. €	%	
C	Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	445	2,7	14,7
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	737	4,4	2,1
DB	Textil- u. Bekleidungsgerber	312	1,9	5,5
DC	Ledergewerbe	.	.	.
DD	Holzgerber (oh. H. v. Möbeln)	.	.	.
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgerber	845	5,1	7,3
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H. u. Verarb. v. Spalt-, Brutstoffen	.	.	.
DG	Herst. v. chemischen Erzeugnissen	1 349	8,1	9,9
DH	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	444	2,7	6,7
DI	Glasgerber, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	433	2,6	5,2
DJ	Metallerzeugung u. -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen	1 860	11,2	5,7
DK	Maschinenbau	1 316	7,9	4,3
DL	H. v. Büromaschinen; Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	5 879	35,3	17,2
DM	Fahrzeugbau	2 567	15,4	4,4
DN	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinst., Sportgeräten, Spielwaren; Recycling	219	1,3	3,4
D	<b>Verarbeitendes Gerber</b>	<b>16 227</b>	<b>97,3</b>	<b>6,6</b>
	<b>Insgesamt</b>	<b>16 671</b>	<b>100</b>	<b>6,7</b>
	davon			
A+EN	Vorleistungsgüterproduzenten	10 434	62,6	11,2
B	Investitionsgüterproduzenten	4 457	26,7	4,3
GG	Gebrauchsgüterproduzenten	183	1,1	2,9
VG	Verbrauchsgüterproduzenten	1 598	9,6	3,4

**Abb. 2 Investitionsquote der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens nach Wirtschaftszweigen**



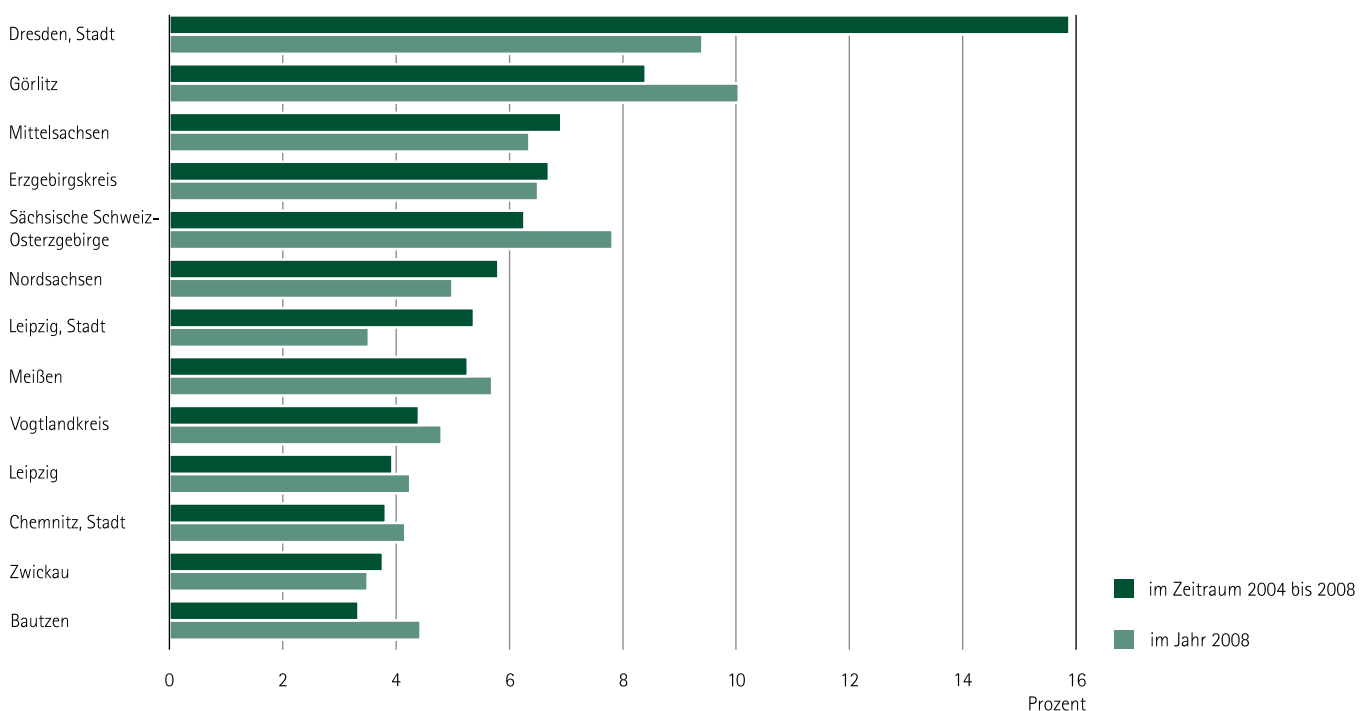
**Regionale Entwicklung der Investitionstätigkeit wird von Verteilung der Industriestandorte bestimmt**

Die regionale Entwicklung der Investitionstätigkeit weist in Sachsen in Abhängigkeit von der Verteilung der Industriestandorte deutliche Unterschiede auf. Rund 1,7 Milliarden €, das sind mehr als die Hälfte aller In-

vestitionen (51,5 Prozent), entfielen 2008 auf den Direktionsbezirk Dresden. Gut 746 Millionen € davon, das entspricht einem Anteil von 22,5 Prozent an den gesamten Investitionen, wurden allein in Betrieben der Stadt Dresden investiert. Im Direktionsbezirk Chemnitz wurden 35,2 Prozent der Sachanlageinvestitionen getätigt. Der größte Teil der Investitionen, das

sind 11,6 Prozent der gesamten Investitionen, entfiel hier auf den Landkreis Mittelsachsen. Rund 441 Millionen € bzw. 13,3 Prozent der Sachanlageinvestitionen wurde in Betrieben des Direktionsbezirkes Leipzig angelegt. Während im Direktionsbezirk Leipzig ein Zuwachs um 14,3 Prozent und im Direktionsbezirk Chemnitz ein Zuwachs von 13,9 Prozent

**Abb. 3 Investitionsquoten im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens nach kreisfreien Städten und Landkreisen (Zugang an Bruttosachanlagen im Verhältnis zum Umsatz in Prozent)**





**Tab. 5 Bruttozugänge an Sachanlagen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens 2008 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen**

Kreisfreie Stadt Landkreis Direktionsbezirk Land	Bruttozugänge an Sachanlagen			
	Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	je Beschäftigten	Anteil an Sachsen insges.
	1 000 €	%	€	%
Chemnitz, Stadt	140 196	43,0	10 301	4,2
Erzgebirgskreis	238 536	10,4	8 362	7,2
Mittelsachsen	383 348	27,6	14 503	11,6
Vogtlandkreis	134 423	3,3	7 032	4,1
Zwickau	267 793	-3,4	9 726	8,1
<b>Direktionsbezirk Chemnitz</b>	<b>1 164 296</b>	<b>13,9</b>	<b>10 105</b>	<b>35,2</b>
Dresden, Stadt	746 009	-40,8	25 827	22,5
Bautzen	284 965	56,9	13 105	8,6
Görlitz	235 666	25,4	15 428	7,1
Meißen	273 465	22,4	14 318	8,3
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	165 898	50,3	12 744	5,0
<b>Direktionsbezirk Dresden</b>	<b>1 706 003</b>	<b>-13,1</b>	<b>17 404</b>	<b>51,5</b>
Leipzig, Stadt	229 867	50,9	13 790	6,9
Leipzig	103 273	12,5	9 608	3,1
Nordsachsen	107 533	-23,9	9 904	3,2
<b>Direktionsbezirk Leipzig</b>	<b>440 673</b>	<b>14,3</b>	<b>11 513</b>	<b>13,3</b>
<b>Sachsen</b>	<b>3 310 972</b>	<b>-1,8</b>	<b>13 164</b>	<b>100</b>

**Tab. 6 Bruttozugänge an Sachanlagen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens im Zeitraum 2004 bis 2008 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen**

Kreisfreie Stadt Landkreis Direktionsbezirk Land	Bruttozugänge an Sachanlagen		
	insgesamt	Anteil an Sachsen insgesamt	im Verhältnis zum Umsatz
	Mill. €	%	
Chemnitz, Stadt	536	3,2	3,8
Erzgebirgskreis	1 100	6,6	6,7
Mittelsachsen	1 646	9,9	6,9
Vogtlandkreis	576	3,5	4,4
Zwickau	1 370	8,2	3,8
<b>Direktionsbezirk Chemnitz</b>	<b>5 228</b>	<b>31,4</b>	<b>5,0</b>
Dresden, Stadt	5 850	35,1	15,9
Bautzen	916	5,5	3,3
Görlitz	830	5,0	8,4
Meißen	1 092	6,5	5,3
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	548	3,3	6,3
<b>Direktionsbezirk Dresden</b>	<b>9 236</b>	<b>55,4</b>	<b>8,9</b>
Leipzig, Stadt	1 265	7,6	5,4
Leipzig	400	2,4	3,9
Nordsachsen	541	3,2	5,8
<b>Direktionsbezirk Leipzig</b>	<b>2 207</b>	<b>13,2</b>	<b>5,1</b>
<b>Sachsen</b>	<b>16 671</b>	<b>100</b>	<b>6,7</b>

des Investitionsvolumens gegenüber 2007 festgestellt werden konnte, verzeichnete der Direktionsbezirk Dresden einen deutlichen Rückgang um 13,1 Prozent. Die Entwicklung ist maßgeblich durch den spürbaren Rückgang bei den investiven Ausgaben in den Betrieben der Stadt Dresden um 40,8 Prozent geprägt. (vgl. Tab. 5)

Zur besseren Beurteilung der Jahreswerte 2008 erfolgt auch bei dieser regionalen Betrachtung eine Gegenüberstellung entsprechender Ergebnisdaten für den Betrachtungszeitraum 2004 bis 2008 (vgl. Abb. 3/Tab. 6).

Weitere Informationen zur Investitionserhebung 2008 enthält der Statistische Bericht E I 6 – j/08, der als PDF-Datei kostenlos über den OnlineShop des Statistischen Landesamtes ([www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de)) bezogen werden kann.

Jürgen Stelzner, Dipl.-Ing., Referent Produzierendes Gewerbe

Brigitta Töpfer, Referatsleiterin Datenerhebung Konjunktur- und Strukturstatistiken

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).
- [2] Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246, 2249).
- [3] Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002 (BGBl. I S. 1181), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. März 2009 (BGBl. I S. 550).
- [4] Unterrichtung nach § 17 Bundesstatistikgesetz sowie Erläuterungen zum Fragebogen der Investitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden. Internes Arbeitsmaterial.
- [5] Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe im Freistaat Sachsen 2004ff., Statistischer Bericht, E I 6, Kamenz 2004 ff.

# Berichtsmodul Verkehr und Umwelt – Verkehrsbetrieb und -infrastruktur; Entwicklung des Verkehrsaufkommens in Sachsen

## Vorbemerkungen

Anhand des Berichtsmoduls Verkehr und Umwelt des Freistaates Sachsen wurde erstmalig in dem Beitrag [1] über Umweltwirkungen des Verkehrs und den sie verursachenden Aktivitäten berichtet. Zukünftig sind zu diesem Thema regelmäßig Beiträge sowie Informationen auf der Internetseite des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen zu erwarten. In dem ersten Beitrag wurde über den Flächenverbrauch des Verkehrs in Sachsen näher berichtet. Auch zu Methodik und Aufbau des Berichtsmoduls sei auf diesen Beitrag verwiesen. Darauf aufbauend geht es im Folgenden um die Entwicklungen im Verkehrsbetrieb in Sachsen, insbesondere der Verkehrsleistungen im Straßenverkehr. Ausgewählte Datenquellen zum Verkehrsbetrieb im Rahmen des Berichtsmoduls sind:

- Berichte zu den Fahrzeugzulassungen (FZ) – FZ nach Haltern und Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes (Kraftfahrtbundesamt)
- Berichte zu den Straßenverkehrszählungen (SVZ) – (Bundesanstalt für Straßenwesen)
- Fachinformationssystem (FIS) Umwelt und Verkehr (Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie)
- Verkehr im Überblick – Fachserie 8 Reihe 1.2 (Statistisches Bundesamt)
- Unternehmensstatistik – Band USTAT 13 (Bundesamt für Güterverkehr)
- Durchschnittliche Fahrleistungen in Deutschland (DIW Berlin in: Verkehr in Zahlen, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung)

- Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) – (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen)

## Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie zum Verkehr in Deutschland

Im aktuellen Bericht zu den **Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu Umwelt und Ökonomie** [2] sind dem Verkehr vier Nachhaltigkeitsindikatoren gewidmet: die Gütertransportintensität (11a), die Personentransportintensität (11b) und die Anteile des Schienenverkehrs (11c) und der Binnenschifffahrt an der Beförderungsleistung im Inland (11d).

Die Transportintensität (Beförderungsleistung je Euro preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt [BIP]) gibt Auskunft darüber, wie hoch der Aufwand an Transport je erwirtschafteter Einheit BIP in der Volkswirtschaft ist. Dem Bericht nach ist die Gütertransportintensität 2006 erneut gestiegen und liegt 14,0 Prozent über dem Niveau von 1999 (Nahziel: Verringerung um zwei Prozent bis 2010 gegenüber 1999). Anders zeigt sich das Verhältnis im öffentlichen Personenverkehr. Hier sank die Personentransportintensität 2006 weiter auf 95,6 Prozent gegenüber 1999 (Nahziel: Verringerung um zehn Prozent bis 2010 gegenüber 1999). Da die Güterbeförderungsleistung (Tonnenkilometer) stärker wuchs als das BIP, steht die Entwicklung im Gütertransport im Gegensatz zum Bemühen um eine nachhaltige Entwicklung des Verkehrs. Jedoch ist dem Bericht nach auch die Personenbeförderungsleistung im Inland seit der Jahrtausendwende tendenziell steigend.

Ergänzend zur Transportintensität geben die Anteile der hinsichtlich ihrer Umweltbelastungen besonders effizienten Verkehrsträger Schiene und Wasser an der Güterbeförderungsleistung Auskunft darüber, ob die Güter (im Rahmen der erwarteten Effizienz) weitestgehend umweltschonend befördert werden.

Die Personenbeförderung wird von dem Indikator nicht näher betrachtet. Der Anteil der Bahn an der Güterbeförderungsleistung vergrößerte sich im Zeitraum von 1999 bis 2007 von 16,5 Prozent auf 18,1 Prozent nur wenig. Der Anteil der Binnenschifffahrt verminderte sich von 13,5 Prozent auf 10,2 Prozent (Ziel: Erhöhung des Anteils des Schienenverkehrs auf 25 Prozent und der Binnenschifffahrt auf 14 Prozent bis 2015 gegenüber 1999). Die Anteile des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt an der Güterbeförderungsleistung sind in Deutschland nicht im erhofften Maße gestiegen. Damit ist auch hier eine Zielerreichung zum vorgegebenen Zeitpunkt nicht absehbar.

Im Bericht zu den Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wird auch die Entwicklung des Energieverbrauchs im Verkehr mitverfolgt. Dieser war sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr insgesamt und pro Einheit Beförderungsleistung (Tonnen- bzw. Personenkilometer) gegenüber dem Niveau von 1999 deutlich gesunken. Das heißt, trotz des teilweise ungünstigen Verhältnisses zur wirtschaftlichen Entwicklung und der insgesamt gestiegenen Beförderungsleistung im Verkehr bei gleichzeitig ungünstiger Entwicklung der Anteile der besonders umweltaffizienten Verkehrsträger Schiene und Wasser im Güterverkehr konnte der Energieverbrauch des Verkehrs verringert werden.

## Faktoren der Energieeffizienz des Verkehrs

Zur Erklärung des oben beschriebenen, scheinbaren Widerspruchs sei auf das **sektorale Berichtsmodul Verkehr und Umwelt der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen** des Statistischen Bundesamtes verwiesen. [3] Im Gegensatz zur steigenden Beförderungsleistung des Güterverkehrs sind die Jahresfahrleistungen der Lkw in Deutschland schon seit

1998 rückläufig (2005 und 2006 ausgenommen). Der sinkende Energieverbrauch kann daher das Ergebnis einer gesteigerten Effizienz der Beförderung sein. Das heißt, dass mit weniger Aufwand (hier: jahresfahrleistungsabhängiger Kraftstoffverbrauch) die gleiche oder größere Menge im Straßengüterverkehr befördert wurde. Beförderungsmenge und Beförderungsleistung waren im Straßengüterverkehr (im Gegensatz zu den Jahresfahrleistungen) in den vergangenen Jahren tendenziell steigend. [4] Für die Kompensation dieser gegenläufigen Entwicklungen kommt die Vergrößerung der Transportvolumen pro Beförderungsmittel in Frage. Dies wäre damit ein entscheidender Faktor für die Steigerung der Energieeffizienz im Gütertransport.

In Anbetracht der ständig fortschreitenden technischen Entwicklung ist jedoch auch ein sinkender durchschnittlicher Kraftstoffverbrauch der Verkehrsmittel ein anzunehmender Faktor. Das sektorale Berichtsmodul Verkehr und Umwelt des Statistischen Bundesamtes gibt hierzu anhand der Entwicklung der kraftstoffverbrauchsabhängigen CO<sub>2</sub>-Emissionen der Lkw in Deutschland Anhaltspunkte. Die kraftstoffverbrauchsabhängigen CO<sub>2</sub>-Emissionen der Lkw sind stärker und bereits eher als die Jahresfahrleistungen gesunken.

In welchem Maße die Effizienz der Beförderung (bzgl. Energieverbrauch, Beförderungsmenge und Jahresfahrleistung) gestiegen ist, bleibt weiteren Untersuchungen vorbehalten. Offen bleibt auch, welcher Verkehrsträger den entscheidenden Einfluss auf den insgesamt gesunkenen Energieverbrauch des Verkehrs bei gleichzeitig steigender Beförderungsleistung und -menge hatte. Es ist festzuhalten, dass die unterschiedliche Energieeffizienz der verschiedenen Verkehrsträger sich nicht im Querschnitt der Nachhaltigkeitsindikatoren zeigt.

### Faktor Mobilität oder Kostenfaktor Verkehr?

Zwar lassen sich von der Entwicklung des Transportaufkommens und der Beförderungsleistung die Umweltwirkungen des Verkehrs nicht ablesen. Das steigende Transportaufkommen bzw. die steigende Beförderungsleistung weist als Indikator jedoch zweifellos auf steigende Anforderungen an den Verkehr hin (Bewältigung des Aufkommens, Verkehrsinfrastruktur). Damit ist ein Anstieg der Kosten verbunden, die der Verkehr verursacht, und es stellt sich vernünftigerweise die Frage nach der Effizienz, dem Zweck und den Alternativen zum Verkehr.

Der Zweck des Verkehrs ist die Erreichung von Mobilität. Mobilität ist definiert als Zahl der

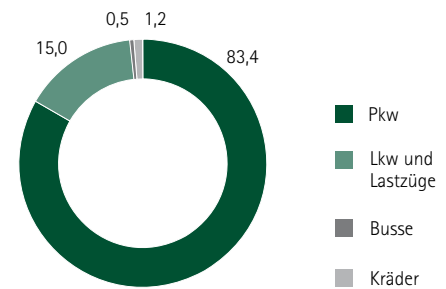
befriedigten Bedürfnisse. [5] Der Verkehr ist also ein Instrument, eine Alternative unter anderen. Eine weitere Alternative zeigt sich in kurzen Wegen bzw. Nähe. Der lange Zeit die Raumordnung in Deutschland bestimmende Ansatz der zentralen Orte vermittelte dieses Konzept. Mobilität als Problem der Versorgung (Befriedigung von Bedürfnissen) wurde im System der Erreichbarkeit grundsätzlich in Abhängigkeit von Funktion und Nähe gelöst. Die Formel lautet: Je täglicher der Bedarf, desto näher der Versorgungsort. Dieses Verständnis wurde offenbar durch fortschreitende Automobilisierung, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und sinkende Kosten (vor allem im Gütertransport) von einem Verständnis abgelöst, dass Mobilität eine von Raum und Zeit unabhängige Erreichbarkeit bedeute. Das wirkt sich insbesondere auf das Netz der Kleinzentren aus, die um ihre Funktionen ringen müssen.

Steigende Beförderungsmengen und -leistungen sind somit gleichzeitig Ausdruck eines gestiegenen Anspruchs an Mobilität und wachsender Anforderungen an die Gewährleistung von Mobilität, das heißt Anspruch auf Raumunabhängigkeit und Anforderung an zeitliche Unabhängigkeit. Der Verkehr ist zweifellos eine Alternative. Dessen Effizienz ist jedoch in der Vergangenheit möglicherweise selten hinterfragt worden. Heute zeigt sich das im fortschreitenden Flächenverbrauch und der Zerschneidung der Landschaft. Auch der Rückgang der Biodiversität und vielfältige betriebsbedingte Emissionen, die die Gesundheit des Menschen gefährden, stehen damit im engen Zusammenhang. Die Kosten hierfür trägt die Allgemeinheit.

### Faktoren der fahrleistungsabhängigen Umweltbelastungen des Verkehrs

Die Dokumentation der Entwicklungen im Verkehr ist wichtig, weil eben vielfältige Umweltbelastungen mit den Verkehrsaktivitäten verbunden sind. Die Entwicklung der Umweltbelastungen durch den Verkehr hängt im Grunde vom Zusammenspiel des Transportaufkommens, dem Anteil der Verkehrsträger und deren Umwelteffizienz (hier: Emissionsintensität) ab. Von den Nachhaltigkeitsindikatoren zum Verkehr allein lassen sich die Umweltwirkungen nicht ablesen. Die Emissionen des Verkehrs werden durch weitere Einflussfaktoren bestimmt. Hierzu gehören die erbrachte Jahresfahrleistung, die Menge und Art sowie Beschaffenheit der verbrauchten Kraftstoffe und die Wirksamkeit der meist nachgeschalteten Abgasreinigungssysteme. Einflussgrößen auf den Kraftstoffverbrauch sind wiederum Hubraum, Fahrleistung je Kfz und Durchschnittsverbrauch je 100 km.

Abb. 1 Anteil der Fahrzeugkategorien am Verkehrsaufkommen (Jahresfahrleistung) in Sachsen 2008 (in Prozent)



Quelle: FIS Umwelt und Verkehr, LfULG

Die Komplexität der Thematik erfordert für Analysen der Umweltwirkungen und der Zusammenhänge eine breite Datengrundlage. Das Berichtsmodul Verkehr und Umwelt ist der Versuch, eine solche Datengrundlage für Gesamtrechnungen auf Länderebene komprimiert und systematisch zusammenzustellen. Im Folgenden werden erste Ergebnisse für den Verkehrsbetrieb in Sachsen wiedergegeben.

### Kfz-Bestände und Verkehrsaufkommen nach Quellen in Sachsen

Am Verkehrsaufkommen<sup>1)</sup> in Sachsen hatten 2008 mit Abstand die Pkw den höchsten Anteil mit 83,4 Prozent bzw. 28,9 Milliarden Pkw-Kilometer. Lkw und Sattelzugmaschinen<sup>2)</sup> kamen zusammen auf 5,2 Milliarden Lkw-Kilometer (vgl. Abb. 1). Dieses Verhältnis beruht im Wesentlichen auf dem Verhältnis der in Sachsen zugelassenen Kfz. Die Fahrleistung bezieht sich dabei auf den Kfz-Bestand des Folgejahres. 87,1 Prozent der fast 2,7 Millionen Kfz in Sachsen 2009 waren Pkw. Die mittlere Fahrleistung<sup>3)</sup> eines Pkw lag allerdings erwartungsgemäß mit 14 100 km deutlich unter der eines Lkw mit 25 700 km und der einer Sattelzugmaschine mit 102 000 km im Jahr 2008.

### Entwicklung der Lkw- und Pkw-Jahresfahrleistung in Sachsen

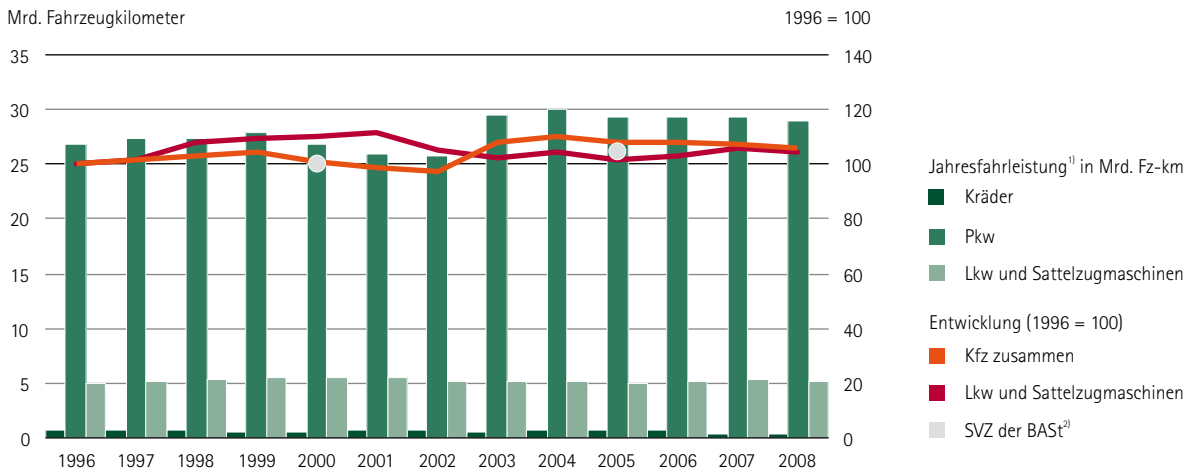
Im Vergleich zur oben geschilderten, seit 1998 rückläufigen Entwicklung der Lkw-Jahresfahrleistung in Deutschland, ist die Lkw-

1) Im Sinne des alltäglichen Sprachgebrauchs steht Verkehrsaufkommen für Verkehrsstärke, gemessen als mittlere DTV (durchschnittliche, tägliche Verkehrsstärke) in Anzahl der Kfz in 24 Stunden. Mit dieser sind die Fahrleistungen (in Kilometer) eng verbunden. Die Begriffe Transportaufkommen (beförderte Menge) und Beförderungsleistung (Produkt der beförderten Menge und Strecke) sind davon zu unterscheiden.

2) Im Folgenden werden Lkw und Sattelzugmaschinen, wenn nicht einzeln angeführt, stets funktional als Lkw zusammen betrachtet. Mit Lkw sind hier zugleich leichte Nutzfahrzeuge (LNF) und Lastzüge (Lkw mit Anhänger), mit Sattelzugmaschinen die Sattelzüge (Einheit aus Sattelzugmaschine und ihrem Auflieger) inbegriffen.

3) bundeseinheitliche Werte vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

Abb. 2 Entwicklung des Verkehrsaufkommens (Jahresfahrleistung) in Sachsen 1996 bis 2008



1) Quelle: FIS Umwelt und Verkehr, LFULG; Das Verkehrsaufkommen der Busse ist aufgrund der geringen Menge nicht darstellbar.

Jahresfahrleistung in Sachsen noch bis 2001 gestiegen (vgl. Abb. 2). Erst in den Jahren 2002 und 2003 sank sie um 8,0 Prozent (bezogen auf 2001). Dieser Trend hielt allerdings nicht an. Wie deutschlandweit (hier 2005 und 2006) stieg die Lkw-Jahresfahrleistung in Sachsen 2006 und 2007 wieder an. 2008 war sie leicht rückläufig und lag noch 1,8 Prozent über dem Niveau von 2003.

Bei der Entwicklung der Jahresfahrleistung der Pkw zeigt sich in Sachsen ein ähnliches Bild, mit zeitlicher Verschiebung nach vorn (vgl. auch Abb. 2). Die Pkw-Jahresfahrleistung war in Sachsen zunächst in den Jahren 2000 bis 2002 um 7,8 Prozent (bezogen auf 1999) rückläufig, bevor sie 2003 erneut anstieg. Der Anstieg von 2002 zu 2003 betrug 14,2 Prozent, womit die Pkw-Jahresfahrleistung, im Unterschied zu den Lkw, ein erneut höheres Niveau erreichte. Auf diesem Niveau blieb sie nahezu unverändert bis 2007. Wie bei den Lkw gab es bei den Pkw dann 2008 einen leichten Rückgang der Jahresfahrleistung. Bei der Suche nach Ursachen für die Ent-

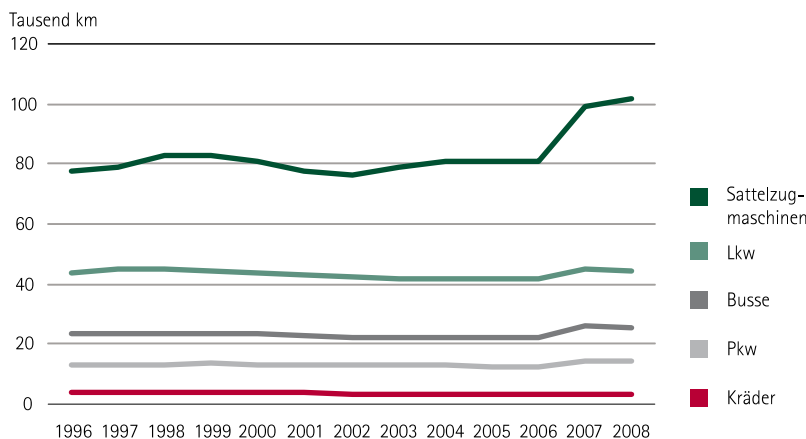
wicklung der Jahresfahrleistungen sind sowohl die durchschnittliche Fahrleistung pro Kfz als auch die Zahl der zugelassenen Kfz zu betrachten, aus welchen sich die Jahresfahrleistung berechnet. Zu beachten ist, dass aufgrund der bundeseinheitlichen Werte der durchschnittlichen Fahrleistungen Unterschiede zwischen Bund und Ländern bei der Jahresfahrleistung auf die Zahl der zugelassenen Kfz zurückzuführen sind.

**Entwicklung der durchschnittlichen Fahrleistungen und der Kfz-Bestände in Sachsen**

Die Entwicklung der durchschnittlichen Fahrleistungen der Kfz (vgl. Abb. 3) zeigt, dass es 2007 bei nahezu allen Fahrzeugkategorien (ausgenommen der Kräder) einen deutlichen Anstieg gab.<sup>4)</sup> Auf diesem Niveau hielten sich die Fahrleistungen in etwa auch 2008. Besonders stark war der Anstieg bei den Sattelzügen, deren durchschnittliche Fahrleistung auch 2008 noch einmal zugenommen hatte. Die Entwicklung der durchschnittlichen Fahr-

leistung der Lkw und Sattelzüge zeigt sich dabei nicht in der Lkw-Jahresfahrleistung (vgl. Abb. 2). Auch der Anstieg der durchschnittlichen Fahrleistung der Pkw schlägt sich nicht in deren Jahresfahrleistung nieder. Die im Gegensatz zum deutlichen Anstieg der durchschnittlichen Fahrleistungen stagnierenden bis rückläufigen Jahresfahrleistungen der Jahre 2007 und 2008 müssen daher von einem Rückgang der in Sachsen zugelassenen Lkw, Sattelzugmaschinen und Pkw getragen worden sein. Das bestätigen die Daten des Kraftfahrtbundesamtes (vgl. Abb. 4). Insgesamt ging 2008 die Zahl der in Sachsen zugelassenen Kfz aller Kategorien sehr stark zurück (vgl. auch Abb. 4). [6] Der Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen vom 3. August 2009 zufolge war jedoch im ersten Halbjahr 2009 wieder ein sprunghafter Anstieg der fabrikneu zugelassenen Pkw zu verzeichnen. [7] Dieses hohe Niveau an Neuzulassungen – gemessen gegenüber den Vorjahresmonaten – hielt auch im zweiten Halbjahr 2009 an. [8] Die Entwicklung der Zulassungen der Pkw steht dabei offenbar im Zusammenhang mit der von der Bundesregierung gewährten Umweltprämie bei Neuanschaffung eines emissionschwachen Pkw und gleichzeitiger Verschrottung des alten. Ob sich das, wie von der Bundesregierung beabsichtigt, positiv auf das Verhältnis der Emissionsgruppen der zugelassenen Pkw auswirkte, bleibt der Analyse in einem der nächsten Aufsätze vorbehalten. Es stellt sich insbesondere die Frage, ob die technisch möglichen Einsparungen an Umweltbelastungen erneut, wie in den 1990er Jahren durch das Verhalten der Konsumenten

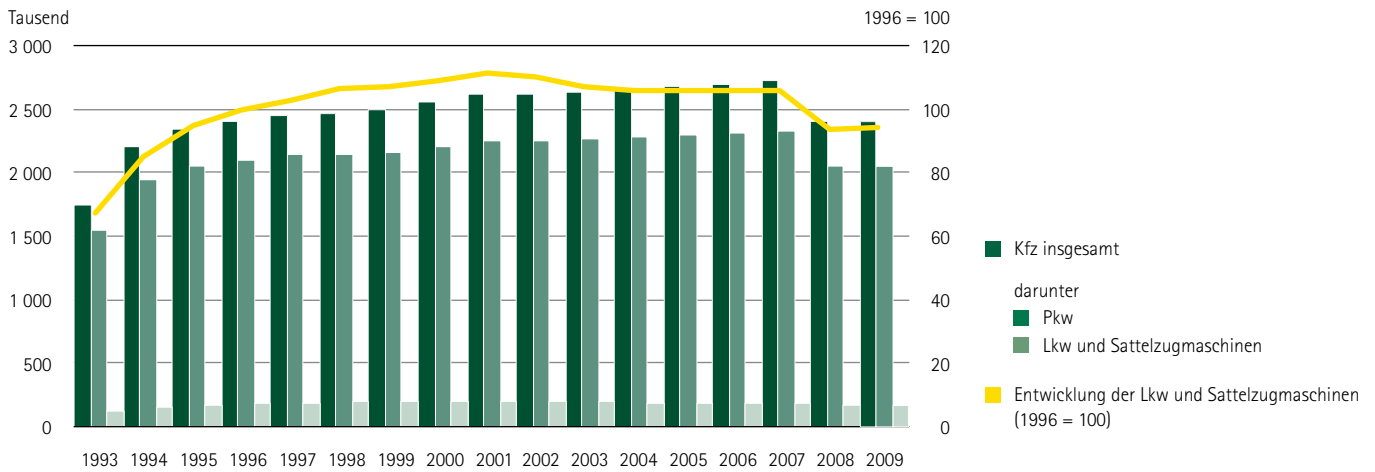
Abb. 3 Durchschnittliche Fahrleistung in Deutschland 1996 bis 2008 nach ausgewählten Fahrzeugkategorien (in km pro Fahrzeug)



Quelle: DIW Berlin

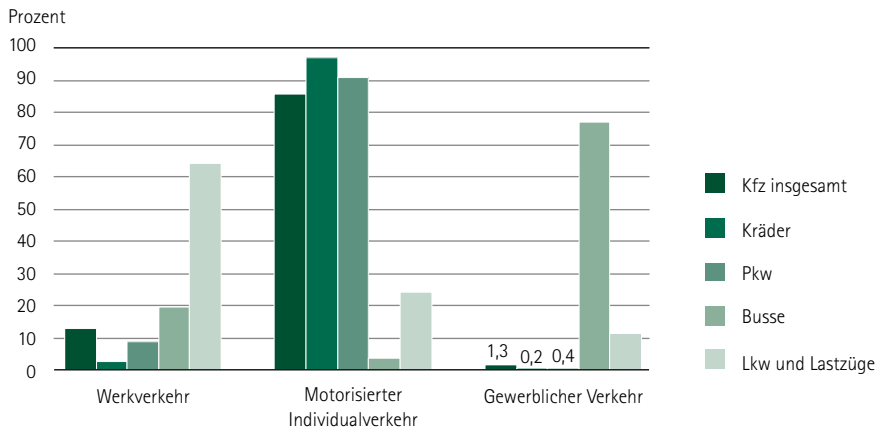
4) In die Ermittlung der durchschnittlichen Fahrleistung eines Kfz durch das DIW fließt der Kraftstoffverbrauch in Deutschland (AG Energiebilanzen) und der Praxisverbrauch der Kfz (Vereinigte Motorverlage) ein. Der Anstieg 2007 resultiert aus der Überarbeitung des Ansatzes.

Abb. 4 Entwicklung der Kfz-Bestände<sup>1)</sup> in Sachsen 1993 bis 2009 nach ausgewählten Fahrzeugkategorien



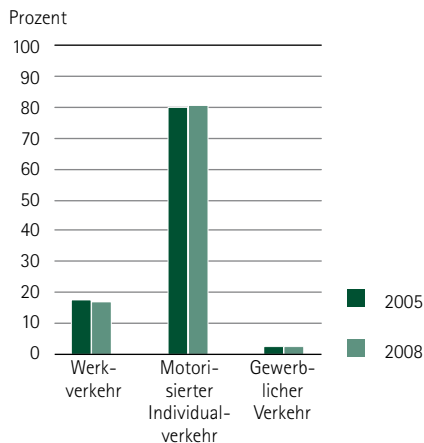
1) Ab 1. Januar 2008 nur noch angemeldete Fahrzeuge ohne vorübergehende Stilllegungen/Außerbetriebsetzungen. Ab 1. März 2007 ist nicht mehr der Standort, sondern der Wohnort des Halters maßgebend.

Abb. 5 Anteil ausgewählter Haltergruppen am Kfz-Bestand in Sachsen 2009 nach Verkehrsart



relativiert wurden (größere, umfangreich ausgestattete Wagen, weitere Wege). [9]

Abb. 6 Verkehrsaufkommen (Jahresfahrleistung) in Sachsen 2005 und 2008 nach Verkehrsart



Berechnung auf der Basis der Fahrleistungen 2005 und 2008 aus dem FIS Umwelt und Verkehr des LFÜLG und den Fahrzeugzulassungen nach Haltergruppen 2006 und 2009 des KBA

### Verkehrsaufkommen und Kfz-Bestände nach Akteuren/Verursachern

Das Berichtsmodul Verkehr und Umwelt wurde konzipiert, um den am Verkehr beteiligten Akteuren die entsprechenden Umweltwirkungen des Verkehrs zuzurechnen. [1] Hierfür waren den Akteuren, zusammengefasst nach Verkehrsart (Werkverkehr, Motorisierter Individualverkehr [MIV], gewerblicher Verkehr), die zugelassenen Kfz zuzuordnen und entsprechend deren Anteil am Bestand die Beteiligung am Verkehrsaufkommen zu gewichten. Erwartungsgemäß waren der Großteil der am 1. Januar 2009 zugelassenen Pkw (zu 90,87 Prozent) von Arbeitnehmern und Nichterwerbspersonen<sup>5)</sup> angemeldet und damit dem Bereich des MIV zuzurechnen (vgl. Abb. 5). 2008 besaßen 75,4 Prozent der Haushalte in Sachsen mindestens einen Pkw (Stand Januar). [10]. Die Lkw und Sattelzugmaschinen befanden sich dagegen zum Großteil (64,5 Prozent) im Bereich des Werkverkehrs. Nur 10,8 Prozent der Lkw und Sattelzugmaschinen waren dem

gewerblichen Verkehr<sup>6)</sup>, immerhin 24,6 Prozent den Arbeitnehmern und Nichterwerbspersonen und damit dem MIV zuzuordnen. Der hohe Anteil an Lkw im Werkverkehr und im privaten Bereich erklärt sich dabei durch die Kategorisierung leichter Nutzfahrzeuge unter 3,5 Tonnen als Lkw (Transporter/Lieferwagen ohne zweite Sitzreihe).

Das Ergebnis der Disaggregation zeigt, dass der MIV und damit die privaten Haushalte mit 80,6 Prozent den weitaus größten Anteil am Verkehrsaufkommen in Sachsen im Jahr 2008 hatten. Dem Werkverkehr war ein Anteil von 17,1 Prozent, dem gewerblichen Verkehr hingegen nur 2,3 Prozent zuzurechnen (vgl. Abb. 6). Gegenüber 2005 hat sich dieses Bild kaum verändert. Der Anteil des MIV hat minimal zugenommen. Auf der Basis der in den vergangenen Jahren bis 2007 insgesamt und im Verhältnis zu den anderen Fahrzeugkategorien gestiegenen Zahl der Pkw ist somit nach der hier angewendeten Methode auch eine tendenziell bis 2007 gestiegene Jahresfahrleistung des MIV anzunehmen.

### Beförderte Güter und Personen

Seit 2006 wird die in Deutschland tendenziell steigende Beförderungsleistung im Güter- und Personenverkehr auch wieder von einer zunehmenden Beförderungsmenge getragen. In Sachsen ist hingegen eine seit 1996 tendenziell abnehmende Beförderungsmenge sowohl im gewerblichen Güterverkehr als auch

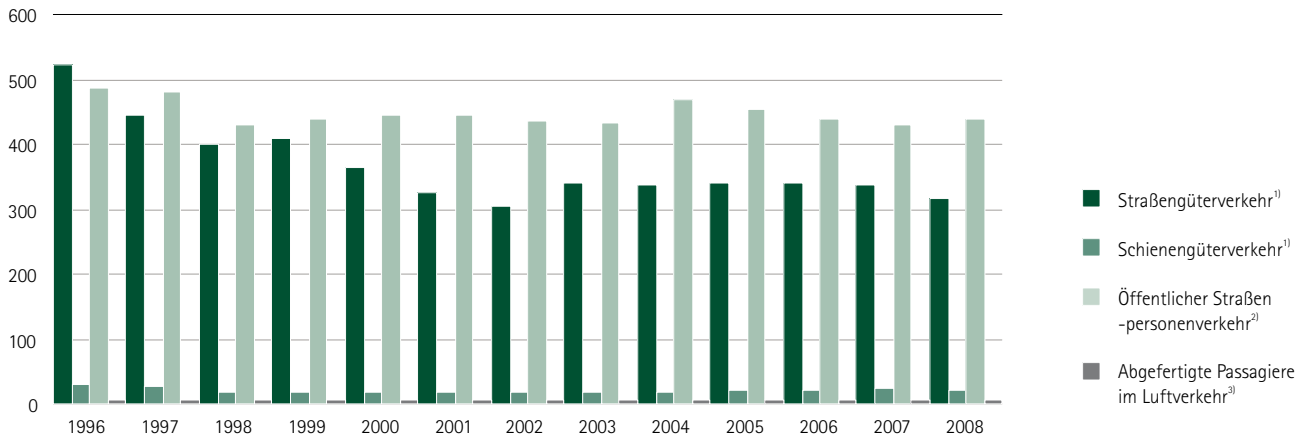
5) Die in den Fahrzeugzulassungen des Kraftfahrtbundesamtes (KBA) geführte Haltergruppe der Arbeitnehmer und Erwerbspersonen entspricht im Erwerbskonzept den Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen. Juristisch erfolgt die Beantragung der Zulassung der Kfz hier als natürliche Person.

6) Die 11,5 Prozent umfassenden Kfz im Bereich des gewerblichen Verkehrs decken sich mit den Angaben der Unternehmensstatistik des Bundesamtes für Güterverkehr (BAG). Der Werkverkehr ist anders abgegrenzt.



**Abb. 7 Beförderte Güter und Personen in Sachsen 1996 bis 2008**

Mill. Tonnen bzw. Personen



1) Fachserie 8 Reihe 1.2 (StBA). Die Darstellung der beförderten Güter der Binnenschifffahrt und der Luftfracht ist aufgrund der geringen Mengen nicht möglich.  
 2) Bis einschl. 2003 Verkehrsleistungsstatistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr. Ab 2004 Personenbeförderung im Schienenverkehr und im gewerblichen Omnibusverkehr - Jahresbericht (StLA). Der Schienenverkehr ist in der Landesstatistik nicht einzeln ausgewiesen. Für den Schienenfernverkehr ist keine amtliche Statistik verfügbar. Die Landesstatistik bezieht sich auf Unternehmensfahrten. Verkehrsmittelfahrten im Land werden vom Statistischen Bundesamt ermittelt (Fachserie 8 Reihe 1.2).  
 3) Statistische Berichte der Flughäfen Leipzig/Halle und Dresden (StLA)

im öffentlichen Personenverkehr zu verzeichnen (vgl. Abb. 7). Im Güterverkehr stagnierte die Beförderungsmenge in den letzten Jahren. Im Jahr 2008 sank sie noch einmal deutlich. Der Rückgang der beförderten Güter 2008 betraf dabei vor allem den Straßengüterverkehr. Die Mengen des Schienengüterverkehrs und der Binnenschifffahrt blieben nahezu konstant. Im Flugverkehr erhöhte sich dagegen die Menge an Luftfracht im Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle zum Luftfrachtdrehkreuz 2008 deutlich. Insgesamt dominiert die Straße den Güterverkehr.

Die Beförderungsmenge im Personenverkehr, welche im Wesentlichen vom Straßenpersonenverkehr getragen wird (den MIV nicht eingerechnet), weist seit 1996 eine sinkende Tendenz auf. Der Sprung 2007 ist auf die Veränderung der Erhebungsmethode zurückzuführen und kann daher als solcher nicht gewertet werden. 2008 zeichnete sich ein Anstieg im ÖPNV ab.

**Schlussbemerkung**

Insgesamt hat der Straßenverkehr in Sachsen gemessen an der Jahresfahrleistung aller Kfz in den letzten Jahren abgenommen. Ob damit und in Verbindung mit dem technischen Fortschritt die Umweltbelastungen durch den Verkehr in Sachsen zumindest gesamtrechnerisch rückläufig sind, bleibt einer gesonderten Analyse vorbehalten. Dass eine Rückläufigkeit des Verkehrsaufkommens jedoch nicht zwingend zur Umweltentlastung führt, zeigte (aus heutiger Sicht) der Beitrag [1] zum Flächenverbrauch durch den Verkehr. Der Flächenverbrauch durch den Verkehr stieg insbesondere durch den Straßenverkehr bis zuletzt weiter an. Die in Sachsen rückläufigen Beförderungsmengen und Jahresfahrleistungen, vor allem im Straßengüter-

und Personenverkehr (den MIV ausgenommen), dürfte dabei, wie in Deutschland insgesamt, maßgeblich durch den deutlichen Anstieg der Kraftstoffpreise verursacht worden sein. Inwiefern sich das Verhalten der privaten Haushalte und damit der MIV verändert hat, dazu geben die kontinuierlichen Haushaltsbefragungen **System repräsentativer Verkehrserhebung in Deutschland zur Mobilität in Städten (SrV) [11] und Mobilität in Deutschland (MID) [12]** nähere Auskunft.

Tibor Toth, Dipl.-Geogr.,  
 Referent Gesamtwirtschaftliche Analysen und weitere Gesamtrechnungen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

[1] Toth, T.: Regionales Berichtsmodul Verkehr und Umwelt – Aufbau und erste Ergebnisse für Sachsen. In: Statistik in Sachsen, 1/2010, S. 19 – 25  
 [2] Umweltökonomische Gesamtrechnungen. Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu Umwelt und Ökonomie 2009, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 28. Oktober 2009.  
 [3] Umweltnutzung und Wirtschaft. Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 2009, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 9. November 2009.  
 [4] Verkehr im Überblick 2008. Fachserie 8 Reihe 1.2, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2009.  
 [5] Becker, U.: Mobilität in der Stadt. Konrad Adenauer Stiftung. Kommunalpolitik. Cadenabbia, 11. November 2009.

[6] Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen in Sachsen 2008 weiter rückläufig. Pressemitteilung 63/2009 vom 13. März 2009.  
 [7] Neuzulassungen bei Personenkraftwagen in Sachsen schnellen um mehr als 50 Prozent nach oben. Pressemitteilung 180/2009 vom 3. August 2009.  
 [8] Neuzulassungen von Personenkraftwagen nach ausgewählten Kraftstoffarten in Sachsen nach Monaten (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt.)  
 [9] Jochem, P.: CO2-Zertifikatehandel im deutschen Verkehrssektor, eine multiagentenbasierte Partialanalyse. Beitrag zum Workshop „Umwelt- und Ressourcenökonomik“ für Nachwuchswissenschaftler, 26. – 27. Februar 2007, Zürich (Entwurf, gefördert von der DBU). Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Uni Karlsruhe (TH) 2007, S. 4.  
 [10] 15. März – Weltverbrauchertag: Drei Viertel der sächsischen Privathaushalte haben einen PKW. Pressemitteilung 62/2009 vom 13. März 2009.  
 [11] System repräsentativer Verkehrserhebung in Deutschland zur Mobilität in Städten seit 1972 (aller 3 bis 5 Jahre) unter Leitung der TU Dresden, Lehrstuhl für Verkehrs- und Infrastrukturplanung (www.tu-dresden.de/srv/SrV\_Web/).  
 [12] Mobilität in Deutschland: Fortführung der kontinuierlichen Erhebung zum Verkehrsverhalten (KONTIV) in Deutschland 2002 und 2008. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Auftraggeber) (www.mobilitaet-in-deutschland.de).

# Zur Berechnung der Ausgaben der privaten Krankenversicherung in Sachsen

## Erste Ergebnisse der Zusammenarbeit des Statistischen Landesamtes mit dem Gesundheitsökonomischen Zentrum der TU Dresden auf dem Gebiet der Gesundheitsausgabenrechnung

### Vorbemerkungen

#### Zur Zusammenarbeit des Statistischen Landesamtes mit dem Gesundheitsökonomischen Zentrum der TU Dresden

Die Entwicklung von Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen war eine Antwort auf den Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung des Gesundheitswesens in der Öffentlichkeit. Die Sichtweise auf das Gesundheitswesen als dynamischen Wirtschaftszweig mit wachsender Beschäftigung erforderte auch eine neue Form der Darstellung. Dem wurde durch die Entwicklung von Handlungsstrategien zur Etablierung von Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen im Statistischen Landesamt Rechnung getragen. [1] Die Gesamtrechnungen sind nicht als geschlossenes System zu betrachten, sondern beinhalten verschiedene Themenfelder, die geeignet sind, einen Erkenntniszuwachs rund um die Themen Ökonomie und Gesundheitswesen beizusteuern.

Eine wichtige Rolle bei der Realisierung der daraus abgeleiteten Aufgaben spielt die Kooperation mit Partnern, die auf vergleichbaren Gebieten tätig sind. Geht es doch darum, vorhandene Kapazitäten zu koordinieren, durch Nutzung der vorhandenen Erfahrungspotenziale Synergieeffekte zu erzielen sowie durch eine ergebnisorientierte Planung und Bearbeitung gemeinsamer Projekte einen Wissenszuwachs zu erlangen. Unter diesem Gesichtspunkt entwickelte sich die Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsökonomischen Zentrum der TU Dresden.

Dabei konnte auf bereits vorhandenen Erfahrungen aufgebaut werden. Wichtige Meilensteine der bisherigen Entwicklung waren die Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung zwischen der TU Dresden und dem Statistischen Landesamt sowie die Einrichtung einer Außenstelle des Forschungsdatenzent-

trums der Länder, Standort Sachsen, an der TU Dresden am 15. Mai 2008. [2] Weiterhin wurden Projekte gemeinsam bearbeitet. Inhalt eines solchen abgeschlossenen Projektes ist die Analyse des Personalbedarfs in Krankenhäusern. [3] Gegenwärtig läuft ein Projekt zur Erforschung des Einflusses des demografischen Wandels auf die Krankenhauslandschaft in Deutschland und insbesondere in Sachsen.

#### Spezifizierung gemeinsamer Arbeitsfelder auf dem Gebiet der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Entwicklung von Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen ist die Erstellung und nachhaltige Etablierung einer Gesundheitsausgabenrechnung für den Freistaat Sachsen.

Methodisch erfolgte die Ermittlung der Gesundheitsausgaben in Sachsen trägerbezogen (vgl. Abb. 1) und unter Nutzung möglichst konkreter länderscharfer Informationen. Es lagen jedoch nicht für alle Ausgabenträger solche Informationen vor, so dass dann auf Schätzungen zurückgegriffen werden musste. Daraus leitet sich die Fragestellung ab, inwieweit die so ermittelten Schätzergebnisse als Bausteine einer aussagefähigen Gesundheitsausgabenrechnung nutzbar sind.

Zur Beantwortung dieser Frage waren Untersuchungen zur Qualität der so ermittelten Ergebnisse durchzuführen. Hier ergaben sich Felder für eine gemeinsame Zusammenarbeit, da diese in sich abgeschlossenen Aufgabenfelder in Form von Diplomarbeiten bearbeitet werden können. Im Folgenden werden die Ergebnisse einer Diplomarbeit vorgestellt, die die Ermittlung der Ausgaben der privaten Krankenkassen<sup>1)</sup> auf Länderebene zum Thema hatte. [4] Frau Kati Schulze verteidigte diese Diplomarbeit am 15. September 2009.

Abb. 1 Klassifikation der Ausgabenträger in der Gesundheitsausgabenrechnung

Ausgabenträger	
1	Öffentliche Haushalte (funktionale Gliederung)
2	Gesetzliche Krankenversicherung
3	Gesetzliche Pflegeversicherung
4	Rentenversicherung
5	Gesetzliche Unfallversicherung
6	Private Krankenversicherung
7	Arbeitgeber
8	Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck
9	Ausland (Exporte)

Quelle: Eigene Darstellung nach: Ausgaben- und Finanzierungsrechnung des Statistischen Bundesamtes, 2000. In: Gesundheitsökonomische Gesamtrechnung. Konzept und erste Ergebnisse der Gesundheitsausgaben- und Beschäftigtenrechnung für Baden-Württemberg. Studie im Auftrag des Sozialministeriums Baden-Württemberg, Stuttgart 2002, S. 37.

### Methodik

Es werden in der Diplomarbeit angewandte und zum Teil selbst entwickelte Methoden vorgestellt, die landesspezifische Informationen nutzen. A priori ausgeschlossen wurde der Ansatz, die Ausgaben der privaten Krankenkassen durch Disaggregation der Bundesergebnisse an der Bevölkerungszahl zu erstellen.<sup>2)</sup>

1) Im Rahmen der Gesundheitsausgabenrechnung bildet die private Krankenversicherung als Träger die wirtschaftliche Tätigkeit der privaten Krankenkassen ab.

2) Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2007 betrug der Anteil der Privatversicherten in Deutschland 10,6 Prozent, in Sachsen jedoch nur 5,4 Prozent. Das heißt, die Ermittlung der Ausgaben der privaten Krankenversicherung für Sachsen durch Disaggregation an der Einwohnerzahl würde zu stark überhöhten Ergebnissen führen. Eine Disaggregation ist nur dann sinnvoll, wenn man davon ausgehen kann, dass sich Landes- und Bundesverhältnisse bezüglich des betrachteten Sachverhaltes nicht grundlegend unterscheiden.

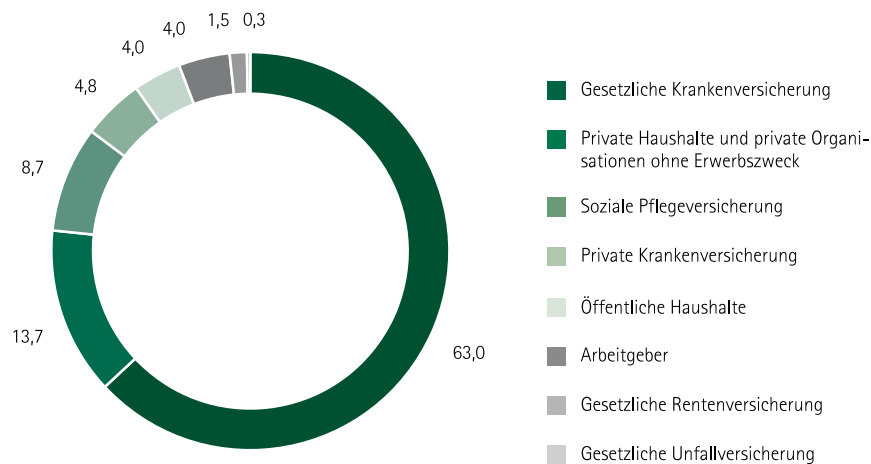
## Traditioneller Ansatz zur Schätzung der Ausgaben

Der Anteil der Ausgaben der privaten Krankenkassen<sup>3)</sup> an allen Gesundheitsausgaben<sup>4)</sup> beträgt in Sachsen etwa fünf Prozent. Damit entfallen auf diesen Ausgabenträger bedeutend weniger Kosten als auf die gesetzlichen Krankenkassen. Immerhin sind nach den Berechnungen für Sachsen 2007 die privaten Krankenkassen jedoch der viertgrößte Kostenträger (vgl. dazu Abb. 2). Ein Großteil der privaten Versicherungsunternehmen ist im Rahmen des Verbandes der privaten Krankenversicherung e. V. (PKV-Verband) organisiert. Dieser veröffentlicht jährlich so genannte Rechenschafts- und Zahlenberichte, welche Informationen über die private Krankenversicherung sowie die Struktur und finanzielle Situation der Mitgliedsunternehmen wiedergeben, jedoch nur auf Bundesebene. [6]

Daraus folgt, dass die Ausgaben der privaten Krankenversicherung auf der Basis vorhandener Informationen geschätzt werden müssen. Dies geschieht durch Multiplikation der Anzahl der privat Krankenversicherten in Sachsen mit den durchschnittlich angefallenen Ausgaben. Die Anzahl der privat Krankenversicherten wird durch den Mikrozensus ermittelt, d. h. auf der Basis einer repräsentativen Befragung von rund 40 000 Personen in Sachsen. Für die durchschnittlichen Ausgaben je Versichertem werden die für den Bund veröffentlichten Werte für die Berechnung herangezogen.

Der so ermittelte Wert für die Ausgaben der privaten Krankenversicherung enthält zwei Dimensionen der Unsicherheit. Dies sind der Stichprobenfehler hinsichtlich der Anzahl der Versicherten sowie die Annahme, dass die Ausgaben je Versicherten auf Länderebene mit denen auf Bundesebene identisch sind.

Abb. 2 Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern in Sachsen 2007 (in Prozent)



Schätzung Stand: März 2010

Während es für letztere Annahme keinen Ansatz gibt, diese durch landesspezifische Informationen zu verfeinern,<sup>5)</sup> konnte die Anzahl der Versicherten einer statistischen Analyse unterzogen werden. Genutzt wurde der Sachverhalt, dass das Stichprobenergebnis eine Intervallschätzung liefert. Das heißt, man kann eine untere und obere Grenze für die Anzahl der privat Versicherten ermitteln und absichern, dass der echte Wert für die Anzahl der Versicherten mit einer bestimmten vorgegebenen Wahrscheinlichkeit sich innerhalb dieses Intervalls befindet. Die hier dargestellten Berechnungen wurden für die Wahrscheinlichkeitswerte 95 und 99 Prozent durchgeführt. Die weiteren Berechnungen der Ausgaben wurden nun nicht mehr nur für den Stichprobenmittelwert, sondern auch für diese Grenzwerte durchgeführt. Im

Ergebnis erhält man einen unteren und einen oberen Wert für die Ausgaben der privaten Krankenversicherungen, der die Unsicherheit widerspiegelt, die durch Nutzung des Stichprobenwertes für die Anzahl der Versicherten entsteht.

3) Eingeschlossen in die weiteren Betrachtungen sind auch die Ausgaben der privaten Krankenkassen für die Pflege. Das am 1. Januar 1995 in Kraft getretene Pflegeversicherungsgesetz lehnt sich an das bereits vorhandene Doppelsystem von gesetzlicher und privater Krankenversicherung an. Entsprechend ist jeder privat Krankenversicherte verpflichtet, auch einen privaten Pflegeversicherungsvertrag abzuschließen. [5]

4) In Analogie zum Begriff Gesundheitsausgabenrechnung sowie zur allgemeinen Handhabung wird für die hier errechneten Ausgaben auch der Begriff Gesundheitsausgaben verwendet. Diese sind die Summe aus den Leistungs- sowie sonstigen Ausgaben, wie z. B. Verwaltungskosten.

5) Bis zum 31. Dezember 2006 gab es den sogenannten „Ostabschlag“, der im Einigungsvertrag festgelegt wurde. Danach mussten in den neuen Ländern die Vergütungen für erbrachte Leistungen nach der Gebührenordnung für Ärzte gekürzt werden. Zuletzt betrug dieser Abschlag 10 Prozent. [7]

Tab. 1 Indikatoren zu den privat Krankenversicherten in Sachsen 2007<sup>1)</sup>

Merkmal	Einheit	Versicherte Personen im Alter von ... bis unter ... Jahren							Leistungs- ausgaben Mill. €
		unter 15	15 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 und mehr	
<b>Männer</b>									
Privat Krankenversicherte	Personen	6 100	15 500	30 900	46 700	35 100	16 400	5 900	x
Durchschnittliche Leistungsausgaben je privat Krankenversicherten	€	1 737	1 220	1 255	1 460	2 245	3 640	8 261	x
Leistungsausgaben	Mill. €	10,6	18,9	38,8	68,2	78,8	56,7	48,7	320,7
<b>Frauen</b>									
Privat Krankenversicherte	Personen	9 200	5 300	11 900	21 000	17 100	6 500	-	x
Durchschnittliche Leistungsausgaben je privat Krankenversicherten	€	1 530	1 625	2 620	2 665	2 970	4 135	-	x
Leistungsausgaben	Mill. €	14,1	8,6	31,2	56,0	50,8	26,9	-	187,5

1) Ermittlung auf der Grundlage der Kopfschadenstatistik. Datengrundlage siehe: [9], Quelle für die Tabelle: [4, S. 60].

## Nutzung der sogenannten Kopfschadenstatistik zur Ermittlung der Ausgaben der privaten Krankenversicherungen

Die sogenannte Kopfschadenstatistik ist eine aus Wahrscheinlichkeitstabellen bestehende Sammlung von Daten. Die privaten Krankenversicherungsunternehmen stellen die Ausgaben für ihre Versicherten zusammen und übermitteln sie an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Diese bündelt die Werte zu einheitlichen Tabellen, aus denen sich u. a. die so genannten Kopfschäden berechnen lassen. Diese „sind die im Beobachtungszeitraum auf einen Versicherten entfallenden durchschnittlichen Versicherungsleistungen, die für jeden Tarif in Abhängigkeit vom Geschlecht und Alter des Versicherten zu ermitteln sind.“ [8] Die Ergebnisse spiegeln die Leistungsausgaben pro vollversicherte Person für jedes Alter und Geschlecht wider. Zur Ermittlung der Leistungsausgaben aus den drei Bereichen bedarf es detaillierten Hintergrundwissens über den Rechenweg und die einbezogenen Positionen bei der Berechnung. Diese Informationen waren nicht verfügbar. Da diese Berechnung allerdings bereits vom wissenschaftlichen Institut der PKV durchgeführt und als Abbildung veröffentlicht wurde [9], konnte sie als Quelle für die eigenen Betrachtungen dienen. Dazu wurden aus der veröffentlichten Abbildung die ungefähren Leistungsausgaben für die Krankenversicherung (ohne Pflegeversicherung) in Abhängigkeit von Geschlecht und Alter abgelesen und in einer Tabelle dargestellt (vgl. Tab. 1). Diese Angaben bilden die Basis für die Berechnung der Leistungsausgaben, die ebenfalls in Tabelle 1 realisiert ist (vgl. auch [4, S. 59]).<sup>6)</sup>

### Ermittlung der Ausgaben der privaten Krankenkassen auf der Basis der Entwicklung des Bundes

Eine weitere Methode basiert auf der Annahme, dass die Entwicklung der Ausgaben in Sachsen parallel zur Bundesentwicklung verläuft. Im Rahmen einer für das Jahr 1997 durchgeführten Gesundheitsausgabenrechnung für Sachsen wurden durch das BASYS-Institut<sup>7)</sup> auch die Ausgaben für die privaten Krankenkassen nach dem traditionellen Ansatz ermittelt. [10] Im Folgenden wurden die Ausgaben für 2007 unter oben genannter Annahme berechnet. Dieses robuste Schätzverfahren war hier anwendbar, da ein Basiswert vorhanden war und es keinen Grund zu der Annahme gab, dass sich die Ausgaben für die privat Krankenversicherten in Sachsen seit 1997 anders entwickelten als in Deutschland insgesamt.

Tab. 2 Ausgaben der privaten Krankenkassen in Sachsen 2007 in Abhängigkeit von der angewandten Methodik

Methodik	Unterer	Mittlerer	Oberer
	Schätzwert		
	Mill. €		
Traditioneller Ansatz			
$\alpha = 1\%^{1)}$	584	617	649
$\alpha = 5\%^{2)}$	592	617	641
Nutzung der Kopfschadenstatistik			
$\alpha = 1\%^{1)}$	608	668	708
$\alpha = 5\%^{2)}$	620	668	696
Schätzung auf der Basis der Entwicklung der Ausgaben auf Bundesniveau <sup>3)</sup>	x	583	x

1) Die Intervallschätzung erfolgte durch Berechnung des Konfidenzintervalles für die Anzahl der Versicherten mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 1 Prozent.

2) Die Intervallschätzung erfolgte durch Berechnung des Konfidenzintervalles für die Anzahl der Versicherten mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent.

3) Die Basis für die Fortschreibung bilden die für 1997 nach traditionellem Ansatz ermittelten Ausgaben. [10]

## Ergebnisse

### Traditioneller Ansatz

Unter Nutzung der bisher angewandten Methodik wurden die Ausgaben der privaten Krankenkassen 2007 in Sachsen auf 617 Millionen € geschätzt (vgl. Tab. 2). Mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 Prozent liegt der echte Wert für das Land Sachsen, der nicht verfügbar ist, zwischen 584 und 649 Millionen €. Lässt man eine Irrtumswahrscheinlichkeit von fünf Prozent zu, so beträgt das Intervall 592 bis 641 Millionen €. Das heißt bei Betrachtung mit 95-prozentiger Sicherheit wurde für die Ausgaben eine Spannweite von 49 Millionen € ermittelt und der echte Wert kann fast 25 Millionen € bzw. vier Prozent über oder unter dem errechneten Mittelwert von 617 Millionen € liegen.

### Nutzung der Kopfschadenstatistik

Die Nutzung der Kopfschadenstatistik ergab für die Ausgaben der privaten Krankenkassen in Sachsen einen Wert von 668 Millionen €, das sind 8,3 Prozent mehr als nach dem traditionellen Ansatz geschätzt wurden. Der echte Wert schwankt nach dieser Methodik zwischen 608 und 708 Millionen € bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von einem Prozent. Dieses Intervall verkleinert sich bei Zugrundelegung einer Irrtumswahrscheinlichkeit von fünf Prozent auf 620 bis 696 Millionen €. Die Spannweite beträgt 76 Millionen € und die maximal mögliche Abweichung vom Mittelwert 5,7 Prozent. Damit liegen diese Werte etwas über dem traditionellen Ansatz.

### Schätzung auf Basis der Entwicklung der Ausgaben auf Bundesniveau

1997 betragen die Ausgaben der privaten Krankenversicherung in Sachsen laut Berechnungen des BASYS-Institutes 339 Millionen €. Unter

der Annahme, dass die Steigerung der Ausgaben in Sachsen sich nicht vom Bundesniveau unterschied, wurde für 2007 ein Wert von 583 Millionen € ermittelt. Damit liegt dieser Wert sechs Prozent niedriger als der Schätzwert nach traditionellem Ansatz und ist fast mit der unteren Grenze der Intervallschätzung auf dem Ein-Prozent-Niveau identisch.

### Konsistenz der Ergebnisse

Der Unterschied zwischen der Berechnung nach traditionellem Ansatz und unter Nutzung der Kopfschadenstatistik von rund acht Prozent wird durch die Berechnung der oberen und unteren Schätzwerte relativiert. Auf den beiden betrachteten Niveaus der statistischen Sicherheit von 95 und 99 Prozent ergab sich eine Überlappung der berechneten Intervalle. Das heißt, dass die ermittelten Ergebnisse sich nicht prinzipiell widersprechen, die relative große Differenz jedoch anzeigt, dass die Belastbarkeit der Ausgangsdaten hinterfragt werden muss. Da beide Methodiken als Schätzgröße die durch den Mikrozensus ermittelte Anzahl der privat Krankenversicherten nutzen, scheidet diese als Ursache für die Abweichungen aus. Entsprechend sind die Abweichungen im Feld der ermittelten Ausgaben je Versicherten für den traditionellen Ansatz sowie bei den Leistungsausgaben nach Alter und Geschlecht, die im Rahmen der Kopfschadenstatistik ermittelt werden, zu suchen. Da die Werte zur Kopfschadenstatistik nicht zur Verfügung standen und auf der Grundlage der

6) Zur Berechnung der hier betrachteten Gesundheitsausgaben auf der Basis der durch die Nutzung der Kopfschadenstatistik ermittelten Leistungsausgaben sei auf die Originalarbeit verwiesen: [4], S. 60.

7) BASYS Beratungsgesellschaft für angewandte Systemforschung mbH, Reisingerstraße 25, D-86159 Augsburg. Im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie erstellte diese Institution eine Gesundheitsausgaben- und Beschäftigtenrechnung für das Jahr 1997. [10] Diese wurde nicht fortgeschrieben oder aktualisiert.

veröffentlichten Grafiken empirisch ermittelt wurden, ist hier eine wesentliche Ursache für die Abweichung zu vermuten.<sup>8)</sup>

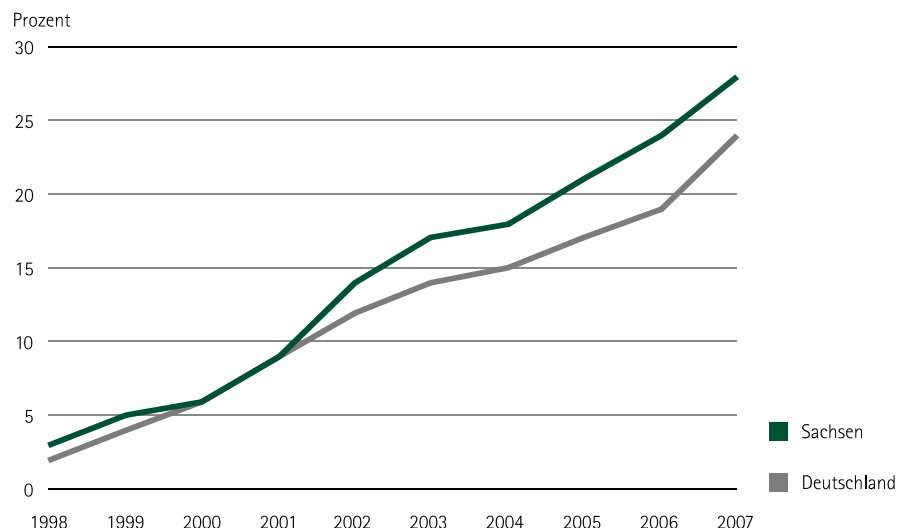
Die Annahme, dass die Entwicklung der Ausgaben der privaten Krankenkassen in Sachsen seit 1997 der des Bundes entspricht, führte zu einem Schätzergebnis, das einen im Vergleich zu den anderen Schätzmethode sehr niedrigen Wert liefert. Das deutet darauf hin, dass sich diese Annahme nicht vollständig realisiert hat. Ein Hinweis sind die Kosten für die Betreuung in Krankenhäusern, die nach der Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes 2007 immerhin fast 30 Prozent aller Ausgaben der privaten Krankenkassen betragen. [11] Ein Vergleich der relativen Entwicklung 1998 bis 2007 zwischen Sachsen und dem Bund zeigt, dass einer Steigerung der Krankenhauskosten von 24 Prozent auf Bundesniveau eine Steigerung von 28 Prozent in Sachsen entgegensteht (vgl. Abb. 3).

Man kann deshalb davon ausgehen, dass der ermittelte Wert für die Ausgaben der privaten Krankenkassen in Sachsen eine Art unterer Grenzwert darstellt, mit großer Wahrscheinlichkeit aber höher liegt und zwar in einer Größenordnung, die im Bereich von vier Prozent zu veranschlagen ist. Lässt man diesen Sachverhalt in die Berechnungen einfließen, erhält man mit rund 606 Millionen € einen Wert, der weniger als zwei Prozent von dem nach der traditionellen Methodik ermittelten Wert abweicht. Damit zeigt sich, dass der traditionelle Ansatz zur Schätzung der Ausgaben der privaten Krankenkassen durch diese relativ robuste Vorgehensweise bestätigt werden kann. Geht man davon aus, dass die herausgearbeiteten Schwächen bei der Ermittlung der Ausgaben auf der Basis der Kopfschadenstatistik Ursache für die dort festgestellten Differenzen sind, spricht dies ebenfalls für die Schätzung der Ausgaben nach dem traditionellen Ansatz bei der Ermittlung der Gesundheitsausgaben auf Länderebene.

### Schlussfolgerungen und Ausblick

Die Schätzung der Ausgaben der privaten Krankenversicherung in Sachsen hat gezeigt, dass die Nutzung der Angaben des Mikrozensus zur Ermittlung der Anzahl der privat Krankenversicherten ein Weg ist, der unter Nutzung verfügbarer landesspezifischer Informationen valide Daten für die Erstellung einer Gesundheitsausgabenrechnung liefert. Unter Beachtung des Sachverhaltes, dass es sich um eine Intervallschätzung handelt, wurde eine Intervallbreite von 49 Millionen € für das Ergebnis ermittelt (Irrtumswahrscheinlichkeit von fünf Prozent). Bezogen auf die Gesundheitsausgaben in Sachsen insgesamt (2007: 12 846 Millionen €) sind dies 0,4 Prozent und damit ein Wert, der die Genauigkeit und Nutzbarkeit der erstellten Ergebnisse bestätigt.

Abb. 3 Veränderung der Krankenhauskosten<sup>1)</sup> 1998 bis 2007 im Vergleich zu 1997



1) Bereinigte Kosten, d.h. nur die Kosten, die pflegesatzfähig sind.

Jede Schätzung enthält Ungenauigkeiten. Entsprechend ist für die weitere Qualifizierung der Gesundheitsausgabenrechnung geplant, die Beschaffung länderscharfer Daten als einen Weg zukünftiger Aktivitäten zu sehen. Dies wird in Zusammenarbeit mit dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz angestrebt.

Dr. Bernd Richter, Referent Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen  
Dipl.-Kaufrau Kati Schulze, TU Dresden  
Dr. Andreas Werblow, TU Dresden, Gesundheitsökonomisches Zentrum

### Literatur- und Quellenverzeichnis

- [1] Richter, B.: Zur volkswirtschaftlichen Bedeutung des Gesundheitswesens im Spiegel der amtlichen Statistik. In: Statistik in Sachsen, 2/2008, S. 89 - 101.
- [2] Pressemitteilung 119/2008 der Technischen Universität Dresden und des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen vom 15. Mai 2008 zum Thema: Enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Statistik besiegelt.
- [3] Schoffer, O., A. Werblow: Entwicklung des Personalbestandes in allgemeinen Krankenhäusern Deutschlands 2002-2007. In: Krankenhausreport 2010, S. 71 - 95.
- [4] Schulze, K.: Ermittlung der Ausgaben der privaten Krankenversicherung auf Bundesländerebene – Möglichkeiten und Probleme, dargestellt am Beispiel des Freistaates Sachsen. Diplomarbeit, eingereicht am 30. Juli 2009 am Lehrstuhl für Volkswirtschaft, insbes. Geld, Kredit und Währung, Fakultät Wirtschaftswissenschaften, Technische Universität Dresden und verteidigt am 15. September 2009.

- [5] Pressemitteilung 83/2000 des Bundesverfassungsgerichtes vom 20. Juni 2000 zum Thema: Information zur mündlichen Verhandlung „Pflegeversicherung“.
- [6] Vgl. Verband der privaten Krankenversicherung e.V., Zahlenbericht, 2008, S. 69.
- [7] Pieritz, A.: „Ostabschlag“ endlich abgeschafft. In: Deutsches Ärzteblatt, H. 8 (23. Februar 2007), S. A 520.
- [8] § 6 (1) Satz 1 der Verordnung über die Versicherungsmathematischen Methoden zur Prämienkalkulation und zur Berechnung der Alterungsrückstellung in der privaten Krankenversicherung (Kalkulationsverordnung – KalV) vom 18. November 1996 (BGBl. I S. 1783), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 22. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3670).
- [9] Niehaus, F.: Der überproportionale Finanzierungsbeitrag privat versicherter Patienten im Jahre 2007, Wissenschaftliches Institut der PKV (Hrsg.), Köln, 2009, S. 5.
- [10] Schneider, M., U. Hofmann, P. Biene-Dietrich: Gesundheitsökonomische Basisdaten für Sachsen, Berichtsjahr 1997, Gutachten für das Sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie, o. O. 2000.
- [11] www.gbe-bund.de. Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Tabelle: Gesundheitsausgaben in Deutschland in Mill. €, Gliederungsmerkmale: Jahre, Art der Einrichtung, Art der Leistung und Ausgabenträger. Statistisches Bundesamt (Hrsg.). Die Tabelle bezieht sich auf das Jahr 2007 und die Leistungsart Gesundheitsausgaben.

<sup>8)</sup> Es ist denkbar, dass die in der Gesundheitsberichterstattung des Bundes sowie in der Kopfschadenstatistik genutzten Basisdaten methodisch nicht identisch sind und dies ein weiterer Grund für die Abweichungen ist. Da der Schwerpunkt der Diplomarbeit darauf lag, aufzuzeigen, welchen Einfluss die Nutzung eines Stichprobenergebnisse für die Anzahl der privat Krankenversicherten auf die zu ermittelnden Ausgaben der privaten Krankenkassen hat, wurde dieser Sachverhalt nicht weiter verfolgt.



# Indikatorensysteme in der amtlichen Statistik – Bestandsaufnahme und zukünftige Herausforderungen

## Teil 1: Bestandsaufnahme

### Vorbemerkungen

In seinem Eckpunktepapier zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik in der 17. Legislaturperiode vom Februar 2010 fordert der **Statistische Beirat**, das Gremium der Nutzer, Befragten und Produzenten der Bundesstatistik, dass die Daten der amtlichen Statistik den gesellschaftlichen Zusammenhalt messbar machen sollen. Erforderlich ist es nach Auffassung des Beirats, „regelmäßig zu den Megathemen (z. B. Globalisierung, Demografie, Ökologie, Wissensgesellschaft) Fakten zu liefern und Zusammenhänge zu verdeutlichen. Dabei müssen die einzelnen Statistiken zu einem Gesamtbild koordiniert werden. Konkret bedeutet dies: Zielgruppenspezifische Indikatorensets für wirtschaftliche Ungleichheit bei Einkommen- und Vermögen, Lebensqualität sowie Umwelt und Nachhaltigkeit sollen den

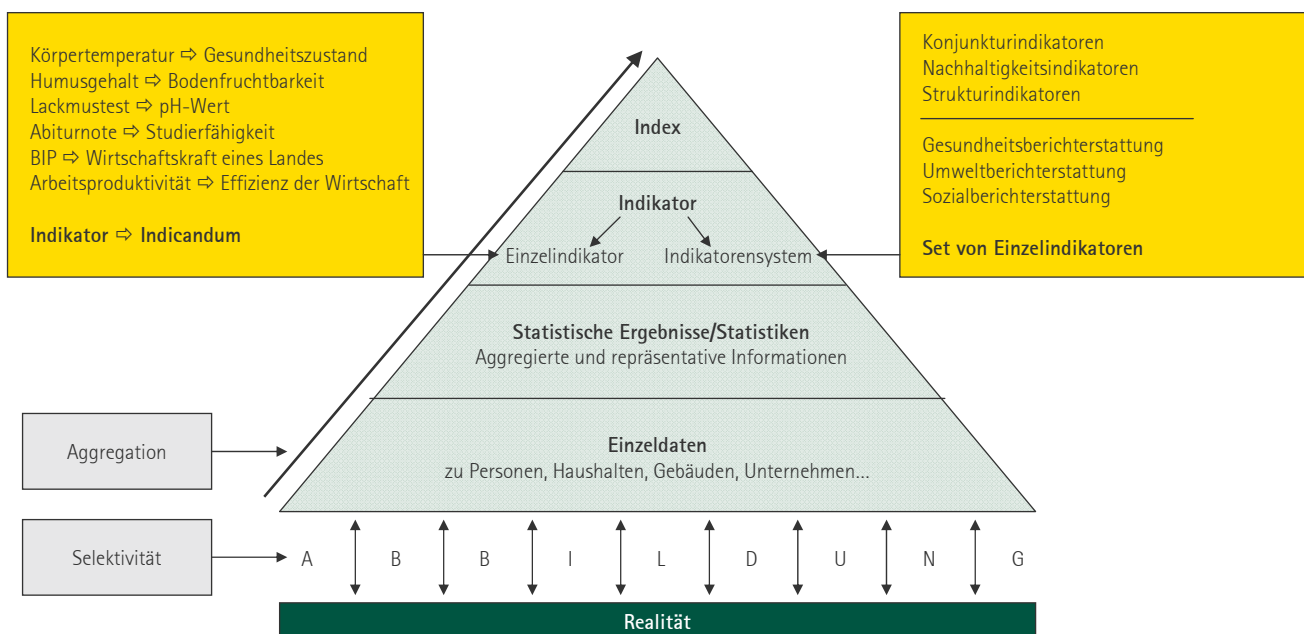
Bürgern und der Politik eine breitere Informationsbasis bieten und der Statistik eine höhere Relevanz sichern“. [1]

Dieses Eckpunktepapier ist nur der jüngste Beweis dafür, dass Indikatorensysteme sich immer größer werdender Beliebtheit erfreuen. In den letzten Jahren sind Anzahl und Umfang von Indikatorensystemen in der amtlichen Statistik sowie in anderen Bereichen außerhalb dieser quantitativ stark angewachsen. Die Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ widmet sich deshalb in zwei Teilen diesem Querschnittsthema. Im **ersten Teil** findet zunächst eine Bestandsaufnahme von Indikatorensystemen in der amtlichen Statistik statt. Im Anschluss an die Einordnung und Definition des Begriffs „Indikator“ werden Indikatorensysteme systematisiert, um dem Leser den Überblick zu erleichtern. Außerdem

werden ausgewählte Indikatorensysteme von Eurostat sowie der statistischen Ämter des Bundes und der Länder näher beschrieben. In der Zusammenfassung werden die festgestellten Entwicklungstendenzen von Indikatorensystemen einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen.

Der Begriff **„Amtliche Statistik“** beinhaltet mindestens vier Dimensionen: In institutioneller Hinsicht stimmt der Begriff mit der in Artikel 4 der Verordnung über europäische Statistiken verwendeten Definition des „Europäischen Statistischen Systems“ überein: „Das Europäische Statistische System (ESS) ist eine Partnerschaft zwischen der statistischen Stelle der Gemeinschaft, d. h. der Kommission (Eurostat), den nationalen statistischen Ämtern (NSÄ) und anderen einzelstaatlichen Stellen, die in den einzelnen Mit-

Abb. 1 Einordnung des Begriffs „Indikator“





gliedsstaaten für die Entwicklung, Erstellung und Verbreitung europäischer Statistiken zuständig sind". [2] In Deutschland handelt es sich somit um die Statistischen Ämter des Bundes (Statistisches Bundesamt als „nationales statistisches Amt“) und der Länder (Statistische Landesämter als „einzelstaatliche Stellen“). In rechtlicher Hinsicht meint „amtlich“, dass für die Durchführung einer Statistik eine Rechtsgrundlage notwendig ist. In inhaltlicher Hinsicht ist Statistik eine Sprache, in welcher Aussagen über quantitative soziale, ökonomische, technische oder naturwissenschaftliche Sachverhalte gemacht werden (Statistik als empirische Forschung). In methodischer Hinsicht ist schließlich die Gesamtheit der Methoden zur Beschreibung, Analyse und Darstellung von Daten gemeint (Statistik als methodisches Vorgehen).

In **Teil 2** wird ein Ausblick gegeben, welchen neuen Anforderungen sich Indikatorensysteme in der amtlichen Statistik aufgrund sich veränderter Rahmenbedingungen künftig stellen müssen. In diesem Zusammenhang wird dem „europäischen Ansatz für Statistik“ in o. a. EU-Verordnung ein „regionaler Ansatz für Statistik“ gegenübergestellt, der den spezifischen Informationsbedarf auf regionaler und kommunaler Ebene in den Vordergrund rückt.

## Definition und Abgrenzung von Indikatorensystemen

### Abgrenzung von Indikatorensystemen

Es gibt verschiedene Ansätze, Indikatoren begrifflich zu fassen. Indikatoren (lat. indicare, „anzeigen“) sind allgemein Hilfsmittel, die bestimmte Sachverhalte in der Realität, die nicht unmittelbar erfassbar, wahrnehmbar oder messbar sind, anzeigen sollen. In der amtlichen Statistik stellen Indikatoren in der Regel verdichtete Informationen dar und stehen somit in der Informationspyramide auf einer der oberen Stufen.

Die Informationspyramide ist in Abb. 1 gestrichelt gezeichnet worden, um auch optisch zum Ausdruck zu bringen, dass die **Abbildung der Realität** auch im statistischen Produktionsprozess nur näherungsweise gelingt: „Die Erkenntnistheorie geht davon aus, dass eine unvoreingenommene Annäherung an Wirklichkeit nicht möglich ist: Alle unsere Wahrnehmung der Realität ist durch einen dreifachen Selektionsprozess gesteuert. Wir wenden uns der Realität selektiv zu, wir nehmen die Realität selektiv wahr und wir verarbeiten (erinnern) diese Wahrnehmung selektiv.“ [3]

Auf den folgenden **Stufen der Verdichtung** von Daten zu Informationen tritt aber ein Zielkonflikt auf: „Bei zu geringer Aggregation bleiben mehr Details bestehen, als wir

bearbeiten können ... bei zu weit gehender Aggregation werden Tatbestände zusammengefasst, die nichts miteinander zu tun haben, und die so erzielten Modelle sind zwar leicht zu behandeln, haben aber, wenn überhaupt, nur geringen Informationswert“. [4] Die Auflösung dieses Zielkonflikts zwischen Beibehaltung des Informationswertes (insb. Relevanz, Genauigkeit) und fortschreitender Aggregation ist somit ein der Bildung von Indikatoren und Indizes immanenter Abwägungsprozess. Mit anderen Worten: Die Vorteile aggregierter Information in Form von Indikatoren und Indizes sind nicht ohne Nachteile bzw. Kosten zu erreichen!

Die Problematik der Selektivität und Aggregation tritt in allen empirisch orientierten Sozial- und Wirtschaftswissenschaften auf und ist keine Besonderheit der Statistik.

### Einzeldaten

**Einzeldaten** oder **Mikrodaten** sind Originaldaten statistischer Erhebungen, die sich auf Menschen, Haushalte, Unternehmen oder andere statistische Erhebungseinheiten beziehen und einen Raum- und Zeitbezug aufweisen. Einzeldaten werden durch einen Aufbereitungsprozess aus den Rohdaten von Erhebungen gewonnen.

Kennzeichnend für Einzeldaten sind die statistischen Grundbegriffe

- **Merkmal:** messbare Eigenschaft statistischer Einheiten
- **Merkmalsträger:** statistische Einheit, Erhebungs-, Untersuchungseinheit
- **Merkmalsausprägung:** verschiedene Abstufungen, Kategorien oder Werte eines Merkmals.

Mikrodaten sind Ausprägungen eines Merkmals eines Merkmalsträgers oder einer Erhebungseinheit. Alle Ausprägungen eines Merkmalsträgers zusammengenommen bilden einen Einzeldatensatz (Informationstechnisch „String“), z. B. den Mikrozensus-Datensatz zu einem Haushalt bzw. den darin lebenden Personen. Die Nutzung von amtlichen Mikrodaten durch die Wissenschaft hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die Statistik hat diese Entwicklung durch die Einrichtung von Forschungsdatenzentren unterstützt. [5]

Quelle von Einzeldaten können primärstatistische Erhebungen wie der Mikrozensus sein (Primärdaten). Als weitere Quellen werden von der amtlichen Statistik in zunehmenden Umfang Verwaltungsregister genutzt oder Daten direkt aus dem Verwaltungsvollzug verwendet (Sekundärdaten).

### Statistische Ergebnisse/Statistiken

In der Logik von Abb. 1 werden die Einzeldaten zu statistischen Ergebnissen transformiert, indem beispielsweise die Merkmalsträger über eine Merkmalsausprägung aufsummiert oder das arithmetische Mittel für bestimmte Gruppen von Merkmalsträgern gebildet wird. Bei der Aggregation von Einzeldaten zu statistischen Ergebnissen kann das gesamte Spektrum an statistischen Methoden zum Einsatz kommen.

Die statistischen Ergebnisse bilden in ihrer Gesamtheit die jeweilige **Statistik**, z. B. die Mikrozensus-Statistik. Nach Artikel 3 Ziffer 1 der Verordnung über europäische Statistiken sind „Statistiken“ quantitative und qualitative, aggregierte und repräsentative Informationen, die ein Massenphänomen in einer betrachteten Grundgesamtheit beschreiben“. [6]

Die Erstellung von Statistiken unterliegt dabei strengen Qualitätskriterien. Diese sind u. a. in Artikel 12 der Verordnung über europäische Statistiken aufgezählt und im „Verhaltenskodex für Europäische Statistiken“ operationalisiert.

### Indikatoren und Indikatorensysteme

Merkmale, die durch einfache Fragen direkt erfassbar (z. B. Einkommen), unmittelbar wahrnehmbar (z. B. biologisches Geschlecht) oder physiologisch messbar sind (z. B. Blutdruck) bezeichnet man als manifeste Merkmale. Merkmale, die nicht direkt wahrnehmbar, erfassbar oder messbar sind, bezeichnet man als latente Merkmale oder theoretische Konstrukte, die erst vor dem Hintergrund theoretischer Überlegungen eine Bedeutung erhalten, z. B. Armutsgefährdungsquote. Latente Merkmale oder theoretische Konstrukte versucht man durch Indikatoren greifbar zu machen.

**Indikatoren** greifen auf die statistischen Ergebnisse einer oder mehrerer Statistiken zurück und verdichten diese zu einem Wert. Im Rahmen der Sozialberichterstattung greift beispielsweise die Armutsgefährdungsquote auf Teil-Ergebnisse des Mikrozensus zum Einkommen von Haushalten und deren Größe unter Einbeziehung von Gewichtungsfaktoren zurück. Das theoretische Konstrukt „Armutsgefährdungsquote“ sagt mit einem Wert aus, welcher Anteil der Gesamtbevölkerung in einer Region als armutsgefährdet eingestuft wird. An diesem Beispiel wird deutlich, dass ein Indikator eine empirisch beobachtbare Kenngröße ist, die zur Abbildung eines bestimmten, nicht direkt messbaren und oftmals komplexen Sachverhalts (Indicandum, hier: Armutsgefährdungsquote) festgelegt wird (vgl. Abb. 1).

Indikatoren erfüllen u. a. folgende Zwecke:

- Sie stellen ein wichtiges Werkzeug zur Formulierung und Umsetzung von Fachpolitiken dar. So ist das Bruttoinlandsprodukt beispielsweise ein wichtiger Indikator für die Gestaltung der Wirtschafts-, Steuer- und Haushaltspolitik.
- Sie ermöglichen zum einen eine objektive Bestandsaufnahme (Wo stehen wir im Vergleich zu anderen?), zum anderen ermöglichen sie eine Fortschrittskontrolle durch Monitoring und Evaluation.
- Sie liefern eine unabhängige Basis für eine empirisch orientierte Kommunikation und Koordination. Der Vergleich mit anderen Einheiten kann Hinweise auf bessere Lösungen liefern.

Indikatoren lassen sich in vielerlei Hinsicht systematisieren bzw. kategorisieren, z. B. in

- Kern-, Bundes-, und Länderindikatoren: In der Gesundheitsberichterstattung wird hierdurch Relevanz und Erstellbarkeit von Indikatoren auf unterschiedlichen administrativen Ebenen berücksichtigt (s. Punkt Gesundheitsberichterstattung auf S. 37 f.). Im Bereich der Sozialberichterstattung von Eurostat wurden 16 Indikatoren als „Kernvariablen“ definiert, die perspektivisch in allen europäischen Sozialstatistiken erhoben werden sollen.
- Determinanten, Prozess- und Ergebnisindikatoren. In der Gesundheitsberichterstattung werden z. B. Lebensweise, Umweltfaktoren zu den Bestimmungsfaktoren der gesundheitlichen Lage gezählt. Prozessindikatoren sind stationäre Behandlungen und Verweildauer, Ergebnisindikatoren z. B. Behandlungsergebnisse.
- Früh-, gleichlaufende und Spätindikatoren: In der Wirtschaftsstatistik stellen Auftragseingänge Frühindikatoren, das Bruttoinlandsprodukt einen gleichlaufenden und Arbeitslosigkeit einen Spätindikator für die wirtschaftliche Entwicklung dar.

Indikatoren müssen mindestens die folgenden Qualitätsanforderungen erfüllen:

- Relevanz: Sie müssen für die avisierte Zielgruppe nützliche Informationen, z. B. als Planungs- und Entscheidungsgrundlage liefern.

- Validität: Die Qualität eines Indikators als „Messinstrument“ ist hoch einzuschätzen, wenn er möglichst wirklichkeitsgetreu erfasst, was er messen soll. Validität beschreibt, wie sehr das Ergebnis mit der Realität übereinstimmt.

- Objektivität bezeichnet die Unabhängigkeit eines Indikators, in dem Fall des Messergebnisses, von der Person des Untersuchers.

- Sensitivität weist auf die Fähigkeit hin, Änderungen im beobachteten Sachverhalt zu erkennen.

Die Erfüllung von Qualitätsanforderungen wird häufig im Rahmen von Metadatenbeschreibungen zu einzelnen Indikatoren dargestellt. In diesem Zusammenhang kommt auch den an Statistiken generell zu stellenden Qualitätsanforderungen wie beispielsweise Aktualität und Pünktlichkeit eine wichtige Bedeutung zu.

Neben etablierten Einzelindikatoren, wie dem Bruttoinlandsprodukt haben Indikatorensysteme als mehr oder minder umfangreiches Set von Einzelindikatoren an Bedeutung gewonnen. Während Einzelindikatoren wie „Armutsgefährdungsquote“ oder „Bruttoinlandsprodukt“ nur einen sozioökonomischen Sachverhalt isoliert betrachten, beschreiben Indikatorensysteme Teil-Populationen oder Teilsysteme der Gesellschaft statistikübergreifend. Dabei wird sowohl die Mikroebene von Individuen und Gruppen als auch die Makroebene, Gesellschaft, Wirtschaft und Staat, wie auch deren Zusammenwirken, in den Fokus genommen (vgl. Abb. 4).

Ein **Indikatorensystem** besteht aus mehreren Indikatoren, die in einer sachlichen Beziehung zueinander stehen, einander ergänzen oder erklären. Da der aus der Systemtheorie stammende formale Begriff „System“ keine inhaltlichen Vorgaben hinsichtlich der Art der Indikatoren, ihrer Anordnung und Verknüpfung macht, lassen sich theoretisch unendlich viele Indikatorensysteme bilden. Unabhängig von dieser mehr theoretischen Aussage ist das Angebot an Indikatorensystemen heute so umfangreich, dass eine umfassende und abschließende Darstellung kaum mehr möglich ist. Entsprechend stellen die in den Artikeln Teil 1 und 2 beschriebenen Indikatorensysteme nur eine kleine, nicht repräsentative Auswahl dar.

Indikatorensysteme werden später noch ausführlicher dargestellt.

### Indizes

In der Informationspyramide (vgl. Abb. 1) stellen Indizes (englisch auch „composite indica-

tors“) die am stärksten verdichtete Form der Information dar. „Ein Index ist eine Variable, deren Werte sich aus einer Rechenoperation mehrerer anderer Variablen ergeben“. [7] Indizes bauen in der Regel auf Einzelindikatoren oder Sets von Indikatoren auf. Dabei erfüllen sie einen klar definierten Zweck: sie schaffen eine Synthese aus Einzel-Indikatoren, die sich auf das ausgewählte Modell beziehen und die diesbezüglichen Informationen in einer einfachen und verständlichen Weise summarisch wiedergeben. Mit anderen Worten: Ein komplexes gesellschaftliches oder wirtschaftliches Phänomen wird auf einen Wert reduziert (z. B. Globalisierung, Innovation, Lebensbedingungen).

Einer der bekanntesten Indizes ist der Human Development Index (HDI) im Rahmen der Berichterstattung der Vereinten Nationen zur „menschlichen Entwicklung“ (Human development report). [8] Diese Berichterstattung feiert 2010 ihr 20-jähriges Jubiläum und hat sich zum Ziel gesetzt, die menschliche bzw. soziale Entwicklung der Mitgliedsstaaten weltweit in den drei Dimensionen „Langes und gesundes Leben“, „Wissen“ und „Lebensstandard“ mit Hilfe von Einzelindikatoren zu messen.

In der amtlichen Statistik steht die Befassung mit Indizes erst am Anfang. Dies kommt auch in den Beiträgen des 16. wissenschaftlichen Kolloquiums „Composite Indicators – Boon or Bane“, das 2007 vom Statistischen Bundesamt veranstaltet wurde, zum Ausdruck. [9]

### Zusammenfassung

Indikatoren und Indikatorensysteme sind ein zunehmend wichtiger werdendes Angebot der amtlichen Statistik, welche das Standard-Angebot an Statistiken, Berichten und Daten ergänzen. Indikatoren geben gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen in verdichteter, quantitativer Form wieder und ermöglichen damit einen schnellen Überblick über komplexe Sachverhalte. Fehlt es jedoch an einer systematischen Konzeption, haben Einzel-Indikatoren nur eingeschränkte Aussagekraft, was zu Fehlansagen bzw. -entscheidungen führen kann. Demgegenüber fassen Indikatorensysteme mehrere Indikatoren thematisch zusammen und liefern systematische Übersichten, welche den Entscheidungsträgern eine breitere und solidere Grundlage für Entscheidungen bieten.

### Systematisierung von Indikatorensystemen

Indikatorensysteme lassen sich – je nach Fragestellung und Erkenntnisinteresse des Betrachters – nach sehr vielen Gesichtspunkten systematisieren und analysieren. Die Auswahl

der Kriterien und ihre Reihung stellen somit immer eine subjektive Auswahlentscheidung dar. Die im Folgenden beschriebenen Kriterien sind deshalb nicht abschließend.

### Systemische Gliederung (Betrachtungsebenen)

Aus Sicht der Systemtheorie können – auf hohem Abstraktionsniveau – drei Betrachtungsebenen unterschieden werden (vgl. Abb. 2):

- Mensch/Haushalt – Mikroebene
- Gruppe/Teilpopulation – Mesoebene
- Gesamtpopulation/Gesellschaft als Ganzes bzw. ihre Teilsysteme – Makroebene.

Auf der **Mikroebene** stellt beispielsweise im Mikrozensus der Haushalt als Objekt die statistische Erhebungseinheit dar. Im jeweiligen Haushalt werden auch die Haushaltsmitglieder als handelnde Subjekte befragt, für die Daten zur Bildung, Erwerbstätigkeit usw. erhoben werden.

Auf der **Mesoebene** rücken dann Teilpopulationen, Gruppen von Menschen, in den Blickpunkt. Die Auswahl einer Teilpopulation hat dabei meist einen unmittelbaren Politikbezug, indem beispielsweise gesellschaftliche Strukturen, wie die Gleichstellung von Frau und Mann, thematisiert werden. Die

EU-Kommission zollt in den nächsten Jahren dem Thema der Integration von Migranten in der Europäischen Union große Aufmerksamkeit.

Auf der **Makroebene** stellt die Gesamtbevölkerung einer Raumeinheit die Bezugsbasis dar. Auf dieser Ebene werden entweder einzelne Teilsysteme betrachtet, z. B. in der Gesundheitsberichterstattung das Gesundheitssystem. Oder es findet eine Betrachtung über mehrere Teilsysteme statt. So werden beispielsweise im Rahmen der Nachhaltigkeitsberichterstattung (siehe „Allgemeine Indikatorensysteme auf S. 35 f.) Indikatoren aus den Teilsystemen Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt berücksichtigt.

### Inhaltliche Gliederung (Politikfelder/ Themenbereiche)

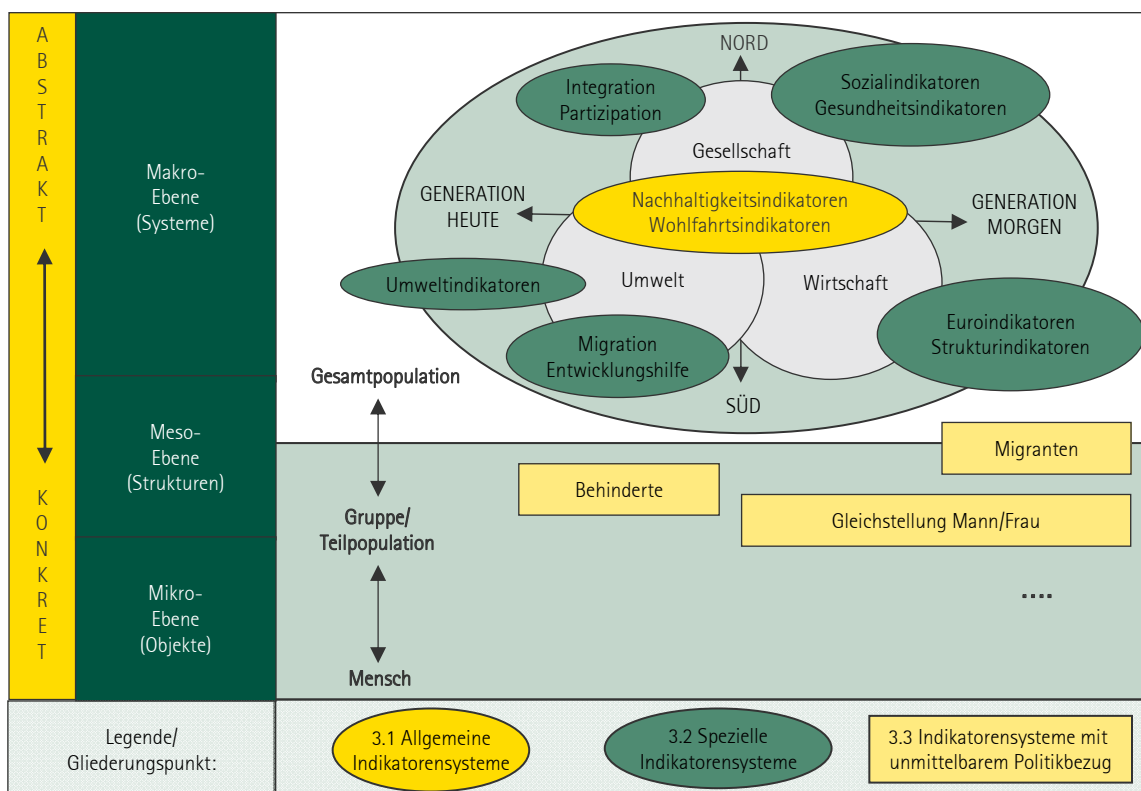
Indikatorensysteme zur „nachhaltigen Entwicklung“ weisen eine große thematische Breite auf. Andere Indikatorensysteme hingegen bilden nur einen Teilbereich davon inhaltlich ab. Aus diesem Grund ist es zweckmäßig, eine inhaltliche Systematisierung von Indikatorensystemen an der Definition von „Nachhaltigkeit“ anzusetzen: Die Brundtland-Kommission formulierte 1987 die mittlerweile breit akzeptierte Definition der Nachhaltigen Entwicklung: «Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen

ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.» [10] Konkretisiert wurde diese Vision durch die «Erklärung von Rio zu Umwelt und Entwicklung» der Vereinten Nationen von 1992. Damals unterzeichneten Staats- und Regierungschefs aus der ganzen Welt Konventionen über Klimawandel und biologische Vielfalt. Zum Abschluss des Gipfels wurde eine Erklärung mit 27 Grundsätzen zu Umwelt und nachhaltiger Entwicklung verabschiedet. Dabei bildet die gleichwertige Berücksichtigung der drei Dimensionen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft das Kernprinzip einer nachhaltigen Entwicklung. Dieses Konzept wird meist durch drei Kreise dargestellt, ergänzt durch die Zeit- und die Nord-Süd-Dimension (vgl. Abb. 2).

Aus dieser zweidimensionalen Betrachtung nach Betrachtungsebenen und Politikfeldern/Themenbereichen ergibt sich folgende Gliederungssystematik, die im Abschnitt „Ausgewählte Beispiele für Indikatorensysteme in der amtlichen Statistik“ ausführlicher dargestellt wird:

- Allgemeine Indikatorensysteme
- Spezielle Indikatorensysteme
- Indikatorensysteme mit unmittelbarem Politikbezug.

Abb. 3 Systematisierung von Indikatorensystemen



## Die Relevanz von Indikatorensystemen in Planungs- und Entscheidungsprozessen (Politikzyklus)

Indikatoren und Indikatorensysteme spielen in Planungs- und Entscheidungsprozessen von Politik und Verwaltung, dem sogenannten **Politikzyklus**, eine wichtige Rolle (vgl. Abb. 3).

Abbildung 3 zeigt im Uhrzeigersinn, links beginnend, die aufeinander folgenden Schritte im Entscheidungsfindungsprozess und die jeweiligen mit den Schritten verbundenen Indikatoren und Indikatorensysteme. Diese können zur Problemerkennung (z. B. Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts als Hinweis auf die wirtschaftliche Situation) und – mit Einschränkungen – zur Problemanalyse herangezogen werden. Bei der Problemanalyse und -definition sind häufig tiefer gehende Untersuchungen in Form von Gutachten und Analysen erforderlich. Die Zielformulierung ist im Wesentlichen ein politischer Abstimmungsprozess, wie er derzeit beispielsweise bei der Formulierung der Strategie „Europa 2020“ zu beobachten ist. Bei der Erarbeitung von Lösungsvarianten und der Auswahl der Vorzugsvariante kommen neben Kosten-/Nutzenanalysen auch spezielle Indikatorensysteme zum Einsatz, insbesondere wenn es um die Folgenabschätzung von Entscheidungen geht. Die Phasen der Berichterstattung und Überprüfung sind dann die klassischen Domänen der Statistik, beispielsweise die Gesundheits- oder Sozialberichterstattung.

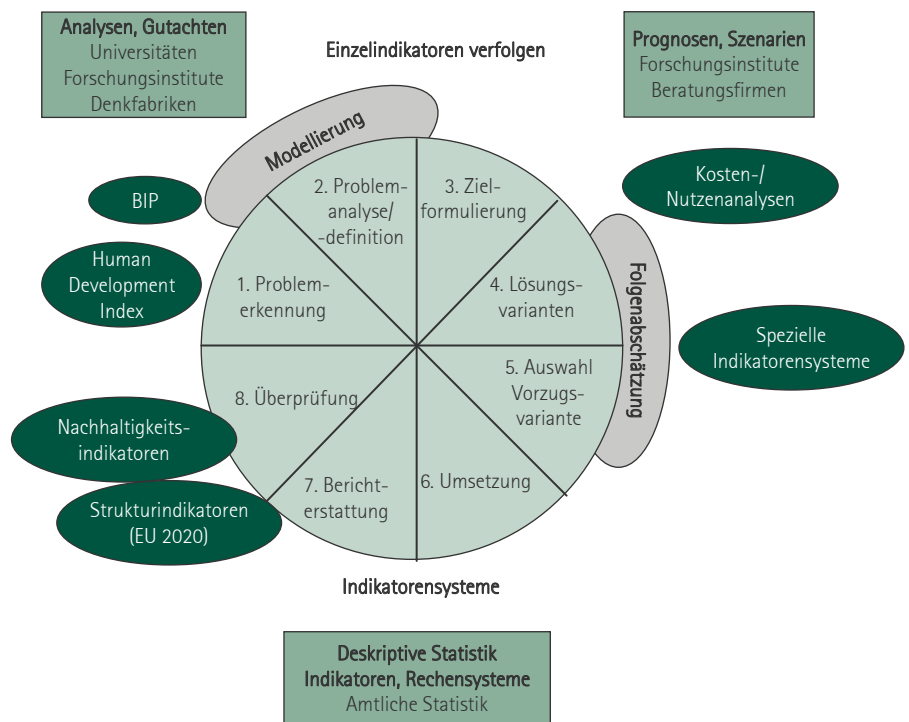
### Weitere Kriterien zur Systematisierung von Indikatorensystemen

Als weitere Kriterien zur Systematisierung und Analyse von Indikatorensystemen kommen in Betracht:

- Politik-/Verwaltungsebene
- Anbieter
- Datenquellen
- Räumliche Bezugsebene
- Standardisierte, interaktive Angebote
- Printmedien, elektronische Medien.

Indikatorensysteme werden auf internationaler Ebene von supranationalen Einrichtungen wie der OECD oder UN angeboten. Auf europäischer Ebene bietet Eurostat mit den Euroindikatoren, Strukturindikatoren und Indikatoren zur nachhaltigen Entwicklung wichtige Indikatorensysteme an. [11] Ein umfassender Überblick über Indikatorensysteme und Indizes auf internationaler und europäischer Ebene einschließlich Kurzbeschreibungen ist unter der Internet-Adresse <http://www.beyond-gdp.eu/>

Abb. 3 Relevanz von Indikatorensystemen im Politikzyklus/ Akteure



de/index.html zu finden. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bieten ebenfalls in zunehmenden Umfang Indikatorensysteme an (s. Beispiele im nächsten Abschnitt). Neben den Akteuren aus der amtlichen Statistik bieten auch andere Einrichtungen Indikatorensysteme an. Beispielhaft können genannt werden:

- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) – Indikatoren und Karten zur Siedlungs- und Raumentwicklung (INKAR) [12]
- Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) – Monitor der Siedlungs- und Freiraumentwicklung [13]
- Industrie- und Handelskammer Dresden – WirtschaftsAtlas Sachsen. [14]

Diese Einrichtungen greifen häufig auf Datenquellen aus der amtlichen Statistik zurück. Es werden jedoch auch eigene Erhebungen und Quellen außerhalb der amtlichen Statistik genutzt. Geodaten des amtlichen Vermessungswesens spielen insbesondere bei raumbezogenen Indikatorensystemen eine zunehmend wichtige Rolle. Neben den in der amtlichen Statistik gebräuchlichen Raumeinheiten wie Gemeinden, Kreise, Bundesländer und Bund stellen hier Raumeinheiten der amtlichen Topographie wie Gemarkungen, Ortslagen, Baublöcke oder Gebäude die räumliche Bezugsebene dar.

Die rasante Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik hat zu einem vermehrten Angebot an interaktiven Informationssystemen geführt, die dem Nutzer erlauben, seinen Informationsbedarf individuell und flexibel zu decken. Damit verbunden hat generell die Bedeutung von Printmedien abgenommen, die zunehmend durch ein digitales, internetgestütztes Angebot an Indikatorensystemen abgelöst werden. Diese Entwicklung wird im zweiten Teil des Artikels noch genauer untersucht.

### Ausgewählte Beispiele für Indikatorensysteme in der amtlichen Statistik

#### Allgemeine Indikatorensysteme

##### Nachhaltigkeitsindikatoren

Die **Europäische Union** verfolgt ihre eigene Strategie im Bereich nachhaltige Entwicklung, die jedoch den Großteil der in Rio behandelten Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialfragen abdeckt. Die Strategie der Europäischen Gemeinschaften für nachhaltige Entwicklung erfordert die Beobachtung einer Vielzahl von Indikatoren, um den Fortschritt im Hinblick auf jede spezifische Herausforderung der nachhaltigen Entwicklung zu überwachen. Ein erster Indikatorensatz wurde 2005 von der Kommission angenommen und 2007 weiter überarbeitet, um ihn der erneuerten Strategie anzupassen. Die Überwachung der Strategie für nachhaltige Entwicklung erfolgt auf

der Grundlage der von Eurostat koordinierten Indikatoren für nachhaltige Entwicklung (Sustainable development indicators – SDIs). Diese sind:

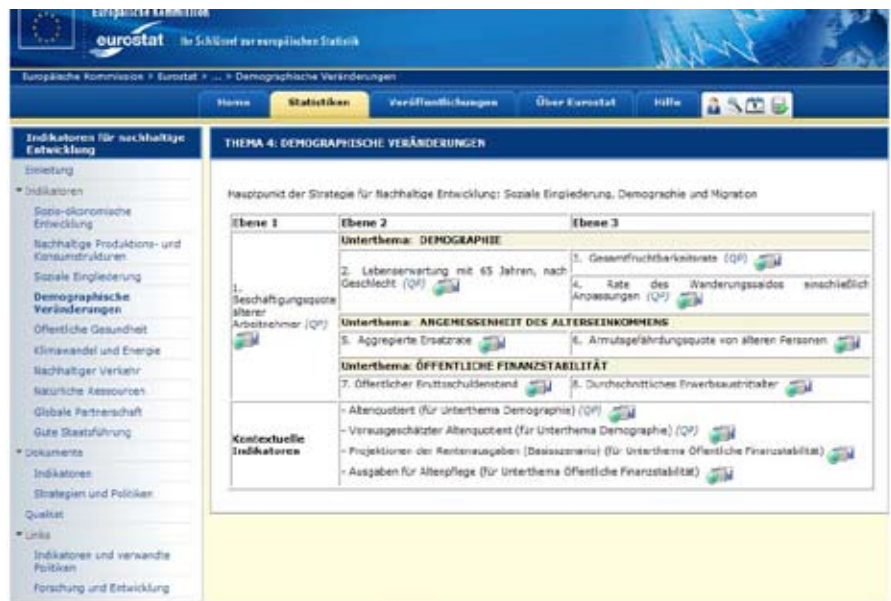
- Sozio-ökonomische Entwicklung
- Nachhaltige Produktions- und Konsumstrukturen
- Soziale Eingliederung
- Demografische Veränderungen
- Klimawandel und Energie
- Öffentliche Gesundheit
- Nachhaltiger Verkehr
- Natürliche Ressourcen
- Globale Partnerschaft
- Gute Staatsführung.

Die Indikatoren werden drei Ebenen zugeordnet, wobei den Leitindikatoren auf Ebene 1 die größte Bedeutung zukommt. Die drei Stufen werden erweitert durch kontextuelle Indikatoren, die wichtige Hintergrundinformationen liefern, welche aber nicht direkt die Ziele der Strategie verfolgen (vgl. Abb. 4). Die Daten sind als Tabelle, Grafik oder Karte abrufbar, wobei nutzerspezifische Einstellungen vorgenommen werden können. Räumliche Darstellungsebene sind die 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie Aggregate davon. Daneben gibt es als Printmedien die Monitoring Reports, die 2005, 2007 und 2009 in englischer Sprache erschienen sind. [15]

Im April 2002 veröffentlichte die **Bundesregierung** unter dem Titel „Perspektiven für Deutschland“ eine nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung. Damit wurde Nachhaltigkeit zu einem zentralen Prinzip der Politik in Deutschland. Um die Erfolge dieser Strategie messbar zu machen, wurden geeignete Indikatoren ausgewählt, die zum großen Teil mit Zielwerten und Zieljahren versehen wurden. Diese sind nach 21 Themenbereichen geordnet, die vier Kapiteln zugeordnet sind:

- I. Generationengerechtigkeit
- II. Lebensqualität
- III. Sozialer Zusammenhalt
- IV. Internationale Verantwortung.

Abb. 4 Nachhaltigkeitsindikatoren von Eurostat



Dem Grundsatz einer neutralen und unabhängigen Berichterstattung folgend, wurden die Indikatorenberichte 2006 und 2008 durch das Statistische Bundesamt herausgegeben. Im Jahr 2010 wird ein weiterer Bericht folgen. Im Vorwort des Indikatorenberichts wird darauf hingewiesen, dass der Kontinuität von Indikatoren und Zielen eine große Bedeutung zugemessen wird, da es sich um eine langfristig angelegte Strategie handelt. Jedoch wurde und wird der Indikatorensatz ständig angepasst und erweitert, um so neue Anforderungen der Nutzer berücksichtigen zu können. Die Indikatorenberichte werden als Printmedium angeboten, die im pdf-Format heruntergeladen werden können. [16] Räumliche Bezugsebene ist die Bundesrepublik Deutschland. Vergleiche der Indikatoren mit anderen Ländern sind nicht möglich. Zum anderen werden die Indikatorenwerte in Tabellenform, zum Teil in langen Zeitreihen ab dem Jahr 1990, angeboten. [17] Die Tabelle kann in unterschiedlichen Formaten zur Weiterverarbeitung heruntergeladen werden. Dabei wird nicht nur auf Daten der amtlichen Statistik, sondern auf Daten aus vielen anderen Bereichen (z. B. OECD, Umweltbundesamt) zurückgegriffen.

Im Mai 2008 startete als erstes Bundesland **Hessen** offiziell die Nachhaltigkeitsstrategie Hessen unter dem Leitmotiv „Hessen nachhaltig – Lernen und Handeln für unsere Zukunft“. Für die Entwicklung der Ziele und Indikatoren wurde eine gleichnamige Arbeitsgruppe gebildet. Diese bekam die Aufgabe, im Hinblick auf die Themenfelder der drei Nachhaltigkeitssäulen „Ökonomie“, „Ökologie“ und „Soziales“ geeignete Indikatoren auszuwählen, welche die Ausgangslage Hessens beschreiben. Dabei wird zwischen Reporting- und Zielindikatoren unterschied-

den: Im Gegensatz zu Reportingindikatoren umfassen Zielindikatoren neben der Darstellung der relevanten Daten auch Ziele mit Zielwerten, in der Regel für das Zieljahr 2020. Zurzeit gibt es 15 Zielindikatoren und 23 Reportingindikatoren, die den drei o. a. Säulen zugeordnet werden.

Die Indikatorenberichte werden als Printmedium angeboten, die im pdf-Format heruntergeladen werden können. [18] Räumliche Bezugsebene ist Hessen. Es werden neben Quellen der amtlichen Statistik auch Daten anderer Behörden genutzt (z. B. Umweltbundesamt). Die Entwicklung der Indikatorenwerte für Hessen wird mit der Entwicklung für Deutschland verglichen.

#### Regionalatlas

Der Regionalatlas ist ein Gemeinschaftsprodukt der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Im Regionalatlas werden Indikatoren auf nationaler Ebene angeboten. Mit über 90 Indikatoren zu einer Vielzahl von Themenbereichen wird ein allgemeiner Überblick zur wirtschaftlichen, sozialen und Infrastruktur in den Landkreisen und Kreisfreien Städten Deutschlands geliefert. Die Indikatoren ermöglichen einen Vergleich der Regionen, in diesem Fall auf der Ebene NUTS 3, bezüglich verschiedener Sachverhalte aber auch im Zeitverlauf. Aus folgenden 19 Themenbereichen werden momentan Daten präsentiert:

- Gebiet und Fläche
- Bevölkerung
- Bildung



- Unternehmen
- Erwerbstätigkeit
- Arbeitslosigkeit
- Landwirtschaft
- Industrie
- Bautätigkeit und Wohnen
- Tourismus
- Verkehr
- Gesundheit und Soziales
- Öffentliche Haushalte
- Verdienste und Einkommen
- Bruttoinlandsprodukt, -wertschöpfung
- Energie und Umwelt
- Innovation und Forschung
- Bundestagswahlen
- Europawahlen.

Zurzeit werden die Indikatoren ausschließlich für die Landkreise und Kreisfreien Städte Deutschlands angeboten. Für die Zukunft ist vorgesehen, weitere übergeordnete Regional-einheiten in die Darstellung einzubeziehen. Der überwiegende Teil der verfügbaren Indikatoren wird aus Daten der amtlichen Statistik berechnet. Nur bei einem geringen Teil wird auf externe Quellen zurückgegriffen. Als Beispiel hierfür seien die Daten zum Arbeitsmarkt genannt, die aus dem Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit herausgefiltert werden.

Der Regionalatlas ist eine interaktive Anwendung. Hauptsächlichste Darstellungsform ist die Visualisierung der Indikatoren in thematischen Karten. Für jede Karte wird ein großes Spektrum an Interaktionsmöglichkeiten für die Visualisierung und Abfrage der Informationen geboten. Ausgehend vom aktuellsten Berichtszeitraum werden Daten für das Jahr 1995 angeboten und danach fortlaufend ab dem Jahr 2000. Neben einer kartografischen Darstellung erlaubt der Regionalatlas auch eine Darstellung der Indikatorwerte in Tabellenform mit verschiedenen Sortiermöglichkeiten. Für jeden Themenbereich werden zumeist mehrere Indikatoren angeboten. Sowohl die Farbgestaltung als auch die Klasseneinteilung kann manuell angepasst werden. Darüber hinaus ist das Zoomen auf beliebige Kartenausschnitte möglich. Mit den thematischen Karten wird zum Beispiel

der sich verringernde Ost-West-Unterschied beim Wirtschaftswachstum auf einen Blick sichtbar. [19]

### Spezielle Indikatorensysteme

#### Sozialberichterstattung

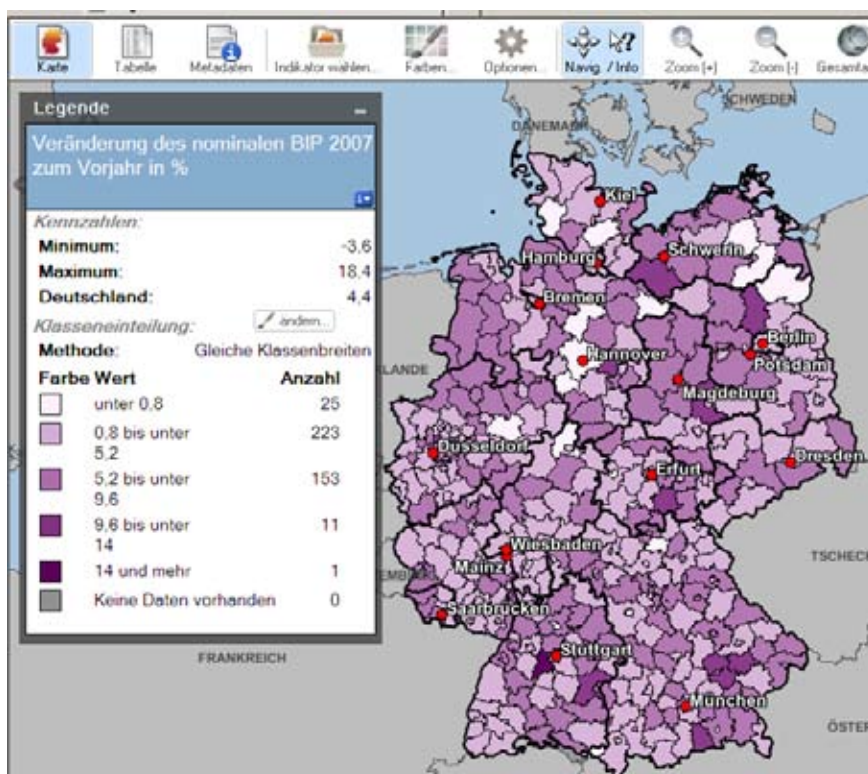
Die Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik liefert ein umfassendes Angebot an vergleichbaren Daten für Bund und Länder aus den Bereichen soziale Mindestsicherung sowie Armut und soziale Ausgrenzung. Das gemeinsame Projekt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe getragen und umfasst im Wesentlichen zwei Bausteine: Der erste Baustein besteht aus der Veröffentlichung von Berichten zur sozialen Mindestsicherung in Deutschland. Der erste veröffentlichte Bericht der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder gibt in Form einer Bestandsaufnahme einen groben Überblick über die Leistungen, Fallzahlen, Strukturen und Ausgaben der sozialen Mindestsicherungssysteme bis einschließlich Berichtsjahr 2006. Der zweite Baustein des Projekts Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik ist die Bereitstellung von Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf Ebene von Bund und Ländern. Damit soll dem wachsenden Bedarf nach vergleichbaren Sozialindikatoren auf Bundes- und Länderebene Rechnung getragen werden. Die Auswahl der Indikatoren orientiert sich an den von der Europäischen Union vereinbarten Indikatoren zur Messung der sozialen Eingliederung. Zudem werden Indikatoren zur Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen bereitgestellt.

Das Datenangebot umfasst eine Auswahl an Kernindikatoren aus den Bereichen Einkommensarmut und Einkommensverteilung, Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen, Qualifikationsniveau und Erwerbsbeteiligung. Die Indikatoren (Tabellen) sind für die einzelnen Bundesländer im Statistikportal, dem gemeinsamen Angebot der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, im Internet verfügbar. [20]

#### Gesundheitsberichterstattung

Die Gesundheitsberichterstattung (GBE) des Bundes führt Gesundheitsdaten und Gesundheitsinformationen aus über 100 verschiedenen Quellen an zentraler Stelle (Online-Datenbank) zusammen, darunter viele Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, aber auch Erhebungen zahlreicher weiterer Institutionen aus dem Gesundheitsbereich. Übersichtliche Grafiken, verständliche Texte und präzise Definitionen runden das Angebot

Abb. 5 Veränderung des nominalen BIP 2007 zum Vorjahr in Prozent





an Gesundheitsdaten ab. Dokumentationen zu den Datenquellen, ihren Erhebungsmerkmalen, Methodiken und Ansprechpartnern enthalten zusätzliche Hinweise. Die angebotenen Gesundheitsdaten und Gesundheitsinformationen werden fortlaufend inhaltlich angereichert und regelmäßig aktualisiert. [21] Die Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden (AOLG) hat auf ihrer 11. Sitzung am 8. und 9. Mai 2003 in Zwickau die überarbeitete Fassung des Indikatoren-satzes für die Gesundheitsberichterstattung der Länder als neue Grundlage der Länder-Gesundheitsberichterstattung beschlossen. Dieser gemeinsame Indikatoren-satz bildet für die Länder eine wichtige Basis für ihr gesundheitspolitisches Handeln. Die Gesundheitsberichterstattung gilt als Instrument für die Erfassung und Beschreibung der gesundheitlichen Lage und der hierfür relevanten Bedingungen. Damit schafft sie mehr Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger, die Fachöffentlichkeit und die Politik, zur Darstellung von Trends und zur Fortschrittskontrolle bei der Umsetzung von Gesundheitszielen und gesundheitspolitischen Maßnahmen, für einen möglichen Vergleich der gesundheitlichen Situation in den Ländern sowie für notwendige Kommunikationsprozesse mit der kommunalen, der Bundes- und der europäischen Ebene.

Der Gesundheitsindikatoren-satz der Länder orientiert sich an einem Konzept, das die Relevanz und Erstellbarkeit von Gesundheitsindikatoren auf unterschiedlichen Ebenen berücksichtigt.

Es werden folgende Gruppen von Indikatoren unterschieden:

**Kernindikatoren (K)**

Diese sollten von allen Bundesländern vorgehalten werden und EU-kompatibel sein. Kernindikatoren überwiegen von der Bedeutung gegenüber Länderindikatoren, sie sollten grundsätzlich zwischen den Ländern vergleichbar sein.

**Länderindikatoren (L)**

Diese können zusätzlich in den Ländern geführt werden, wenn dafür gesundheitspolitische Prioritäten bestehen; Indikatoren im Regionalvergleich werden grundsätzlich als Länderindikatoren geführt.

**Bundesindikatoren (B)**

Diese werden vom Statistischen Bundesamt, dem Robert-Koch-Institut und anderen Datenhaltern auf Bundesebene berechnet und dort vorgehalten. Bundesindikatoren werden in der Regel verwendet, wenn keine Länderdaten zur Verfügung stehen.

Die Indikatoren zur GBE werden für folgende Themenfelder bereitgestellt.

- Bevölkerung und bevölkerungsspezifische Rahmenbedingungen des Gesundheitssystems
- Gesundheitszustand der Bevölkerung
- Gesundheitsrelevante Verhaltensweisen
- Gesundheitsrisiken aus der Umwelt
- Einrichtungen des Gesundheitswesens
- Inanspruchnahme von Leistungen der Gesundheitsförderung und der Gesundheitsversorgung
- Beschäftigte im Gesundheitswesen
- Ausbildung im Gesundheitswesen
- Ausgaben und Finanzierung
- Kosten.

Zu den einzelnen Themenfeldern werden insgesamt bis zu 300 Indikatoren angeboten.

Die nachfolgende Abbildung zeigt ein Beispiel aus dem Angebot zur Gesundheitsberichterstattung des Freistaates Sachsen. In diesem Beispiel aus dem Themenfeld 3 Gesundheits-

zustand werden Daten aus den Ergebnissen der Schulaufnahmeuntersuchungen dargestellt. Hierzu liegen sowohl Tabellen als auch Grafiken und Karten zur Visualisierung vor. [22]

**Indikatorensysteme mit unmittelbarem Politikbezug**

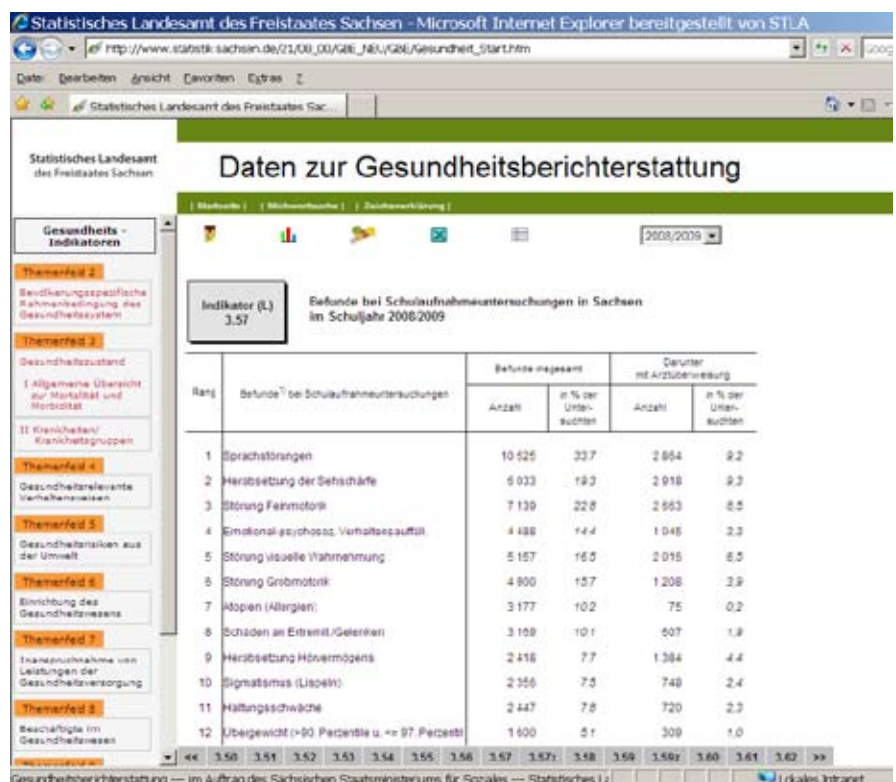
*Integrationsindikatoren*

Die Bundesregierung hat Integration zu einem gesellschaftspolitischen Schlüsselthema entwickelt. Für eine erfolgreiche Integrationspolitik ist Transparenz über den Stand und den Verlauf der Integration auf der Grundlage objektiver Daten unerlässlich. Nur wenn bekannt ist, wie sich Integration in den verschiedenen Handlungsfeldern entwickelt, wo Defizite auftreten und Fortschritte zu verzeichnen sind, kann zielgerichtet gehandelt werden. Die Bildung von aussagekräftigen Indikatoren wurde somit erforderlich.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration hat in Zusammenarbeit mit Bundesministerien und Bundesbehörden ein Integrationsindikatorenset entwickelt. Auch auf Länderebene verständigten sich die für Integration zuständigen Ministerien auf einen Indikatorenkatalog, der sich an das im Bund erarbeitete Set anlehnt.

Als Datenbasis für die ausgewählten Indikatoren wurden Ergebnisse aus verschiedenen amtlichen Statistiken, insbesondere dem Mikrozensus, herangezogen. Aber auch aus Quel-

Abb. 6 Beispiel zur GBE in Sachsen



len außerhalb der amtlichen Statistik, wie zum Beispiel aus dem Ausländerzentralregister (AZR), der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) und der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) wurden Daten für die Indikatorenberechnung verwendet.

Das Indikatorenset auf Bundesebene setzt sich aus ca. 100 Indikatoren in 14 gesellschaftlichen Bereichen zusammen:

- █ Rechtsstatus
- █ Frühkindliche Bildung und Sprachförderung
- █ Bildung
- █ Ausbildung
- █ Arbeitsmarktintegration
- █ Soziale Integration und Einkommen
- █ Gesellschaftliche Integration und Beteiligung
- █ Wohnen
- █ Gesundheit
- █ Demografie
- █ Mediennutzung
- █ Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der Sozialen Dienste
- █ Politik
- █ Kriminalität, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit.

Im Ersten Integrationsindikatorenbericht wurden für die Indikatoren, für die Daten verfügbar waren, erste Ergebnisse veröffentlicht (Tabellen, Grafiken), weiterführende statistische Analysen erstellt und eine Bewertung der Indikatoren unter dem Aspekt der Validität und Eignung zur Integrationsmessung vorgenommen. Im Ergebnis wurden zahlreiche Modifizierungsvorschläge für das Indikatorenset erarbeitet. [23]

#### Genderindikatoren

Die 17. Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz (GFMK) hat die Einführung eines ländereinheitlichen Indikatorensystems beschlossen, um den Stand und die Entwicklungen in der Chancengleichheitspolitik abbilden zu können.

Die Indikatoren sollen regionale Akteure sensibilisieren und können Handlungserfordernisse verdeutlichen. In Anbetracht der

regional unterschiedlichen soziokulturellen Verhältnisse und der vielfältigen strukturellen Einflussfaktoren eignen sich die Indikatoren allerdings nur eingeschränkt als Messgröße für die Wirksamkeit gleichstellungspolitischer Maßnahmen.

Je nach Verfügbarkeit der erforderlichen Daten bzw. nach inhaltlichen Gesichtspunkten werden die Indikatoren für die Landkreise und Kreisfreien Städte bzw. die Bundesländer dargestellt.

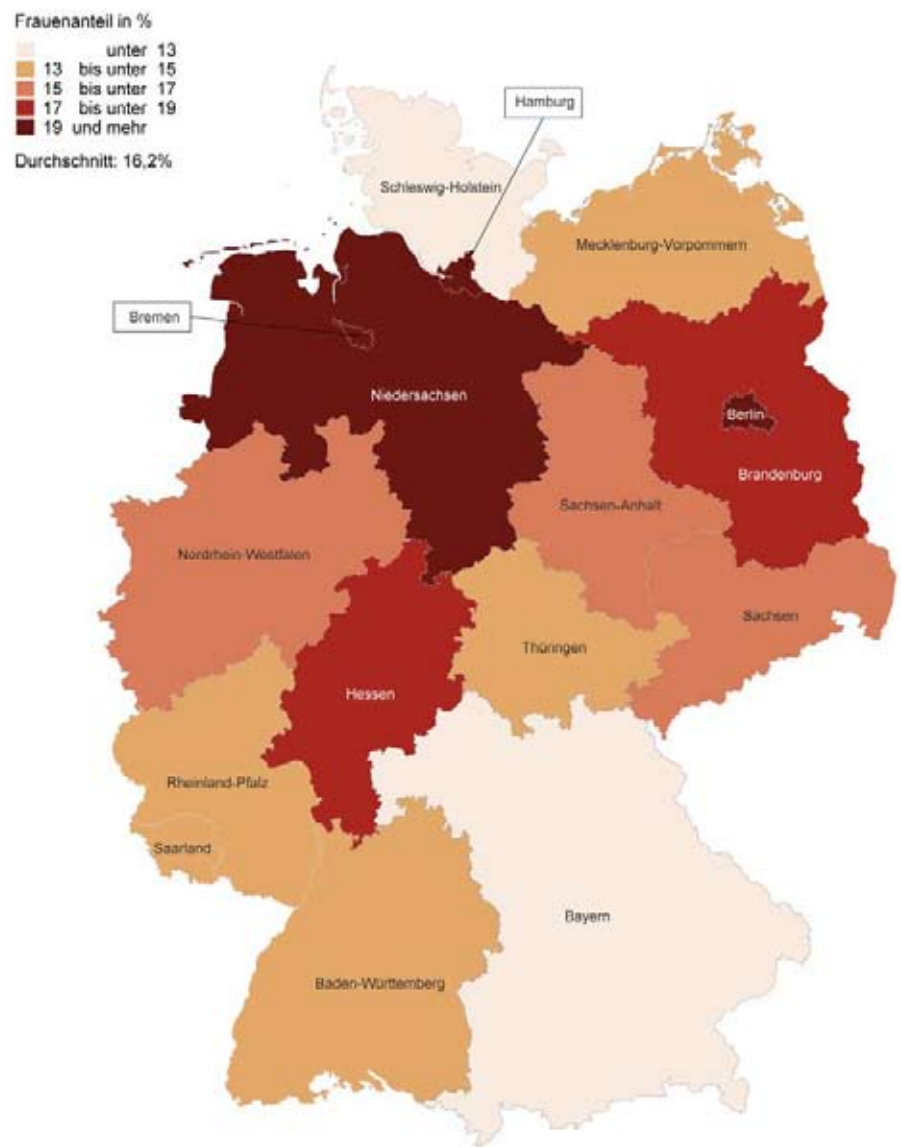
Da die Indikatoren vergleichbar sein und in allen Ländern auf der gleichen statistischen Grundlage erhoben werden müssen, wurde als Datenbasis vorrangig die amtliche Statistik herangezogen. Bei Arbeitsmarktdaten wurde auf die Daten der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen. Lediglich für die Indikatoren

3, 4 und 5 waren eigene Erhebungen durch die Fachressorts der GFMK erforderlich.

Diese Festlegung bedeutet zwar eine Einschränkung bei der Auswahl der Statistiken, garantiert aber auf der anderen Seite die Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit der Daten. Der erarbeitete Indikatorenkatalog umfasst 30 Indikatoren, die vier Kategorien zugeordnet sind:

- █ Partizipation mit sieben Indikatoren,
- █ Bildung und Ausbildung mit zwölf Indikatoren,
- █ Arbeit und Einkommen mit neun Indikatoren,
- █ Lebenswelt mit zwei Indikatoren.

Abb. 7 Beispiel Gender  
Frauenanteil an den Hochschulprofessuren 2007



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2009  
Irr nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche  
Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

81-80-09-010  
© Kartengrundlage: GfK, GeoMarketing GmbH  
Karte erstellt mit RegioGraph

Aufbauend auf dem Indikatorenkatalog entstand der „1. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland – Eine Standortbestimmung“. In ihm werden die Indikatoren ausführlich beschrieben und mit thematischen Karten und Diagrammen visualisiert. Die Tabellen zu den Indikatoren sowie Erläuterungen zur spezifischen Datenlage in den Ländern sind neben der erschienenen Broschüre und den erstellten Grafiken im Internet abrufbar unter [www.sozialministerium-bw.de](http://www.sozialministerium-bw.de).

Die GFMK sieht in dem 1. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern eine erste Standortbestimmung und hält es für erforderlich, Entwicklungen im Zeitverlauf aufzuzeigen. Daher wurde die Fachgruppe Gender-Atlas beauftragt, einen Vorschlag für die Fortführung des Gender-Atlas zu erarbeiten. [24]

### Bestandsaufnahme

Auch wenn es sich um keine vollständige und repräsentative Bestandsaufnahme von Indikatorenssystemen in der amtlichen Statistik handelt, so lassen sich anhand der ausgewählten Beispiele doch einige Entwicklungstrends festmachen. Erfreulich ist, dass die amtliche Statistik große Fortschritte in Bezug auf die Nutzerfreundlichkeit der angebotenen Indikatorenssysteme gemacht hat. Es gibt jedoch auch noch einigen Verbesserungsbedarf, der im Folgenden kritisch angemerkt wird.

In den letzten Jahren hat sich das Angebot an Indikatorenssystemen in der amtlichen Statistik erheblich erweitert. Die stärksten Impulse für die Entwicklung von neuen Indikatorenssystemen gingen dabei von der EU-Kommission aus, die insbesondere mit den Struktur- und Nachhaltigkeitsindikatoren auch inhaltlich und methodisch neue Wege ging. Mit einiger Verzögerung wurden auch Nachhaltigkeitsindikatoren für die Bundesrepublik Deutschland und Hessen entwickelt. Auch bei den speziellen und Indikatorenssystemen mit unmittelbarem Politikbezug hat sich das Angebot erweitert. Damit hat sich die amtliche Statistik erfolgreich auf die verstärkte Nachfrage nach aggregierten Informationen zu komplexen Sachverhalten eingestellt.

Die Indikatorenssysteme werden zunehmend dazu genutzt, um auf politischer Ebene festgelegte Strategien und Ziele auf ihre Wirksamkeit und Ergebnisse hin zu überprüfen. Bezogen auf den Politikzyklus liegt der Schwerpunkt des Indikatorenangebots auf die Berichterstattung (Monitoring) und die Überprüfung (Evaluation) verschoben. Dadurch

hat die amtliche Statistik die Relevanz ihrer Ergebnisse erhöht.

In Bezug auf die Visualisierung von Indikatorenssystemen wurden große Fortschritte erzielt. Neben der Darstellungstabelle und Diagramm lassen sich die Indikatorenwerte auf der Grundlage einer Karte darstellen, z. B. bei den Nachhaltigkeitsindikatoren von Eurostat und dem Statistischen Bundesamt.

Auch hat sich der Grad der Interaktivität, d. h. der schnellen und flexiblen Umsetzung von spezifischen Auswertungsinteressen des Nutzers, erheblich verbessert. Überzeugendes Beispiel ist hierfür der Regionalatlas.

Analog zur Zusammenstellung von Büchern und Schriften, die zu einem bestimmten Fachgebiet oder Thema erschienen sind, wäre ein **Online-Katalog zu Indikatoren** und Indikatorenssystemen hilfreich. Dies würde zur Übersichtlichkeit für den Nutzer beitragen und den Austausch über unterschiedliche Indikatorenkonzepte beflügeln.

Hans-Dieter Kretschmann, Dipl.-Verwaltungswissenschaftler, Abteilungsleiter Bevölkerung, Soziales, öffentliche Finanzen  
Birgit Scheibe, Dipl.-Ökonomin, Referatsleiterin Sozialwissenschaftliche Analysen und Prognosen

Regine Fiedler, Dipl.-Statistikerin, Referentin Regionalstatistik, Indikatorenssysteme

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Eckpunkte zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik in der 17. Legislaturperiode S. 8 ([http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistischer Beirat/ServiceVeroeffentlichungen/Eckpunkte022010,property=file.pdf](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistischer%20Beirat/ServiceVeroeffentlichungen/Eckpunkte022010,property=file.pdf), Stand vom 6. Mai 2010)
- [2] Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über europäische Statistiken
- [3] Litz, H. P.; Statistische Methoden in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 3. Aufl., München 2003, S. 14
- [4] Morgenstern, O.: Über die Genauigkeit wirtschaftlicher Beobachtungen, Wien u. a., 1965, S. 102
- [5] Vgl. Hautz, A.: Europäische Mikrodaten für die Wissenschaft, in: Wirtschaft und Statistik, 9/2007, S. 1233ff.
- [6] Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über europäische Statistiken

- [7] Diekmann, A.: Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Reinbek bei Hamburg, 1995, S. 208
- [8] <http://hdr.undp.org/en/>
- [9] [http://kolloq.destatis.de/2007/kolloq\\_2007.htm](http://kolloq.destatis.de/2007/kolloq_2007.htm)
- [10] <http://www.ifeu.de/index.php?bereich=nac>
- [11] vgl. Eurostat Homepage, „Ausgewählte Statistiken“ unter: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home>
- [12] [http://www.bbsr.bund.de/cfn\\_016/nn\\_21272/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/INKAR/in-kar\\_\\_node.html?\\_\\_nnn=true](http://www.bbsr.bund.de/cfn_016/nn_21272/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/INKAR/in-kar__node.html?__nnn=true)
- [13] vgl. Meinel, G., Konzept eines Monitors der Siedlungs- und Freiraumentwicklung auf Grundlage von Geobasisdaten, in: Meinel, G.; Schumacher, U. (Hrsg.), Flächennutzungsmonitoring – Konzepte – Indikatoren – Statistik, Aachen, 2009
- [14] <http://www.wirtschaftsatlas-sachsen.de/>
- [15] <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/sdi/introduction>  
[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-78-09-865/EN/KS-78-09-865-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-78-09-865/EN/KS-78-09-865-EN.PDF)
- [16] [http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Zeitreihen/Indikatoren/Nachhaltigkeitsindikatoren\\_\\_nk.psmli;jsessionid=1481FA7E6F3B244E974B271FA8DA6B42.internet2](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Zeitreihen/Indikatoren/Nachhaltigkeitsindikatoren__nk.psmli;jsessionid=1481FA7E6F3B244E974B271FA8DA6B42.internet2)
- [17] <http://www-genesis.de-statis.de/genesis/online/logon?language=de&sequenz=tabelle&ergebnis&selectionname=91111-0001>
- [18] [http://www.hessen-nachhaltig.de/c/document\\_library/get\\_file?uuid=86ebe402-d799-4213-8838-42883253f28c&groupId=16091](http://www.hessen-nachhaltig.de/c/document_library/get_file?uuid=86ebe402-d799-4213-8838-42883253f28c&groupId=16091)
- [19] siehe dazu <http://www.statistikportal.de/regionalatlas/>
- [20] <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de>
- [21] <http://www.gbe-bund.de>
- [22] siehe dazu <http://www.statistik.sachsen.de>
- [23] siehe hierzu Nationaler Integrationsplan: [http://www.bmj.bund.de/enid/Themen/Nationaler Integrationsplan\\_1d9.html](http://www.bmj.bund.de/enid/Themen/Nationaler_Integrationsplan_1d9.html) sowie „Indikatoren in Deutschland-Erster Integrationsindikatorenbericht: Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring“ <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/Anlagen/2009-07-07-indikatorenbericht,property=publicationFile.pdf>
- [24] siehe dazu „Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland“ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, <http://www.bmfsfj.de>

# Arbeits- und Schulwege in Sachsen 1991 und 2008 – Ergebnisse der Zusatz- erhebung des Mikrozensus

## Vorbemerkung

Der Mikrozensus ("kleine Volkszählung") ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, an der jährlich ein Prozent aller Haushalte beteiligt sind. Die Erhebung beinhaltet u. a. demografische Grunddaten zur Person, den Familien- und Haushaltszusammenhang sowie Merkmale zur Beteiligung am Erwerbsleben, zu Bildungsabschlüssen sowie Einkommenshöhe und -quellen. Ergänzt wird dieses jährliche Grundprogramm durch eine Reihe von Zusatzprogrammen, die in der Regel im Abstand von vier Jahren erhoben werden, wie z. B. Fragen zur Wohnsituation oder zu Gesundheitszustand und Rauchverhalten. Dazu zählen auch Merkmale zum Pendlerverhalten, die den Weg zur Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte beschreiben. Ausgewählte Ergebnisse dieses Zusatzprogramms sollen im Folgenden näher vorgestellt werden.

Ein Statistischer Bericht mit ausführlicheren Ergebnissen der Pendlerbefragung 2008 wird gegenwärtig erarbeitet.

## Erhebung des Pendlerverhaltens im Mikrozensus

Der Begriff Pendler wird allgemein üblich verwendet für alle Erwerbstätigen, deren Arbeitsort nicht identisch mit der (Haupt-) Wohnsitzgemeinde ist. Unerheblich ist dabei, ob sie diesen Weg täglich zurücklegen oder am Arbeitsort einen zweiten Wohnsitz oder eine kurzfristige Unterkunft haben und daher nur in größeren Zeitabständen zwischen beiden Orten pendeln. Ausgehend von dieser Pendler-Definition ermöglicht es die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, durch Auswertung der Wohn- bzw. Arbeitsorte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Aussagen über die Pendlerströme zwischen Bundesländern, Kreisen oder Gemeinden zu treffen (veröffentlicht für Sachsen z. B. in [1], [2]).

Die Mikrozensus-Fragen zum Pendlerverhalten erheben im Gegensatz dazu Aussagen darüber, wie die Menschen die Wege zwischen Wohnung und Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte zurücklegen. Dabei ist unerheblich, ob sie innerhalb der Wohngemeinde bleiben oder über die Gemeindegrenze pendeln. Einbezogen werden alle Personen, die ihren Hauptwohnsitz in der betrachteten Region (hier: im Freistaat Sachsen) haben und von diesem aus an jedem Arbeits- bzw. Ausbildungstag einen Weg zur Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte zurücklegen. (Nicht auszuwerten sind damit z. B. Personen, die am Arbeitsort einen Nebenwohnsitz haben, da sie ihren täglichen Weg nicht vom Hauptwohnsitz aus beginnen. Ebenso wenig wird die Fahrt zwischen Haupt- und Nebenwohnsitz einbezogen, da es sich nicht um den täglichen Arbeitsweg handelt.) Zur Erfassung des Pendlerverhaltens werden folgende Merkmale erhoben:

- Lage der Arbeitsstätte, Schule oder Hochschule innerhalb der Wohnsitzgemeinde, in einer anderen Gemeinde Sachsens (ohne nähere Angabe), einem anderen Bundesland (mit konkreter Angabe), im Ausland (bei Arbeitsstätten: Angabe des Staates)
- Entfernung für den Hinweg (Eingruppierung in vier Klassen)
- Zeit für den Hinweg (Eingruppierung in vier Klassen)
- hauptsächlich (d. h. für die längste Wegstrecke) benutztes Verkehrsmittel auf dem Hinweg.

Im früheren Bundesgebiet, wo der Mikrozensus bereits seit 1957 durchgeführt wird, wurden erstmals 1964 ausgewählte Merkmale zum Pendlerverhalten erhoben – damals

übrigens beschränkt auf Wochenendpendler, die inzwischen nicht mehr Gegenstand der Erhebung sind. Seit 1969 werden die Merkmale in regelmäßigen Abständen in ähnlicher Form wie heute erhoben. Als im April 1991 der Mikrozensus erstmalig in den neuen Bundesländern durchgeführt wurde, gehörten die Pendlermerkmale ebenfalls turnusgemäß zum Frageprogramm. Erhoben wurden sie seitdem im April 1991 (damit beziehen sich Angaben zu Schulwegen auf das Schuljahr 1990/91), April 1994, April 1996, Mai 2000, März 2004 und als Jahresdurchschnittswert für 2008 (Angaben zu Schulwegen aus den Schuljahren 2007/08 bzw. 2008/09), eine weitere Erhebung ist für das Jahr 2012 geplant. [3]

Von Auszubildenden im dualen Ausbildungssystem (wie auch erwerbstätigen Studenten u. a. Personen, die sowohl erwerbstätig als auch in Ausbildung sind) werden seit 1996 die Angaben sowohl für den Weg zur Arbeits- als auch zur Ausbildungsstätte erhoben. Da bis 1994 nur ein Weg für jede Person erhoben wurde, war bis dahin der Weg zur Arbeitsstätte, also in der Regel dem Ausbildungsbetrieb, ausgewertet worden.

Anders als für den Großteil des Mikrozensus-Fragenprogramms ist die Auskunftserteilung zum Pendlerverhalten freiwillig (Ausnahme: Bundesland bzw. Ausland der Arbeitsstätte). Dennoch haben im Jahr 2008 in Sachsen 89 Prozent der befragten Erwerbstätigen bzw. 85 Prozent der Personen in Ausbildung die Einstiegsfragen zum Pendlerverhalten beantwortet (jeweils bezogen auf Auskunftspflichtige mit Hauptwohnsitz in Sachsen, vor Hochrechnung).

## Arbeitswege der Erwerbstätigen 2008

Von den befragten Erwerbstätigen mit Auskunft zum Pendlerverhalten machten 2 Prozent keine Angabe über die Länge der Wegstrecke zum Arbeitsort. Ebenfalls 2 Prozent

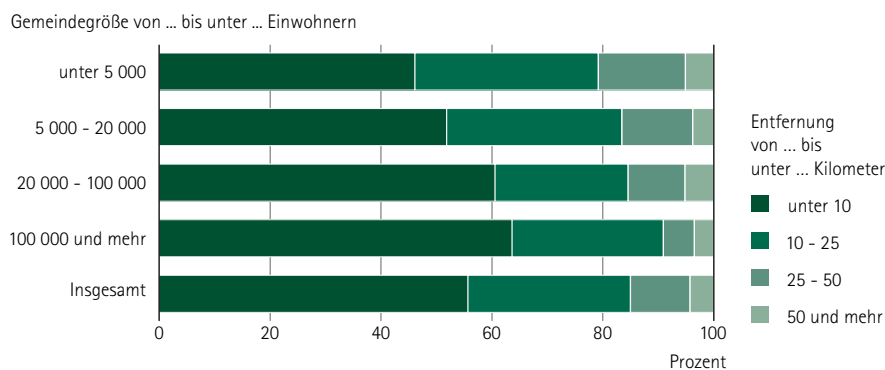


**Tab. 1 Erwerbstätige<sup>1)</sup> in Sachsen 2008 nach ausgewählten Merkmalen zum Pendlerverhalten (in Prozent)**

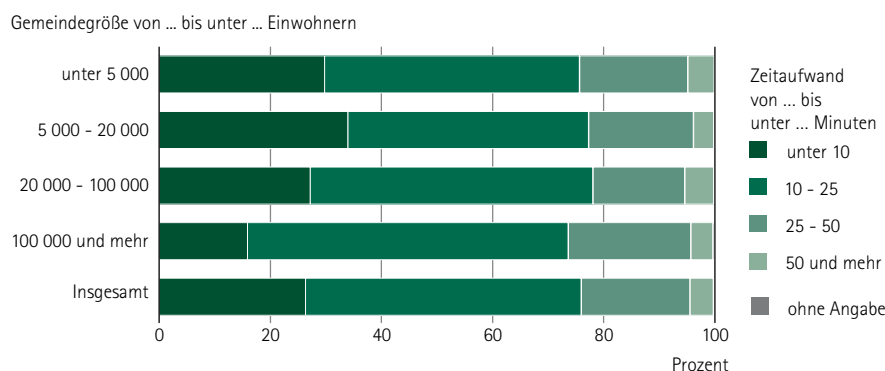
Merkmal	Erwerbstätige		
	insgesamt	männlich	weiblich
Insgesamt	100	100	100
Mit Entfernung von ... bis unter ... Kilometer			
unter 10	55,7	51,0	60,5
10 - 25	29,3	30,8	27,7
25 - 50	10,8	12,6	8,9
50 und mehr	4,2	5,6	2,8
Mit Zeitaufwand von ... bis unter ... Minuten			
unter 10	26,3	24,9	27,8
10 - 30	49,7	48,8	50,5
30 - 60	19,6	20,6	18,4
60 und mehr	4,3	5,5	3,0
ohne Angabe	/	/	/
Mit überwiegend benutztem Verkehrsmittel			
Bus	3,4	2,4	4,4
S-Bahn, Straßenbahn	6,9	4,8	9,0
Eisenbahn	1,4	1,4	1,5
Pkw-Selbstfahrer	61,2	66,5	55,8
Pkw-Mitfahrer	3,2	3,0	3,5
Motorrad, Moped, Mofa	1,0	1,8	/
Fahrrad	9,8	9,5	10,2
zu Fuß	11,8	9,2	14,4
Sonstiges	0,4	0,7	/
ohne Angabe	0,8	0,8	0,9

1) mit Angaben zum täglichen Arbeitsweg; einschließlich Auszubildende

**Abb. 1 Erwerbstätige in Sachsen 2008 nach Gemeindegrößenklassen und Entfernung für den Hinweg zur Arbeitsstätte**



**Abb. 2 Erwerbstätige in Sachsen 2008 nach Gemeindegrößenklassen und Zeitaufwand für den Hinweg zur Arbeitsstätte**



gaben an, dass sich ihr Arbeitsort auf dem Wohngrundstück befindet. Weitere 3 Prozent können aufgrund ständig wechselnder Arbeitsstätten keine Aussage zu einem konkreten Arbeitsweg machen. Alle weiteren Auswertungen beziehen sich jeweils ausschließlich auf Personen, die an Arbeitstagen das Grundstück verlassen, um einen festen Arbeitsort (mit Angabe zur Entfernung) aufzusuchen.

Wie Tabelle 1 zeigt, war im Jahr 2008 für mehr als die Hälfte (56 Prozent) aller hier betrachteten sächsischen Erwerbstätigen der Arbeitsort weniger als 10 km von der Wohnung entfernt. Einen Arbeitsweg von 10 bis unter 25 km legten 29 Prozent der Erwerbstätigen zurück, für 11 Prozent betrug der Weg 25 bis unter 50 km. Immerhin 4 Prozent fuhren täglich 50 km oder mehr, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Männer hatten häufiger als Frauen einen langen Arbeitsweg: 18 Prozent der Männer, aber nur 12 Prozent der Frauen fuhren täglich mindestens 25 km weit zur Arbeit.

Der Vergleich der Arbeitswege nach der Größe des Wohnortes (Abbildung 1) zeigt auch, dass Erwerbstätige, die in kleineren Gemeinden leben, häufiger einen weiten Arbeitsweg hatten als die Bewohner größerer Städte. In Gemeinden mit einer Einwohnerzahl unter 5 000 hatten 46 Prozent ihren Arbeitsort nach weniger als 10 km erreicht. In Chemnitz, Dresden oder Leipzig arbeiteten dagegen 64 Prozent in diesem Umkreis zur Wohnung. Jeder fünfte Bewohner einer kleinen Gemeinde (21 Prozent) musste täglich mindestens 25 km weit fahren; in den drei großen Städten war dieser Anteil mit 9 Prozent nicht einmal halb so groß.

Neben der räumlichen Entfernung ist auch die benötigte Zeit ein weiteres Kriterium zur Beschreibung des Arbeitsweges. Drei von vier Erwerbstätigen konnten ihren Arbeitsplatz in weniger als einer halben Stunde erreichen, 26 Prozent benötigten sogar weniger als 10 Minuten. Jeder Fünfte war zwischen 30 und 60 Minuten unterwegs, 4 Prozent erreichten den Arbeitsort erst nach mehr als einer Stunde. Dabei fallen die Unterschiede zwischen Frauen und Männern weniger deutlich aus als bei der Weglänge.

Vergleicht man den Zeitaufwand in Abhängigkeit von der Gemeindegröße (Abbildung 2), dann waren Bewohner kleiner Gemeinden, trotz der größeren Entfernung, sogar im Vorteil gegenüber den Bewohnern größerer Städte. Innerhalb von weniger als 10 Minuten hatten 30 Prozent der Erwerbstätigen aus Wohnorten mit unter 5 000 Einwohnern ihren Arbeitsort erreicht. Von den Bewohnern der drei größten Städte schafften das nur 16 Prozent.

**Tab. 2 Anteil der Erwerbstätigen mit Zeitaufwand unter 10 Minuten an allen Erwerbstätigen mit Arbeitswegen unter 10 Kilometer nach Gemeindegröße (in Prozent)**

Gemeindegröße von ... bis unter ... Einwohnern	Erwerbstätige mit Zeitaufwand unter 10 Minuten
unter 5 000	64,0
5 000 - 20 000	65,0
20 000 - 100 000	44,7
100 000 und mehr	24,8
<b>Insgesamt</b>	<b>47,0</b>

Noch deutlicher werden die Unterschiede, wenn man nur den Zeitaufwand für Arbeitswege unter 10 km Länge betrachtet (Tabelle 2). Fast zwei Drittel der Erwerbstätigen aus kleinen Gemeinden (64 Prozent), aber nur ein Viertel aus Städten mit 100 000 oder mehr Einwohnern konnten diese vergleichsweise kurze Strecke in weniger als 10 Minuten zurücklegen. Mögliche Ursachen für diese Unterschiede

**Tab. 3 Anteil der Arbeitswege unter 10 Kilometern in Sachsen 2008 nach ausgewählten Verkehrsmitteln (in Prozent)**

Verkehrsmittel	Insgesamt	Darunter Arbeitswege unter 10 km
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>55,7</b>
darunter		
öffentliche Verkehrsmittel	100	53,4
Pkw-Selbstfahrer	100	41,6
Pkw-Mitfahrer	100	45,9
Fahrrad	100	95,5
zu Fuß	100	100

der Verteilungen von Wegstrecke und Zeitaufwand lassen sich ableiten aus den Angaben darüber, mit welchem Verkehrsmittel der Arbeitsweg (bzw. die längste Teilstrecke) zurückgelegt wurde. Am häufigsten fuhren die sächsischen Erwerbstätigen mit dem Pkw zur Arbeit, überwiegend als Selbstfahrer. Dabei setzten sich Männer öfter als Frauen selbst hinter das Lenkrad (68 bzw. 57 Prozent). Frauen nutzten dagegen häufiger öffentliche

Verkehrsmittel (Männer 8 Prozent, Frauen 15 Prozent) oder gingen zu Fuß zur Arbeit (Männer 9 Prozent, Frauen 14 Prozent). Auch die Verkehrsmittelnutzung steht im Zusammenhang mit der Größe der Wohn-gemeinde (Abbildung 3). Während in den Großstädten fast jeder Zweite (47 Prozent) mit dem Pkw zur Arbeit fuhr, waren in kleinen Gemeinden sogar drei von vier Erwerbstätigen (74 Prozent) als Selbstfahrer unterwegs. Weitere 3 Prozent waren hier Mitfahrer in einem Pkw – etwa genauso viele wie mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Diese spielten damit für die Erwerbstätigen aus Gemein-den mit weniger als 5 000 Einwohnern nur eine sehr untergeordnete Rolle. Doppelt so viele Erwerbstätige (6 Prozent) nutzten das Fahrrad für den Arbeitsweg. In Großstädten waren sogar 13 Prozent mit dem Fahrrad unterwegs, während nur jeder Zweite als Selbst- oder Mitfahrer (47 bzw. 3 Prozent) mit dem Pkw fuhr. Wie Tabelle 3 zeigt, wurden „mit eigener Muskelkraft“ vor allem kürzere Entfernungen zurückgelegt: fast alle Fußgänger und Rad-fahrer hatten Arbeitswege von unter 10 Kilo-metern zu bewältigen.

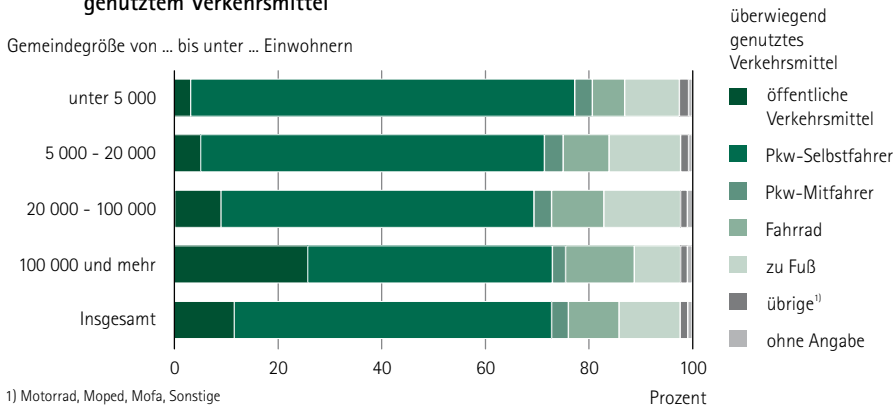
**Tab. 4 Erwerbstätige<sup>1)</sup> in Sachsen 1991 nach ausgewählten Merkmalen zum Pendlerverhalten sowie Veränderung 2008 gegenüber 1991**

Merkmal	1991			Veränderung 2008 gegenüber 1991		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	%			%–Punkte		
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>x</b>	<b>x</b>	<b>x</b>
Mit Entfernung von ... bis unter ... Kilometer						
unter 10	74,3	67,7	81,4	-18,6	-16,8	-20,9
10 - 25	20,9	25,1	16,2	8,4	5,7	11,5
25 - 50	2,9	4,0	1,7	7,9	8,7	7,2
50 und mehr	2,0	3,2	0,7	2,3	2,4	2,2
Mit Zeitaufwand von ... bis unter ... Minuten						
unter 10	23,2	20,2	26,5	3,1	4,6	1,4
10 - 30	54,8	55,4	54,3	-5,2	-6,6	-3,8
30 - 60	17,3	18,3	16,2	2,2	2,3	2,2
60 und mehr	4,5	5,9	2,9	-0,2	-0,4	0,1
ohne Angabe	/	/	/	/	/	/
Mit überwiegend benutztem Verkehrsmittel						
Bus	13,8	9,5	18,5	-10,4	-7,1	-14,1
S-Bahn, Straßenbahn	10,1	7,2	13,4	-3,3	-2,4	-4,4
Eisenbahn	2,4	2,7	2,1	-1,0	-1,3	-0,6
Pkw-Selbstfahrer	32,0	47,8	14,6	29,2	18,7	41,2
Pkw-Mitfahrer	2,8	1,3	4,6	0,4	1,7	-1,1
Motorrad, Moped, Mofa	5,5	8,3	2,5	-4,5	-6,5	/
Fahrrad	11,9	9,0	15,1	-2,1	0,5	-5,0
zu Fuß	20,2	13,2	27,8	-8,4	-4,0	-13,4
Sonstiges	0,3	/	/	0,1	/	/
ohne Angabe	0,9	0,8	1,2	-0,1	-	-0,3

1) mit Angaben zum täglichen Arbeitsweg; einschließlich Auszubildende

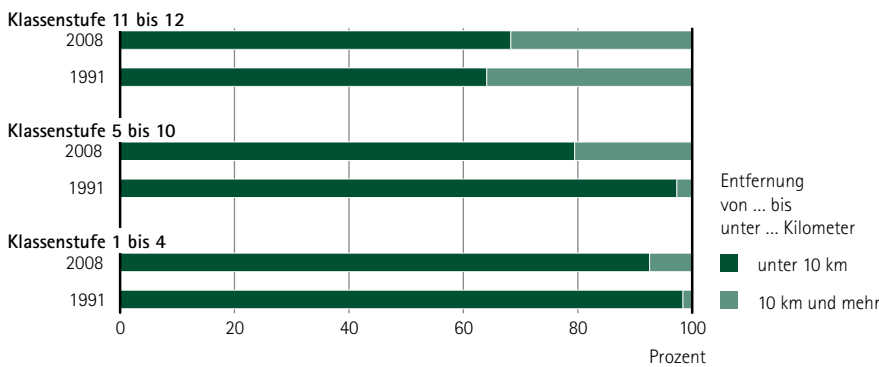


Abb. 3 Erwerbstätige in Sachsen 2008 nach Gemeindegrößenklassen und überwiegend genutztem Verkehrsmittel



1) Motorrad, Moped, Mofa, Sonstige

Abb. 4 Entfernung für den Schulweg 1991 und 2008 nach Klassenstufen



Tab. 5 Schüler an allgemein bildenden Schulen<sup>1)</sup> in Sachsen 1991 und 2008 nach ausgewählten Merkmalen zum Pendlerverhalten

Merkmal	1991	2008	Veränderung 2008 gegenüber 1991
	%	%	%-Punkte
Insgesamt	100	100	x
Mit Entfernung von ... bis unter ... Kilometer			
unter 10	96,5	83,3	-13,2
10 - 25	2,9	14,9	12,0
25 und mehr	/	1,8	/
Mit Zeitaufwand von ... bis unter ... Minuten			
unter 10	50,5	33,0	-17,5
10 - 30	45,2	54,0	8,9
30 und mehr	3,9	12,8	8,9
ohne Angabe	/	/	/
Mit überwiegend benutztem Verkehrsmittel			
öffentliche Verkehrsmittel	13,8	43,5	29,7
Pkw-Mitfahrer	1,2	10,9	9,6
Fahrrad	9,2	8,4	-0,8
zu Fuß	72,4	34,5	-37,9
übrige <sup>2)</sup>	1,8	2,3	0,5
ohne Angabe	1,6	/	/

1) mit Angaben zum täglichen Schulweg

2) Pkw-Selbstfahrer, Motorrad, Moped, Mofa, Sonstiges

### Vergleich zu 1991: Arbeitswege werden länger

Im Vergleich zu 1991 (Tabelle 4) haben sich die Arbeitswege der Sachsen stark verändert. Deutlich zurückgegangen ist der Anteil der kurzen Wege – im Jahr 1991 hatten noch fast drei Viertel aller Erwerbstätigen im Umkreis von 10 Kilometern zum Arbeitsort gewohnt. Der Anteil der Erwerbstätigen, die 50 Kilometer oder mehr zurücklegen müssen, hat sich dagegen von 2 Prozent auf 4 Prozent verdoppelt. Trotz dieser Entwicklung konnten 2008 mehr Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz in weniger als 10 Minuten erreichen. Verbunden ist diese Entwicklung mit einem Rückgang der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, vor allem zugunsten der Fahrt mit dem Pkw. Waren 1991 noch 26 Prozent der Erwerbstätigen mit Bus, Bahn u. ä. unterwegs, lag dieser Anteil 2008 nur noch bei 12 Prozent und war damit nicht einmal mehr halb so hoch. Dagegen hat sich der Anteil der Pkw-Selbstfahrer mit dem Anstieg von 32 Prozent auf 61 Prozent fast verdoppelt. Auffällig ist hier insbesondere die Entwicklung bei den Frauen: hatten sich 1991 nur 15 Prozent selbst täglich hinter das Lenkrad gesetzt, waren es 17 Jahre später 56 Prozent. Der Anteil der Fußgängerinnen hingegen hat sich in diesem Zeitraum von 28 Prozent auf 14 Prozent halbiert.<sup>1)</sup>

### Schulwege 1991 und 2008

Analog zur Beschreibung der Arbeitswege ermöglichen die Pendlerdaten des Mikrozensus auch eine Darstellung der Entwicklung der Schulwege in Sachsen seit 1991. Dabei werden im Folgenden ausschließlich die Schüler an allgemein bildenden Schulen betrachtet.<sup>2)</sup>

Wie die Arbeitswege haben sich auch die Schulwege in Sachsen seit der ersten Erhebung im Schuljahr 1990/91 deutlich verändert. Konnten im April 1991 noch 96 Prozent der Schüler eine Schule im Umkreis von 10 Kilometern besuchen, waren es 2008 nur noch 83 Prozent. Jeder sechste Schüler hatte nun einen Schulweg von 10 Kilometern und mehr, für 2 Prozent war er sogar länger als 25 Kilometer.

1) Ein Zeitvergleich nach Gemeindegröße ist derzeit nicht möglich, da im vorliegenden Datenmaterial des Mikrozensus nur die Gemeindegröße im jeweiligen Erhebungsjahr enthalten ist. Aufgrund der zahlreichen Gebietsstandsänderungen in Sachsen sind die entsprechenden Auswertungen für 1991 nicht mit denen für 2008 vergleichbar.

2) Aufgrund der Erhebungsmethodik bis 1994 ist nicht eindeutig zu klären, ob im Jahr 1991 alle Schüler, die nebenbei eine Erwerbstätigkeit ausübten, die Angaben tatsächlich zum Schul- und nicht etwa zum Arbeitsweg gemacht haben. Zur Sicherheit wurde diese Gruppe daher – analog zu den vom Statistischen Bundesamt erstellten Verbundtabellen – nicht in die Auswertung der Schüler einbezogen. Ihr Anteil an allen sächsischen Schülern lag jedoch weit unter einem Prozent, so dass die Auswirkungen auf die folgenden Ergebnisse zu vernachlässigen sind.

Abb. 5 Zeitaufwand für den Schulweg 1991 und 2008 nach Klassenstufen

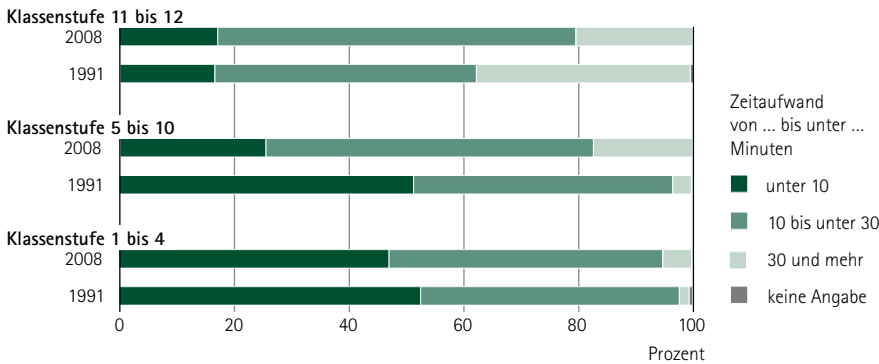
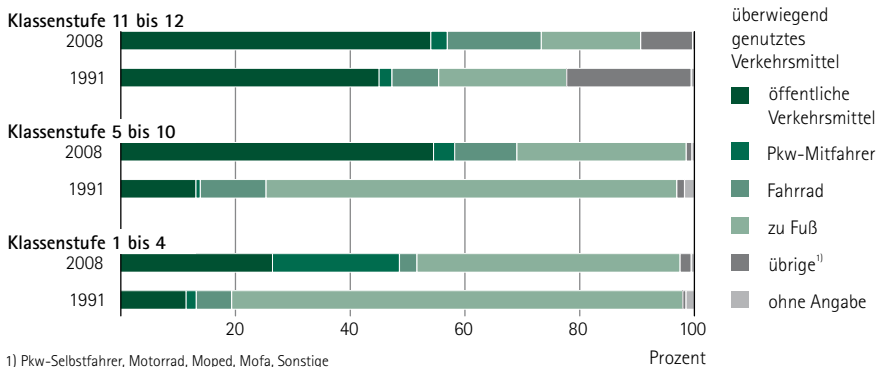


Abb. 6 Überwiegend genutztes Verkehrsmittel für den Schulweg 1991 und 2008 nach Klassenstufen



1) Pkw-Selbstfahrer, Motorrad, Moped, Mofa, Sonstige

Die Ergebnisse zeigen jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Schularten bzw. Klassenstufen. Bei Schülern der Klassenstufen 1 bis 4, die zumeist eine Grundschule besuchen, verringerte sich der Anteil der kürzeren Wege nur von 98 auf 93 Prozent. Damit sank auch der Anteil der Schüler, die ihre Schule in weniger als 10 Minuten erreichten, von 53 auf 47 Prozent. Im Jahr 2008 war jeder zwanzigste Schüler in der Primarstufe 30 Minuten oder länger unterwegs. Aufgrund der Erhebung in vorgegebenen Entfernungsklassen lassen sich keine direkten Aussagen darüber gewinnen, inwieweit sich unterhalb der Grenze von 10 Kilometern die Schulwege über den hier betrachteten Zeitraum von 17 Jahren verändert haben. Die veränderte Nutzung von Verkehrsmitteln kann hier jedoch einige Anhaltspunkte geben. 1991 gingen vier von fünf Grundschulern (79 Prozent) zu Fuß zum Unterricht. Jeder Zehnte nutzte öffentliche Verkehrsmittel. Im Jahr 2008 liefen nur noch 46 Prozent der Grundschüler zum Unterricht, während 27 Prozent mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs waren. 22 Prozent wurden (vermutlich meist von den Eltern) mit dem Pkw zur Schule gebracht – diese Form der Schülerbeförderung war 1991 nur wenig genutzt worden. Noch stärker von Veränderungen der Schulwege betroffen waren Schüler der Klassenstufe 5 bis 10, die bereits unterschiedliche

Schularten besuchen, insbesondere Mittelschulen und Gymnasien (zudem mit unterschiedlichen Profilen) mit entsprechend größeren Einzugsgebieten. 1991 hatten sich ihre Schulwege (auch bei Zeitaufwand und Verkehrsmittelwahl) nur wenig von denen der Grundschüler unterschieden, 97 Prozent besuchten eine Schule im Umkreis von weniger als 10 Kilometern. 2008 war jeder fünfte Schulweg (21 Prozent) länger als 10 Kilometer. Nur jeder vierte Schüler (26 Prozent) erreichte sein Ziel innerhalb von weniger als 10 Minuten, jeder sechste (17 Prozent) war eine halbe Stunde oder länger unterwegs. Der Rückgang der Fußgänger war noch größer als bei den Grundschulern, ihr Anteil sank von 72 Prozent auf 29 Prozent und war damit 2008 deutlich geringer als der Anteil von Nutzern öffentlicher Verkehrsmittel (55 Prozent). Anders verlief die Entwicklung bei den Klassenstufen 11 bis 12. Mit der Umgestaltung des Schulsystems in Sachsen stieg auch der Anteil derer, die die Schule bis zum Abitur besuchen; zusätzlich zur Umwandlung ehemaliger Erweiterter Oberschulen der DDR wurden weitere Gymnasien eingerichtet. Der Anteil der Elft- und Zwölftklässler, deren Schulweg kürzer als 10 Kilometer ist, stieg 2008 gegenüber 1991 leicht an, von 64 auf 68 Prozent. Waren kurz nach der Wende noch 37 Prozent der angehenden Abiturienten mindestens 30 Minuten unterwegs, hatte sich dieser

Anteil bis 2008 fast halbiert (20 Prozent). Analog zur – im Vergleich mit den anderen Klassenstufen – geringeren Veränderung bei der Länge der Schulwege unterscheidet sich auch die Verkehrsmittelwahl 2008 weniger stark von der des Jahres 1991. Die bereits damals größere Bedeutung öffentlicher Verkehrsmittel stieg von 45 Prozent auf 54 Prozent. Die Gruppe der „übrigen Verkehrsmittel“ hingegen beinhaltet u. a. Krad, Moped oder Mofa, die 2008 nur noch von wenigen Schülern genutzt wurden.

Eine Unterscheidung der Bildungsgänge Mittelschule bzw. Gymnasium innerhalb der Klassenstufen 5 bis 10 wird im Mikrozensus nicht vorgenommen, die Ergebnisse zeigen somit immer einen „gewichteten Mittelwert“ aller Schularten in diesen Klassenstufen. Es kann jedoch angenommen werden, dass die Schulwege der Gymnasiasten innerhalb dieser Gruppe sich nicht wesentlich von denen der Klassenstufen 11 und 12 unterscheiden. Diese liegen hinsichtlich Wegstrecke und Zeitaufwand über den zusammengefassten Ergebnissen der Klassenstufen 5 bis 10, woraus auf längere Schulwege der Gymnasiasten gegenüber den Mittelschülern geschlossen werden kann.

Aufgrund der Vorgaben im Erhebungsprogramm (z. B. Klassenbreiten bei den Antwortmöglichkeiten zu Weg und Zeit, keine Unterscheidung der einzelnen Schularten) und der generellen Problematik bei Stichprobenerhebungen (eingeschränkte Kombinationsmöglichkeiten verschiedener Merkmale, keine repräsentativen Aussagen bei geringen Fallzahlen) können die Pendlerbefragungen des Mikrozensus nicht zu allen Fragestellungen in größerer Detailtiefe ausgewertet werden. Dennoch ermöglichen die Ergebnisse einen guten Überblick über die täglichen Arbeits- bzw. Schulwege in Sachsen und die Veränderungen seit der ersten sächsischen Erhebung 1991.

Anke Puschmann, Referentin Analyse Mikrozensus

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Freistaat Sachsen, 30. Juni 2009. Statistischer Bericht A VI 12, Kamenz 2010.
- [2] Schellenberger, A., Hesse, L.: Zum Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen 1996 bis 2006. In: Statistik in Sachsen, 1/2008, S. 30 – 45.
- [3] Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz) vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1350).

# Entwicklung der Verbraucherpreise 2009 im Freistaat Sachsen

## Datengrundlage

Im Freistaat Sachsen werden monatlich Preise für 700 Waren und Dienstleistungen des bundeseinheitlich vorgegebenen Warenkorbes beobachtet. In rund 80 Prozent der Fälle übernehmen diese Aufgabe geschulte Preisermittler, die verteilt über einen Zeitraum von jeweils drei Wochen in 20 repräsentativ ausgewählten sächsischen Gemeinden unterwegs sind. Die verbleibenden 20 Prozent der ca. 33 000 Einzelpreise, die in Sachsen die Grundlage des Verbraucherpreisindex bilden, werden telefonisch, schriftlich oder mit Hilfe des Internets erhoben. Hinzu kommt eine Reihe von Positionen, deren Preisbeobachtung das Statistische Bundesamt zentral für alle Statistischen Landesämter vornimmt. Sie unterliegen i. d. R. einer bundeseinheitlichen Preisgestaltung und weisen somit

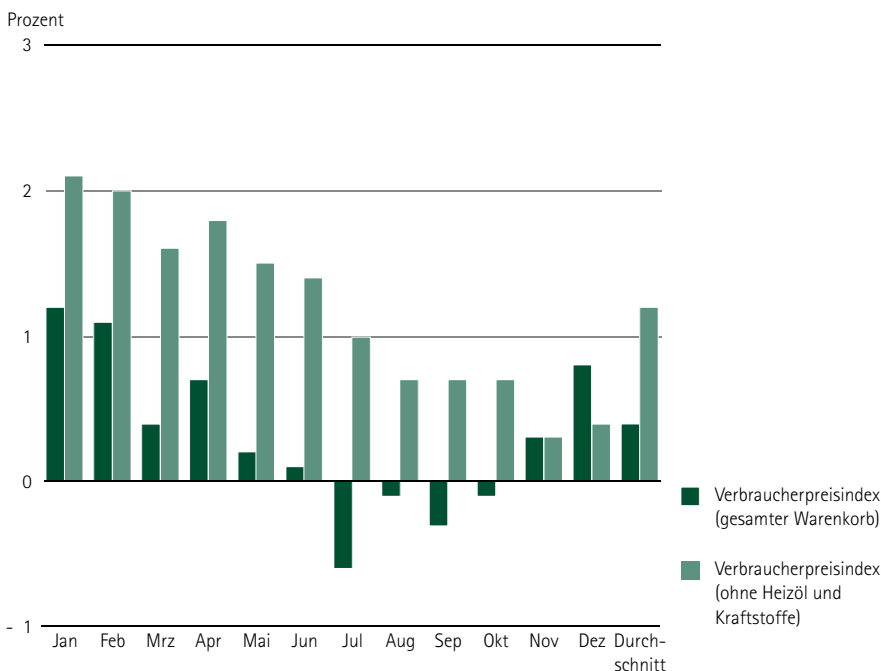
keine regionalen Unterschiede auf. Beispielfhaft zu nennen wären Bahntarife, Versandhandelspreise oder Preise für Tabakwaren. Auch Modellfälle/-policen im Finanz- und Versicherungsbereich werden unter regionalen Gesichtspunkten durch das Statistische Bundesamt bearbeitet.

Seit 2008 berücksichtigt die Verbraucherpreisstatistik gezielt nicht nur **was** die privaten Haushalte kaufen, sondern auch **wo**. Damit rückten die verschiedenen Geschäftsmodelle des Einzelhandels (z. B. Kaufhaus, Discounter, Fachgeschäft) in den Blickpunkt. Basierend auf den Umsatzzahlen existiert je Warenkorbposition eine genaue Vorgabe, wie viele Preise im jeweiligen Geschäftstyp zu befragen sind.

In die Erfassung gehen ausschließlich reine Endverbraucherpreise inklusive der gesetz-

lichen Mehrwert- sowie Verbrauchssteuern (z. B. Tabak-, Mineralöl-, Ökosteuer) ein. Preisnachlässe, die allen Kunden ohne spezielle Konditionen oder individuelle Verhandlungen gewährt werden, finden ebenso Berücksichtigung. Qualitätsänderungen bei den beobachtenden Gütern verlangen eine besondere Aufmerksamkeit, da die Preisstatistik nur die „reinen“ Preisveränderungen abbilden möchte. Geänderte Preise infolge einer besseren/schlechteren Qualität sollen möglichst unberücksichtigt bleiben. Hierzu bedient man sich spezieller Berechnungsverfahren wie Merkmals- und Verbrauchswertberechnung, Mengenbereinigung sowie hedonische Methoden. Letztere eignet sich besonders für technische Güter, die einem sehr schnellen Wandel unterliegen. Hierfür teilt man das Produkt gedanklich in verschiedene Qualitätseigenschaften und misst mittels einer Regression deren Einfluss auf den Preis.

Abb. 1 Jahresteuerung 2009

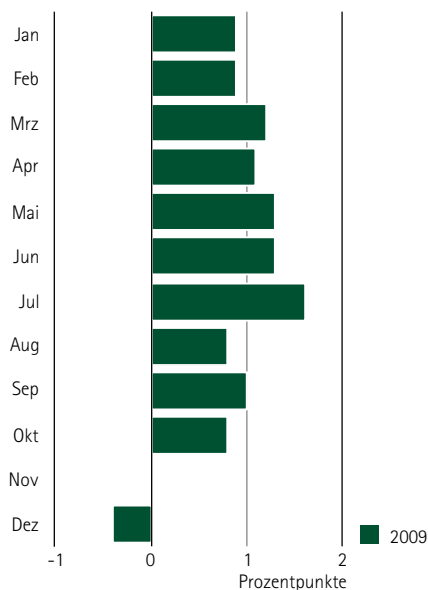


## Verbraucherpreise 2009 im Überblick

Erstmals seit der Berechnung des Verbraucherpreisindex im Freistaat Sachsen rutschte die Jahresteuerung in den Monaten Juli (-0,6 Prozent), August (-0,1 Prozent), September (-0,3 Prozent) und Oktober (-0,1 Prozent) in den negativen Wertebereich (vgl. Abb. 1). Auch sonst entwickelten sich im vergangenen Jahr die Preise auf der Stufe des privaten Verbrauchs relativ moderat.

Begonnen hatte das Jahr mit einer Inflationsrate von 1,2 Prozent, die höchste 2009. Tendenziell war dies u. a. eine Auswirkung neuer Tarife und Gebühren, die jeweils zum Jahreswechsel wirksam werden. Danach sank die Jahresteuerung bis einschließlich Oktober. Eine Ausnahme bildete der Monat April, was auf einem saisonalen Effekt beruhte. Die Preisgestaltung bei Pauschalreisen und Beherbergungsdienstleistungen hängt stark von Feiertagen und Ferienzeiten (Haupt-/

**Abb. 2 Differenz zwischen der Jahresteuerung mit und ohne Heizöl sowie Kraftstoffen**

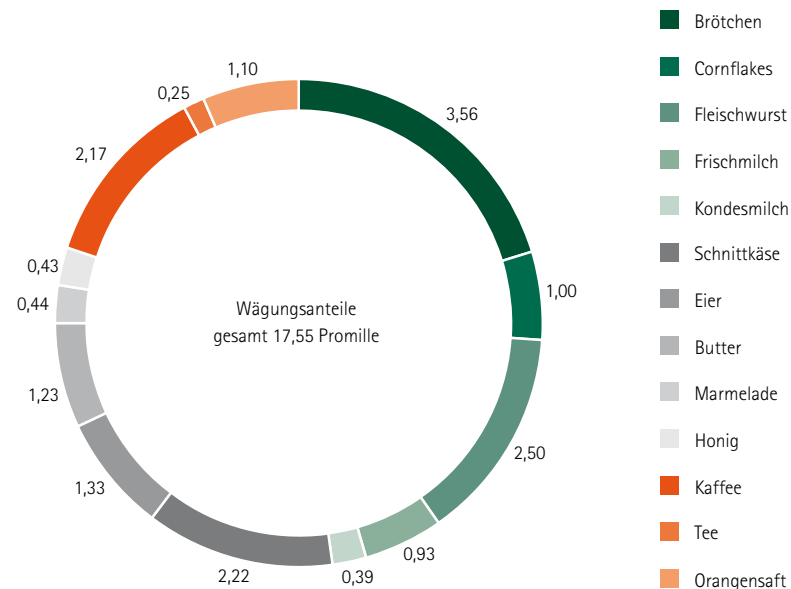


Neben-/Zwischensaison) ab. Bewegliche Feste wie Ostern, Himmelfahrt und Pfingsten wirken sich folglich zeitlich unterschiedlich im Verbraucherpreisindex aus. Im Jahr 2008 lag Ostern im März, ein Jahr später im April. Damit erklärt sich die Teuerung von 0,7 Prozent. Ohne Berücksichtigung dieser Saisonkomponente betrug der Preisanstieg lediglich 0,3 Prozent und passte sich somit in den Abwärtstrend ein. Bezeichnend für diese Tendenz zeigten sich die im Jahresverlauf überdurchschnittlich starken Preisrückgänge bei „Heizöl“ (-30,3, Prozent) sowie „Kraftstoffen“ (-11,1 Prozent) im Vergleich zu 2008. Ohne den positiven Einfluss dieser beiden Positionen fiel die jährliche Teuerung im Schnitt rund einen Prozentpunkt höher aus (vgl. Abb. 2). Erst im November und Dezember setzte eine Wende auf dem Rohölmarkt ein, die sich negativ auf den sächsischen Verbraucherpreisindex auswirkte.

Des Weiteren prägten das vergangene Jahr Preisrückgänge gegenüber 2008 in den Bereichen „Molkereiprodukte und Eier“ (-6,7 Prozent) sowie „Speisefette und -öle“ (-5,7 Prozent). Durch die Einführung des kostenlosen Vorschuljahres im Frühjahr sanken die Preise für einen Kindergartenbesuch zur Freude der Eltern um 21,3 Prozent. Demgegenüber standen Teuerungen bei „Strom“ (7,1 Prozent), „Tabakwaren“ (3,4 Prozent) und auf dem Nahrungsmittelmarkt speziell bei „Fleisch und Fleischwaren“ (3,4 Prozent) sowie „Brot und Getreideerzeugnissen“ (1,3 Prozent).

Eine detailliertere Betrachtung der Preisentwicklung 2009 für ausgewählte Waren und Dienstleistungen bieten die nachfolgenden Abschnitte.

**Abb. 3 Was gehört in den Frühstücksindex?**



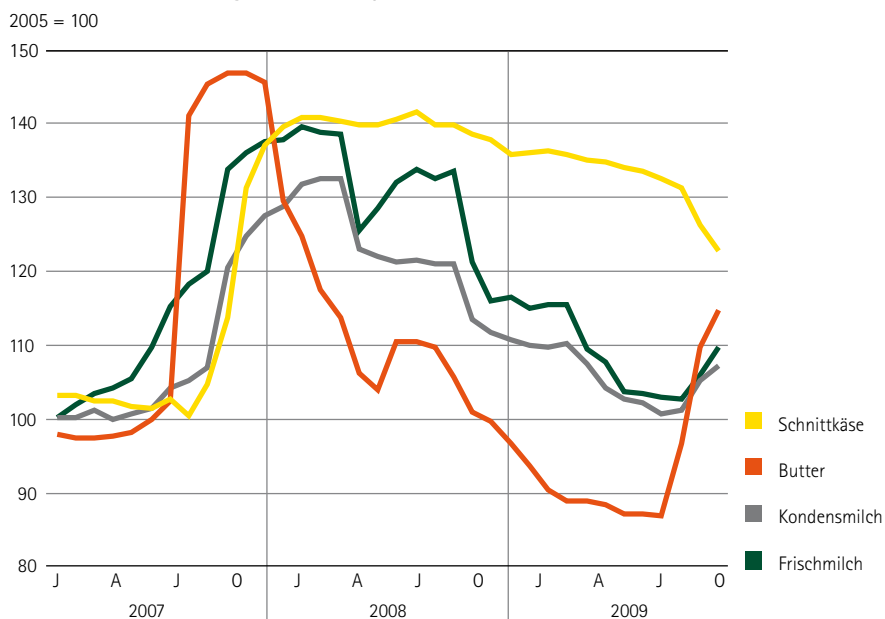
**Ist das Frühstück noch bezahlbar?**

Stellvertretend für die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise, die sich im Verlaufe des letzten Jahres um 0,9 Prozent verbilligten, soll ein preisstatistischer Blick auf den Frühstückstisch gestattet sein.

Für den gesunden und kräftigen Start in den Tag zahlte man 1,6 Prozent weniger als 2008. Vorteilhaft für die Konsumenten wirkten sich die bereits erwähnten stark gesunkenen Preise für „Molkereiprodukte und Eier“ (-6,7 Prozent) sowie „Speisefette und -öle“ (-5,7 Prozent) aus. Im Musterfrühstück betraf dies „Frischmilch“ (-17,2 Prozent), „Kondensmilch“ (-14,2 Prozent), „Butter“ (-15,3 Prozent) und „Schnittkäse“ (-5,1 Prozent). Hier zeigte sich deutlich der Preiskampf im Einzelhandel.

Nach den Protesten der Milchbauern setzte im Sommer 2007 (vgl. Abb. 4) eine rasante Teuerung dieser Produkte ein, die ihren Höhepunkt im Frühjahr 2008 fand. Seither gingen die Preise kontinuierlich zurück. Die Talsohle wurde im Oktober/November 2009 erreicht. Die Basis eines guten Frühstücks – das „Brötchen“ – verteuerte sich hingegen. Kostete es 2008 beispielsweise im Schnitt 30 Cent, waren es im vergangenen Jahr 36 Cent. Das entsprach einem Plus von über einem Prozent. Mehr zahlen mussten Verbraucher auch für den Belag, egal ob herzhaft in Form von „Fleischwurst“ (5,3 Prozent) oder süß. „Honig“ (19,9 Prozent) unterlag dabei einem besonders kräftigen Preisschub, der bereits mehrere Jahre anhält. Seit Einführung des Euro als Bargeldwährung

**Abb. 4 Preisentwicklung bei Molkereiprodukten**



betrug dieser insgesamt 33,3 Prozent. Als echte Alternative bot sich „Marmelade“ an, deren Teuerung im gleichen Zeitraum fast ein Drittel geringer ausfiel und im vergangenen Jahr bei lediglich 0,4 Prozent lag.

Das klassische „Frühstücksei“ war jahreszeitlich bedingt mal etwas preisgünstiger und dann wieder teurer, folgte allerdings über den Zeitverlauf gesehen dem Gesamttrend steigender Preise (6,7 Prozent).

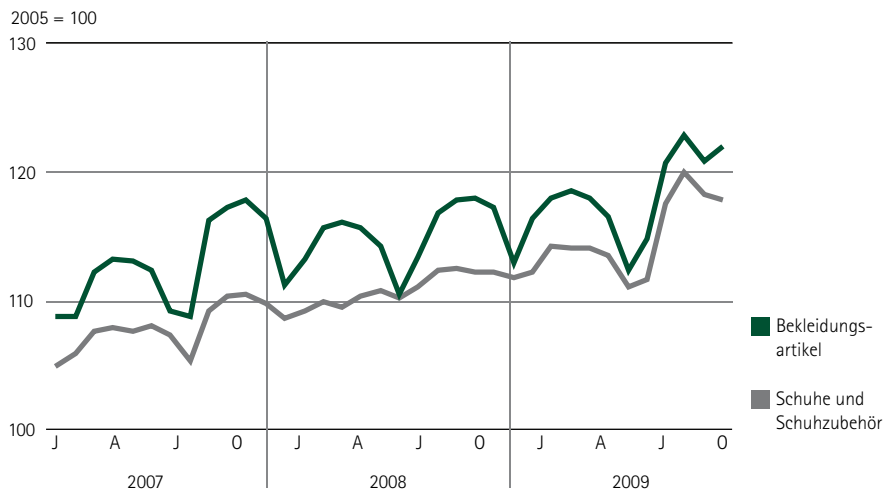
Selbst gesundheitsbewusste Verbraucher kauften ihre „Cornflakes“ bzw. ihr „Müsli“ (2,7 Prozent) nicht mehr zu den Preisen von 2008. Dies galt jedoch nicht für das Glas „Orangensaft“, das den Geldbeutel im Schnitt um sechs Prozent entlastete.

Des Sachsen liebstes Heißgetränk – der „Kaffee“ – kostete 2009 durchschnittlich drei Prozent weniger als im Vorjahr. Dagegen mussten Teegenießer drei Prozent mehr für ihre morgendliche Tasse einplanen.

### Wie sah es bei Genussmitteln aus?

- Durch die Angleichung der Anzahl der Zigaretten je Schachtel im Juni zahlten Raucher im vergangenen Jahr im Schnitt 3,4 Prozent mehr als 2008.
- „Spirituosen“ verteuerten sich um 1,6 Prozent, „Wein“ sogar um 2,6 Prozent.
- Der zu Beginn des Jahres festgestellte moderate Preisanstieg bei „Bier“ wurde durch gute Angebote sowie eine stetige Preisreduzierung im zweiten Halbjahr vollständig kompensiert.

Abb. 5 Preisentwicklung für Bekleidung und Schuhe



- Für „Erfrischungsmixgetränke“, die sogenannten Alkopops, blieben die Preise über die Zeit gesehen mit einem geringen Anstieg um 0,1 Prozent relativ konstant.

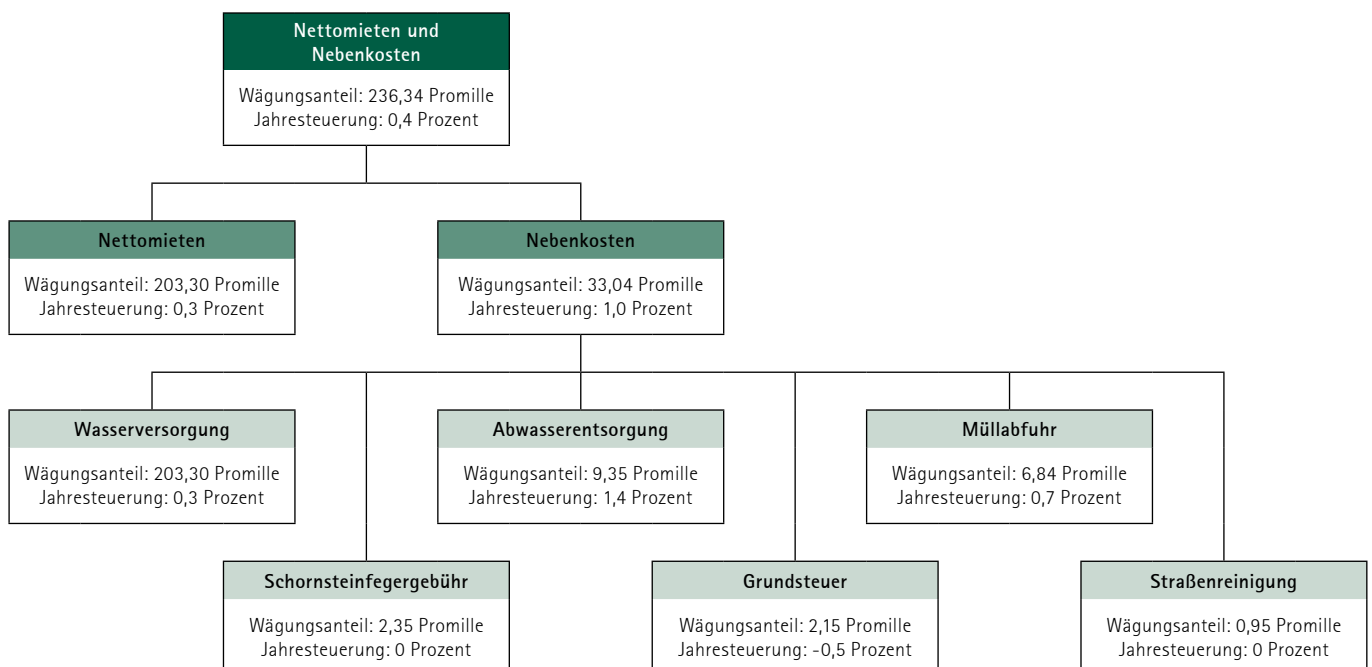
### Wohnungsmiete und -nebenkosten

Den größten Ausgabenanteil im Warenkorb der Verbraucherpreisstatistik nehmen die monatlichen Mietzahlungen einschließlich der Nebenkosten ein. Fast 24 Prozent des Haushaltsbudgets entfallen auf diese Positionen. Folglich wirkten sich die verhältnismäßig konstanten „Wohnungsnettomieten“ (0,3 Prozent) dämpfend im Gesamtindex aus. Die Nebenkosten erhöhten sich 2009 um ein Prozent aufgrund der zum 1. Januar wirksam gewordenen Änderungen in den Gebührenordnungen für die Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Müllabfuhr. Die Abbildung 6 verdeutlicht den Einfluss der einzelnen Positionen auf die Teuerung, indem es die Veränderungsrate in Verbindung mit den Wägungsanteilen auflistet.

### Bekleidung und Schuhe

Die Indizes in diesem Bereich (vgl. Abb. 5) unterliegen traditionell saisonalen Schwankungen. Obwohl der Gesetzgeber keine einheitlichen Termine für Sommer- und Winterschlussverkäufe mehr vorgibt, orientieren sich die Händler meist noch an den ursprünglichen Zeiten im Januar und Juni, beginnen allerdings mit den Abverkäufen schon im November bzw. Mai. Für die neuen Bekleidungs- und Schuhmodelle musste indes 2009 zwischen 2,5 und 3,5 Prozent mehr an finanziellen Mitteln eingeplant werden.

Abb. 6 Wohnungsmieten



## Haushaltsenergie

Überaus verbraucherfreundlich entwickelten sich im vergangenen Jahr die Preise für „Heizöl“. So kostete der Hektoliter durchschnittlich 30 Prozent weniger als 2008. Besonders günstig war die Befüllung des Öltanks im März, wo man nur 49 Cent für den Liter veranschlagen musste (s. Abb. 7). Im weiteren Jahresverlauf stieg der Preis wieder bis auf 58 Cent, lag aber immer noch rund 40 Prozent unter dem Höchststand vom Juli 2008.

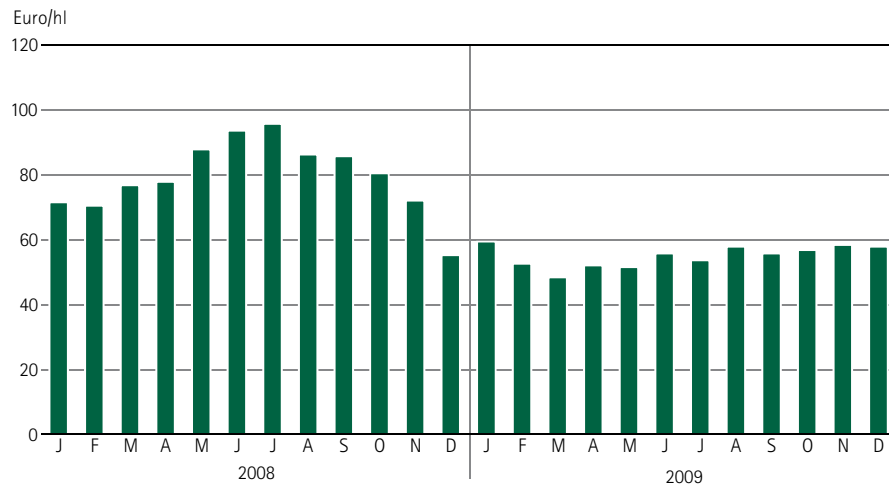
Flächendeckend im 1. Quartal passten die sächsischen Stromversorger ihre Tarife an. Während „Strom“ somit gut sieben Prozent teurer wurde, sanken die Gaspreise in Folge der Kopplung an den Rohölpreis über das Jahr um 2,3 Prozent. Bezieher von „Fernwärme“ konnten sich immerhin um die von Januar bis Dezember elfprozentige Verbilligung freuen, zahlten jedoch im Schnitt fast vier Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Mit dem Einsetzen der Heizperiode im Herbst 2009 kosteten „feste Brennstoffe“ schlagartig neun Prozent mehr (August auf September). Im Oktober schloss sich ein zusätzlicher Preisaufschlag von knapp zwei Prozent an. Über das Gesamtjahr gesehen und unter Beachtung der günstigen „Sommertarife“ blieben vier Prozent Teuerung zum Vorjahr übrig.

## Technische Geräte

Der bereits seit mehreren Jahren beobachtbare Preisverfall bei „audiovisuellen, fotografischen und Informationsverarbeitungsgeräten“ (-5,5 Prozent), „Telefon- und Telefaxgeräten“ (-6,2 Prozent) sowie „Haushaltsgeräten“ (-1,2 Prozent) setzte sich 2009 weiter fort. Im Einzelnen wirkte sich die Schnellebigkeit dieser Branche preislich folgendermaßen aus:

Abb. 7 Durchschnittliche Heizölpreise 2008 und 2009 in Sachsen



### „Haushaltsgroßgeräte“ (-1,2 Prozent):

- Waschmaschine: -3,3 Prozent,
- Wäschetrockner: -1,1 Prozent,
- Herd mit Backofen: -4,4 Prozent,
- Mobiltelefon: -7,5 Prozent,

### „Geräte für den Empfang, die Aufnahme und Wiedergabe von Ton und Bild“ (-8,4 Prozent):

- Fernseher: -28,8 Prozent,
- HiFi-Anlage: -4,1 Prozent,
- DVD-Recorder: -10,3 Prozent,

### „Foto- und Filmausrüstung, optische Geräte und Zubehör“ (-7,0 Prozent):

- Digitale Kamera: -9,7 Prozent,
- Digitaler Camcorder: -7,3 Prozent,

### „Informationsverarbeitungsgeräte“ (-9,0 Prozent):

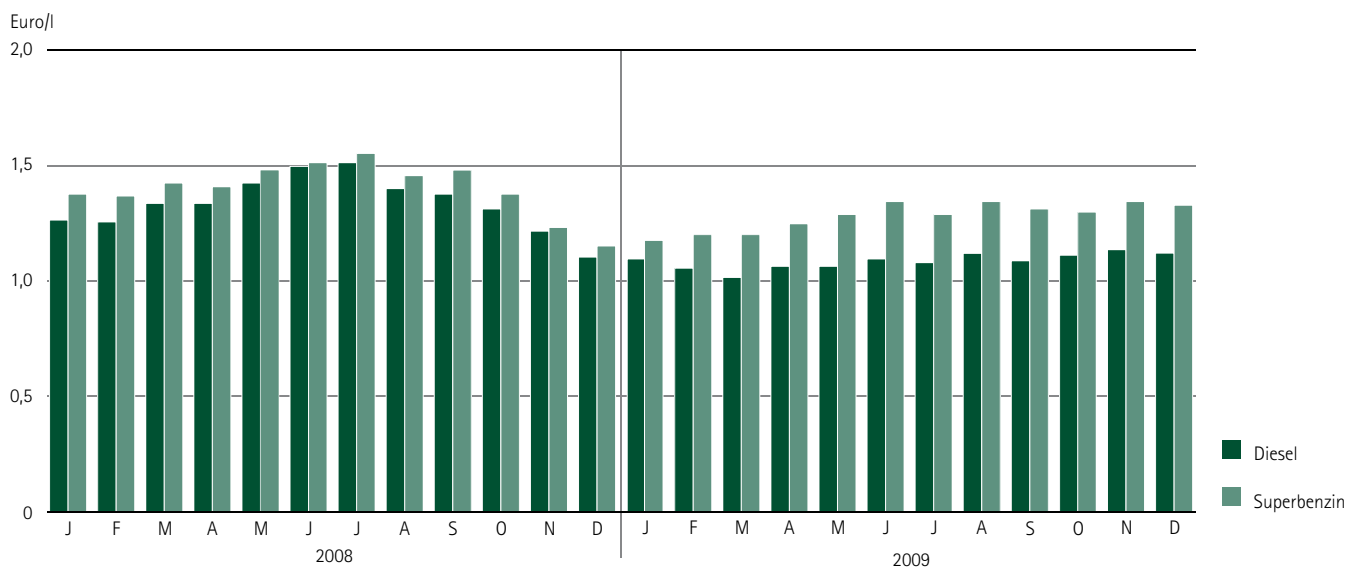
- Personalcomputer: -17,4 Prozent,
- Notebook: -17,1 Prozent,
- Monitor: -12,2 Prozent

Allein für „elektrische Kleingeräte“ (4,5 Prozent) wie „Mixer“ (6,0 Prozent) oder „Kaffeemaschinen“ (5,8 Prozent) war mehr als im Vorjahr zu zahlen. Ähnliches galt für „motorbetriebene Werkzeuge“ (1,6 Prozent). Dazu zählten u. a. „Rasenmäher“ (2,9 Prozent) und „Akkuschrauber“ (2,2 Prozent).

## Entlastung der Kraftfahrer

Der sogenannte „Kraftfahrpreisindex“, der alle Kosten rund um die Nutzung eines Fahrzeugs beinhaltet, sank im letzten Jahr um 2,3 Prozent. Einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatten die Preise an den sächsischen Tankstellen (-11,1 Prozent). Dabei wurden die Besitzer von Dieselfahrzeugen (-18,5 Prozent) stärker entlastet als die Halter von Pkws mit Ottomotoren (-8,7 Prozent). Im Jahresdurchschnitt fiel der Preis für den Liter „Diesel“ von 1,34 € auf 1,09 €, bei „Superbenzin“ von 1,40 € auf 1,28 € (vgl. Abb. 8).

Abb. 8 Durchschnittliche Kraftstoffpreise 2008 und 2009 in Sachsen





Der „Kauf eines neuen Pkw“ verteuerte sich 2009 um 0,4 Prozent. Durch den niedrigeren Schadstoffausstoß der neuen Modelle, was in der „Kfz-Steuer“ zum Tragen kommt, sank diese um ein halbes Prozent. Der Erwerb eines „Gebrauchtwagen“ verbilligte sich indes um gut drei Prozent, was in Verbindung mit der Abwrackprämie zu sehen war. Das gesparte Geld konnte unter Umständen hilfreich sein, wenn „Reparaturen und Inspektionen“ (4,4 Prozent) anstanden oder „Ersatzteile und Zubehör“ (3,7 Prozent) zu beschaffen waren. Daneben erhöhten sich noch die Policen für die „Kfz-Versicherung“ (1,5 Prozent) sowie die „Fahrschul- und Führerscheinegebühren“ (0,6 Prozent). Die Vermieter einer Garage oder eines Stellplatzes verlangten im Schnitt 0,7 Prozent mehr.

### Dienstleistungen

Fast 51 Prozent unseres Budgets geben wir jährlich für Dienstleistungen aus. Dazu zählen allerdings auch die „Nettomieten“. Ohne Einbeziehung dieser gewichtigen Position betrug der Preisanstieg 2009 lediglich 1,6 Prozent. Einen beispielhaften, detaillierten Einblick in die Preisentwicklung im Dienstleistungsbereich gibt die Tabelle 1.

### Fazit

Der Artikel konnte selbstverständlich nur einen begrenzten Einblick in das weite Feld der Preisbeobachtung auf der Stufe des Einzelhandels sowie für Dienstleistungen geben. Er zeigt jedoch, dass im Detail betrachtet ein ständiges Auf und Ab in der sächsischen Preis-, Tarif- und Gebührenlandschaft herrscht. Nicht alle 700 Warenkorbvertreter wie beispielsweise „Parkhausgebühren“ (3,9 Prozent) oder „Bilderbücher“

(3,1 Prozent) werden stetig teurer. In einigen Bereichen wird der Geldbeutel auch entlastet. So zum Beispiel bei „Mehl“ (-17,6 Prozent) oder „Hörbüchern“ (-23,8 Prozent).

Da der Gesamtindex ein gewichteter Mittelwert ist, der die Preisentwicklung über alle 700 Güter und Dienstleistungen widerspiegelt, sieht die individuelle Be-/Entlastung durchaus anders aus. Wer kein eigenes Fahrzeug besitzt, für den spielen gesunkene Benzinpreise keine Rolle. Relevant werden in diesem Fall Preiserhöhungen im Nah- und Fernverkehr.

Ein gutes Instrument, um diese Zusammenhänge zu verstehen, ist der „Persönliche Inflationsrechner“ des Statistischen Bundesamtes. Dieser ist unter der Internetadresse <http://www.destatis.de> im Bereich Verbraucherpreise zu finden. .

Franziska Hacker, Dipl.-Wirtsch.-Inf.,  
Referentin Preise

Tab. 1 Jahresteuierung 2009 ausgewählter Dienstleistungen

Dienstleistung	Wägungsanteil in Promille	Jahresteuierung in Prozent
Dienstleistungen insgesamt	507,00	1,1
darunter		
Wohnungsmieten	203,30	0,3
Verpflegungsdienstleistungen	32,12	2,0
Telefon- u. Telefaxdienstleistungen	27,12	-2,4
Pauschalreisen	25,93	4,2
Kulturdienstleistungen	15,80	3,6
Beherbergungsdienstleistungen	11,87	1,3
Dienstleistungen sozialer Einrichtungen	11,81	2,8
Friseurleistungen u. a. Dienstleistungen für die Körperpflege	9,58	1,7
Kombinierte Personenbeförderungsdienstleistungen	8,44	2,4
Sport- und Erholungsdienstleistungen	7,38	4,2
Zahnärztliche Dienstleistungen	5,59	1,4
Personenbeförderung im Schienenverkehr	5,53	3,7
Dienstleistungen für die Instandhaltung u. Reparatur der Wohnung	5,04	1,4
Personenbeförderung im Luftverkehr	2,58	1,1
Post- und Kurierdienstleistungen	2,28	1,2
Chemische Reinigung, Waschen u. Reparatur von Bekleidung	1,20	1,6
Personenbeförderung im Straßenverkehr	1,15	1,6
Reparatur an Haushaltsgeräten	0,79	3,6
Reparatur von Schuhen	0,29	3,9

# Zum kommunalen Finanzausgleich in Sachsen (SächsFAG)

## Vorbemerkungen

Mit der gesellschaftlichen Umgestaltung nach 1989 und dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik nach Artikel 23 GG [1] zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 ergaben sich für die Kommunen der neuen Bundesländer und damit auch für die Kommunen in Sachsen neue Bedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten, aber auch andere Verpflichtungen gegenüber den Bürgern. Das kommunale Haushaltswesen musste unter den veränderten Bedingungen neu aufgebaut und an die Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland angepasst werden.

Die eigenen Einnahmen der Kommunen reichten und reichen in den meisten Fällen für die Erfüllung der anstehenden Pflichtaufgaben nicht aus. Damit ist für viele Städte und Gemeinden auch die Erfüllung der freiwilligen Aufgaben nicht gewährleistet. Vor diesem Hintergrund bilden die Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich eine der wichtigsten Einnahmequellen der sächsischen Kommunen.

Im Artikel 28 Abs. 2 des Grundgesetzes sind hierzu die Grundlagen aufgezeigt: „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“ und „Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.“ [1] Im Grundgesetz sind ferner grundlegende Bestimmungen über die Verteilung der Steuern (Artikel 106) und den Finanzausgleich (Artikel 107) festgelegt. Dabei ist immer zu sichern: „dass die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen ausgeglichen wird; hierbei sind die Finanzkraft und der Finanzbedarf der Gemeinden (Gemeindeverbände) zu berücksichtigen.“ [2]

Weiterführend ist im Artikel 87 der Verfassung des Freistaates Sachsen [3] geregelt, dass der Freistaat dafür Sorge zu tragen hat, den kommunalen Trägern der Selbstverwaltung ihre Aufgabenerfüllung zu ermöglichen. Gleichzeitig ermöglicht dieser Verfassungssatz Artikel im Abs. 2 den Gemeinden und Landkreisen eigene Steuern und Abgaben zu erheben. Ziel dieses Zeitschriftenartikels ist es, die grundlegenden Inhalte und Mechanismen des sächsischen kommunalen Finanzausgleichs darzustellen. Dabei geht es zunächst um die Schilderung der Anfänge in den Jahren nach 1990. Angedeutet wird der Länderfinanzausgleich als Analogon zum kommunalen Finanzausgleich und letztendlich werden die Berechnungen zum kommunalen Finanzausgleich dargelegt.

## Rückblick

Die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben des Bundes in die Landesgesetzgebung und die verwaltungstechnische Anpassung an die Verhältnisse in Sachsen wurde schrittweise durchgeführt. In den Anfangsjahren von 1991 bis 1995 wurden die Zuweisungen und Auszahlungen entsprechend der jeweiligen Jahresgesetze zum kommunalen Finanzausgleich durch das Sächsische Staatsministerium der Finanzen (SMF) berechnet und durchgeführt. Diese Verfahrensweise sicherte eine schnelle und termingemäße Auszahlung der Mittel, war jedoch im SMF, aber auch in den Kommunen mit Mehraufwand verbunden. Der Mehraufwand ergab sich vor allem durch Sondererhebungen zur Ermittlung der für die Berechnungen der Steuerkraftmesszahlen benötigten Steuern und der Schülerzahlen. Die Meldungen der Steuern an das Staatsministerium der Finanzen waren an die Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer, die in jedem Quartal mit der Gewerbesteuerumlage verrechnet wird, gekoppelt. Aus

dieser praktischen Tatsache heraus ergab es sich, dass die Meldungen der Gewerbesteuer, und für die Berechnungen zum kommunalen Finanzausgleich auch der Grundsteuern, an das Finanzministerium in der Regel zeitlich etwas früher als die Meldung der komplexeren Kassenstatistik durch die Gemeinden an das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen erfolgten.

Mit der Sondererhebung durch das SMF neben den amtlichen Meldungen der Kommunen an das Statistische Landesamt kam es gleichzeitig zu teilweise erheblichen Unterschieden in der Höhe des jeweils gemeldeten Istaufkommens sowie der Hebesätze, die nach dem Vergleich zwischen Sondererhebung und amtlicher Kassenstatistik mit hohem Aufwand an der einen oder anderen Stelle korrigiert wurden.

Erste Überlegungen zur Auslagerung des Vollzugs des Finanzausgleiches aus dem SMF gab es im Mai 1994, nicht zuletzt aus dem Grund, dass die oberste Landesbehörde, das SMF, als vollziehende Verwaltungsbehörde fungierte und somit kein Widerspruchsverfahren möglich war. Es hätte im Widerspruchsfall sofort zur Klage führen müssen. In den ersten Jahren des Aufbaus einer Verwaltungsstruktur und eines sich erst herausbildenden Gemeindegewesens war die gewählte Vorgehensweise durchaus vertretbar, vielleicht sogar zunächst die optimale Lösung. Mit der Normalisierung der Verwaltungsstrukturen und -abläufe musste dann jedoch eine verwaltungsrechtlich und verwaltungstechnisch dauerhaft vertretbare Möglichkeit gefunden werden. Bei den Überlegungen wurde zunächst davon ausgegangen, wo die Ausgangsdaten für die Berechnungen herkommen und wer die Berechnungen durchführen kann bzw. soll. Eine nächste Überlegung betraf den Verwaltungsakt selbst. Das Statistische Landesamt sollte nicht als vollziehende Behörde fungieren. Hierfür boten sich die Regierungspräsidien,

die jetzigen Landesdirektionen, an. Somit gab es eine Teilung der Aufgaben. Mit der Datenbereitstellung und der Berechnung wurde das Statistische Landesamt beauftragt. Die Regierungspräsidien wurden, auch aufgrund ihrer bestehenden verwaltungsmäßigen Nähe zu den Kommunen als Aufsichtsbehörden, für die Bewirtschaftung der Zahlungsmittel, den Versand der Bescheide und die Widerspruchsbearbeitung vorgesehen.

Im Frühjahr 1995 gab es dazu mit allen Beteiligten im Statistischen Landesamt eine gemeinsame Abstimmung mit dem Ziel, die angedachten Veränderungen im Vollzug zum Finanzausgleichsgesetz (SächsFAG) und dem Gemeindefinanzreformgesetz (GFRG) vorzubereiten.

Neben dem SMF als der fachaufsichtlichen Behörde nahmen auch das Staatsministerium des Innern (SMI) als Dienstaufsichtsbehörde für das Statistische Landesamt und die Regierungspräsidien teil.

Es wurde eine Projektgruppe gebildet, die unter der fachlichen Leitung des SMF die Umsetzung der Verwaltungsvorschrift „über Verfahrensregelungen für die Berechnung, Auszahlung und Buchung bestimmter Zuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG)“ [4] vom Mai 1995 umsetzen sollte. Zeitgleich wurde im Statistischen Landesamt ein Referentenbereich zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes und des Gemeindefinanzreformgesetzes gebildet.

Nach der Aufbau- und Entwicklungsphase sind seit dem 1. Januar 1996 die nachgeordneten Behörden mit dem Vollzug des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes beauftragt. Die rechtlichen Grundlagen hierfür sind in der oben genannten Verwaltungsvorschrift in der neuesten Fassung vom Februar 2009 [5] zu finden.

### Der Länderfinanzausgleich

Wie in den Vorbemerkungen erwähnt, beschreibt der Artikel 107 GG die Grundregelungen zum Finanzausgleich zwischen den Ländern. Finanzpolitisch werden die Gemeinden als Bestandteil der Länder gezählt. Damit ergibt sich, dass zunächst die Verteilung der Finanzen zwischen dem Bund und den Ländern insgesamt erfolgt. Dabei ist eine Berücksichtigung finanzschwacher und finanzstarker Länder vorgesehen. In dieser Bewertung ist die Finanzstärke der Gemeinden mit einbezogen, da Länder mit finanziell gut ausgestatteten Gemeinden geringere eigene Mittel für die finanzielle Ausstattung ihrer Gemeinden aufwenden müssen. Grundsätzlich wird je Einwohner ein gleicher Finanzbedarf angesetzt. Da es jedoch Unterschiede zwischen den Stadtstaaten und den Flächenländern

sowie bei den Flächenländern zwischen den dichter und dünner besiedelten gibt, werden die Einwohnerzahlen mit einem Faktor fiktiv angepasst. Im kommunalen Finanzausgleich findet man diese fiktive Einwohneranpassung hinsichtlich der zentralörtlichen Funktion der größeren Gemeinden und der Kreisfreien Städte ebenfalls wieder.

Neben dem bundesstaatlichen Finanzausgleich steht der Finanzausgleich zwischen dem Land sowie den Gemeinden, Kreisfreien Städten und Landkreisen.

### Der kommunale Finanzausgleich

Die Gesetzgebungshoheit für den kommunalen Finanzausgleich liegt bei den Ländern. Die Beteiligung der sächsischen Kommunen an den Einnahmen wird durch den sogenannten **vertikalen** Gleichmäßigkeitsgrundsatz bestimmt. Er lautet: „Die Entwicklung der Gesamteinnahmen der sächsischen Kommunen aus Steuern (Realsteuern abzüglich Gewerbesteuerumlage, Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie anderen Steuern) sowie den Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich soll sich gleichmäßig zur Entwicklung der dem Freistaat verbleibenden Finanzmasse aus Steuern sowie dem Länderfinanzausgleich einschließlich Bundesergänzungszuweisungen, abzüglich der den Kommunen zufließenden Finanzausgleichsmasse im kommunalen Finanzausgleich, also zu seinen Gesamteinnahmen netto, gestalten.“ [6, S. 61] Damit wird die gleichmäßige Entwicklung der Einnahmen von Land und Kommunen bestimmt. Die so gebildete Finanzausgleichsmasse wird vor allem verwendet für:

- den Ausgleich für übertragene Aufgaben,
- den Ausgleich von Sonderlasten,
- das kommunale Vorsorgevermögen,
- Zuweisungen zum Ausgleich besonderen Bedarfs,
- Zweckzuweisungen für kommunale Investitionen und
- Schlüsselzuweisungen.

In den Anfangsjahren waren die Finanzausgleichsgesetze in Sachsen Jahresgesetze. Inzwischen ist das Gesetz in der derzeitigen Fassung ein Mehrjahresgesetz. [7] Der Freistaat Sachsen definiert darin seine Finanzbeziehungen zu den sächsischen Kommunen, also den Landkreisen, Kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden.

### Die Schlüsselzuweisung

Die Schlüsselzuweisung ist eine der wichtigsten Einnahmequellen für die Gemeinden, Kreisfreien Städte und Landkreise in Sachsen. Diese Zuweisung ist Ausdruck des höheren Finanzbedarfs einer Kommune im Vergleich zu ihrer Finanzausstattung und dient der Angleichung des Finanzniveaus zur Gewährleistung der Erfüllung der kommunalen Aufgaben der Landkreise, Kreisfreien Städte und Gemeinden.

Die gleichmäßige Entwicklung der Verteilung der Gesamtschlüsselmasse auf die drei kommunalen Ebenen Landkreise, Kreisfreie Städte und Gemeinden richtet sich nach dem **horizontalen** Gleichmäßigkeitsgrundsatz: „Die Gesamtschlüsselmasse wird in einem ersten Schritt so zwischen den Kreisfreien Städten und dem kreisangehörigen Raum aufgeteilt, dass sich die Pro-Kopf-Finanzkraft in beiden Räumen gleichmäßig entwickelt. Die Finanzkraft bestimmt sich dabei aus der Steuerkraft sowie den Schlüsselzuweisungen. In einem zweiten Schritt wird der auf den kreisangehörigen Raum entfallende Anteil an der Schlüsselmasse unter den Gemeinden und Landkreisen so aufgeteilt, dass die Pro-Kopf-Schlüsselzuweisungen beider Säulen gleichmäßig wachsen.“ [6, S. 63]

Der Finanzbedarf einer Kommune wird in einer Bedarfsmesszahl ausgedrückt, die zur Ermittlung der Schlüsselzuweisung der kommunalen Steuerkraft bzw. Umlagekraft gegenübergestellt wird. Für kreisangehörige Städte und Gemeinden (im Folgenden nur kreisangehörige Gemeinden genannt) und Kreisfreie Städte wird dafür eine Steuerkraftmesszahl berechnet. Für Landkreise hingegen wird als Finanzkraftgröße eine Umlagekraftmesszahl ermittelt (vgl. w. u.).

Ist die Bedarfsmesszahl größer als die Steuerkraftmesszahl bei Kreisfreien Städten und Gemeinden bzw. größer als die Umlagekraftmesszahl bei Landkreisen, so wird der Differenzbetrag zu 75 Prozent mit der Schlüsselzuweisung abgedeckt. Im umgekehrten Fall ist eine Kommune **abundant**<sup>1)</sup> und erhält keine Schlüsselzuweisungen, sondern muss ihre Aufwendungen vollständig aus den eigenen Einnahmen finanzieren. Nach dem Finanzausgleichsgesetz 2009 ist in dem Fall von den Gemeinden eine Finanzausgleichsumlage<sup>2)</sup> zu entrichten.

1) Ist für eine Gemeinde die Steuerkraftmesszahl größer als die Bedarfsmesszahl, so spricht man von einer **abundanten** Gemeinde.

2) Die Finanzausgleichsumlage ist nicht unumstritten. Zu dieser Frage sind zum Ende des Jahres 2009 noch Klagen von Gemeinden anhängig, die voraussichtlich erst 2010 zur Entscheidung kommen.

Die Schlüsselzuweisung wird auf volle Euro gerundet und berechnet sich somit wie folgt:

$$SLZ = (BMZ - SMZ) * 75 \%$$

bzw.

$$SLZ = (BMZ - UMZ) * 75 \%$$

SLZ Schlüsselzuweisung

BMZ Bedarfsmesszahl

SMZ Steuerkraftmesszahl für Kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden bzw.

UMZ Umlagekraftmesszahl für Landkreise

Den Stellenwert der Schlüsselzuweisung zu anderen Einnahmequellen zeigen die Abbildungen 1 und 2 zu den wichtigsten Einnahmen für die Kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden. In den Darstellungen wird deutlich, dass

1. die Schlüsselzuweisungen den größten Einnahmeposten darstellen,
2. die Gewerbesteuer einen bedeutenden Anteil mit, zumindest bis zum 1. Halbjahr 2009, steigender Tendenz<sup>3)</sup> bei den Einnahmen hat und
3. mit steigenden Steuern die Höhe der Schlüsselzuweisungen zurückgeht.

### Die Bedarfsmesszahl (BMZ)

Der Finanzbedarf einer Kommune wird in der Bedarfsmesszahl ausgedrückt. Sie orientiert sich hauptsächlich an der Anzahl der Einwohner, die entsprechend der Größe der Kommune gestaffelt mit einem Faktor (Prozentsatz), dem Hauptansatzfaktor, multipliziert wird. Das Ergebnis bildet den Hauptansatz.

Weiterhin gibt es in Sachsen einen Nebenansatz, den Schülernebenansatz. Damit wird für Kommunen, die Träger von Schulen sind, ein erhöhter Finanzbedarf für die Aufgabenerfüllung der Schulen eingeräumt. Haupt- und Nebenansatz bilden zusammen den Gesamtansatz:

$$GA = (HA+SNA)$$

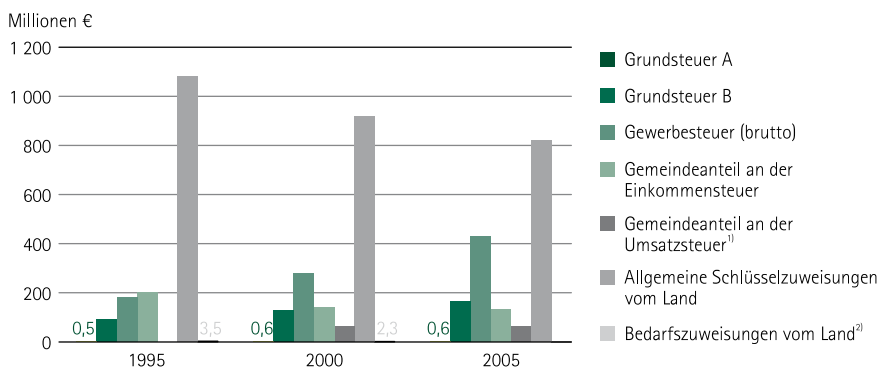
GA Gesamtansatz

HA Hauptansatz

SNA Schülernebenansatz

Die Bedarfsmesszahl (BMZ) ergibt sich aus dem Gesamtansatz multipliziert mit einem für die jeweilige Ebene der Landkreise, Kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden einheitlichen Faktor, dem sogenannten Grundbetrag:

**Abb. 1 Steuern, Schlüssel- und Bedarfzuweisungen der Kreisfreien Städte 1995, 2000 und 2005**

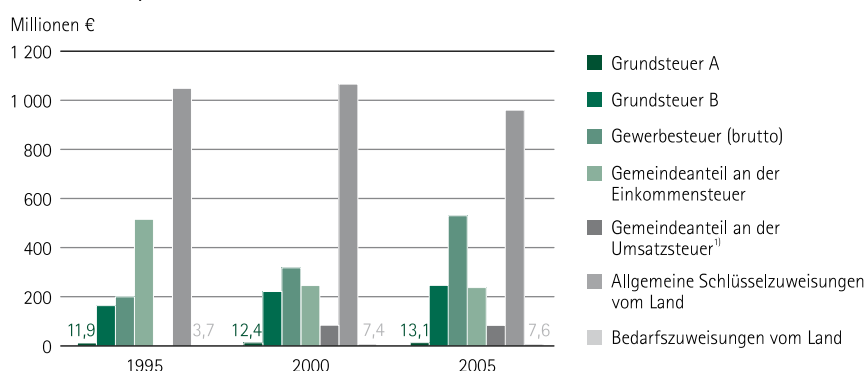


1) erst ab 1998

2) 2005 keine Bedarfzuweisungen vom Land

Datenquelle: Jahresrechnungsstatistik der Gemeinden/GV; Gebietsstand: 1. August 2008

**Abb. 2 Steuern, Schlüssel- und Bedarfzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden 1995, 2000 und 2005**



1) erst ab 1998

Datenquelle: Jahresrechnungsstatistik der Gemeinden/GV; Gebietsstand: 1. August 2008

$$BMZ = GA * GB$$

BMZ Bedarfsmesszahl

GA Gesamtansatz

GB Grundbetrag

### Der Hauptansatz

Die zentrale Größe des Hauptansatzes ist die Einwohnerzahl, die mit einem Hauptansatzfaktor vervielfältigt wird.

$$HA = EW * HAF$$

HA Hauptansatz

EW Einwohnerzahl

HAF Hauptansatzfaktor

Für Landkreise ist der Hauptansatzfaktor gleich 1 bzw. 100 Prozent, der Hauptansatz entspricht also der Einwohnerzahl. Es wird davon ausgegangen, dass eine zusätzliche Wichtung der Einwohnerzahl nicht notwendig ist, da das Aufgabenspektrum und die Umlandfunktion für alle Landkreise gleich sind.

Bei den kreisangehörigen Gemeinden und Kreisfreien Städten wird dagegen entsprechend ihrer Einwohnerzahl eine Staffelung

vorgenommen. Hier geht man davon aus, dass sich die zentralörtliche Funktion einer Gemeinde oder einer Kreisfreien Stadt mit steigender Einwohnerzahl erhöht. Die Aufgaben der Kommunen wachsen nicht nur durch die eigene Bevölkerung, sondern auch aus dem Umfeld heraus aufgrund einer wachsenden Umlandfunktion.

Die Wichtungsfaktoren werden auf Basis der Zuschussbedarfe (Einnahmen minus Ausgaben der Jahresrechnung) regelmäßig überprüft und ggf. korrigiert. Die Faktoren für die Kreisfreien Städte betragen gemäß § 10 Abs. 3 des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes ab 2009:

1. Dresden 102,5 Prozent,
2. Leipzig 102,5 Prozent,
3. Chemnitz 100 Prozent.[8]

Die kreisangehörigen Gemeinden werden dagegen in Größenklassen eingeteilt. In diesen Größenklassen werden die Hauptansatzfaktoren ebenfalls, wie zuvor beschrieben, festgelegt.

3) Aufgrund der allgemeinen Wirtschaftskrise sind die Gewerbesteuereinnahmen ab dem 2. Halbjahr 2009 rückläufig. Die weitere Entwicklung muss hier entsprechend abgewartet werden.

**Tab. 1 Hauptansatzstaffelung der kreisangehörigen Gemeinden 1998**

Gemeinden mit ... bis ... Einwohner	Hauptansatzfaktor
	%
bis 1 000	100
1 001 - 2 000	105
2 001 - 3 000	110
3 001 - 5 000	118
5 001 - 10 000	128
10 001 - 15 000	138
15 001 - 20 000	145
20 001 - 30 000	150
30 001 - 50 000	160

Datenquelle: Finanzausgleichsgesetz 1998

**Tab. 2 Hauptansatzstaffelung der kreisangehörigen Gemeinden 2009**

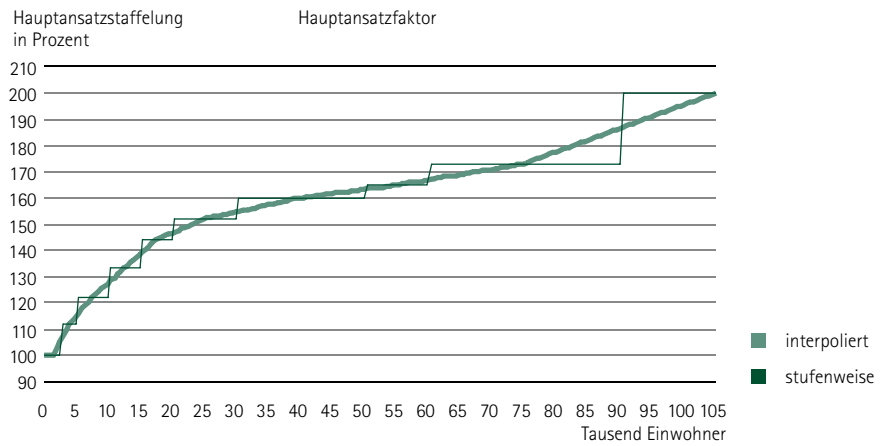
Gemeinden mit ... bis ... Einwohner	Mitte der Größenklasse	Hauptansatzfaktor
		%
bis 3 000	1 500	100
3 001 - 5 000	4 000	112
5 001 - 10 000	7 500	122
10 001 - 15 000	12 500	133
15 001 - 20 000	17 500	144
20 001 - 30 000	25 000	152
30 001 - 50 000	40 000	160
50 001 - 60 000	55 000	165
60 001 - 90 000	75 000	173
90 001 - 120 000	105 000	200

Datenquelle: Finanzausgleichsgesetz 2009

Bis zum Finanzausgleichsgesetz von 1998 gab es das sogenannte Stufenmodell (vgl. Tab. 1 und Abb. 3). Es wurde in der Größenklasse für jede dazugehörige Gemeinde der gleiche Hauptansatzfaktor angesetzt. Beispielsweise hatten 1998 Gemeinden mit 5 001 Einwohnern den gleichen Hauptansatz von 128 Prozent wie Gemeinden mit 10 000 Einwohnern, Gemeinden ab 10 001 Einwohnern jedoch bereits einen Sprung auf den Hauptansatzfaktor von 138 Prozent.

Seit 1999 ist im Sächsischen Finanzausgleichsgesetz das Interpolationsmodell gesetzlich verankert. Hierbei erfolgt die Berechnung des Hauptansatzfaktors mittels Interpolation von der Mitte einer Größenklasse zur Mitte der nächsten, wobei der untere Rand so definiert ist, dass von 1 bis 1 500 Einwohnern der Hauptansatzfaktor gleich 1 ist. Die Interpolation beginnt erst bei 1 501 Einwohnern. Der größte Mittelwert ist vom Gesetzgeber so gewählt, dass die Einwohnerzahl der einwohnerstärksten Gemeinde unterhalb dieses Wertes liegt, sonst wäre eine Berechnung nicht möglich (vgl. Tab. 2).

**Abb. 3 Hauptansatzfaktoren stufenweise und interpoliert**



Datenquelle: fiktiv berechnet auf Basis des Finanzausgleichsgesetzes 2009

Der Hauptansatzfaktor berechnet sich durch Interpolation mit der Formel:

$$HAF = HAF_U + \frac{(EW - MW_U)}{(MW_O - MW_U)} * (HAF_O - HAF_U)$$

- HAF Hauptansatzfaktor
- EW Einwohnerzahl
- HAF<sub>O</sub> Hauptansatzfaktor oben
- HAF<sub>U</sub> Hauptansatzfaktor unten
- MW<sub>O</sub> Mittelwert oben
- MW<sub>U</sub> Mittelwert unten

**Der Schülernebenansatz**

Für Gemeinden und Landkreise, die zu Beginn eines Haushaltsjahres Träger einer Schule sind, wird neben dem Hauptansatz ein Schülernebenansatz angerechnet. Der Schülernebenansatz hat nicht die Bedeutung des Hauptansatzes, drückt jedoch die Belastung der Gemeinde durch den Betrieb der Schule aus.

Ein vollständiger Ausgleich der entstehenden Belastungen einer Gemeinde für die Schule ist mit dem Nebenansatz nicht zu erreichen, zumal die Zuweisungen steuerkraftabhängig sind. Abundante Schulträgergemeinden erhalten keine Zuweisungen und damit auch keinen Ausgleich für die Schule. Viele Gemeinden haben zum Betrieb der Schulen Schulzweckverbände gegründet. Diese werden im Finanzausgleich nicht berücksichtigt, sondern nur Landkreise, Kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden. Daher haben Schulzweckverbände ihre Schülerzahlen nach einem von ihnen festgelegten Verteilerschlüssel auf die Kommunen aufzuteilen.

Basis für die Schülerzahlen des Schülernebenansatzes ist die amtliche Schulstatistik. Die Zuordnung der Schülerzahlen zu den Gemeinden wird dort erfasst. Für die einzelnen Schultypen sind im Finanzausgleichsgesetz unterschiedliche Wichtungsfaktoren festgelegt. Die seit 2007 angewendeten Faktoren sind in Tabelle 3 dargestellt.

Der Schülernebenansatz ergibt sich aus der Summe der Schüler, die für jeden Schultyp mit einem Faktor multipliziert, also gewichtet und anschließend mit dem Schülernebenansatzfaktor (Vervielfältiger) multipliziert werden. Mit dem Vervielfältiger wird das Verhältnis des Zuschussbedarfes der „gewichteten“ Schüler zum Zuschussbedarf der „veredelten Einwohner“ ausgedrückt. Der Vervielfältiger ist für jede kommunale Ebene, Landkreis, Kreisfreie Stadt oder kreisangehörige Gemeinde, getrennt ermittelt worden und im Gesetz angegeben. Im aktuellen Sächsischen Finanzausgleichsgesetz [7] gelten für Landkreise 220 Prozent, Kreisfreie Städte 83

**Tab. 3 Schüleransatzfaktoren**

Lfd. Nr.	Schulart	Schüleransatzfaktor
		%
1.	Grundschulen	100
2.	Abendmittelschulen	100
3.	Gymnasien, Abendgymnasien und Kollegs	85
4.	Berufsfachschulen, Fachschulen, Fachoberschulen, berufliche Gymnasien (Vollzeit)	112
5.	Berufsbildende Förderschulen	112
6.	Berufsfachschulen, Fachschulen, Fachoberschulen (Teilzeit)	45
7.	Förderschulen	
	zur Lernförderung	165
	für geistig Behinderte	498
	für Erziehungshilfe	297
	für Körperbehinderte	595
	für Blinde und Sehbehinderte	444
	für Hörgeschädigte	484
	Sprachheilschulen	166
	Krankenhauschulen	89

Datenquelle: Finanzausgleichsgesetz 2009

Prozent und kreisangehörige Gemeinden 179 Prozent. Damit stellt sich die Formel für den Schülernebenansatz so dar:

$$SNA = VV * \sum_{i=1}^n (SZ_i * WT_i)$$

SNA Schülernebenansatz  
 VV Vervielfältiger  
 SZ Schülerzahl  
 WT Wichtung für den Schultyp  
 n Anzahl der Schultypen

Förderschüler, die in anerkannten Integrationsmaßnahmen an allgemeinbildenden Schulen unterrichtet werden, gelten als Integrationsschüler und werden im Schülernebenansatz der anerkannten Förderschulart zugeordnet.

### Der Grundbetrag

Der Grundbetrag ist die zu bestimmende Größe im Gesamtsystem der Berechnung der Schlüsselzuweisungen, die erst nach Ermittlung aller zu ermittelnden Ausgangsgrößen berechnet werden kann. Ausgehend von den Berechnungen der Schlüsselzuweisung ergibt sich durch Umstellung nach dem Grundbetrag (GB) unter Betrachtung der Gesamtheit der Kommunen einer Ebene:

$$GB = \frac{\frac{SLM}{75\%} + \sum_{i=1}^n SMZ_i}{\sum_{i=1}^n HA_i + \sum_{i=1}^n SNA_i}$$

SLM Gesamtschlüsselmasse der Ebene  
 SMZ<sub>i</sub> Steuerkraftmesszahl Kommune i  
 HA<sub>i</sub> Hauptansatz Kommune i  
 SNA<sub>i</sub> Schülernebenansatz Kommune i  
 n Anzahl der Kommunen

Voraussetzung für die Gültigkeit der Formel ist jedoch, dass es keine abundanten Kommunen gibt, da im Abundanzfall der Differenzbetrag (BMZ ./ SMZ) als Negativbetrag gekappt und gleich Null gesetzt wird. Der Grundbetrag wird näherungsweise so bestimmt, dass die Schlüsselmasse (der zur Verteilung zur Verfügung stehende Geldbetrag) weitgehend ausgeschöpft und dann auf zwei Stellen nach dem Komma abgeschnitten und festgesetzt wird. Für jede kommunale Ebene wird ein eigener Grundbetrag berechnet.

### Die Steuerkraftmesszahl

Als Gegenstück zur Berechnung der Schlüsselzuweisung für Kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden steht dem Finanzbedarf, in Form der Bedarfsmesszahl, die Steuerkraftmesszahl als eigene, gewis-

Tab. 4 Nivellierungshebesätze 1995

Art der Gemeinde	Grundsteuer		Gewerbesteuer
	A	B	
	%		
Kreisfreie Städte	267,57	361,24	409,24
Kreisangehörige Gemeinden	240,76	322,26	349,55

Datenquelle: Festsetzungsbescheid 1995

sermaßen normierte Größe gegenüber. Zur Berechnung werden folgende Steuerarten angesetzt:

- a) Grundsteuer A und B
- b) Gewerbesteuer
- c) Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
- d) Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer.

Als Referenzzeitraum für das Ausgleichsjahr liegt das Steueraufkommen des 3. und 4. Quartals des Vorvorjahres und das 1. und 2. Quartal des Vorjahres zugrunde. Die Steuerkraft berechnet sich nach der Formel:

$$SMZ = GrStA + GrStB + GewSt - GU + GaEST + GaUSt$$

SMZ Steuerkraftmesszahl  
 GrStA Grundsteuer A (fiktiv)  
 GrStB Grundsteuer B (fiktiv)  
 GewSt Gewerbesteuer (fiktiv)  
 GU Gewerbesteuerumlage  
 GaEST Gemeindeanteil an der Einkommensteuer  
 GaUSt Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

Für die Grundsteuern und die Gewerbesteuer werden fiktive Istaufkommen berechnet, indem die Steuerbeträge mit einem festgesetzten Hebesatz (Nivellierungshebesatz) ange-

hoben bzw. gesenkt werden. Dazu werden die Steuergrundbeträge mit dem Nivellierungshebesatz multipliziert

$$GB = \frac{IST}{HS} * 100\%$$

und

$$fIST = GB * nivHS$$

GB Grundbetrag  
 IST Istaufkommen  
 HS Hebesatz in der jeweiligen Steuerart  
 fIST fiktives, nivelliertes Ist der Steuerart  
 nivHS Nivellierungshebesatz.

Die so ermittelte Gewerbesteuer wird um die Gewerbesteuerumlage für den Zeitraum gemindert.

### Der Nivellierungshebesatz

Bis zum FAG 1995 wurden als Nivellierungshebesätze die berechneten Landesdurchschnitte für jede Ebene und für jede Steuerart angesetzt. Der Landesdurchschnitt berechnet sich aus der Summe der Istaufkommen dividiert durch die Summe der Grundbeträge.

$$ldHS = \frac{\sum_{i=1}^n IST_i}{\sum_{i=1}^n GB_i}$$

Tab. 5 Nivellierungshebesätze 1996 bis 1998

Art der Gemeinde	Grundsteuer		Gewerbesteuer
	A	B	
	%		
Kreisfreie Städte			
Durchschnitt	273,49	387,71	424,82
abgerundet auf 10 Prozent	270	380	420
Kreisangehörige Gemeinden			
Durchschnitt	252,81	331,90	351,81
abgerundet auf 10 Prozent	250	330	350

Datenquelle: Festsetzungsbescheid 1996 bis 1998 und eigene Berechnungen



Tab. 6 Beispiel zur Berechnung der Umlagekraftmesszahl für Landkreise<sup>1)</sup>

Merkmal	Kreisumlagesatz	Umlagegrundlagen	Kreisumlage
	%	€	
Landkreis 1	24,30	70 907 137,43	1 723 043 439,55
Landkreis 2	25,21	81 121 509,97	2 045 073 266,34
Landkreis 3	24,93	78 223 450,34	1 950 110 616,98
Landkreis 4	26,10	87 454 065,25	2 282 551 103,03
Landkreis 5	26,73	43 412 463,70	1 160 415 154,70
Landkreis 6	23,54	113 611 932,88	2 674 424 900,00
Landkreis 7	24,65	52 330 480,95	1 289 946 355,42
Landkreis 8	23,65	46 229 743,52	1 093 333 434,25
Landkreis 9	25,35	91 558 275,30	2 321 002 278,86
Landkreis 10	24,74	92 923 283,65	2 298 922 037,50
<b>Summe</b>		<b>757 772 342,99</b>	<b>18 838 822 586,61</b>
		<b>gewogenes Mittel<sup>2)</sup></b>	
S Kreisumlage / S Umlagegrundlagen	24,860795	x	x
gerundet	24,86	x	x

1) Es sei noch einmal darauf hingewiesen, dass es sich bei den in der Tabelle enthaltenen Daten um fiktive Zahlen handelt.  
2) Das gewogene Mittel bildet sich aus der Summe der Kreisumlagen dividiert durch die Summe der Umlagegrundlagen.

IdHS landesdurchschnittlicher Hebesatz  
 $IST_i$  Istaufkommen im Referenzzeitraum  
 $GB_i$  Grundbetrag.

Die landesdurchschnittlichen Hebesätze für das Finanzausgleichsjahr 1995 sind aus der Tabelle 4 ersichtlich. Für 1996 wurden die landesdurchschnittlichen Hebesätze berechnet und auf volle 10 Prozent abgerundet (vgl. Tabelle 5). Die Nivellierungshebesätze aus 1996 hatten bis 1998 Bestand. Danach wurden die landesdurchschnittlichen Hebesätze jeweils auf den nächsten durch 5, ab 2007 durch 7,5 teilbaren Hebesatz abgerundet. Diese Regelung besteht noch, nur dass für die Kreisfreien Städte in 2009 die Hebesätze mit 307,5 Prozent, 540 Prozent und 450 Prozent für die Grundsteuern A und B und die Gewerbesteuer festgeschrieben sind [7].

**Die Einkommen- und Umsatzsteueranteile**  
 Für die Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer steht im Finanzausgleichsgesetz 2009 § 8 Abs. 2 Punkt 3 folgender Wortlaut: „als Steuerkraftzahl für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Umsatzsteuer, der Anteil, der sich nach den im Ausgleichsjahr geltenden Schlüsselzahlen ergibt.“[7] Das bedeutet, das Gesamtaufkommen am Gemeindeanteil an der Einkommensteuer für den Referenzzeitraum wird mit der Schlüsselzahl multipliziert, welche für die Gemeinde im Ausgleichsjahr der Finanzzuweisung gilt. Analog verhält es sich mit der Umsatzsteuer. Die Gemeindeanteile an der Umsatzsteuer gibt es erst seit dem 1. Quartal 1998.

### Die Umlagekraftmesszahl

Für Landkreise wird die eigene Finanzstärke durch die Umlagekraftmesszahl ausgedrückt. Sie berechnet sich für das Ausgleichsjahr aus der Summe der Umlagegrundlagen der zum Kreisgebiet gehörenden Gemeinden multipliziert mit dem gewogenen Landesdurchschnitt des Umlagesatzes der Kreisumlage. Dieser gewogene Landesdurchschnitt wird berechnet, indem das Gesamtaufkommen der Kreisumlage des vergangenen Ausgleichsjahres durch die Summe der Umlagegrundlagen für die kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise im vergangenen Jahr geteilt wird (vgl. Tabelle 6). Die Umlagegrundlagen für die Kreisumlage der Gemeinden berechneten sich bis 2008 aus den Steuerkraftmesszahlen und den allgemeinen Schlüsselzuweisungen der Gemeinden des Landkreises. Seit dem Finanzausgleichsjahr 2009 wird die Finanzausgleichsumlage entsprechend § 25a SächsFAG 2009 abgezogen und es werden ab 2011 die Auflösungsbeträge der Vorsorgerücklagen nach § 23 Abs. 3 Satz 9 dazugerechnet.

### Zusammenfassung und Ausblick

Die bisher ausgeführten Erläuterungen zum kommunalen Finanzausgleich in Sachsen beschreiben die Grundlagen der finanziellen Beziehungen zwischen dem Land und den Gemeinden sowie zwischen den Kommunen untereinander hinsichtlich der Schlüsselzuweisungen. Zum einen gibt es das Bestreben, die Kommunen selbst zu stärken, indem Anreize, für manche Gemeinden auch anfänglich als Zwänge betrachtet, geschaffen wurden (vgl. Nivellierungshebesätze). Zum anderen war und ist immer das Bestreben da, die Un-

terschiede zwischen den Kommunen dabei nicht zu groß werden zu lassen. Als Zeichen dafür wird die Schlüsselzuweisung entsprechend der eigenen steuerlichen Möglichkeit der Gemeinde, der Steuerkraft, berechnet und zugewiesen. Der Ausgleich erfolgt jedoch nur zu 75 Prozent, damit auch weiterhin ein Anreiz zur Stärkung der eigenen Finanzausstattung bleibt. Die Höhe einer Zuweisung ist dabei von einer Reihe unterschiedlicher Faktoren abhängig.

Die Anzahl der abundanten Gemeinden hat sich von anfänglich rund 15 Gemeinden nach kurzem Rückgang zur Jahrtausendwende in den letzten Jahren ab 2006 auf 25 bis 30 Gemeinden eingestellt. Der größere Teil der sächsischen Gemeinden erhält Zuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches. Weitere Darstellungen mit quantitativen Vergleichen bleiben einem späteren Beitrag vorbehalten.

Dipl.-Math. Dieter Beier,  
 Referent Gesamtwirtschaftliche Analysen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) in der im BGBl. Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2248).
- [2] Artikel 107 Abs. 2 GG.
- [3] Verfassung des Freistaates Sachsen in der Fassung vom 27. Mai 1992, Sächs. GVBl. Nr. 20/1992 vom 5. Juni 1992.
- [4] Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über Verfahrensregelungen für die Berechnung, Auszahlung und Buchung bestimmter Zuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) vom 4. Mai 1995, SächsABl. Nr. 26/95
- [5] Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über Verfahrensregelungen für die Berechnung, Auszahlung und Buchung bestimmter Zuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (VwV Verfahrensregelungen SächsFAG) vom 9. Februar 2009, SächsABl. Nr. 10/2009
- [6] Die Gemeinden und ihre Finanzen 2005, Sächsisches Staatsministerium der Finanzen.
- [7] Gesetz über den Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Finanzausgleichsgesetz – SächsFAG) i. d. F. d. Bek. vom 12.01.2009 SächsGVBl. Jg. 2009 Bl.-Nr. 2 S. 24
- [8] Sechstes Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vom 11. Dezember 2008, Sächs. GVBl. Nr. 18/2008 vom 23. Dezember 2008

# Die nichtöffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Sachsen 2007

## Vorbemerkungen

Zentrale Aufgaben der Gewässerschutzpolitik in Deutschland sind das ökologische Gleichgewicht der Gewässer zu bewahren (oder wiederherzustellen), die uneingeschränkte Versorgung mit Trinkwasser zu gewährleisten, eine umweltverträgliche Abwasserbehandlung und -einleitung sicherzustellen und alle Arten der Wassernutzung, die dem Gemeinwohl dienen, möglichst langfristig im Einklang mit dem Gewässerschutz zu sichern.

Neben der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung spielen der Einsatz und die Nutzung der natürlichen Ressource Wasser im nichtöffentlichen Bereich eine wesentliche Rolle bei der Gewässerschutzpolitik. Zum nichtöffentlichen Bereich zählen dabei Industrie- und landwirtschaftliche Betriebe, Betriebe des Dienstleistungssektors sowie Wärmekraftwerke. Unabdingbar für den erfolgreichen und umfassenden Schutz der Gewässer vor schädlichen Einflüssen durch industrielle Wassernutzung als auch für die Weiterentwicklung von Maßnahmen der Gewässerschutzpolitik sind gut strukturierte und belastbare Angaben zur Wassergewinnung der Unternehmen (Art des Wasservorkommens, Menge des gewonnenen/bezogenen Wassers), zum Wassereinsatz (Art der Nutzung und Verwendung), über die Art der Behandlung des industriellen Abwassers sowie zu dessen Verbleib. Diese Angaben sind eine Grundlage für die Bilanzierung der Wasserentnahme aus der Natur und die entsprechende Rückleitung des Abwassers (nach dem Einsatz bzw. der Nutzung im nichtöffentlichen Bereich). Sie sind auch Bestandteil des wasserwirtschaftlichen Gesamtbildes für Deutschland auf Bundes- und Länderebene. Mit der Novellierung des Umweltstatistikgesetzes (Gesetz zur Straffung der Umweltstatistik – UStatG) [1] im Jahr 2005 erfolgte auch eine grundlegende Umstellung der Methodik für die Erfassung von Daten zur nichtöffent-

lichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Während in den Erhebungen bis zum Berichtsjahr 2004 Wasseraufkommen, Wasserverwendung und Abwasserbeseitigung der Industrie (für ausgewählte Wirtschaftszweige) und Landwirtschaft sowie der Wärmekraftwerke jeweils separat betrachtet wurden, erfolgte ab Berichtsjahr 2007 die Zusammenfassung des gesamten (weil inhaltlich zusammengehörenden) nichtöffentlichen Bereichs. Dabei wurde die bisherige Eingrenzung der Berichtskreise auf bestimmte Wirtschaftszweige aufgehoben und die für die umweltpolitischen Belange wichtigen Aspekte Wassergewinnung und Abwassereinleitung in den Vordergrund gestellt. Gleichzeitig wurde durch die Neuregelung der Abschneidegrenzen erreicht, dass für die Gesamtbetrachtung unbedeutende Mengen kleiner Wassergewinner und Abwassereinleiter nicht mehr in die Erhebung einbezogen werden. Infolge der maßgeblichen Veränderung des fortan zu befragenden Berichtskreises und der Abschneidegrenzen wird eine Verbesserung von Datenqualität und Aussagekraft der Informationen angestrebt, da nun nahezu alle relevanten Wasserentnahmen und Abwassereinleitungen großer Unternehmen erfasst werden. Allerdings sind dadurch die Ergebnisse ab dem Berichtsjahr 2007 mit den vorangegangenen Erhebungen bis 2004 nicht mehr unmittelbar vergleichbar.

Hauptnutzer der Ergebnisse sind das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), die Länderministerien Ressort Umwelt, das Umweltbundesamt (UBA), die Umweltökonomische Gesamtrechnung der Länder (UGRdL), das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat) sowie die Fachbehörden der Länder. Weitere Nutzer sind Verbände und Vereinigungen mit Bezug zur Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Forschungseinrichtungen und sonstige private Nutzer.

Die im Rahmen dieser Statistik erhobenen Daten dienen auch als Grundlage für die Durchführung der Wasserflussrechnungen im Bereich der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR). Ziel dabei ist es, den gesamten Wasserfluss in wirtschaftlicher Untergliederung sowohl nach Produktions- als auch Wirtschaftsbereichen darzustellen, beginnend mit der Wasserentnahme aus der Natur, den Übergang des Wassers in das wirtschaftliche System bis zur Wasserabgabe zurück an das natürliche System. Grundsätzlich sollen dabei alle für den Wirtschaftsprozess relevanten Wasser- und Abwasserströme vollständig bilanziert werden. Dieses Ziel wurde im Qualitätsbericht zur Erhebung festgeschrieben. [2]

## Methodische und inhaltliche Hinweise

Die Erhebung der nichtöffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wird ab dem Berichtsjahr 2007 in dreijährigem Turnus durchgeführt. Erfasst werden das Wasser- und Wasseraufkommen, die Wasserverwendung und Wassernutzung sowie die Ableitung des Abwassers und seine Behandlung in betriebseigenen Abwasserbehandlungsanlagen.

Auskunftspflichtig sind ab 2007 alle Betriebe des nichtöffentlichen Bereiches, die

- im Berichtsjahr mindestens 2 000 Kubikmeter Wasser gewinnen (Landwirtschaft mindestens 10 000 Kubikmeter),
- Wasser oder Abwasser direkt in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund einleiten oder
- Wasser aus dem öffentlichen Netz oder von anderen Betrieben in Höhe von mindestens 10 000 Kubikmeter beziehen.

Entsprechend der Klassifikation der Wirtschaftszweige umfasst die Erhebung zur Wasserversorgung und Abwasserentsorgung im nichtöffentlichen Bereich die Abschnitte A (Land- und Forstwirtschaft), C (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden), D (Verarbeitendes Gewerbe), EA (Energie- und Wasserversorgung) und OA (Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen).

Im Abschnitt A (Land- und Forstwirtschaft) werden nur landwirtschaftliche Betriebe ab einer Eigengewinnung von mindestens 10 000 Kubikmeter Wasser einbezogen. Abwassermengen werden hier nicht erhoben. Der Ab-

schnitt EA (Energie- und Wasserversorgung) enthält nur Wärmekraftwerke, die für die öffentliche Versorgung Elektrizität erzeugen. Im Wirtschaftszweig 92 (Kultur, Sport und Unterhaltung) werden unter anderem aufgrund der Bewässerungsmengen erhebungsrelevante Berichtseinheiten erfasst (Zoos, Golfanlagen und Botanische Gärten). Im Wirtschaftszweig 93 (Erbringung von sonstigen Dienstleistungen) sind überwiegend Erlebnisbäder sowie Wäschereien enthalten. Die Daten werden jeweils zum Gebietsstand 31. Dezember des Berichtsjahres erhoben.

Im nachfolgenden Text beziehen sich alle Ergebnisdarstellungen grundsätzlich nur auf

den nichtöffentlichen Bereich. Die Ergebnisdarstellung zur öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung erfolgte bereits im Heft 1/2010 dieser Zeitschrift.

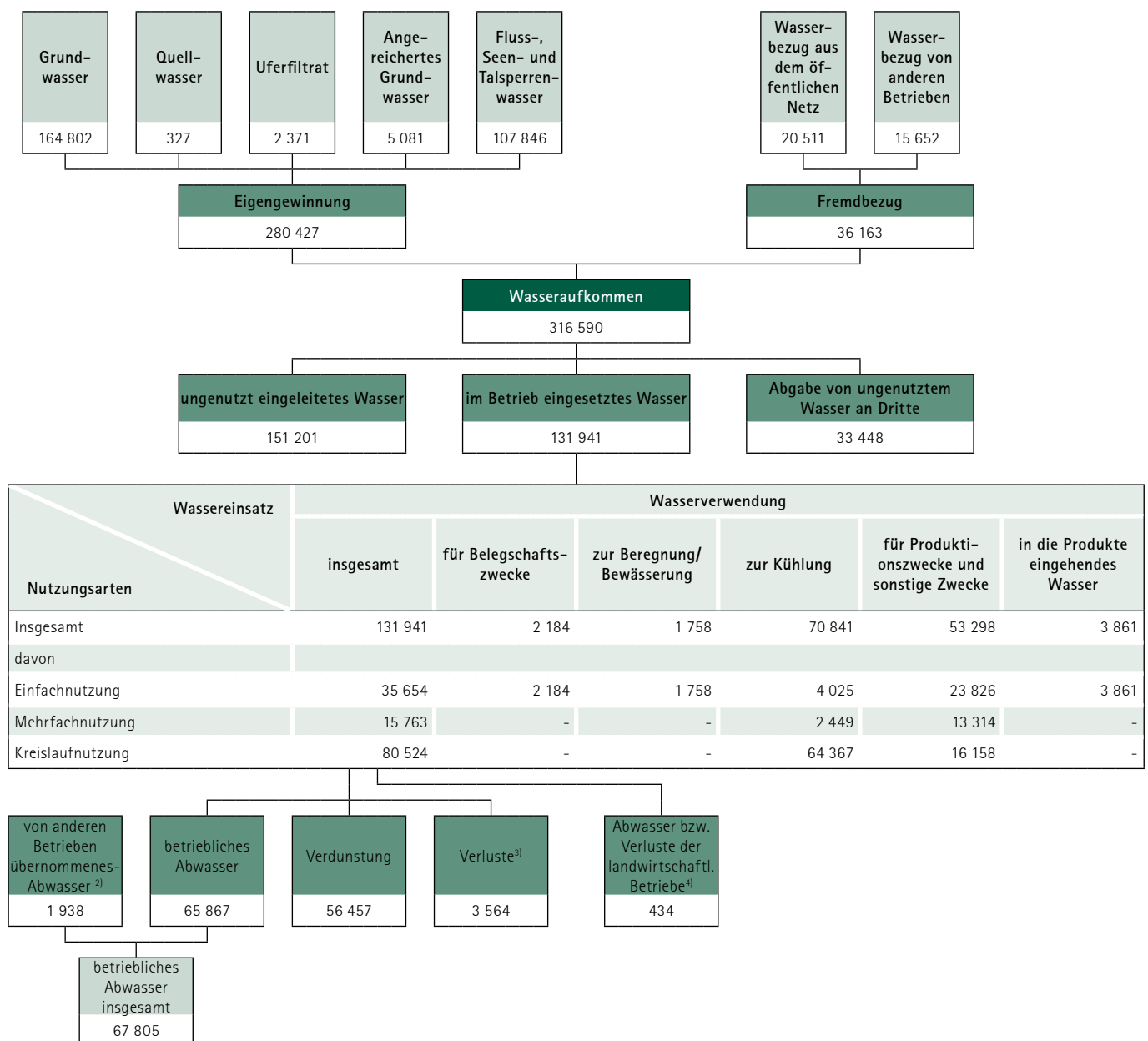
### Situation der nichtöffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung 2007 in Sachsen

#### Wasseraufkommen in Sachsen

Die strukturelle Darstellung der nichtöffentlichen Wasserversorgung in Sachsen erfolgt in der nachfolgenden Abbildung zum Wasseraufkommen und -verwendung.

#### Struktur der nichtöffentlichen Wasserwirtschaft 2007

Teil 1: Wasseraufkommen und Verwendung<sup>1)</sup> (in 1 000 m<sup>3</sup>)



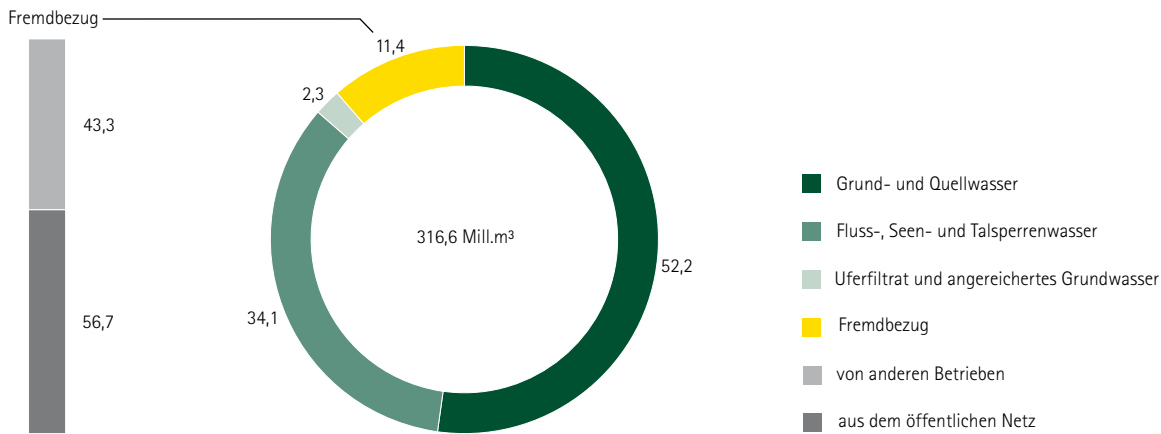
1) Differenzen ergeben sich durch das Runden der Zahlen.

2) einschließlich Übernahme von kommunalem Abwasser

3) Saldo: im Betrieb eingesetztes Wasser minus Wasser zur Beregnung/Bewässerung minus in die Produkte eingehendes Wasser minus betriebliches Abwasser minus Verdunstung minus Abwasser und Verluste der landwirtschaftlichen Betriebe

4) gemäß Wassereinsatz der landwirtschaftlichen Betriebe für sonstige Zwecke

**Abb. 1 Wasseraufkommen in den Betrieben des nichtöffentlichen Bereiches in Sachsen 2007**  
in Prozent



Im Berichtsjahr 2007 wurden in Sachsen insgesamt 536 Betriebe des nichtöffentlichen Bereiches befragt. Ihr Wasseraufkommen betrug 316,6 Millionen Kubikmeter (Abb. 1). Die Struktur der nichtöffentlichen Wasserwirtschaft in Sachsen wurde dabei zum überwiegenden Teil durch die drei Braunkohlentagebaue geprägt, welche mit 163,7 Millionen Kubikmeter etwas mehr als die Hälfte des gesamten Wasseraufkommens erbrachten. Der Sanierungsbergbau wurde in die Betrachtung nicht einbezogen. Zusammen mit dem Wirtschaftszweig Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau (64 Betriebe mit 10,8 Millionen m<sup>3</sup>) ergab sich ein Anteil von 55,1 Prozent am Wasseraufkommen insgesamt. Die neun Wärmekraftwerke (Bereich Energieversorgung), die die Versorgung der sächsischen Bevölkerung mit Strom sicherstellen, erbrachten mit 74,4 Millionen Kubikmeter nahezu ein Viertel des Wasseraufkommens in Sachsen. Knapp ein Fünftel des Wasseraufkommens (61,2 Millionen m<sup>3</sup>) entfiel auf die 373 Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes. Den höchsten Anteil hatten hierbei die Betriebe der chemischen Industrie (27,2 Prozent), das

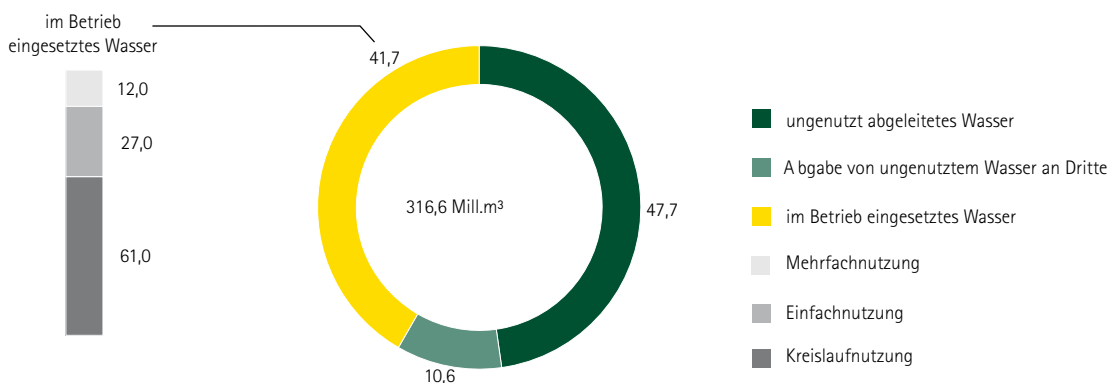
Papiergewerbe (23,5 Prozent) und das Ernährungsgewerbe einschließlich Tabakverarbeitung (16,7 Prozent). Im Bereich Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen wurden 57 Betriebe befragt. Sie wiesen einen Anteil von lediglich 1,6 Prozent am Wasseraufkommen auf. Die 30 befragten landwirtschaftlichen Betriebe (erfasst ab 10 000 m<sup>3</sup> Eigengewinnung je Betrieb) erbrachten sogar nur 0,4 Prozent. Das Wasseraufkommen in Sachsen wurde zu 88,6 Prozent durch Eigengewinnung abgedeckt (280,4 Millionen m<sup>3</sup>). Der größte Mengenanteil (58,8 Prozent) bestand hierbei aus Grund- und Quellwasser; 38,5 Prozent waren Fluss-, Seen- und Talsperrenwasser, 1,8 Prozent angereichertes Grundwasser und 0,8 Prozent Uferfiltrat. Lediglich 11,4 Prozent der von den Betrieben benötigten Wassermenge wurde bezogen, darunter etwas mehr als die Hälfte aus dem öffentlichen Netz. Den größten Anteil an der Eigengewinnung wies der Braunkohlenbergbau mit 58,4 Prozent (163,6 Millionen m<sup>3</sup>) auf. Fast die gesamte Menge (154,7 Millionen m<sup>3</sup>) wurde dabei aus dem Grundwasserreservoir gewonnen

(notwendig durch Grundwasserabsenkung in den Tagebauen zur Trockenhaltung der Talsohle). Ein Viertel der insgesamt gewonnenen Menge (73,9 Millionen m<sup>3</sup>) entfiel auf den Bereich Energieversorgung, wobei fast ausschließlich Fluss-, Seen- und Talsperrenwasser entnommen und aufbereitet wurde.

#### Wasserverwendung und Wassernutzung in Sachsen

Vom gesamten Wasseraufkommen wurde fast die Hälfte (151,2 Millionen m<sup>3</sup>) ungenutzt in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund abgeleitet. Diese Wassermenge stammte nahezu vollständig aus Maßnahmen der Grundwasserabsenkung zwecks Trockenhaltung der Talsohle, darunter 147,5 Millionen Kubikmeter (97,6 Prozent) aus Braunkohlentagebauen und 2,6 Millionen Kubikmeter (1,7 Prozent) aus Gruben und Steinbrüchen, die der Gewinnung von Steinen und Erden dienen. Etwa ein Zehntel des Wasseraufkommens (33,4 Millionen m<sup>3</sup>) wurde ungenutzt an Dritte abgegeben. Die Menge entfällt fast vollständig und zu nahezu gleichen Teilen auf den Braunkohlentagebau (Abgabe an Sanierungsbergbau) sowie auf den Bereich Ener-

**Abb. 2 Wasserverwendung in den Betrieben des nichtöffentlichen Bereiches in Sachsen 2007**  
in Prozent



gieversorgung (Abgabe an Fischaufzucht und an chemische Industrie).

Damit reduzierte sich der Anteil der tatsächlich in den Betrieben des nichtöffentlichen Bereiches eingesetzten Wassermenge auf 41,7 Prozent (131,9 Millionen m<sup>3</sup>). Einen annähernd gleichen Wasserverbrauch mit jeweils rund 58 Millionen Kubikmeter (jeweils anteilig 44 Prozent vom Wassereinsatz insgesamt) wiesen hierbei die Bereiche Energieversorgung sowie das Verarbeitende Gewerbe insgesamt aus.

Von der im Verarbeitenden Gewerbe eingesetzten Wassermenge (58,3 Millionen m<sup>3</sup>) wurde mehr als ein Viertel (16,0 Millionen m<sup>3</sup>) in der chemischen Industrie verbraucht. Auf das Papiergewerbe entfielen 24 Prozent (13,9 Millionen m<sup>3</sup>). Knapp 17 Prozent (10,1 Millionen m<sup>3</sup>) kamen im Ernährungsgewerbe einschließlich Tabakverarbeitung zum Einsatz. Damit wurden in diesen drei wasserintensiven Branchen mehr als zwei Drittel (40,0 Millionen m<sup>3</sup>) der Wassermenge des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt verbraucht.

27,0 Prozent (35,7 Millionen m<sup>3</sup>) des in Betrieben des nichtöffentlichen Bereiches eingesetzten Wassers wurden ohne Wieder- oder Weiterverwendung nur **einmalig** genutzt (für produktions- und sonstige Zwecke, zur Kühlung, als in die Produkte eingehendes Wasser, für Belegschaftszwecke sowie zur Beregnung oder Bewässerung).

Bei zwölf Prozent (15,8 Millionen m<sup>3</sup>) der

eingesetzten Wassermenge erfolgte die Nutzung **nacheinander für verschiedene Zwecke** (Mehrfachnutzung). Knapp zwei Drittel (80,5 Millionen m<sup>3</sup>) diente der Erstbefüllung oder als Zusatzwasser für Kreislaufsysteme. Hier dominierte klar der Energiebereich mit einem Anteil von 72,7 Prozent (58,3 Millionen m<sup>3</sup>). Diese Menge wurde fast vollständig zur Kühlung von Stromerzeugungsanlagen eingesetzt.

### Abwasserableitung und Abwasserbehandlung in Sachsen

Die strukturelle Darstellung der nichtöffentlichen Abwasserentsorgung in Sachsen erfolgt im Schaubild zu Einleitung von Abwasser und ungenutzter Wassermenge.

Durch die wirtschaftliche Nutzung fielen insgesamt 67,8 Millionen Kubikmeter Abwasser an, davon 71,0 Prozent (48,1 Millionen m<sup>3</sup>) als produktionspezifisches und sonstiges Abwasser. Knapp ein Viertel der betrieblichen Abwassermenge (15,6 Millionen m<sup>3</sup>) stammte aus Kühlsystemen, 3,2 Prozent (2,2 Millionen m<sup>3</sup>) aus sanitären Einrichtungen und Kantinen. 1,9 Millionen Kubikmeter Abwasser (2,9 Prozent) wurden von anderen Betrieben und kommunalen Einrichtungen übernommen.

71,6 Prozent (34,4 Millionen m<sup>3</sup>) des produktionspezifischen Abwassers stammten von Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes, darunter ein Drittel (11,6 Millionen m<sup>3</sup>) vom Papiergewerbe.

Knapp ein Viertel der ab- und weitergeleiteten Abwassermenge insgesamt stammte aus Kühlsystemen. Mehr als die Hälfte dieser Menge (8,8 Millionen m<sup>3</sup>) entfiel auf den Energiebereich.

Ein Drittel (22,3 Millionen m<sup>3</sup>) des betrieblichen Abwassers insgesamt wurde unbehandelt und direkt in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund eingeleitet. 62,5 Prozent dieser Menge (13,9 Millionen m<sup>3</sup>) war Abwasser aus Kühlanlagen, 37,2 Prozent (8,3 Millionen m<sup>3</sup>) fielen als produktionspezifisches Abwasser an. Letzteres stammte fast vollständig (8,1 Millionen m<sup>3</sup>) aus dem Wirtschaftszweig Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (bedingt durch Nassförderung mit Kieswäsche).

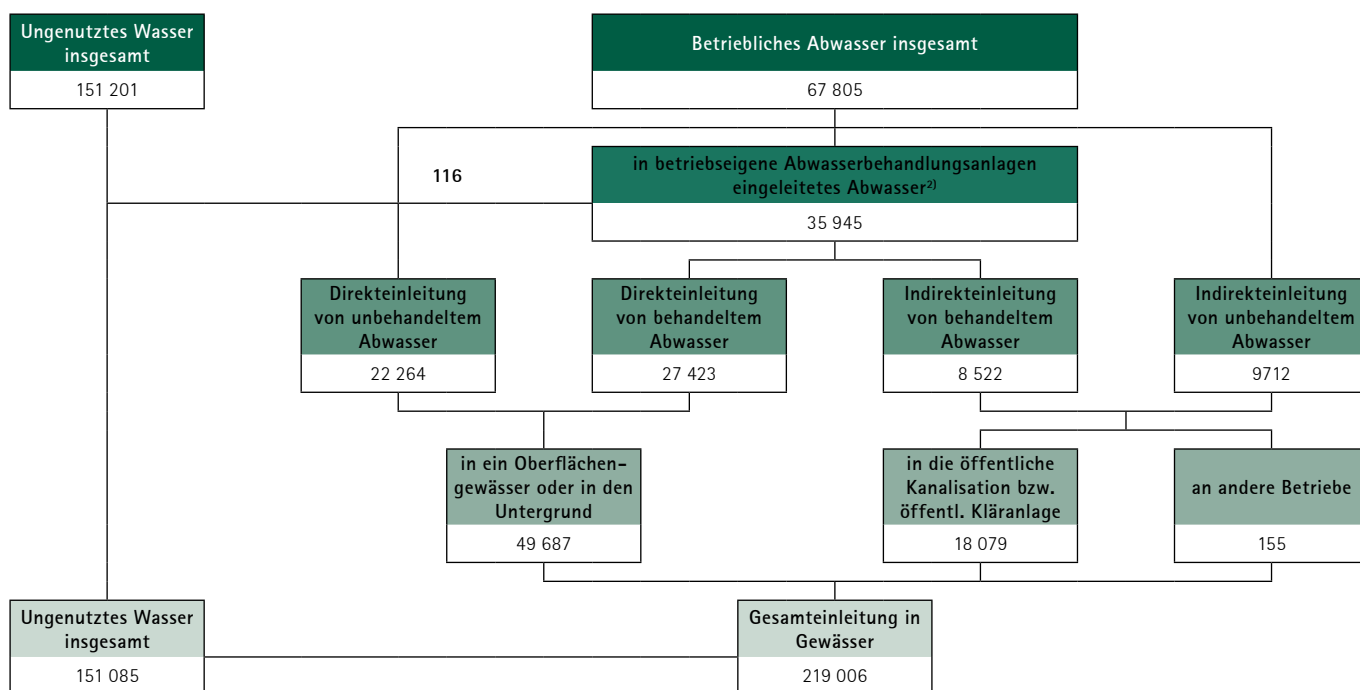
14 Prozent (9,6 Millionen m<sup>3</sup>) vom betrieblichen Abwasser insgesamt wurden unbehandelt der öffentlichen Kanalisation bzw. öffentlichen Kläranlagen zugeführt (Indirekteinleitung). Bei 0,2 Prozent (0,1 Millionen m<sup>3</sup>) erfolgte eine Weiterleitung an andere Betriebe.

Mehr als die Hälfte (35,8 Millionen m<sup>3</sup>) des betrieblichen Abwassers insgesamt wurde in betriebseigene Abwasserbehandlungsanlagen eingeleitet.

76,3 Prozent des behandelten Abwassers (27,4 Millionen m<sup>3</sup>) wurden direkt in ein Oberflächengewässer bzw. in den Untergrund abgeleitet, der Rest gelangte in die öffentliche Kanalisation.

## Struktur der nichtöffentlichen Wasserwirtschaft 2007

Teil 2: Einleitung von Abwasser und ungenutztem Wasser<sup>1)</sup> (in 1 000 m<sup>3</sup>)

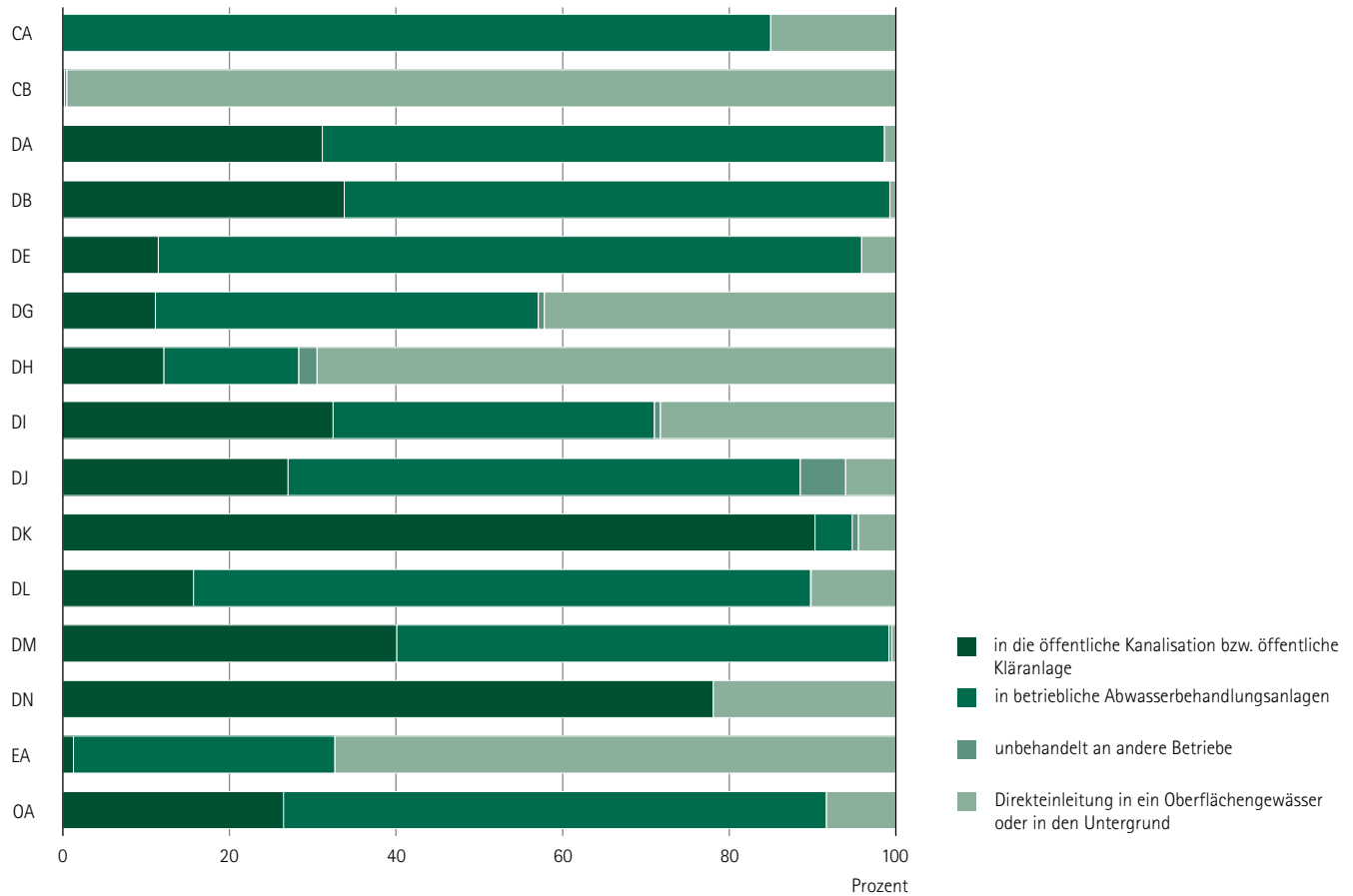


1) Differenzen ergeben sich durch das Runden der Zahlen.

2) einschließlich 116 000 m<sup>3</sup> ungenutztes Wasser



Abb. 3 Ableitung von betrieblichem Abwasser in den Betrieben des nichtöffentlichen Bereiches des Freistaates Sachsen 2007 nach Wirtschaftszweigen<sup>1)</sup>



1) Unterabschnitte der Wirtschaftszweigsystematik 2003

Beim Ableiten industrieller Abwässer in die Kanalisation, dem Behandeln in Abwasserbehandlungsanlagen sowie dem Einleiten in ein Oberflächengewässer müssen sowohl die Gewässer als auch der Boden vor schädlichen Verunreinigungen geschützt werden. Die hierfür geltenden rechtlichen Anforderungen setzen die zuständigen Wasserbehörden in Sachsen gegenüber den Betreibern dieser Anlagen mit Hilfe von Erlaubnissen zur Einleitung von Abwasser und Genehmigungsverfahren für Abwasserbehandlungsanlagen um. Einleitungen werden regelmäßig – (mindestens jedoch zweimal im Jahr) darauf hin überprüft, ob die Anforderungen der Einleiterlaubnis eingehalten werden. Dazu wird u. a. eine Abwasserprobe entnommen und durch ein staatliches oder staatlich anerkanntes Labor auf die Stoffe untersucht, für die in der Einleiterlaubnis Höchst- und Überwachungswerte festgelegt sind.

Susanne Stoll, Referentin für Umweltstatistiken

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Gesetz zur Straffung der Umweltstatistik vom 16. August 2005 (BGBl. I, S. 2446)
- [2] Qualitätsbericht Erhebung der nichtöffentlichen Wasserversorgung und der nichtöffentlichen Abwasserbeseitigung 2007, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2008

# Das neue Steuerstatistische Gesamtsystem

## Informationsbedarf an steuerstatistischen Daten hat sich geändert

Steuerstatistiken informieren Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit über die wichtigste Einnahmequelle des Staates. Gerade in der gegenwärtigen Zeit steigt ihre Bedeutung zur Beurteilung der Effekte geplanter Steuerreformen. Insbesondere zur Gestaltung der Steuerpolitik und zur Analyse der Auswirkungen steuerrechtlicher Reformen wird dringend umfangreiches Datenmaterial in höchster Qualität benötigt. Bisher wurden die Steuerstatistiken jedoch nur in mehrjährigen Abständen auf gesetzlicher Grundlage [1] dezentral in den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Statistiken mit mehrjähriger Periodizität können die Gesetzesfolgen von Steuerrechtsänderungen jedoch nicht ausreichend abbilden. Durchgängige Zeitreihenbetrachtungen sind bisher nicht möglich. Um den steigenden Informationsbedarf des Gesetzgebers annähernd befriedigen zu können, werden diese Bundesstatistiken in Zukunft nun durch jährliche Geschäftsstatistiken des Statistischen Bundesamtes ergänzt. [2]

## Neue gesetzliche Grundlagen wurden geschaffen

Zur Deckung der sowohl qualitativ als auch quantitativ gestiegenen Informationsbedürfnisse hat der Gesetzgeber geregelt, dass ab dem Veranlagungszeitraum 2008 für sämtliche Steuerstatistiken jährlich Daten vorliegen müssen. Im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2008 [3] wurde die Periodizität der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik ab Veranlagungszeitraum 2008 von fünfjährlich auf jährlich verkürzt. Die dreijährliche Statistik über die Personengesellschaften/Gemeinschaften wird zukünftig jährlich aufbereitet. Die neu eingeführte Umsatzsteuerstatistik auf

Basis der Veranlagungen komplettiert ab Veranlagungszeitraum 2006 das System der Steuerstatistiken. Diese jährliche Statistik gestattet einen tiefen Einblick in die gesamte Wirtschaftsstruktur. Sie ist die mit Abstand umfangreichste Unternehmenssteuerstatistik. Bestehende Datenlücken durch die noch dreijährliche Periodizität der Lohn- und Einkommensteuerstatistik, der Körperschaft- und Gewerbesteuerstatistik werden durch Geschäftsstatistiken des Statistischen Bundesamtes gefüllt. Zur Sicherstellung künftiger, noch umfangreicherer statistischer Auswertungen wurden zudem die Merkmalskataloge einzelner Steuerstatistiken erweitert. Ziel der Gesetzesänderung ist die Verfügbarkeit von jährlichem, vergleichbarem und qualitativ hochwertigem Datenmaterial aus Steuerstatistiken.

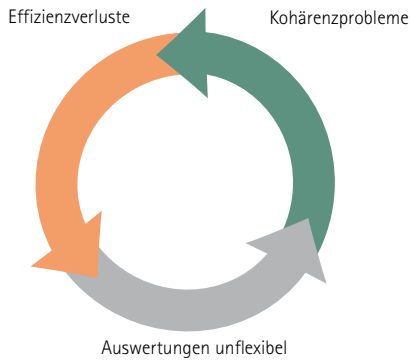
## Diskrepanz zwischen Aufgabenzuwachs und Ressourcen

Der Zuwachs der Aufgabenfülle bei der Erstellung der Steuerstatistiken ist mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht zu leisten. Zudem bergen die Steuerstatistiken in der momentanen Abarbeitung weitere Probleme. Die Plausibilisierung und Aufbereitung der Steuerstatistiken erfolgt in getrennten Datenbanken mit verschiedenen, teils veralteten Werkzeugen. Die einzelnen Statistiken werden starr nebeneinander abgearbeitet ohne über vergleichbare Merkmale miteinander zu „kommunizieren“. Ähnliche Arbeitsschritte müssen in verschiedenen Strukturen redundant durchgeführt werden z. B. die Überprüfung von Angaben zu Rechtsformen oder der Wirtschaftszweiguordnung.

Abb. 1 Das „alte“ System der Steuerstatistiken: Bundes- und Geschäftsstatistiken nach Veranlagungszeitraum mit Angabe der in Sachsen zu bearbeitenden Fälle



Abb. 2 Probleme im „alten“ System der Steuerstatistiken



**Kohärenzprobleme und Effizienzverluste**

Mit der Entscheidung des Gesetzgebers, Datenlücken durch Geschäftsstatistiken zu füllen, existiert neben den Bundesstatistiken ein Parallelsystem von Steuerstatistiken auf geschäftsstatistischer Grundlage. Die Geschäftsstatistiken können jedoch aufgrund stark verkürzter Plausibilisierungen nicht das Qualitätsniveau der Bundesstatistiken erreichen. Das starre Nebeneinander der einzelnen Steuerstatistiken und die Parallelität von Bundes- und Geschäftsstatistiken führen zu Kohärenzproblemen und Effizienzverlusten. Zudem

gestatten die veralteten Werkzeuge bei der Aufbereitung der Steuerstatistiken für heutige Ansprüche nur unflexible Auswertungen.

**Neues Steuerstatistisches Gesamtsystem**

Die Lösung dieser Probleme erfolgt durch den Aufbau eines neuen Steuerstatistischen Gesamtsystems. Alle einzelnen Steuerstatistiken sollen in eine neu zu schaffende, zentrale Datenbank einfließen, dort plausibilisiert, aufbereitet und ausgewertet werden. Die zentrale Datenbank - kurz: StSys - wird die bestehenden Steuerstatistiken nach und nach als Module aufnehmen. Mit Umstieg auf das Steuerstatistische Gesamtsystem sind jährliche Periodizitäten für alle Steuerstatistiken vorgesehen. Dabei werden die Geschäftsstatistiken durch ein einheitliches System von jährlichen Bundesstatistiken abgelöst.

**Architektur des Steuerstatistischen Gesamtsystems**

Beim Steuerstatistischen Gesamtsystem handelt es sich um eine relationale MySQL-Datenbank, die sich in drei Ebenen gliedert:

- eine Eingangsdatenbank für den Import

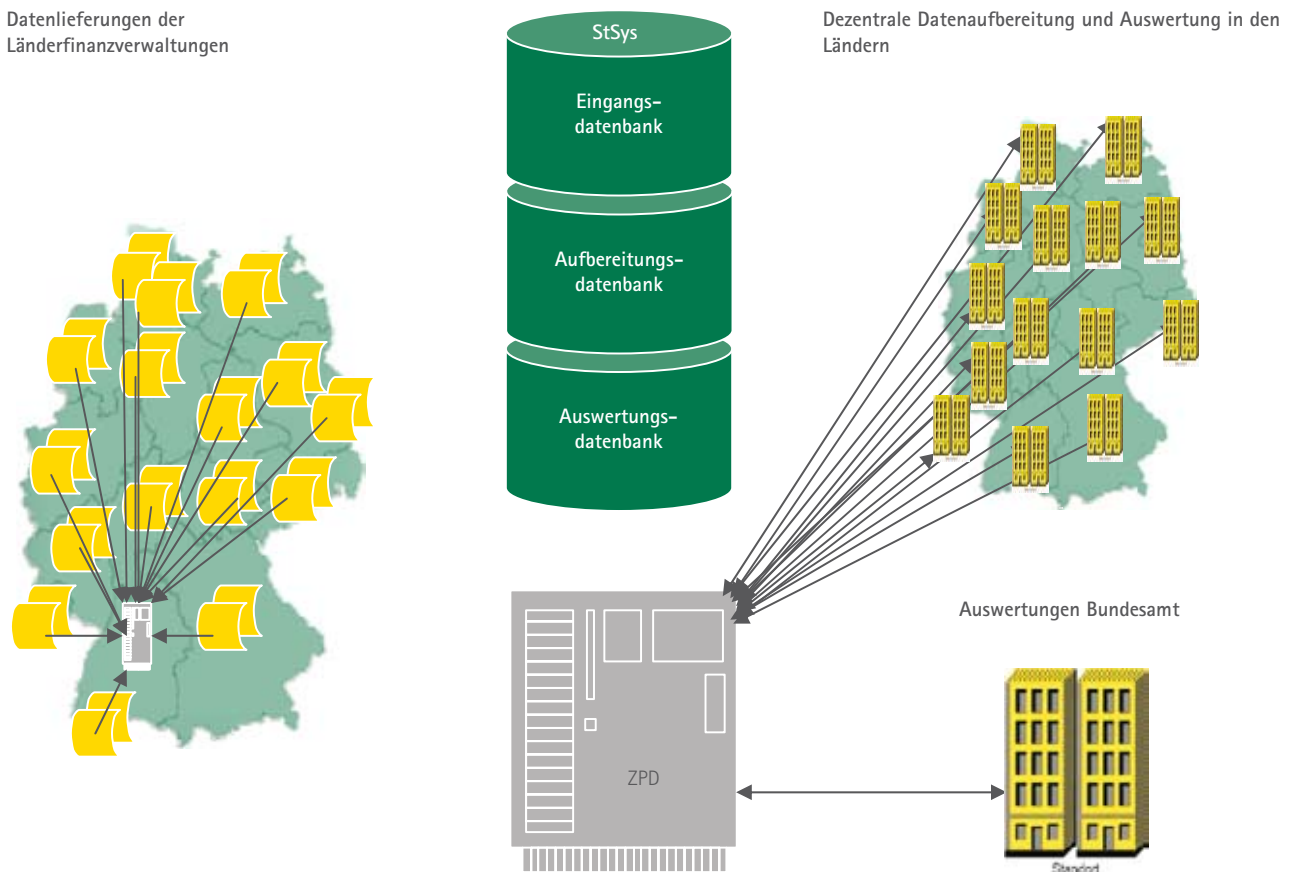
der Steuerdaten

- eine Aufbereitungsdatenbank für die dezentrale Plausibilisierung und Aufbereitung der Daten

- eine Auswertungsdatenbank für die Produktion von Veröffentlichungen einschließlich Geheimhaltung sowie komplexer Auswertungen und Panel-Untersuchungen.

Das Steuerstatistische Gesamtsystem wird nach den Prinzipien der zentralen Produktion und Datenhaltung (ZPD) betrieben. Die Länderfinanzverwaltungen liefern die Daten aus den Besteuerungsverfahren elektronisch an den ZPD-Standort. Dabei erfolgt die Datenübertragung per Elster-FT (Filetransfer-Software der Finanzverwaltungen von Bund und Ländern mit hohem Sicherheitsstandard). Die Statistischen Landesämter greifen über eine Web-Applikation auf jeweils ihre Datenbestände zu und nehmen die Plausibilisierung und Datenaufbereitung vor. Für flexible und komplexe Auswertungen ist eine gemeinsame technische Plattform geplant. Zudem hat das Statistische Bundesamt einen Auswertungszugriff auf Bundesebene.

Abb. 3 Architektur des neuen Steuerstatistischen Gesamtsystems (StSys)



### Schrittweise (modulare) Einführung des Steuerstatistisches Gesamtsystems

Für die Integration der einzelnen Steuerstatistiken in das neue Gesamtsystem haben die Steuerstatistiker von Bund und Ländern eine konzeptionelle Abfolge erarbeitet. Das 1. Modul ist die Statistik der Umsatzsteuer-Veranlagungen. Als neue Statistik war die Umsatzsteuer-Veranlagung für den Einstieg in das Steuerstatistische Gesamtsystem prädestiniert, da mit ihr viele grundlegende Rahmenfunktionen erstellt wurden. Die Programmierarbeiten an der Statistik der Umsatzsteuer-Veranlagungen wurden Anfang dieses Jahres abgeschlossen. Nach Aufnahme des Produktionsbetriebes des Steuerstatistischen Gesamtsystems im Februar 2010 erfolgen zurzeit in den Statistischen Ämtern der Länder die Aufbereitungsarbeiten für das Veranlagungsjahr 2006. Erste Ergebnisse dieser neuen Statistik werden im 2. Halbjahr 2010 zur Verfügung stehen. Als 2. Modul folgt im Juni dieses Jahres die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik. Mit Einstieg in das Steuerstatistische Gesamtsystem werden erstmals Daten nach der Reform des Erbschaftsteuerrechtes zum 1. Januar 2009 aufbereitet. Danach ist bis Januar 2011 das 3. Modul der Statistik der Personengesellschaften/Gemeinschaften zu integrieren. Die Umstellung dieser Statistik auf jährliche Periodizität verbunden mit einem deutlich ausgeweiteten Merkmalskatalog hätte mit den bestehenden Aufbereitungsprogrammen nicht geleistet werden können. Mit den Arbeiten am 3. Modul wurde bereits begonnen. Im Jahr 2012 wird die Umsatzsteuerstatistik der Voranmeldungen als 4. Modul in das Steuerstatistische Gesamtsystem aufgenommen. Für die Integration der Gewerbesteuerstatistik als 5. Modul finden momentan konzeptio-

nelle Vorarbeiten statt. Ab Veranlagungszeitraum 2010 soll die Gewerbesteuerstatistik mit deutlich mehr Kennzahlen aufbereitet werden. Eine Neuprogrammierung wäre unumgänglich. Zugleich soll die Gewerbesteuerstatistik als jährliche Bundesstatistik erhoben werden. Zeithorizont für die Einbindung in das Steuerstatistische Gesamtsystem ist 2014. Langfristig sollen auch die verbleibenden dreijährlichen Statistiken der Körperschafts- sowie der Lohn- und Einkommensteuer in jährliche Bundesstatistiken überführt und sukzessive in das Steuerstatistische Gesamtsystem integriert werden. Die Aufnahme der Lohn- und Einkommensteuerstatistik stellt hinsichtlich der technischen Umsetzung eine besondere Herausforderung dar. Es handelt sich hinsichtlich der Anzahl von mehr als 40 Millionen Datensätzen bundesweit um eine der umfangreichsten Statistiken.

### Nutzen des Steuerstatistischen Gesamtsystems

Die Integration der Steuerstatistiken in das neue Gesamtsystem erschließt Synergiepotenziale durch:

- einheitliche Arbeitsschritte bundesweit und innerhalb der Steuerstatistiken im System bedingt durch gleiche Basisfunktionalitäten
- Übernahme bereits plausibilisierter Merkmale zwischen den Steuerstatistiken z. B. Rechtsformen und Wirtschaftszweigzuordnungen
- besserer Zugriff auf Daten vergangener Veranlagungsjahre

- gemeinsame Nutzung von Umsteigerdateien für die Wirtschaftszweigklassifikation sowie die Gebietsstandsfortschreibung in allen Modulen

Dazu kommen neue Werkzeuge zum Einsatz:

- Einführung selektiver Plausibilisierung
- Durchführung der maschinellen Geheimhaltung nach der p-Prozent-Regel
- flexible Sonderauswertungen.

All das bewirkt, dass die Steuerstatistiken im neuen Gesamtsystem effizienter, kohärenter, flexibler und aktueller werden. Dies führt zu einer erheblichen Qualitätssteigerung, die vor allem auf der Kombination der Vorteile zentraler Produktion und Datenhaltung bei gleichzeitiger Nutzung des dezentral verteilten Fachwissens beruht. Ansprechpartner bei der Datenplausibilisierung sind die örtlichen Finanzämter. Die Kenntnis regionaler Wirtschaftsstrukturen ist z. B. im Bereich der Unternehmenssteuerstatistiken unerlässlich. Der ganzheitliche Ansatz der Statistikerstellung im neuen Gesamtsystem beseitigt die Nachteile der bisherigen separaten und technisch veralteten Aufbereitungsverfahren. Synergieeffekte erschließen Ressourcen für die deutliche Ausweitung des Angebotes an qualitativ hochwertigen steuerstatistischen Daten. Das neue Steuerstatistische Gesamtsystem ermöglicht die zeitnahe, umfangreiche und aussagekräftige Datenbereitstellung für alle Statistikknutzer.

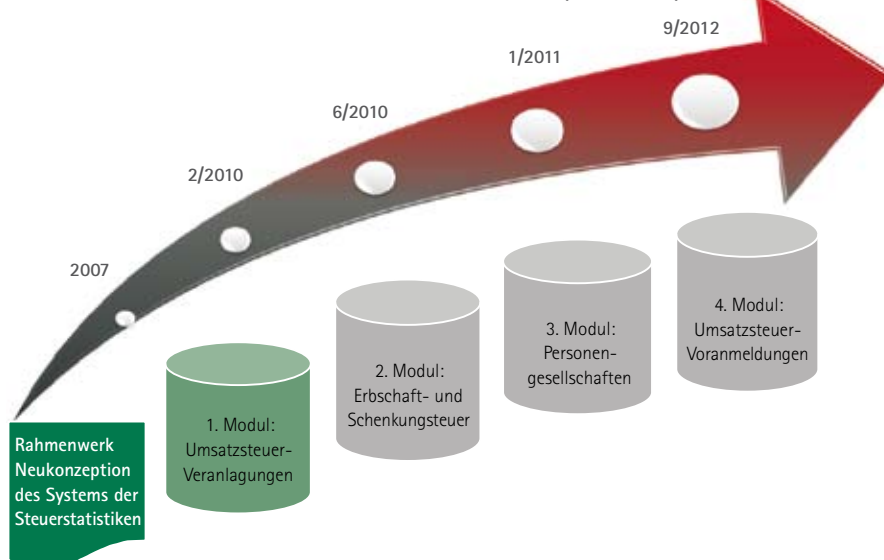
Sabine Gosch, Dipl.-Ing.-Ökonomin, Referatsleiterin Datenerhebung bereichsübergreifende Statistiken

Ulrike Trautmann, Dipl.-Volkswirtin, Referentin Steuerstatistiken

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Gesetz über Steuerstatistiken (Artikel 35 Jahressteuergesetz 1996 vom 11. Oktober 1995, BGBl. I S. 1250) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565).
- [2] Vgl. hierzu: Ehlert, Axel: Das neue steuerstatistische Gesamtsystem geht an den Start. In: Wirtschaft und Statistik, 2/2010, S. 101-102.
- [3] Jahressteuergesetz 2008 vom 20. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3150).

Abb. 4 Meilensteine des neuen Steuerstatistischen Gesamtsystems (StSys)



# Neues aus Sachsen

## Sachsens Wohnungsbestand geht seit 2001 stetig zurück

2 325 444 Wohnungen gab es am 31. Dezember 2009 in Sachsen. Das waren 2 135 weniger als ein Jahr zuvor. Ursachen dafür sind – wie schon in den Vorjahren – nachlassendes Neubaugeschehen sowie der Rückbau und Abriss von Wohngebäuden. Trotz des zurückgehenden Wohnungsbestandes ist ein stetiges Ansteigen der Wohnfläche zu verzeichnen, der Trend geht zu größeren Wohnungen.

2 278 851 Wohnungen befinden sich in Wohngebäuden. 18 Prozent dieser Wohnungen entfallen auf rund 417 900 Einfamilienhäuser und 14 Prozent auf über 159 000 Zweifamilienhäuser. In den rund 209 460 Mehrfamilienhäusern befinden sich 68 Prozent der Wohnungen. Nur dort war in der Bilanz des Neubaus bzw. der Baumaßnahmen und des Abrisses ein Rückgang zum Vorjahresbestand festzustellen. Er betrug gut 4 800 Wohnungen. Die Zahl der Wohnungen in Einfamilienhäusern stieg um reichlich 2 200 und die in Zweifamilienhäusern um knapp 400.

Zwei Prozent des gesamten Wohnungsbestandes oder gut 46 600 Wohnungen befinden sich in Nichtwohngebäuden. Das sind Gebäude mit überwiegend gewerblicher Nutzung.

Fast zwei Drittel (63 Prozent) des gesamten Wohnungsbestandes machen Drei- und Vierraumwohnungen aus. Auf den geringsten Anteil kommen mit acht Prozent die Ein- und Zweiraumwohnungen. Rund ein Drittel (29 Prozent) der Wohnungen haben fünf oder mehr Wohnräume. Verglichen mit dem Vorjahr ging die Zahl der Zwei-, Drei- bzw. Vierraumwohnungen zurück, während die Zahl der Einraumwohnungen und Wohnungen mit fünf und mehr Räumen anstieg.

## Bevölkerungsrückgang in Sachsen 2009 leicht abgeschwächt

4 168 732 Einwohner lebten am 31. Dezember 2009 im Freistaat Sachsen. Das waren 24 069 Personen bzw. 0,6 Prozent weniger als am Jahresende 2008. Der Bevölkerungsrückgang im Jahr 2008 lag noch bei 27 399 Personen. Den Bevölkerungsrückgang dominierte ein Geburtendefizit. Im Jahr 2009 standen 34 093 Lebendgeborenen 50 365 Gestorbene gegenüber, was einen Überschuss von 16 272 Gestorbenen bedeutet. Außerdem haben 7 867 Personen mehr den Freistaat verlassen als nach Sachsen gekommen sind.

Wie schon in den letzten Jahren konnten nur die Kreisfreien Städte Dresden und Leipzig einen Bevölkerungszuwachs (0,9 Prozent bzw.

0,7 Prozent) verzeichnen. Beide profitierten von deutlichen Wanderungsgewinnen. Dresden weist darüber hinaus seit 2006 sogar eine positive Geburtenbilanz auf. In Leipzig werden dagegen weiterhin mehr Sterbefälle als Lebendgeburten registriert.

Von den anderen elf Kreisfreien Städten und Landkreisen lag nur die Kreisfreie Stadt Chemnitz mit ihrem Bevölkerungsrückgang von 0,3 Prozent unter dem Sachsenschnitt, ein leichter Wanderungsgewinn konnte das höhere Geburtendefizit nicht ausgleichen. Der Erzgebirgskreis und die Landkreise Nordsachsen und Görlitz hatten mit jeweils 1,3 Prozent die höchste Bevölkerungsabnahme.

## Die Sachsen sind treu – sie haben bundesweit die geringste Scheidungsrate je 10 000 Einwohner

In Sachsen kamen 2009, wie auch 2008, auf 10 000 Einwohner 18 Ehescheidungen. Damit war Sachsen das Bundesland mit der geringsten Scheidungsrate je 10 000 Einwohner. Bundesweit wurden 23 Ehen je 10 000 Einwohner geschieden.

Im Jahr 2009 wurden 7 687 Ehen von den 30 sächsischen Familiengerichten geschieden. Das waren 28 Ehen weniger als im Jahr zuvor. Seit 2004 ist die Zahl der Ehescheidungen in Sachsen rückgängig. Die Zahl der von der Scheidung betroffenen minderjährigen Kinder stieg im Vergleich zu 2008 um zwei Prozent auf 4 995, ist jedoch nur reichlich halb so groß wie 1997. Die meisten Ehen (406 Fälle) wurden 2009 nach einer Ehedauer von fünf Jahren geschieden. Knapp ein Drittel aller Scheidungen erfolgte nach vier bis zehn Jahren. Nach der Silberhochzeit trennten sich 1 605 Ehepaare (21 Prozent aller Scheidungen). Dieser Anteil stieg seit 1997 um das 2,5-Fache. Die durchschnittliche Dauer der 2009 geschiedenen Ehen lag schon wie in beiden Vorjahren bei 16 Jahren.

42 Prozent der geschiedenen Frauen und Männer waren im Alter zwischen 40 und 50 Jahren. Mit 44 Jahren beendeten 366 Frauen und mit 45 Jahren 364 Männern ihre Ehe, das war mit je fünf Prozent der größte Anteil an den Ehescheidungen 2009. Vier von fünf Ehen wurden nach einjähriger Trennung geschieden. Jeder fünften Scheidung ging eine dreijährige Trennung voraus. Der größte Zuwachs an Ehescheidungen wurde 2009 mit 18 Prozent im Vergleich zum Vorjahr in der Stadt Leipzig registriert. Der höchste Rückgang um knapp 20 Prozent wurde im Landkreis Bautzen verzeichnet.

## Höhere Armutsgefährdung in Sachsens Großstädten

Im Jahr 2008 waren 27,0 Prozent der Einwohner in Leipzig und 21,5 Prozent der Dresdner armutsgefährdet. Damit lag die Armutsgefährdungsquote in beiden Großstädten über dem sächsischen Durchschnittswert von 19,0 Prozent. Als armutsgefährdet gelten hierbei alle Personen, die mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) der Bevölkerung in Deutschland auskommen müssen.

Leipzig weist damit unter den deutschen Großstädten mit 500 000 und mehr Einwohnern die höchste Armutsgefährdungsquote auf, gefolgt von Hannover (22,2 Prozent), Bremen (22,0 Prozent) und Dresden. Am niedrigsten ist die Quote für München, doch auch hier ist jeder Zehnte (9,8 Prozent) von Armut bedroht. Bundesweit gelten 14,4 Prozent der Bevölkerung als armutsgefährdet, wobei nach wie vor ein deutlicher Unterschied zwischen neuen Bundesländern und Berlin (19,5 Prozent) und dem früheren Bundesgebiet (13,1 Prozent) besteht.

Mit der Veröffentlichung von deutschlandweit vergleichbaren Armutsgefährdungsquoten für Großstädte, Regierungs- bzw. Direktionsbezirke und Raumordnungsregionen erweitern die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ihr gemeinsames Datenangebot zu Sozial- und Armutsindikatoren, das unter [www.amtliche-sozialberichterstattung.de](http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de) seit vergangenem Jahr für alle interessierten Nutzer verfügbar ist. Da die Ergebnisse zur Armutsgefährdung auf Basis einer Stichprobenerhebung (Mikrozensus) ermittelt werden, ist eine tiefere Regionalisierung (z. B. Kreisebene) derzeit nicht möglich.

## Doppelt und dreifaches Babyglück in Sachsen

511 Frauen haben im Jahr 2009 in Sachsen Mehrlinge geboren. 502 Frauen bekamen Zwillinge und neun Frauen Drillinge. Das waren 74 Zwillingsgeburten (17,3 Prozent) und drei Drillingsgeburten mehr als 2008. Die Zahl der Mehrlingsgeburten je 1 000 Geburten (15,2) ist damit im Vergleich zum Vorjahr (12,7) um mehr als zwei Prozentpunkte angestiegen.

Von den im vergangenen Jahr geborenen 502 Zwillingspaaren waren 339 gleichen Geschlechts, davon 178-mal Jungen und 161-mal Mädchen. Bei 163 Zwillingspaaren gab es einen Jungen und ein Mädchen. Unter den neun Drillingsgeburten waren zwei bei



denen alle Kinder gleichgeschlechtlich waren und sieben mit Kindern unterschiedlichen Geschlechts.

Bei verheirateten Paaren kam es häufiger zu Mehrlingsgeburten (21,2 je 1 000 Geburten) als bei nicht miteinander verheirateten Eltern (11,0 Mehrlingsgeburten je 1 000 Geburten). Das Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt von Mehrlingen betrug 30,7 Jahre, bei der Geburt nur eines Kindes waren die Mütter im Durchschnitt 29,4 Jahre alt. Im Vergleich zu 2008 ist das Durchschnittsalter bei Mehrlingsgeburten dabei um 0,3 Jahre gesunken, bei der Geburt eines Kindes um 0,1 Jahre gestiegen.

Regional betrachtet wurden im Direktionsbezirk Dresden vier Drillings- und 212 Zwillinggeburten gezählt. Der Direktionsbezirk Chemnitz hat fünf Drillings- und 168 Zwillinggeburten gemeldet. Im Direktionsbezirk Leipzig gab es 2009 122 Zwillinggeburten.

### **Schulden der sächsischen Kommunen auf 8,7 Milliarden € gesunken – 19 Kommunen schuldenfrei**

Insgesamt 8,7 Milliarden € Schulden hatten Sachsens Kommunen zusammen mit ihren Eigenbetrieben und Eigengesellschaften am 31. Dezember 2009. Das waren 452 Millionen € bzw. 4,9 Prozent weniger als am gleichen Stichtag des Vorjahres. Von den Schulden entfielen 3,4 Milliarden € auf die kommunalen Haushalte. Die Eigenbetriebe und Eigengesellschaften, bei denen die Kommunen eine hundertprozentige Beteiligung am Nennkapital oder Stimmrecht haben, wiesen einen Schuldenstand von 5,3 Milliarden € aus. Die Schulden der kommunalen Haushalte lagen um 272 Millionen € bzw. 7,4 Prozent, die der wirtschaftlichen Unternehmen um 180 Millionen € bzw. 3,3 Prozent unter dem Vorjahresbetrag. Jeder Sachse hatte damit eine Schuldenbelastung von insgesamt 2 087 € zu tragen. Diese setzte sich aus den 817 € Schulden je Einwohner der kommunalen Haushalte und den 1 270 € Schulden je Einwohner der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften zusammen. Im Vergleich zum 31. Dezember des Vorjahres sank die Pro-Kopf-Verschuldung um 94 € bzw. 4,3 Prozent. Die Gemeinde Thermalbad Wiesenbad hatte einschließlich ihrer Eigengesellschaft mit 5 970 € den höchsten Schuldenstand pro Einwohner aus. Davon trug 95,9 Prozent das wirtschaftliche Unternehmen. Die Gemeinde Bad Schlema folgte mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 5 810 €. Auf die Eigengesellschaft Bad Schlemas entfielen 87,9 Prozent der Schulden. Bei knapp einem Viertel der kreisangehörigen Gemeinden wurde der Schuldenstand zu mehr als 50 Prozent durch die Schuldenhöhe der Eigenbetriebe, vor al-

lem jedoch durch die der Eigengesellschaften, beeinflusst. Am 31. Dezember 2009 gab es in Sachsen 19 schuldenfreie Gemeinden.

### **Krise im sächsischen Handwerk 2009 angekommen**

Einen Rückgang beim Umsatz um 2,7 Prozent mussten die Unternehmen des zulassungspflichtigen Handwerks in Sachsen im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr registrieren. Nach vorläufigen Angaben hatte vor allem das Handwerk für den gewerblichen Bedarf unter den wirtschaftlichen Bedingungen zu leiden. Im Vorjahresvergleich sank der Umsatz um 11,6 Prozent. Trotz Konjunkturpaket lagen auch die Umsätze im Bauhauptgewerbe (um 5,7 Prozent) und im Ausbaugewerbe (um 3,4 Prozent) unter denen des Jahres 2008. Dagegen konnten das Gesundheitsgewerbe ein Zuwachs um 2,3 Prozent sowie das Kfz-Gewerbe um 2,2 Prozent erzielen. Im Kfz-Gewerbe musste jedoch ein überdurchschnittlicher Rückgang der Beschäftigtenzahlen um 3,1 Prozent verzeichnet werden, beim Handwerk für den privaten Bedarf waren es 3,4 Prozent. Im Durchschnitt aller Gewerbegruppen gab es im Jahr 2009 insgesamt 1,6 Prozent weniger Beschäftigte als ein Jahr zuvor. Noch schlechter fiel der Start in das neue Jahr aus. Im ersten Quartal 2010 ging der Gesamtumsatz des sächsischen Handwerks um 10,2 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zurück. Besonders stark betroffen waren das Kfz-Gewerbe mit einem Rückgang um 17,2 Prozent, das Bauhauptgewerbe (14,0 Prozent) und das Handwerk für den gewerblichen Bedarf (10,9 Prozent). Einen weiteren Aufschwung verzeichnet dagegen das Gesundheitsgewerbe mit einem Zuwachs um 3,4 Prozent.

### **Fast 3 500 weniger neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im Jahr 2009**

71 749 Auszubildende befanden sich am 31. Dezember 2009 in Sachsen in der betrieblichen Ausbildung. Darunter waren 26 821 bzw. 37 Prozent Frauen. Damit wurden 7 242 bzw. über neun Prozent weniger Auszubildende als 2008 und knapp 36 Prozent weniger als vor zehn Jahren verzeichnet. Mit 63 Prozent aller Auszubildenden lernten die meisten im größten Ausbildungsbereich Industrie und Handel. Ein Viertel wurde im Handwerk, jeweils rund vier Prozent in den Ausbildungsbereichen Landwirtschaft und Freie Berufe ausgebildet. Weitere drei Prozent erlernten einen Beruf im Öffentlichen Dienst sowie ein Prozent im Bereich Hauswirtschaft. 2009 wurden in Sachsen 23 782 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Das waren 3 486 weniger Verträge bzw. fast 13 Prozent weniger als 2008. Während besonders in den

Ausbildungsbereichen Handwerk (-18,4 Prozent), Industrie und Handel (-12,5 Prozent) und Landwirtschaft (-16,6 Prozent) die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge stark zurückging, konnten der Öffentliche Dienst (9,4 Prozent) und die Freien Berufe (5,9 Prozent) einen Zuwachs verzeichnen.

6 790 Ausbildungsverträge wurden in Sachsen im Jahr 2009 vorzeitig gelöst. Gegenüber 2008 stieg damit diese Zahl um 336 bzw. 5,2 Prozent. In erster Linie wurden bestehende Ausbildungsverträge von den Auszubildenden oder von den Ausbildern in Industrie und Handel (69 Prozent), im Handwerk (27 Prozent) und in den Freien Berufen (drei Prozent) gelöst. Damit wurde in Industrie und Handel sowie im Handwerk jeder zehnte Ausbildungsvertrag vorzeitig beendet. Über die Hälfte (3 665) der Vertragslösungen erfolgte im ersten Ausbildungsjahr.

### **Weniger Rinder und Schweine in Sachsen**

Zum Stichtag 3. Mai 2010 waren in Sachsen 507 500 Rinder in 7 741 landwirtschaftlichen Haltungen erfasst. Damit verringerte sich der Rinderbestand innerhalb eines Jahres um 1 500 Tiere (0,3 Prozent). Die Zahl der landwirtschaftlichen Rinderhaltungen nahm um 183 bzw. 2,3 Prozent ab. Mit rund 230 500 Tieren waren fast die Hälfte davon Kühe (45,4 Prozent). Dabei handelte es sich überwiegend um Milchkühe (188 500 Tiere). Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich der Milchkuhbestand um 2 800 Tiere (1,5 Prozent). Der Bestand an sonstigen Kühen erhöhte sich dagegen um 500 Tiere auf über 41 900 Stück. 353 300 Tiere, knapp 70 Prozent des Gesamtbestandes, gehörten der Rasse Holstein-Schwarzbunt an. Aber es gab auch weniger bekannte Rassen auf sächsischen Weiden, wie zum Beispiel 52 Pustertaler Schecken, 119 Hinterwälder und 120 Pinzgauer. Neben den Rindern standen in 35 landwirtschaftlichen Haltungen 718 Büffel und Bisons. In den 206 sächsischen Schweinehaltenden Betrieben mit 50 und mehr Schweinen bzw. mit 10 und mehr Zuchtsauen wurden im Mai 643 600 Schweine gehalten. Dieser Bestand teilt sich in 214 800 Ferkel, 147 200 Jungschweine und 208 900 Mastschweine auf. Weiterhin wurden 72 800 Zuchtschweine, darunter 72 000 Zuchtsauen, erfasst. Mit knapp 249 000 Schweinen wurden die meisten Tiere im Direktionsbezirk Dresden (38,7 Prozent) gezählt. Im Direktionsbezirk Chemnitz waren es 205 600 und im Direktionsbezirk Leipzig 189 100 Tiere. Die Auswertung der Zählung zeigt, dass in Sachsen die Mehrzahl der Schweine in größeren Beständen gehalten wurde. Knapp zwei Drittel (62,5 Prozent) des sächsischen Borstenviehs standen in Betrieben mit 5 000 und mehr Schweinen.

# Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2008	2009	2008	2009				2010	
		Durchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
<b>Bevölkerung</b>										
Bevölkerung am Monatsende <sup>1)</sup>	1 000	4 192,8	4 168,7	4 192,8	4 189,1	4 186,2	4 170,5	4 168,7	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen	Anzahl	1 450	1 466	1 110	289	528	649	1 065	353	490
Lebendgeborene	Anzahl	2 868	2 842	3 402	2 093	2 484	2 691	3 588	1 902	2 495
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	4 083	4 197	5 201	4 461	4 820	4 125	5 042	3 838	4 206
darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	8	7	10	6	4	8	10	7	5
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 215	-1 356	-1 799	-2 368	-2 336	-1 434	-1 454	-1 936	-1 711
<b>Wanderungen</b>										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 317	5 520	4 384	4 420	4 306	4 962	4 345	...	...
darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 427	1 609	1 169	1 337	1 319	1 304	1 197	...	...
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	6 360	6 176	4 960	5 737	4 887	5 318	4 676	...	...
darunter in das Ausland	Anzahl	1 589	1 716	1 520	1 444	1 317	1 285	1 478	...	...
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	-1 043	-656	-576	-1 317	-581	-356	-331	...	...
Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	Anzahl	8 696	8 862	8 109	8 335	7 516	8 538	7 724	...	...
<b>Erwerbstätigkeit</b>										
<b>Beschäftigte<sup>3)</sup></b>										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort <sup>4)</sup>	1 000	1 397,8	...	1 399,2	.	.	.	...	.	.
Frauen	1 000	685,3	...	691,6	.	.	.	...	.	.
Ausländer	1 000	14,1	...	14,2	.	.	.	...	.	.
Teilzeitbeschäftigte	1 000	258,9	...	264,9	.	.	.	...	.	.
darunter Frauen	1 000	216,3	...	221,2	.	.	.	...	.	.
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen <sup>5)</sup>										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	.	...	20,5	.	.	.	...	.	.
Produzierendes Gewerbe	1 000	.	...	424,8	.	.	.	...	.	.
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	.	...	295,2	.	.	.	...	.	.
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	.	...	232,7	.	.	.	...	.	.
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	.	...	425,9	.	.	.	...	.	.
<b>Arbeitsmarkt<sup>3)</sup></b>										
Arbeitslose	1 000	279,6	278,2	261,1	296,9	304,4	250,3	257,6	287,4	292,0
Frauen	1 000	140,1	128,4	126,4	135,7	137,0	117,0	117,3	124,7	124,9
Männer	1 000	139,5	149,8	134,6	161,1	167,5	133,3	140,2	162,7	167,0
Ausländer	1 000	10,1	9,9	9,5	10,2	10,3	9,6	9,6	10,0	10,1
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	1 000	32,1	31,5	28,0	31,8	33,8	26,4	26,0	28,9	30,1
<b>Arbeitslosenquote<sup>6)</sup></b>										
insgesamt	%	12,8	12,9	12,0	13,7	14,0	11,6	12,0	13,4	13,6
Frauen	%	13,6	12,6	12,3	13,2	13,3	11,5	11,5	12,2	12,3
Männer	%	12,2	13,2	11,8	14,1	14,7	11,8	12,4	14,4	14,7
Ausländer	%	25,8	24,6	24,6	26,3	26,6	23,2	23,3	24,2	24,4
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	%	12,2	12,5	10,9	12,3	13,1	10,6	10,4	11,6	12,1
Kurzarbeiter	1 000	6,7	53,7	16,3	35,7	59,2	42,5	45,6	58,4	57,8
Gemeldete Stellen	1 000	25,1	22,4	21,8	20,3	22,7	21,0	19,6	19,6	20,9

1) Spalten 1 und 2: Statt Bevölkerung im Monatsdurchschnitt hier Bevölkerung am 31. Dezember

2) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

3) Auswertungen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen

4) einschließlich "Ohne Angabe" der Wirtschaftsgliederung

5) ab Juni 2008 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008

6) Arbeitslose in Prozent bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2008	2009	2008	2009				2010	
		Durchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
<b>Bautätigkeit</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	236	243	209	209	174	317	190	177	186
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	226	235	196	201	164	300	182	171	173
umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	201	204	200	180	147	293	168	158	184
Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	38	39	38	32	28	58	30	30	31
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	42 394	45 172	40 126	40 085	32 800	65 268	35 955	32 105	43 584
Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	131	110	130	81	67	118	101	118	94
umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	893	650	1 320	475	343	511	679	522	371
Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	121	96	140	82	50	102	82	90	62
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	78 639	72 998	67 186	61 312	48 422	80 030	63 755	63 099	60 390
Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	502	461	519	311	474	699	574	400	363
Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen)	Anzahl	2 241	2 218	2 069	1 664	1 943	3 074	2 313	1 886	1 785
<b>Landwirtschaft</b>										
Schlachtmengen <sup>1)</sup>	t	5 237	5 468	5 418	5 860	5 198	5 814	5 505	5 332	4 437
darunter										
Rinder insgesamt	t	884	918	967	973	883	1 047	905	830	805
darunter Kälber <sup>2)</sup>	t	22	21	42	16	12	25	44	13	13
Jungrinder	t	.	9	.	9	8	8	6	4	6
Schweine	t	4 315	4 511	4 408	4 859	4 293	4 686	4 562	4 479	3 612
Eierzeugung <sup>3)</sup>	1 000 St.	86 442	74 864	84 397	82 953	71 226	62 327	54 371	43 864	42 765
Milcherzeugung	1 000 t	134	133	134	136	126	123	131	134	122
darunter Anlieferung an Molkereien	1 000 t	131	130	131	133	123	122	129	131	120
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden<sup>4)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	1 248	1 266	1 254	1 240	1 238	1 273	1 270	1 209	1 207
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	198,4	191,8	199,5	196,5	195,9	190,2	189,3	186,3	186,3
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	27 694	25 238	23 684	26 601	24 953	25 508	22 271	24 900	24 725
Bezahlte Entgelte	Mill. €	499,1	463,8	507,5	454,6	417,2	563,4	476,4	444,0	435,3
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	4 237,9	3 574,2	3 972,6	3 123,0	3 020,7	4 042,3	3 637,4	3 134,7	3 430,2
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie <sup>5)</sup>	Mill. €	1 565,5	1 251,1	1 172,7	1 217,6	1 131,0	1 345,0	1 149,7	1 114,7	1 122,2
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	1 894,3	1 598,5	2 018,3	1 230,1	1 224,4	1 915,2	1 722,6	1 377,8	1 647,2
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €	53,5	51,4	49,3	49,9	48,3	59,8	48,3	49,7	50,0
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	724,6	673,3	732,2	625,4	616,9	722,3	716,8	592,5	610,8
Auslandsumsatz	Mill. €	1 581,7	1 294,4	1 712,1	1 051,7	1 034,6	1 554,8	1 409,5	1 142,3	1 312,4

1) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien

2) wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar

3) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickiern

4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten, ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008, die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet.

5) ohne Energie- und Wasserversorgung

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2008	2009	2008	2009				2010	
		Durchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
<b>Energie- und Wasserversorgung<sup>1)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	134	138	133	139	139	138	137	137	137
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	14,0	13,9	14,0	14,0	14,0	14,0	13,9	14,0	14,0
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 870	1 851	1 637	1 919	1 803	1 820	1 696	1 880	1 801
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	46	47	44	43	42	78	44	45	43
Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen	Mill. kWh	2 671	2 782	2 995	3 225	2 806	2 906	3 132	3 278	2 927
<b>Bauhauptgewerbe<sup>2)</sup></b>										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	55,1	54,3	54,3	51,2	51,3	55,1	54,0	51,4	51,7
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 444	5 262	4 080	2 572	3 058	5 800	3 989	2 134	2 470
davon										
Wohnungsbau	1 000	1 583	1 493	1 083	670	820	1 561	1 094	563	655
gewerblicher Bau	1 000	2 070	1 912	1 616	1 083	1 295	2 067	1 421	864	1 062
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 791	1 857	1 381	819	943	2 172	1 474	707	753
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	99,4	99,1	102,4	80,2	77,5	111,1	101,9	80,0	73,6
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	465,3	450,4	517,0	197,3	241,3	532,2	563,5	181,8	188,5
davon										
Wohnungsbau	Mill. €	97,3	85,6	85,5	44,2	48,0	87,6	81,0	31,6	32,4
gewerblicher Bau	Mill. €	211,7	201,7	266,2	97,4	126,8	230,8	253,2	92,9	103,1
öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	156,2	163,1	165,4	55,6	66,6	213,8	229,3	57,3	53,0
<b>Ausbaugewerbe<sup>1) 3)</sup></b>										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	17,8	18,5	17,8	.	.	.	18,5	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 873	6 011	5 827	.	.	.	6 022	.	.
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	102,1	106,0	109,9	.	.	.	112,2	.	.
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	446,2	479,7	559,7	.	.	.	584,9	.	.
<b>Handel<sup>4)</sup></b>										
<b>Großhandel einschl. Handelsvermittlung</b>										
Beschäftigte	2005 = 100	94,7	91,1	94,0	91,7	91,4	90,8	89,9	88,3	88,0
Umsatz (nominal)	2005 = 100	110,8	97,1	103,1	81,8	81,7	100,3	99,1	77,6	81,7
Umsatz (real)	2005 = 100	99,7	92,1	99,2	78,3	77,8	94,9	93,9	73,4	76,9
<b>Einzelhandel einschl. Tankstellen</b>										
Beschäftigte	2005 = 100	101,7	100,6	104,5	101,1	99,9	101,6	102,3	97,7	97,6
Umsatz (nominal)	2005 = 100	102,3	100,6	126,5	92,5	86,9	102,7	123,8	86,7	86,3
Umsatz (real)	2005 = 100	99,5	97,9	124,7	90,7	84,4	100,6	121,5	84,6	83,9
<b>Kfz-Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz</b>										
Beschäftigte	2005 = 100	98,8	89,5	98,2	94,2	98,8	87,2	86,7	87,1	86,6
Umsatz (nominal)	2005 = 100	95,1	92,1	85,1	66,8	86,4	89,6	72,6	58,7	68,1
Umsatz (real)	2005 = 100	91,5	88,2	81,9	64,2	83,0	85,8	69,5	56,1	65,2
<b>Gastgewerbe<sup>4)</sup></b>										
Beschäftigte	2005 = 100	100,3	95,6	98,8	94,7	95,8	92,3	94,1	90,8	89,6
Umsatz (nominal)	2005 = 100	100,8	92,9	111,6	74,4	73,8	86,6	105,4	77,6	72,9
Umsatz (real)	2005 = 100	96,3	86,8	105,7	69,7	69,2	80,9	98,3	70,7	66,7

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse für alle Betriebe

3) Angaben beziehen sich auf das Quartal

4) Die Monatsergebnisse des Bereichs Handel und Gastgewerbe sind generell vorläufig. Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet.

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2008	2009	2008	2009				2010	
		Durchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
<b>Tourismus<sup>1)</sup></b>										
Gästeankünfte	1 000	506	510	476	316	342	442	517	317	347
darunter von Auslandsgästen	1 000	53	52	39	30	33	39	44	31	30
Gästeübernachtungen	1 000	1 348	1 355	1 212	865	997	1 078	1 282	884	1 012
darunter von Auslandsgästen	1 000	122	120	90	69	79	87	101	69	70
<b>Verkehr</b>										
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden <sup>2)</sup>	Anzahl	1 757	1 696	1 650	1 510	1 362	1 593	1 753	1 319	1 183
darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 234	1 188	1 063	848	749	1 106	1 049	699	658
Getötete Personen	Anzahl	20	16	16	13	13	17	13	9	9
Verletzte Personen	Anzahl	1 567	1 504	1 428	1 105	938	1 390	1 351	914	857
<b>Kraftfahrzeuge</b>										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 956	15 821	11 819	8 551	13 108	12 594	10 567	7 705	8 629
darunter Personenkraftwagen <sup>3)</sup>	Anzahl	9 775	14 101	9 762	7 412	11 713	11 143	8 967	6 633	7 485
Lastkraftwagen	Anzahl	1 229	966	1 377	751	769	1 121	1 114	789	655
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterempfang	1 000 t	4,8	5,1	6,0	3,5	4,9	5,5	4,4	2,4	1,6
Güterversand	1 000 t	7,4	9,1	1,1	1,3	3,3	9,5	4,6	3,6	1,6
<b>Außenhandel<sup>4)</sup></b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
Ausfuhr insgesamt	Mill. €	1 933,8	1 628,6	1 528,2	1 461,8	1 299,0	2 011,4	1 860,9	1 564,8	1 634,6
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	70,3	67,1	67,3	65,6	62,7	62,3	79,3	63,5	61,4
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 787,3	1 497,0	1 407,3	1 327,7	1 169,6	1 891,5	1 726,6	1 445,7	1 514,4
davon										
Rohstoffe	Mill. €	6,8	8,7	5,0	3,9	6,7	8,4	13,7	5,4	6,8
Halbwaren	Mill. €	100,1	80,1	62,5	73,1	79,9	97,7	83,2	64,3	66,8
Fertigwaren	Mill. €	1 680,5	1 408,2	1 339,8	1 250,7	1 082,9	1 785,5	1 629,7	1 376,0	1 440,7
davon										
Vorzeugnisse	Mill. €	228,3	177,0	152,2	181,3	163,0	168,5	184,8	158,5	176,2
Enderzeugnisse	Mill. €	1 452,2	1 231,2	1 187,6	1 069,4	919,9	1 617,0	1 444,9	1 217,5	1 264,5
<b>Ausfuhr nach</b>										
Europa	Mill. €	1 277,0	1 072,4	946,1	947,9	867,1	1 250,0	1 167,5	1 003,8	1 080,9
darunter in die EU-Länder	Mill. €	1 055,4	903,9	777,4	819,6	731,6	1 042,6	959,6	852,8	908,1
Afrika	Mill. €	35,0	30,6	31,3	20,8	33,2	43,1	29,4	28,5	43,3
Amerika	Mill. €	206,7	140,5	204,7	113,1	116,7	200,4	163,0	121,9	137,7
Asien	Mill. €	405,1	372,1	331,7	370,6	275,4	498,3	485,7	386,4	346,5
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	10,0	13,0	14,5	9,4	6,5	19,7	15,4	24,2	26,2

1) Betriebe mit neun und mehr Betten einschließlich Campingplätze (Touristkamping)

2) schwer wiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis Dezember 2007: nur unter Alkoholeinwirkung)

3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen

4) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.



# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2008	2009	2008	2009				2010	
		Durchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
<b>Noch: Außenhandel</b>										
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. €	1 278,8	1 163,3	1 012,8	992,8	1 087,3	1 073,6	1 394,9	1 038,8	1 089,9
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	79,2	72,3	73,9	73,0	63,5	65,9	70,3	66,6	66,6
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 099,4	993,2	868,0	812,5	922,9	910,1	1 243,9	883,9	930,1
davon										
Rohstoffe	Mill. €	112,1	89,4	77,0	68,3	121,9	89,4	85,1	66,5	55,5
Halbwaren	Mill. €	112,1	70,5	60,1	41,9	84,1	66,2	69,2	103,3	90,6
Fertigwaren	Mill. €	875,3	833,3	730,9	702,2	716,9	754,5	1 089,6	714,1	784,1
davon										
Vorzeugnisse	Mill. €	161,9	127,1	153,7	132,4	120,0	133,2	112,6	132,2	122,6
Enderzeugnisse	Mill. €	713,3	706,2	577,2	569,8	596,9	621,3	977,0	581,8	661,4
Einfuhr aus										
Europa	Mill. €	1 058,4	895,6	765,6	780,2	888,2	842,4	869,9	848,3	896,8
darunter aus den EU-Ländern	Mill. €	853,4	746,1	625,6	653,7	691,0	678,7	726,6	692,4	776,3
Afrika	Mill. €	4,5	5,0	2,6	5,0	3,2	2,5	2,0	4,5	5,2
Amerika	Mill. €	70,5	118,6	63,2	64,5	65,3	78,1	409,2	57,3	57,9
Asien	Mill. €	143,6	141,4	177,8	139,6	128,7	148,4	110,7	128,2	128,6
Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. €	1,9	2,6	3,7	3,4	1,9	2,2	3,1	0,5	1,4
<b>Gewerbeanzeigen<sup>1)</sup></b>										
Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	3 294	3 219	2 915	3 410	2 881	3 142	2 848	3 248	3 049
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 058	2 925	3 688	3 659	2 718	2 935	3 414	3 577	3 019
<b>Insolvenzen</b>										
Insolvenzverfahren insgesamt	Anzahl	699	719	592	693	579	617	735	676	711
und zwar										
Unternehmen	Anzahl	154	162	127	149	143	145	154	127	157
Verbraucher	Anzahl	379	374	335	397	310	304	378	392	379
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	129	126	109	111	96	111	121	96	116
sonstige natürliche Personen <sup>2)</sup> , Nachlässe	Anzahl	36	58	21	36	30	57	82	61	59
eröffnete Verfahren	Anzahl	615	623	522	614	521	512	615	576	605
mangels Masse abgewiesene Verfahren	Anzahl	80	94	68	79	58	103	118	98	100
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	Mill. €	134	128	87	73	101	87	113	116	123
<b>Handwerk</b>										
Beschäftigte <sup>3)</sup>	30.9.07 = 100	96,1	94,6	94,8	.	.	.	93,7	.	.
Umsatz <sup>4)</sup>	2007 = 100	102,9	100,2	113,3	.	.	.	110,2	.	.

1) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

2) z. B. als Gesellschafter oder Mithafter

3) am Ende des Kalendervierteljahres

4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.)

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2008	2009	2008	2009				2010	
		Durchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
<b>Preise</b>										
Verbraucherpreisindex	2005 = 100	107,7	108,1	108,0	107,5	108,0	108,0	108,9	108,2	108,5
Preisindex für Wohngebäude <sup>1)</sup>	2005 = 100	111,9	112,9	.	.	113,0	112,9	.	.	112,9
<b>Verdienste <sup>2)</sup></b>										
Bruttomonatsverdienste <sup>3)</sup> der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer <sup>4)</sup> im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich										
	€	2 619	2 672	2 475	x	x	x	2 533	x	x
männlich	€	2 679	2 719	2 530	x	x	x	2 581	x	x
weiblich	€	2 513	2 589	2 375	x	x	x	2 446	x	x
Produzierendes Gewerbe	€	2 469	2 432	2 326	x	x	x	2 328	x	x
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	2 847	3 048	2 555	x	x	x	2 716	x	x
Verarbeitendes Gewerbe	€	2 478	2 380	2 277	x	x	x	2 223	x	x
Energieversorgung	€	4 152	(4 345)	3 689	x	x	x	3 860	x	x
Wasserversorgung <sup>5)</sup>	€	2 366	2 420	2 228	x	x	x	2 314	x	x
Baugewerbe	€	2 278	(2 357)	2 330	x	x	x	(2 440)	x	x
Dienstleistungsbereich	€	2 725	2 844	2 580	x	x	x	2 683	x	x
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	€	2 336	2 364	2 197	x	x	x	2 211	x	x
Verkehr und Lagerei	€	2 327	2 358	2 197	x	x	x	2 184	x	x
Gastgewerbe	€	1 566	1 581	1 511	x	x	x	1 542	x	x
Information und Kommunikation	€	3 410	3 592	3 106	x	x	x	3 222	x	x
Erbringung von Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	€	3 869	(3 914)	3 301	x	x	x	3 385	x	x
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	2 862	2 989	2 605	x	x	x	2 698	x	x
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	3 330	3 378	3 080	x	x	x	3 123	x	x
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	1 653	1 708	1 579	x	x	x	1 652	x	x
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	€	2 967	3 103	2 862	x	x	x	2 974	x	x
Erziehung und Unterricht	€	3 705	3 853	3 541	x	x	x	3 664	x	x
Gesundheits- und Sozialwesen	€	2 916	3 039	2 811	x	x	x	2 923	x	x
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	2 877	(2 928)	2 697	x	x	x	(2 840)	x	x
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	2 023	(2 129)	1 971	x	x	x	(2 079)	x	x

1) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk

2) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet.

3) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni, usw. ohne Sonderzahlungen.

Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen dagegen mit enthalten.

4) einschließlich Beamte

5) einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen

**Herausgeber:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Redaktion:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Gestaltung und Satz:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Druck:**

Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste

**Redaktionsschluss:**

Juli 2010

**Preis dieser Ausgabe:**

3,50 €

**Bezug:**

Diese Druckschrift kann kostenfrei bezogen werden bei:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Hausanschrift: Macherstraße 63, 01917 Kamenz

Postanschrift: Postfach 11 05, 01911 Kamenz

Telefon: +49 3578 33-1424

Telefax: +49 3578 33-1598

E-Mail: [vertrieb@statistik.sachsen.de](mailto:vertrieb@statistik.sachsen.de)

[www.statistik.sachsen.de/shop](http://www.statistik.sachsen.de/shop)

**Verteilerhinweis**

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

**Copyright**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2010

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Titelbild: BMW Werk Leipzig, © BMW AG

ISSN 0949-4480